

LVR-Abteilung
Kulturlandschaftspflege

PREUSSEN UND LANDSCHAFT

IDEEN - SYMBOLE - VERÄNDERUNGEN

TAGUNGSDOKUMENTATION

FACHTAGUNG | 22. OKTOBER 2015 | PULHEIM | ABTEI BRAUWEILER



Rheinischer Verein
Für Denkmalpflege und Landschaftsschutz



Qualität für Menschen

Preußen und Landschaft
Tagungsdokumentation 2015

KULTURLANDSCHAFTSPFLEGE IM RHEINLAND

vormals Beiträge zur Landesentwicklung

Band 63

Impressum

Herausgeber:

Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege
Ottoplatz 2
50679 Köln

Selbstverlag des Landschaftsverbandes Rheinland,
LVR-Fachbereich Regionale Kulturarbeit, Köln

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst
verantwortlich.

Redaktion:

Franziska Ostfeld

Druck und Layout:

LVR-Druckerei
Inklusionsabteilung
Tel 0221 809-2418

Umschlagfotos:

Loni Liebermann (Großbild), Fotalia (alle übrigen)

Köln 2018

Inhalt gedruckt auf Recycling-Papier aus
100 % Altpapier

Tagungsdokumentation

Preußen und Landschaft

Eine Veranstaltung des Landschaftsverbandes Rheinland,
LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege

in Zusammenarbeit

mit dem Rheinischen Verein für Denkmalpflege
und Landschaftsschutz (RVDL)

im Rahmen der Veranstaltungsreihe
„DANKE* BERLIN – 200 Jahre Preußen am Rhein“

Gefördert vom

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



und von der



22. Oktober 2015 in Pulheim-Brauweiler

Inhalt

Grußwort	
Dr. Norbert Kühn	6
Besitzergreifung und räumliche Durchdringung einer neuen „Landschaft“ – Preußen und die Rheinlande in den ersten Jahrzehnten nach 1815	
Georg Mölich.....	10
„Preußisch Sibirien“ – Notstandsmaßnahmen in der Eifel	
Peter Burggraaff.....	20
Preußische „Innere Kolonisation“ als landschaftswirksame Innovation	
Markus Zbroschzyk	46
Als der Schulgarten noch (überlebens-)wichtig war – Kulturgeschichtliche Aspekte des Obstbaus im Bergischen Land	
Michael Kamp.....	70
Der „Preußenbaum“ im Rheinland – Fluch und Segen	
Bernward Selter	88
Der Drachenfels als Symbol-Landschaft	
Elmar Scheuren.....	100
Preußische Spuren im Stadtbild von Koblenz	
Peter Burggraaff und Klaus-Dieter Kleefeld	114
Anhang:	
Erfasste Objekte aus der preußischen Periode von Koblenz im Portal KuLaDig (www.kuladig.lvr.de).....	130
Anlagen	
Tagungsprogramm	135
Anschriften der Autorinnen und Autoren dieser Tagungsdokumentation.....	136
Teilnahmeliste Fachtagung „Preussen und Landschaft“	137
Übersicht über frühere Fachtagungen der LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege und deren Vorgänger.....	142

Grußwort

Dr. Norbert Kühn

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Preußen und Landschaft: Ideen – Symbole – Veränderungen“ lautet der Titel der heutigen Veranstaltung, zu der ich Sie recht herzlich begrüße. Innerhalb der über das gesamte Jahr 2015 laufenden Veranstaltungsreihe „200 Jahre Preußen am Rhein“ – vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz augenzwinkernd mit „Danke Berlin!“ titulierte – sind unterschiedlichste Facetten angesprochen worden. Am heutigen Tag sollen die Impulse und Auswirkungen, die die preußische Herrschaft auf die Entwicklung der uns alle umgebenden Kulturlandschaft gehabt hat, den Schwerpunkt bilden.

Das Thema Kulturlandschaft ist das Kernthema der Abteilung Kulturlandschaftspflege im LVR-Fachbereich Regionale Kulturpflege des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege, so dass das Tagungsthema nicht von ungefähr entstanden ist. Wir erfassen, erforschen, bewahren und pflegen das landschaftliche kulturelle Erbe im Rheinland, das sich vor allem in den unterschiedlichen, historisch geprägten Kulturlandschaften des Rheinlandes verortet. Auch die Zeit, in der die Rheinlande zu Preußen gehört haben, hat ihre Spuren in unserer Kulturlandschaft hinterlassen. Auf die Suche nach diesen Spuren werden wir uns heute begeben.

Der Wechsel vom 18. zum 19. Jahrhundert war geprägt durch die Französische Revolution und die auf sie folgenden napoleonischen Kriege – politische Umwälzungen, die erst mit dem Wiener Kongress 1815 ein vorläufiges Ende fanden und deren Ergebnisse nicht mehr umkehrbar waren. Das politische und gesellschaftliche Gefüge nicht nur, aber auch der Rheinlande, hatte sich damit und als Folge davon grundlegend verändert.

Der bunte Flickenteppich unterschiedlichster weltlicher und geistlicher Herrschaftsgebiete war schon in der Zeit von 1794–1815, als die Rheinlande zu Frankreichs Herrschaftsgebiet zählten, aufgelöst worden. Die Gebiete am linken Rheinufer wurden – unterteilt in verschiedene Departements – direkt dem französischen Kaiserreich eingegliedert. Rechts des Rheins gab es das Großherzogtum Berg und das Herzogtum Nassau.

Mit dieser territorialen Neuordnung einher ging die Einführung einer einheitlichen Rechtsprechung, fußend auf dem französischen Code Civil, der auch nach dem Wiener Kongress in preußischer Zeit nachwirkte. Die Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts, d.h. die Einziehung kirchlichen Besitzes und die damit verbundene Auflösung vieler Klöster hat auch die Eigentumsverhältnisse dramatisch verändert. Gerade dies hat sich auf die Gestaltung der Kulturlandschaft ausgewirkt; denken wir nur an die Aufhebung der Abtei Heisterbach 1803 und die Verpachtung als Bauernhof an einen Heinrich Müller aus Niederdollendorf. Die Mönche verließen das Kloster 1804. Die Verpachtung und der übliche Verkauf auf Abbruch trugen seit 1809 zur weitreichenden Zerstörung der Abtei bei, die erst 1818 durch eine Verfügung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz gestoppt wurde. Das Abbruchmaterial wurde neben lokalem Gebrauch auch für die Bauarbeiten am Nordkanal bei Neuss (Grand Canal du Nord) und die Wiedererrichtung der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz verwendet.

Auf die Franzosen folgten die Preußen, nicht ganz freiwillig, übrigens von beiden Seiten aus. Für viele Menschen der damaligen, aber auch noch der heutigen Zeit wird das „Preußische“ mit den sogenannten „preußischen Tugenden“ verbunden: Sachlichkeit, Ordnungsliebe, Pünktlichkeit, entstanden aus der eher strengeren Einstellung einer protestantisch geprägten Obrigkeit. Diese Tugenden trafen auf die in katholischer Geisteshaltung aufgewachsenen Rheinländer und Rheinländerinnen, die sicherlich nicht unbedingt unsachlich, unpünktlich und unordentlich gewesen sind, die aber schon einmal nach dem Wahlspruch agierten: „Erst mal schauen und dann mal gucken!“. Insofern ist es schon interessant, darüber zu reden, welche der Veränderungen des 19. Jahrhunderts im Rheinland „typisch preußisch“ sind und welche auf den allgemeinen Trends der damaligen Zeit basieren.

Auf jeden Fall veränderten sich die Lebensumstände und das Lebensumfeld der Menschen. Die Territorien wurden verkehrlich erschlossen, insbesondere durch das neue Verkehrsmittel der Eisenbahn. Aber auch der Straßenbau wurde forciert. An den neuen Verkehrsadern, die durchaus auch einen gewichtigen militärisch-strategischen Hintergrund hatten, konnten

sich Gewerbe und Industrie entwickeln und auf dieser Grundlage auch ein differenziertes Städtewesen.

Die dadurch neu entstandenen sozialen Beziehungen und Machtgefüge wurden durch das preußische Kommunalrecht geregelt. Die große Anziehungskraft der Städte erhöhte den Druck auf die ländlichen Gegenden, aus denen die Bevölkerung abwanderte – die Landflucht wurde zu einem Massenphänomen. Insbesondere die Eifel mit ihrer abnehmenden Bevölkerung wurde, da auch klimatisch und morphologisch nicht gerade zu den ackerbaulichen Gunstgebieten zählend, zu einem ärmlichen Randgebiet des Reiches. Die Bezeichnung „Preußisch Sibirien“ für diese offensichtlich benachteiligte Region bringt es auf den Punkt, und so mancher preußische Beamte oder Offizier wird seine Versetzung dorthin wohl eher als „Strafversetzung“ interpretiert haben.

Um den Strukturwandel zu fördern, begann die preußische Forstverwaltung mit der Aufforstung großer, durch jahrhundertealte Entwaldung entstandener Heidegebiete, allerdings mit den zwar schnell wachsenden, doch standortfremden Fichten und Kiefern. Die Fichten erhielten deshalb auch den Beinamen „Preußenbaum“. Eine nachhaltige Entscheidung, deren Ertrag sich erst Jahre später auszahlte, die sich aber bis heute prägend auf die Kulturlandschaft und die Artenzusammensetzung der Wälder auswirkt.

Eine weitere preußische Innovation war zudem das Vermessungswesen, das uns, basierend auf den hervorragenden Karten des französischen Offiziers Tranchot, durch die Weiterentwicklung durch den preußischen Offizier von Müffling Karten der Rheinlande eingebracht hat, die noch heute sehr wichtige Quellen für die Erforschung der historischen Kulturlandschaft sind. Aus dem Themenfeld Architektur sind die Relikte der Festungsbauten zu nennen, zum Beispiel die Festung Ehrenbreitstein in Koblenz oder der innere und äußere Kölner Festungsring mit seinen Forts und Zwischenwerken, der im „freien Gelände“ vor der Stadt entstanden ist. Dieser Festungsgürtel bestimmt bis heute die Struktur der Stadt Köln, denn nach Schleifung der Anlagen, letztendlich und abschließend durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags 1919, wurden sie zum Aufbau der beiden Kölner Grüngürtel genutzt. Er-

gänzt durch radiale Grünachsen, entstand damit das Kölner Grünsystem, so wie wir es heute kennen. Die Ursache dafür ist also der Ausbau der Stadt Köln zur preußischen Festungsstadt und zum Bollwerk gegen den „Erzfeind Frankreich“, aber nicht zu vergessen ist die Weitsicht des damaligen Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, der die Notwendigkeit der Versorgung der Stadt mit Grün- und Freiflächen zu Beginn der 1920er Jahre weitblickend erkannte und mit Fritz Schumacher einen bedeutenden Stadtplaner mit der Ausarbeitung eines städtischen Gesamtkonzepts beauftragte, in dem die historischen Strukturen eine wichtige Rolle spielten.

Wir können in der uns umgebenden Kulturlandschaft wie in einem Buch lesen. Für uns kommt es auf dieser Tagung darauf an, im Text die entsprechenden Passagen mit preußischem Bezug zu markieren. Dabei stellen wir schnell fest, dass hinter dem, was uns bis heute aus dieser Zeit überliefert worden ist, Ideen stecken und keine Willkür.

Aus heutiger Sicht ist auch festzustellen, dass preußische Politik auch viel mit Symbolhaftigkeit zu tun hat. So ist die Geschichte des Naturschutzes vom Anfang sehr preußisch, ebenso wie die Entstehung des Heimatgedankens und von Landschaftsschutzbestrebungen. Landschaftlich festmachen lässt sich dies am Drachenfels, einem herausragenden Symbol für die Rheinromantik. Nur durch eine preußische Kabinettsordre konnte der weitere Abtrag des Berges durch Streinbrucharbeiten gestoppt werden. Am Beispiel des Drachenfels zeigt sich, dass preußische Kulturlandschaftsgeschichte nicht nur die Geschichte von landschaftlicher Nutzung und wirtschaftlicher Optimierung ist, sondern auch als Impuls zum Erhalt und zur Bewahrung von regionalen und nationalen Identitätswerten bzw. Landmarken eine Rolle spielt.

Es sind vielfältige Aspekte der kulturlandschaftlichen Prägung durch die Preußen, die heute anhand der Vorträge, der begleitenden Diskussionen und durch die abschließende Podiumsdiskussion hervorgehoben werden sollen. Kontinuität und Diskontinuität – was ist überliefert, was ist vergangen? Welche Entscheidungen waren in preußischer Zeit raumwirksam und sind es noch bis heute? Was ist persistent?

Ich denke, dass uns allen am Ende des Tages das landschaftliche Kulturerbe der Preußenzeit deutlicher vor Augen steht. Mit diesem Ziel vor Augen, wünsche ich der heutigen Tagung einen guten Verlauf und anregende Diskussionen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Besitzergreifung und räumliche Durchdringung einer neuen „Landschaft“ – Preußen und die Rheinlande in den ersten Jahrzehnten nach 1815

Georg Mölich

Die folgenden Ausführungen sollen im Rahmen des Gesamtthemas „Preußen und Landschaft“ aufzeigen, wie sich die Preußen als die neuen Herrscher am Rhein in den ersten Jahren und Jahrzehnten mit der für sie neuen „Landschaft“ vertraut machten, wie sie von ihr und den Menschen Besitz ergriffen, wie sie diese politische Landschaft prägten und gestalteten und wie Informationen über die „Landschaft“ und über die Rheinländer und Rheinländerinnen gesammelt und genutzt wurden.

Auf dem Wiener Kongress (1814–1815), der nach der militärischen Niederlage Napoleons eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen suchte, erhielt Preußen als Ersatz für die an sich intendierte Übernahme des gesamten Königreiches Sachsen eine

Kompensation durch die Übertragung relativ heterogener Territorien im Westen des ehemaligen Reiches. Damit erweiterte sich das schon vor der Französischen Revolution bestehende preußische Herrschaftsgebiet im Westen mit den Rheinlanden und Westfalen ganz erheblich.¹ Diese Verschiebung der preußischen Machtsphäre nach Westen ergab in der Konsequenz eine fundamentale Veränderung der Tektonik des preußischen Staates mit enormen Langzeitwirkungen.² Noch von Wien aus erließ der preußische König Friedrich Wilhelm III. am 5. April 1815 entsprechende „Besitzergreifungspatente“ für die neuen rheinischen Gebiete sowie den so genannten Zuruf „An die Einwohner der mit der preußischen Monarchie vereinigten Rheinländer“.³



Abb.1: „An die Einwohner ...“ (LVR-Niederrheinmuseum Wesel).

Interessant ist hier die Verwendung der Pluralform „Rheinländer“ für die neuen preußischen Gebiete – ein einheitliches „Rheinland“ als politisch verwendbaren Raumbegriff gab es damals eben noch nicht. Dieser neue Raumbegriff einer politischen Landschaft „Rheinland“ entwickelte sich erst durch die Umstände bzw. die Realität der preußischen Herrschaft am Rhein, die zum Bezugspunkt und zum Katalysator eines nach und nach entstehenden Rheinlandbewusstseins wurde.⁴ Heinz Gollwitzer formulierte dazu schon 1964 bezogen auf das Rheinland: „Die administrative Zusammenfassung verschiedener Territorien schuf ein neues Gemeinschaftsgefühl, das sich in der politischen Willensbildung bemerkbar machte und als Filter für ältere Traditionen wirkte.“⁵

In dem Zuruf hieß es bezogen auf die Lande am Rhein: „Diese deutschen Urländer müssen mit Deutschland vereinigt bleiben; sie können nicht einem anderen Reich angehören, dem sie durch Sprache, durch Sitten, durch Gewohnheiten, durch Gesetze fremd sind.“ Der König versprach seinen neuen Untertanen und Untertaninnen mit durchaus moderaten Worten eine gerechte Verwaltung, den Schutz des Glaubens, Bildungseinrichtungen, wirtschaftliche Wohlfahrt und geringe Steuern und Militärlasten. Zudem kündigte er die „Bildung einer Repräsentation“ an, durch die sie an politischen Entscheidungen beteiligt werden würden. An diesem „Herrschaftsprogramm“ mussten sich in den folgenden Jahrzehnten die preußischen Herrscher durch die Rheinländer und Rheinländerinnen messen lassen – und manche sich in diesem Zeitraum ergebenden Probleme lassen sich durchaus aus Diskrepanzen zu diesem frühen Regierungsprogramm ableiten.

Im Gesamtverband des preußischen Staates nahm das Rheinland in verschiedener Hinsicht eine Sonderstellung ein. Schon die fast doppelt so hohe Bevölkerungsdichte gegenüber den meisten östlichen Provinzen und die wesentlich andere und fortgeschrittenere Wirtschaftsstruktur am Rhein machten erhebliche Unterschiede aus – dieser Modernitätsvorsprung vor dem übrigen Deutschland ging auf die Zeit der französischen Besatzung seit 1794 bzw. auf die Zeit des (linksrheinischen) Rheinlandes als Teil des französischen Staates seit 1801 zurück. Preußen war hier am Rhein die Aufgabe gestellt, diese im Verwaltungsaufbau, im Wirtschaftsleben, im rechtlichen Standard, im kulturellen Gesamthabitus fortgeschrittenere Gebiete mit einer überwiegend katholischen Bevölkerung in ein

monarchistisch geprägtes Staatsganzes zu integrieren, das auf einer patrimonial-altständischen Ordnung, einer überwiegend agrarischen Wirtschaftsstruktur und der protestantischen Religion basierte. Neben diesen inhaltlichen Herausforderungen ging es auch darum, diesen neu geschaffenen Raum durch entsprechende Strukturen zu durchdringen und ihn für die neue Herrschaft handhabbar zu machen. In der ersten kurzen Phase nach 1815 „wollte die Berliner Regierung die Integration der Westgebiete im Zeichen einer Reform des Gesamtstaates vollziehen und gegenüber lokalen und regionalen Besonderheiten und Interessen Entgegenkommen zeigen“. Das änderte sich nach der restaurativen Wende der Jahre 1819/1820: Man „kann gerade im Rheinland den Übergang von einer ‚weichen‘ zu einer ‚harten‘ Linie in der Integrationspolitik sprechen“ – so die zutreffende Gesamtbewertung von Jürgen Herres und Bärbel Holtz.⁶

Die neuen preußischen Gebiete am Rhein wurden in zwei Provinzen organisiert. Es entstand das „Großherzogtum Niederrhein“ (die neu gebildeten Regierungsbezirke Aachen, Koblenz und Trier) mit Verwaltungssitz eines Oberpräsidenten in Koblenz und der „Oberpräsidialbereich der Herzogtümer Jülich, Kleve und Berg“ (die neu gebildeten Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf und Kleve) mit Sitz eines Oberpräsidenten in Köln. Nach dem Tod des Kölner Oberpräsidenten Friedrich zu Solms-Laubach im Jahre 1822 wurden beide Provinzen zusammengelegt und der Sitz des Oberpräsidenten für die „Rheinprovinz“ (der Begriff setzte sich seit etwa 1830 durch) in Koblenz installiert. Insgesamt wurde der gesamte Raum nach einheitlichen Vorgaben zu einem geschlossenen Verwaltungsgebiet entwickelt – mit der Installierung der neuartigen Landräte und der Kreise⁷ seit 1816 kam zudem eine weitere Instanzenebene hinzu. Dass die Umsetzung der preußischen Verwaltungsmacht bis hin zur untersten Ebene der Bürgermeistereien insgesamt als erfolgreich angesehen werden kann, zeigen gerade neueste Untersuchungen zum ländlichen und kleinstädtischen rheinischen Raum.⁸

Unter dem Aspekt der Kontaktaufnahme zwischen neuem Herrscher und seinen zukünftigen Untertanen und Untertaninnen kann man den eingangs erläuterten Text „An die Einwohner der mit der preußischen Monarchie vereinigten Rheinländer“ durchaus als ein Kommunikationsangebot des Herrschers an seine neuen Untertanen und Untertaninnen am Beginn der preußischen Herrschaft am Rhein interpretieren. Damit wäre dieser

Text als Teil einer umfassenden Kommunikationsoffensive des preußischen Staates während und nach der preußischen Reformzeit und somit auch im Kontext der „Besitzergreifung“ der rheinischen Gebiete zu interpretieren. Der damit angesprochenen Gesamthematik „Verwaltung und Öffentlichkeit“ in Preußen im frühen 19. Jahrhundert hat sich vor einiger Zeit die juristische Habilitationsschrift von Pascale Cancik gewidmet, die bisher geschichtswissenschaftlich kaum rezipiert wurde. Cancik untersucht dabei umfassend die neu geschaffenen Amtsblätter⁹ und auch die ebenfalls neu installierte „Gesetz = Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten“.

Es waren vor allem Formen der öffentlichen Kommunikation und Vermittlung von Regierungshandlungen, die etwa in den Amtsblättern auf der Ebene der Regierungspräsidien publiziert wurden. Solche Amtsblätter wurden in allen sechs Regierungspräsidien des rheinischen Raumes 1816 begründet (Kleve, Düsseldorf, Köln, Aachen, Trier und Koblenz).¹⁰ Zweck dieser Veröffentlichungsstrategie war dabei – wie es im Einführungstext zum Aachener Amtsblatt von 1816 formuliert wurde – „Publicität aller Schritte der Regierung, als das charakteristische Kennzeichen einer väterlichen Monarchie und einer gerechten Staatsverwaltung“.¹¹ Dieses neuartige Kommunikationsforum war vom Prinzip her nicht als „Einbahnstraße“ gedacht. Die Amtsblätter sollten „ein enges Band der Unterhaltung und Belehrung zwischen der Verwaltung und den Verwalteten knüpfen“ – sie standen prinzipiell auch den Untertanen zur Verfügung: „Es [das Amtsblatt] wird auf der anderen Seite einsichtsvollen Männern, es seien Privatleute oder Beamte, jederzeit offen stehen, um die Früchte ihres Nachdenkens und ihre Erfahrung gemeinnützig zu machen, und bescheiden und anständig vorgetragene Wünsche oder Verbesserungs-Vorschläge einer reifen Prüfung vorzulegen.“ Bisher sind die Amtsblätter und hier speziell ihre Rubrik „Vermischte Aufsätze und Nachrichten“, die eben gedacht war, um auch Beiträge von außerhalb der Verwaltung aufzunehmen, unter diesem Aspekt noch nicht umfassend ausgewertet worden. Pascale Cancik kommt zu einer eher zurückhaltenden Bewertung, wenn sie schreibt: „Gesellschaftliche Öffentlichkeit stellt sich so aber nicht her.“¹² Gleichwohl darf man diese neue Form der staatlichen Kommunikation in ihrer Wirkung auch in Hinsicht auf die hier im Fokus stehende umfassende „Besitzergreifung“ des Verwaltungsgebietes nicht unterschätzen.

Die kommunikative Durchdringung des preußischen Herrschaftsgebietes¹³ erfolgte aber auch auf der internen Ebene der organisierten Informationsweitergabe durch die verschiedenen Verwaltungsinstanzen. Dazu dienten die so genannten „Zeitungsberichte“¹⁴, wobei es sich nicht um Presseartikel handelte, sondern um schriftliche Berichte der staatlichen Administration, die nach einem Schema mit klar definierten Rubriken monatlich an die nächsthöhere Verwaltungsinstanz erstattet werden mussten. Dieses ausgefeilte Berichtswesen begann auf der Ebene der Bürgermeisterei, die an den jeweiligen Landrat berichtete – für die Bürgermeisterei Esch im Kreis Bergheim/Erft sind diese meist knappen Texte unlängst für den Zeitraum 1837 bis 1848 ediert worden.¹⁵ Die Landräte akkumulierten diese Informationen und berichteten an die jeweilige Regierung, die dann wieder einen umfassenden Monatsbericht über das Koblenzer Oberpräsidium direkt an den preussischen König schickte.¹⁶

Diese Berichte wurden dem Zivilkabinett zugeleitet, so dass sich hier in der Regierungszentrale für die gesamte preussische Monarchie eine „Unsumme regionaler Nachrichten [sammelte], die von der Natur zur Tier- und Menschenwelt reichten, Wind und Wetter ebenso registrierten wie das politische Stimmungsbarometer“ (Reinhart Koselleck).¹⁷ Neben den Rubriken zur Witterung, Mortalität, Naturereignissen, Verbrechen oder Religiosität waren auch Informationen vorgesehen wie „Öffentliche Stimmung und Einfluß der Gesetzgebung auf dieselbe“, „Gesetzgebung“ oder „Einflußreiche Veränderungen im Auslande“. Zudem gab es eine ‚offene‘ Rubrik: „Sonstige allgemeine wichtige und merkwürdige Nachrichten“.¹⁸ Die Zeitungsberichte konnten und wurden durchaus auch genutzt, um Missstände zu kritisieren und um staatliches Handeln einzufordern.¹⁹

Mit diesen Zeitungsberichten lag also eine auch die gesamte Rheinprovinz systematisch erfassende und aktuelle Informationsquelle für die preussischen Regierungsinstanzen vor. Eine Fülle weiterer Statistiken und Landesbeschreibungen, die in den ersten Jahrzehnten der preussischen Herrschaft entstanden, wären hier ergänzend zu benennen.²⁰ Zusammen mit der ebenfalls umfassend betriebenen kartographischen Erfassung des Rheinlandes²¹ ergab sich so aus der Perspektive der preussischen Verwaltung ein differenziertes und genaues Bild der Rheinprovinz. Ergänzend gab es auch noch spezielle Erhebungen etwa zur Situation der Landwirtschaft in den neupreussischen Gebie-

ten durch den Agrarökonom Johann Nepomuk von Schwerz.²²

Eine weitere umfassende Informationsquelle waren die flächendeckend im Rheinland eingeforderten „Medicinisches Topographien“,²³ die durch die 1824 neuberufenen „Kreisphysiker“ (Amtsärzte) erstellt wurden und die neben differenzierten Angaben zum Medizinalwesen und zum Krankheitszustand der Bevölkerung in der Rubrik „Physischer und moralischer Zustand der Einwohner“ praktisch „alle Bereiche des sozialen Lebens“ (Graumann) darstellen sollten (z. B. wurden folgende Punkte erläutert: Abstammung der Bevölkerung, Wohnungen, Feuerung, Kleidung und Reinlichkeit, Nahrungsweise, Beschäftigung, Wohlstand, Vergnügungen, Kindererziehung, geistige Bildung und Moralität). Diese „Topographien“ stellen gerade für Fragestellungen der Mentalitätsgeschichte eine wichtige, aber bisher noch nicht systematisch ausgewertete Quellengruppe dar.²⁴ Insgesamt – das dürfte deutlich geworden sein – entwickelte sich in den ersten Jahrzehnten der preußischen Herrschaft am Rhein ein intensiver „Informationspool“ zu vielen Aspekten der „Landeskultur“ und zur „realen“ Situation der Bevölkerung. In der Zusammensicht dieser vielfältigen Informationsquellen kann man das durchaus als „Ausdruck vordringender Staatlichkeit“²⁵ (Jürgen Herres) bewerten.

Dass es gerade im Bereich des konkreten Verwaltungshandelns der preußischen Beamten im Rheinland aber trotzdem zu Konflikten ganz unterschiedlicher Qualität und Ausprägung kam, kann nicht weiter verwundern, denn es kam hier zu vielfältigen Auseinandersetzungen mit Ansprüchen und Traditionen, die der preußischen Verwaltung fremd und unverständlich erschienen.²⁶ Diese „Entfremdung zwischen der Regierung in Berlin und der Bevölkerung in den preußischen Westprovinzen“ lässt sich in der Tat „auch als ein politisch-kultureller Konflikt zwischen dem preußischen Zentrum – der Hauptstadt Berlin mit den Regierungsstellen – und der rheinischen ‚Peripherie‘ (...) deuten“ wie Peter Steinbach formulierte.²⁷ Schon zu Beginn der preußischen Herrschaft am Rhein hatte die dramatische Teuerungs- und Hungerkrise der Jahre 1816/1817,²⁸ die durch den Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora im April 1815 ausgelöst wurde,²⁹ demonstriert, dass die „neuen Herren“ mit einer solchen, die gesamte Gesellschaft betreffenden Herausforderung überfordert waren. Kleinlaut musste der Kölner Oberpräsi-

dent Solms-Laubach in einem „Zeitungsbericht“ 1817 einräumen: Die „Absicht, die Unterthanen der neuen Provinzen (...) gegen Mangel u. Elend zu schützen“, sei „leider! unerreicht geblieben.“³⁰ Wie die zitierten regionalen Untersuchungen nahelegen, hat dieses preußische „Staatsversagen“ durchaus auch mittel- und langfristig zum distanzierten Verhalten der Bewohner des Rheinlandes gegenüber der preußischen Verwaltung beigetragen.

Ein bemerkenswertes Schlaglicht auf die weiterhin bestehenden Probleme der Integration aus höchster preußischer Regierungssicht auch noch 20 Jahre nach dieser Krise bietet eine an den preußischen König gerichtete Denkschrift des preußischen Innenministers Gustav Rochus von Rochow nach einer Reise durch die preußische Rheinprovinz im Sommer 1837: „Zu lange und zum größten Nachtheile hat man sich damit begnügt, die Rheinlande durch gefärbtes Glas zu betrachten. (...) Sie [die Rheinländer] betrachten ihr Land nicht als einen integrierenden Theil der preußischen Monarchie, sondern als ein Eur[er] Königlichen Majestät Scepter unterworfenes besonderes Land, mit eigenen Institutionen und Gesetzen, occupirt und verwaltet von fremdem Militair und fremden Beamten. Und in der That, ich vermag es nicht in Abrede zu stellen, auch auf mich hat das Land und das Volk nicht den Eindruck gemacht, als befände ich mich im preußischen Vaterlande und unter Landsleuten; auch mir gewährte es den Eindruck eines von Preußen occupirten und verwalteten fremden Landes.“³¹ Diese Beschreibung eines „fremden Landes“ durch den preußischen Innenminister zeigt zugespitzt, welche Wahrnehmungs- und Deutungsprobleme zwischen „Rheinland“ und „Preußen“ lagen. Dies belegt zum Beispiel auch die Sichtweise des preußischen Zensors in Köln, Wilhelm von Saint-Paul, in einem Bericht an das Innenministerium aus dem Jahre 1843: „Im ganzen möchte eine innere und geistige Verschmelzung der Rheinlande und der alten Provinzen noch fern liegen; solange man noch vom ‚Könige von Preußen‘ und von ‚den Preußen‘ hier spricht, ist eine solche wenigstens nicht zu erhoffen. Nur etwa ein Krieg, der gemeinschaftliche historische Erinnerungen erweckte und begründete, oder die Macht der Zeit kann das Vorurteil überwinden und die innere Annäherung und Nivellierung beider Landeshälften herbeiführen.“³²

Ein ganz anderes Moment der „Besitzergreifung“ und Durchdringung einer Landschaft waren im 19. Jahr-

hundert die vielen Reisen der preußischen Monarchen³³ in die Rheinprovinz. Die Vielzahl dieser Reisen ist erst unlängst durch die zitierte Edition und die dort abgedruckte Liste erkennbar geworden. Neben den Monarchen waren es aber auch andere Mitglieder der preußischen Königsfamilie, die Reisen durch die Rheinprovinz unternahmen. Aus eigener Anschauung lernten die Mitglieder der königlichen Familie so die rheinischen Landschaften und die Bewohner kennen. Diese Reisen hatten teilweise durchaus auch politische Dimensionen – wie etwa die Reise des Kronprinzen Friedrich Wilhelm im Herbst 1833,³⁴ die im zeitlichen Konnex zur französischen Julirevolution und zum Hambacher Fest von 1832 durchaus als „gegenrevolutionäre Propagandaveranstaltung“ (Jan Werquet) interpretiert werden konnte, die aber zugleich natürlich auch positive Auswirkungen auf die Wertschätzung des Kronprinzen (und späteren Monarchen) am Rhein hatte.

Ein anderer Bereich der räumlichen Durchdringung der Rheinlande war die oft einheitliche preußische Baupolitik am Rhein. Die Rolle der vielfältigen preußischen Bauaktivitäten auf ganz unterschiedlichen Feldern auch für die landschaftliche Prägung kann hier nur ganz allgemein angesprochen werden³⁵. Exemplarisch greifbar wird diese etwa bei der „Preußischen Burgenromantik“ am Mittelrhein und ihrer Bedeutung für diese Landschaft. Als unverzichtbare „Landmarken“ prägen diese Bauwerke das UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal (seit 2002).³⁶ Ein anderes wichtiges Feld der Durchdringung einer Landschaft sind die verschiedenen kulturstaatlichen Aktivitäten Preußens, die gerade in den letzten Jahren intensiv von der historischen Forschung aufgegriffen worden sind.³⁷ Ein wesentliches Ergebnis dieser Forschungs- und Editionsarbeiten für das Verhältnis zwischen den Rheinlanden und dem preußischen Zentralstaat: Besonders im Bereich der Kunst- und Kulturpolitik im engeren Sinne kam es zu einer intensiven Wechselwirkung zwischen Staatsverwaltung und engagiertem Bürgertum, was gerade auch an Beispielen für die Rheinprovinz gezeigt werden kann – genannt seien die Düsseldorfer Kunstakademie, Altenberger wie Kölner Dom und neu errichtete Denkmäler am Rhein.³⁸

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigte sich dann eine wesentliche Erweiterung der symbolpolitischen Aktivitäten Preußens in der Rheinprovinz.³⁹ Die preußischen Eliten am Rhein und in Berlin zusammen

mit den Rheinländern und Rheinländerinnen konstruierten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sogar eine das Rheinland stolz machende Denkmal- und Symbollandschaft⁴⁰ am Rhein, die vom Kölner Dom bis zum Niederwalddenkmal und zum Mäuseturm bei Bingen reichte. Unter den geschichts- und kulturpolitischen Rahmenbedingungen des Deutschen Kaiserreiches von 1871 verstärkte sich dieser Trend noch einmal gewaltig.⁴¹ Aber damit bewegen wir uns außerhalb unseres gewählten Zeitraums – und vor dem Hintergrund des 1871 geschaffenen Nationalstaates auch in einem ganz anderen staatspolitischen Kontext.

Endnoten

- 1 In diesem Beitrag werden in den Anmerkungen vor allem neuere und neueste Titel angeführt, um Hinweise zur aktuellen Forschungssituation zu vermitteln. Neuere Überblicksdarstellungen zum Thema „Preußen-Rheinland“: MÖLICH, G.; VELTZKE, V. u. WALTER, B. (Hrsg.): Rheinland, Westfalen und Preußen. Eine Beziehungsgeschichte, Münster 2011. Darin: Herres, J. u. Holtz B.: Rheinland und Westfalen als preußische Provinzen (1814–1888), S. 113–208; Veltzke, V.: Rheinland und Westfalen: „Reichslande“ im wilhelminischen Kaiserreich (1888–1918), S. 209–287. Ribhegge, W.: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789–1947, Münster 2008; das Thema eingebettet in eine umfassende Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen: Kröll, U.: Die Geschichte Nordrhein-Westfalens, Münster 2014, S. 303–428; im Kontext einer neueren Landesgeschichte: BOCH, R.: Das Bergische Land im 19. Jahrhundert (1814–1914), in: Gorißen, S.; Sassin, H. u. Wesoly, K. (Hrsg.): Geschichte des Bergischen Landes. Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2016, S. 171–267 (und weitere sachthemenbezogene Beiträge). Als aktuelle Überblicksaufsätze: MÖLICH, G.: Als das Rheinland preußisch wurde ... Aspekte einer Beziehungsgeschichte seit 1815, in: Rheinische Heimatpflege 52 (2015), S. 27–44 und STEINBACH, P.: „Großer Schnabel, kleines Hirn und Drang nach Süden!“ Die Preußen in den Rheinländern, in: Irene Haberland, I.; Kornhoff, O. u. Winzen, M. (Hrsg.): Das ganze Deutschland soll es sein. Die Preußen im Westen, Oberhausen 2015, S. 17–33 zudem neuerdings MÖLICH, G.: Zur Konstruktion einer Region im 19. Jahrhundert. Von den ‚Rheinländern‘ zur preußischen ‚Rheinprovinz‘ – ein Überblick, in: Bauer, K. u. Graf, A. (Hrsg.): Erfinden – Empfinden – Auffinden. Das Rheinland oder die (Re-) Konstruktion des Regionalen im globalisierten Alltag, Münster – New York 2018, S. 17–32.
- 2 Eine präzise und knappe Analyse bietet SIEMANN, W.: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871 (Neue Deutsche Geschichte 7), München 1995, S. 314 f. Im größeren Zusammenhang der preußischen Geschichte Hinrichs, E.: Staat ohne Nation. Brandenburg und Preußen unter den Hohenzollern (1415–1871). Hrsg. von Rüdiger Landfester, Bielefeld 2014, S. 382 ff., S. 609 ff.
- 3 Zu diesen Texten neuerdings MÖLICH, G.: Herrschaftswechsel und Kommunikation. Anmerkungen zu offiziellen Texten am Beginn der preußischen Herrschaft am Rhein, in: Büren, G. v. u. Gutbier, M. D. (Hrsg.): Das preußische Jahrhundert. Jülich, Opladen und das Rheinland zwischen 1815 und 1914, Goch 2016, S. 93–96.
- 4 Dazu knapp MÖLICH, G.: Geschichte und Kultur als Indikatoren landschaftlicher Identität: Die Rheinlande, in: Landschaftsverband Rheinland, LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Kulturlandschaft und regionale Identität. Dokumentation der Beiträge des Fachforums 4 beim Deutschen Landschaftspflegetag 2011, Köln 2012, S. 17–22.
- 5 GOLLWITZER, H.: Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 27 (1964), S. 523–552, Zitat S. 530.
- 6 HERRES u. HOLTZ: Provinzen (2011) (wie Anm. 1), S. 120 (beide Formulierungen).
- 7 Vgl. zur regionalen Rolle der Landräte und Kreise im Rheinland WALLRAFF, H.: Vom preußischen Verwaltungsbeamten zum Manager des Kreises. Landräte und Landratsamt in den Kreisen Düren und Jülich von 1816 bis zur Gegenwart, Düren 2004; Landkreistag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Von der preußischen Obrigkeit zur bürgerlichen Selbstverwaltung. 200 Jahre Rheinische und Westfälische Kreise, Düsseldorf 2016; VAESSEN, L.: Der preußische Landrat am Rhein. Verwaltungs-

geschichtliche Aspekte in der Rheinprovinz – am Beispiel der Landkreise Jülich und Opladen/Solingen, in: Büren, G. v. u. Gutbier, M. D. Preußisches Jahrhundert (2016) (wie Anmerkung 3), S. 179–186.

- 8 GRAUMANN, S.: Preußische Verwaltung im Kreis Bergheim um 1840, 2 Bde., Köln-Weimar-Wien 2015, enthält neben der Edition des Protokollbuchs der Bürgermeisterei Esch im Kreis Bergheim/ Erft von 1837–1848 besonders die wertvolle, akribische Darstellung des Verwaltungshandelns vor Ort durch GRAUMANN, S.: Preußische Herrschaft im Rheinland, S. 16–276; BARTSCH, F.: Kontinuität und Wandel auf dem Lande. Die rheinpreussische Bürgermeisterei Lechenich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (1815–1914), Weilerswist 2012. Zudem mehrere Beiträge in: Büren, G. v. u. Gutbier, M. D.: Preußisches Jahrhundert (2016) (wie Anmerkung 3).
- 9 CANCEK, P.: Verwaltung und Öffentlichkeit in Preußen. Kommunikation durch Publikation und Beteiligungsverfahren im Recht der Reformzeit, Tübingen 2007, S. 70–154: Kapitel „Die preußischen Amtsblätter: Publikation der Mittelinstanzen preußischer Verwaltung“. Zur Gesetzessammlung und zu den Amtsblättern als amtlichen Medien siehe auch HAAS, S.: Die Kultur der Verwaltung. Die Umsetzung der preußischen Reformen 1800–1848, Frankfurt/New York 2005, S. 275–288.
- 10 Vgl. Cancik: Verwaltung (2007) (wie Anmerkung 9).
- 11 Amtsblatt Aachen 1816, S. 4, Einführungstext, hier zitiert nach dem Abdruck bei Cancik: Verwaltung (2007) (wie Anmerkung 9), S. 412 f. Dort auch die weiteren Zitate.
- 12 Ebd. S. 146. Weiter schreibt sie: „Vielleicht werden wir nie ausreichend Kenntnis über den Wirkungsgrad alter und neuer Publikationsformen haben, um die Frage nach den tatsächlichen erreichten Teilnehmern fundiert beantworten zu können.“
- 13 Außer Acht bleibt hier die Erweiterung der praktischen Kommunikation z. B. durch die seit 1832 installierte optische Telegraphenlinie zwischen Berlin und Koblenz, die ausschließlich der militärischen und behördlich-staatlichen Nachrichtenübermittlung diene. Dazu HERBARTH, D.: Die Entwicklung der optischen Telegrafie in Preußen, Köln 1978; Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (Hrsg.): Die Telegraphenstation Köln-Flittard. Eine kleine Geschichte der Nachrichtentechnik, Köln 1973; Menning, M. u. Hendrich, A. (Hrsg.): Preußens Telegraphenlinie Berlin-Koblenz und Beiträge zur Geschichte und Geologie des Potsdamer Telegraphenbergs und seiner Umgebung: Telegraphenbuch III, Potsdam 2012.
- 14 Zu dieser Quellengruppe: SCHNEIDER-TREFFEISEN, U.: „Zeitungsberichte“, in: Rusinek, B. A. (u.a.) (Hrsg.): Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit, Paderborn etc. 1992, S. 153–169; MELLIES, D.: Die amtlichen Zeitungsberichte der preußischen Regierungen als Quelle einer Mentalitätsgeschichte der Verwaltung, in: Forschungen zur Brandenburgisch-Preussischen Geschichte N.F. 18 (2008), S. 1–17; HOPPE, A.: Die Zeitungsberichte der preußischen Regierungen als historische Quelle, www.regierungsbezirk-liegnitz.de/Projekt/Text-1 [12.01.2017] (bei diesem Text handelt es sich um den Einführungstext zu einer umfassenden Online-Edition der Zeitungsberichte des preußischen Regierungsbezirks Liegnitz in der ehemaligen Provinz Schlesien zwischen 1810 und 1918); Graumann: Herrschaft (2015) (wie Anm. 8), S. 111–113.
- 15 Graumann: Verwaltung (2015) (wie Anm. 8), S. 333–1275. Für z. B. das Jahr 1840 finden sich die Zeitungsberichte an den Landrat von Januar bis Dezember auf den Seiten 688, 700, 712, 724, 734, 754, 764, 772 f., 782, 788 f. und 799 f.

16 Exemplarisch edierte Jürgen Herres den ersten Zeitungsbericht der Regierung Köln vom 14. Juni 1816 mit Einführung und Kommentierung, in: Herres, J.; Mölich, G. u. Wunsch, (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der Stadt Köln. Band 3: Das 19. Jahrhundert (1794–1914), Köln 2010, S. 69–83.

17 KOSELLECK, R.: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, 3. Aufl. 1981, S. 671. Dort S. 663–671 eine präzise Analyse des Quellenwertes preußischer Verwaltungsberichte insgesamt.

18 Auflistung nach einer entsprechenden Verordnung vom Oktober 1835, zitiert in Schneider-Treffeisen (1992) (wie Anm. 14), S. 157.

19 Ein interessantes Beispiel wiederum aus der Bürgermeisterei Esch: Dort heißt es im Zeitungsbericht vom 22. März 1847: „Es kann aber nicht verschwiegen werden, daß der Überfall von Fremden groß und täglich mehr zunimmt, und daß es dem vernehmen nach noch Gemeinden [gibt, G.M.] wo für die Armen und Bedürftigen leider nichts geschieht, wozu Jene doch gesetzlich verpflichtet sind, weshalb es zu wünschen, daß von Seiten der Kön[iglichen] Regierung deshalb eine energische Verordnung erlassen würde.“ Graumann: Verwaltung (2015) (wie Anm. 8), S. 1264. Die Jahre 1846/1847 waren geprägt durch eine umfassende Agrar- und Hungerkrise mit einer enormen Verschärfung der sozialen Probleme nicht nur in Preußen. Vgl. WEHLER, H.-U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49, München 1987, S. 642–648.

20 Als umfassende Beispiele: Friedrich Adolph Wilhelm Diesterweg: Die preußischen Rheinprovinzen. Ein historisches Handbuch für Schule und Haus, hrsg. u. eingeleitet von Klaus Goebel, Duisburg 1990 (Erstpublikation 1829 unter dem Titel „Beschreibung der Preussischen Rheinprovinzen“); RESTORFF, F. v.: Topographisch-statistische Beschreibung der Königlich-Preussischen Rheinprovinzen, Berlin/Stettin 1830. Vgl. insgesamt die umfassenden Nachweise solcher Publikationen bei SCHÜTZ, R. (Bearb.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte. Reihe A: Preußen. Band 7: Rheinland, Marburg (Lahn) 1978, S. 49–69.

21 Vgl. als Überblick: KLÖFFLER, M. Kartographie im Rheinland, in: Büren, G. v. u. Gutbier, M. D.: Preußisches Jahrhundert (2016) (wie Anm. 3), S. 49–60. Genannt sei vor allem die in der Zeit der französischen Herrschaft begonnene und dann unter preußischer Herrschaft weitergeführte Kartenaufnahme durch Tranchot und von Müffling. Dazu umfassend Rudolf Schmidt: Die Kartenaufnahme der Rheinlande durch Tranchot und v. Müffling 1801–1828. Geschichte des Kartenwerkes und vermessungstechnische Arbeiten, Köln/Aachen 1973. Zu weiteren Karten vgl. die Nachweise in Schütz: Rheinland (1978) (wie Anm. 20), S. 66–69. Zur Landesvermessung in preußischer Zeit: HERRITSCH, S.: Die Löwenburg und die Vermessung des Rheinlandes, in: Siebengebirgsmuseum der Stadt Königswinter (Hrsg.): Preußenadler über dem Rhein. Eine Spurensuche rund um den Drachenfels, Bonn 2015, S. 68–75.

22 SCHWERZ, J. N. v.: Beschreibung der Landwirtschaft in Westfalen und Rheinpreußen mit einem Anhang über den Weinbau in Rheinpreußen, 2 Bände, Stuttgart 1836. Ergänzend dazu die Edition der nur archivalisch überlieferten Umfragen und Antworten für den Regierungsbezirk Aachen: Fischer, G. u. Herborn, W. (Bearb.): Rheinische Landwirtschaft um 1820. Die Schwerzsche Agrarenquete im Regierungsbezirk Aachen, Köln 1987.

23 Vgl. zusammenfassend zu den „Topographien“ GRAUMANN, S.: Alltag im Kölner Land um 1825, in: Geschichte in Köln 54 (2007), S. 113–125, Zitat S. 114. Diese in den staatlichen Archiven überlieferten „Topographien“ sind für mehrere Gebiete im Rheinland publiziert worden. Für die Stadt Köln und den Kölner Raum etwa liegen vor: BECKER-JÄKLI, B. (Hrsg.): Köln um 1825 – ein Arzt sieht seine Stadt. Die medizinische Topographie der Stadt Köln von Dr. Bernard Elkendorf, Köln 1999; MÜLLER, J. G.: Der Kreis Bergheim um 1827. Preußische Bestandsaufnahme des Landes und seiner Bevölkerung, eingeleitet u. bearb. von Graumann, S., Köln/Weimar/Wien 2006; WERRES, C.A.: Der Landkreis Köln um 1825. Preußische Bestandsaufnahme des Landes und seiner Bevölkerung, eingeleitet u. bearb. von Graumann, S., Köln/Weimar/Wien 2007; LUDWIG, J.W.C.: Der Kreis Lechenich um 1826. Preußische Bestandsaufnahme des Landes und seiner Bevölkerung, eingeleitet u. bearb. von Graumann, S., Köln/Weimar/Wien 2008. Weitere Beispiele: STREMMEL, R. (Hrsg.): Alltag im Kreis Solingen 1823. Dr. J-W. Spiritus und seine medizinische Topographie, Solingen 1991; FISCHER, G.; SCHRÖDER, K. u. SPICKER H. (Bearb.): Die medizinische Topographie von Dr. Anton Lohmann. Der Siegkreis um 1825, Siegburg 1997; REICHMANN, J.A.: Medizinaltopographie des Kreises Rheinbach. Eine Beschreibung von Land und Leuten um 1825, eingeleitet u. bearb. von KÖRSCHNER, D. Rheinbach 2010.

24 Vgl. FREYTAG, N.: Mentalitäten als Modernisierungshindernisse? Chancen und Grenzen kulturgeschichtlicher Zugänge, in: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hrsg.): Pommern im 19. Jahrhundert. Staatliche und gesellschaftliche Entwicklung in vergleichender Perspektive, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 295–311.

25 HERRES, J.: Köln in preußischer Zeit. 1815–1871, Köln 2012, S. 22.

26 Neben den Konflikten mit der preußischen Verwaltung müssen natürlich die massiven Konflikte zwischen Zivilbevölkerung und preußischem Militär in der Rheinprovinz genannt werden. Dazu BROPHY, J.M. Violence between Civilians and State Authorities in the Prussian Rhineland, 1830–1846, in: German History 22 (2004), S. 1–35; zum speziellen, aber letztlich zentralen Aspekt des Einsatzes von Militär in innerstaatlichen Konfliktsituationen vgl. als erster Überblick VOLLERT, M.P.: Für Ruhe und Ordnung. Einsätze des Militärs im Inneren (1820–1918). Preußen – Westfalen – Rheinprovinz, Bonn 2014. Zu den eher positiven Entwicklungen dieser speziellen „Beziehungsgeschichte“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. BECKER, F.: Die Einstellung der Bevölkerung zum Militär in den preußischen Westprovinzen von 1850 bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte N.F. 17 (2007), S. 251–264.

27 Steinbach: Preußen (2015) (wie Anm. 1), S. 28.

28 Zu dieser Krise in Köln vgl. Herres: Köln (2012), (wie Anm. 25), S. 56–60. Hingewiesen sei auf zwei neuere regionale Untersuchungen zu dieser tiefgreifenden Krise: LOUIS, M.: Preußisches Regierungshandeln im Kontext der Hungerkrise 1816/17, in: Kell, E. u. Pentz S. (Hrsg.): Vom Empire zur Restauration. Die Saarregion im Umbruch 1814–1820, Saarbrücken 2016, S. 213–250; HÖHER, P.: Religion in der Krise. Die Hungersnot von 1816/17 in Westfalen, in: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 61 (2016), S. 55–82.

29 Zum globalen Ereignis und seinen Folgen umfassend BEHRINGER, W.: Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte, München 2015.

30 Zeitungsbericht vom 10. Juni 1817, zitiert nach Herres: Köln (2012) (wie Anm. 25), S. 57

- 31 Immediatbericht vom 31. August 1837, zitiert nach Herres: Köln (2012) [wie Anm. 22], S. 149 f.
- 32 Bericht vom 23. Juni 1843, in: Hanse, J. (Bearb.): Rheinische Briefe und Anten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850, Band 1: 1830–1845, Essen/Leipzig 1919, Nachdruck Düsseldorf 1997, S. 546–549, Zitat S. 549.
- 33 Neuerdings umfassend HUCH, G. Monarchenreisen zwischen Tradition und Moderne, in: Zwischen Ehrenpforte und Inkognito: Preußische Könige auf Reisen. Quellen zur Repräsentation der Monarchie zwischen 1797 und 1871 (= Acta Borussica N. F., 2. Reihe: Preußen als Kulturstaat, Abt. II, Bd. 7/1), Berlin 2016, S. 1–210; hier findet sich erstmalig auch eine akribische Auflistung aller preußischen Monarchenreisen im Zeitraum 1798 bis 1871 (S. 218–270). Die zweibändige Edition bietet umfangreiches Quellenmaterial auch zu den verschiedenen Reisen der drei Könige in die Rheinprovinz.
- 34 Zu dieser Reise und ihrem Kontext ausführlich WERQUET, J. Historismus und Repräsentation. Die Baupolitik Friedrich Wilhelms IV. in der preußischen Rheinprovinz, Berlin/München 2010, S. 82–94, das Zitat S. 85.
- 35 Vgl. knapp CUSTODIS, P.-G. Bauaufgaben in preußischer Zeit, in: Ders.: Preußen an Rhein und Mosel, Köln 2015, S. 4–13; Anton Neugebauer: Das architektonische Erbe Preußens am Rhein, in: FELTEN, F.J. (Hrsg.): Preußen und Bayern am Rhein, Stuttgart 2014, S. 119–141. Umfassend zu den vielfältigen Aktivitäten Friedrich Wilhelms IV. als Kronprinz und König in der Rheinprovinz: Werquet: Historismus [2010] [wie Anm. 34]. Werquet behandelt mit der Baupolitik Friedrich Wilhelms IV. ein wichtiges Thema der preußisch-deutschen Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts in systematischer und vollständiger Weise. Ziel dieser extensiven Baupolitik in der Rheinprovinz war die „Harmonisierung der preußischen Gesellschaft mit künstlerischen Mitteln“ (S. 428) – ein letztlich gescheitertes monarchisches Projekt. Vgl. Ders.: Eine „historische Basis“ für den preußischen Staat. Die Rheinprovinz im Kontext der Bauunternehmungen Friedrich Wilhelms IV., in: Meiner, J. u. Werquet, J. (Hrsg.): Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Politik – Kunst – Ideal, Berlin 2014, S. 81–89.
- 36 Vgl. dazu aus kulturgeographischer Perspektive DIX, A. Das Mittelrheintal – Wahrnehmung und Veränderung einer symbolischen Landschaft des 19. Jahrhunderts, in: Petermanns Geographische Mitteilungen 146 (2002), Heft 6, S. 44–53.
- 37 Wesentliche Impulse dafür gab das seit 2004 laufende große Akademievorhaben „Preußen als Kulturstaat“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Das Projekt bezieht sich vor allem auf die umfassende Auswertung der umfangreichen Archivbestände zum 1817 begründeten preußischen Kultusministeriums. Im Rahmen des Projektes sind zwischen 2009 und 2016 16 umfangreiche Darstellungs- und Editionsbande mit fast 8000 Druckseiten publiziert worden. Daneben gibt es eine Fülle von bereits publizierten Spezialstudien. Auf die vielfältigen Einzelergebnisse gerade auch für die westlichen Provinzen kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. zum Projekt und zu den Publikationen: <http://actaborussica.bbaw.de/>. Vgl. zudem den unlängst erschienenen wichtigen Sammelband: METTELE, G. u. SCHULZ, A. (Hrsg.): Preußen als Kulturstaat im 19. Jahrhundert, Paderborn 2015, insbesondere die Einleitung S. 7–21.
- 38 Dazu umfassend: HOLTZ, B.: Das Kultusministerium und die Kunstpolitik 1808/17 bis 1933, in: Das preußische Kultusministerium auf seinen Wirkungsfeldern Schulen, Wissenschaft, Kirchen, Künste und Medizinalwesen (= Acta Borussica N. F., 2. Reihe: Preußen als Kulturstaat, Abt. I, Bd. 2/1), Berlin 2010, S. 399–635.

- 39 Knapp dazu mit weiterer Literatur MÖLICH, G.: Geschichte (2012) [wie Anm. 4], S. 20 f.
- 40 Vgl. für den gegenüber dem Mittelrhein oft vernachlässigten niederrheinischen Raum CILLESSEN, W. „Altäre für das Vaterland“. Der Niederrhein als nationalpatriotische Denkmallandschaft, Wesel 2002.
- 41 Zusammenfassend dazu MÖLICH, G.: Mythen und Symbole am Rhein. Eine Skizze, in: Engelbrecht, J. u. a. (Hrsg.): Rheingold. Menschen und Mentalitäten im Rheinland. Eine Landeskunde, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 235–246. Eine umfassende Darstellung durch den Autor ist in Vorbereitung.

„Preußisch Sibirien“ – Notstandsmaßnahmen in der Eifel

Peter Burggraaf

Einleitung

Nach der französischen Periode, die 1814 endete, wurde das Rheinland auf dem Wiener Kongress 1815 Preußen zugesprochen. Die Preußen übernahmen 1816 die Verwaltung und gliederten die Rheinprovinz in Regierungsbezirke, Kreise, Ämter und Gemeinden. Diese Verwaltungsgliederung der Ämter und Gemeinden fußte auf der von den Franzosen eingeführten kommunalen Verwaltungsgliederung. Die Eifel war während der französischen Periode auf fünf Departements und zwischen 1816 bis 1947 auf die Regierungsbezirke Aachen, Köln, Koblenz und Trier verteilt (s. Abb. 1). Zwar hatte die Rheinprovinz hinsichtlich der preußischen Kerngebiete mit der Hauptstadt Berlin eine periphere Lage, aber es muss in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, dass die Brandenburger/Preußen bereits seit 1609 am Niederrhein präsent waren.¹

Die Preußen trafen bei der Verwaltungsübernahme der Eifel 1816 eine sehr dünn besiedelte Region in Grenzlage an, die aufgrund der naturräumlichen Beschaffenheit als ein Ungunstraum zu betrachten ist. Die natürlichen Voraussetzungen dieser Mittelgebirgslandschaft haben den Handlungs- und Bewirtschaftungsspielraum des Menschen beeinflusst und geprägt. Die Entwicklung der Landwirtschaft hängt eng mit der Höhenlage, dem Relief, der Hydrologie, den Böden und dem Klima zusammen. In der leeseitigen östlichen Eifel variieren die Jahresniederschlagsmengen von ca. 600–800 mm bis 1000–1200 mm in den luvseitigen westlichen Eifelteilen. Im Bereich der Rureifel und des Hohen Venns bewegen sich die Jahresmengen aufgrund der Luvlage sogar zwischen 1100 und 1300 mm (FISCHER 2013, S. 24–35). Die mittlere Jahrestemperatur variiert je nach Höhenlage zwischen 7,5 und 8,5 °C. Die Vegetations-

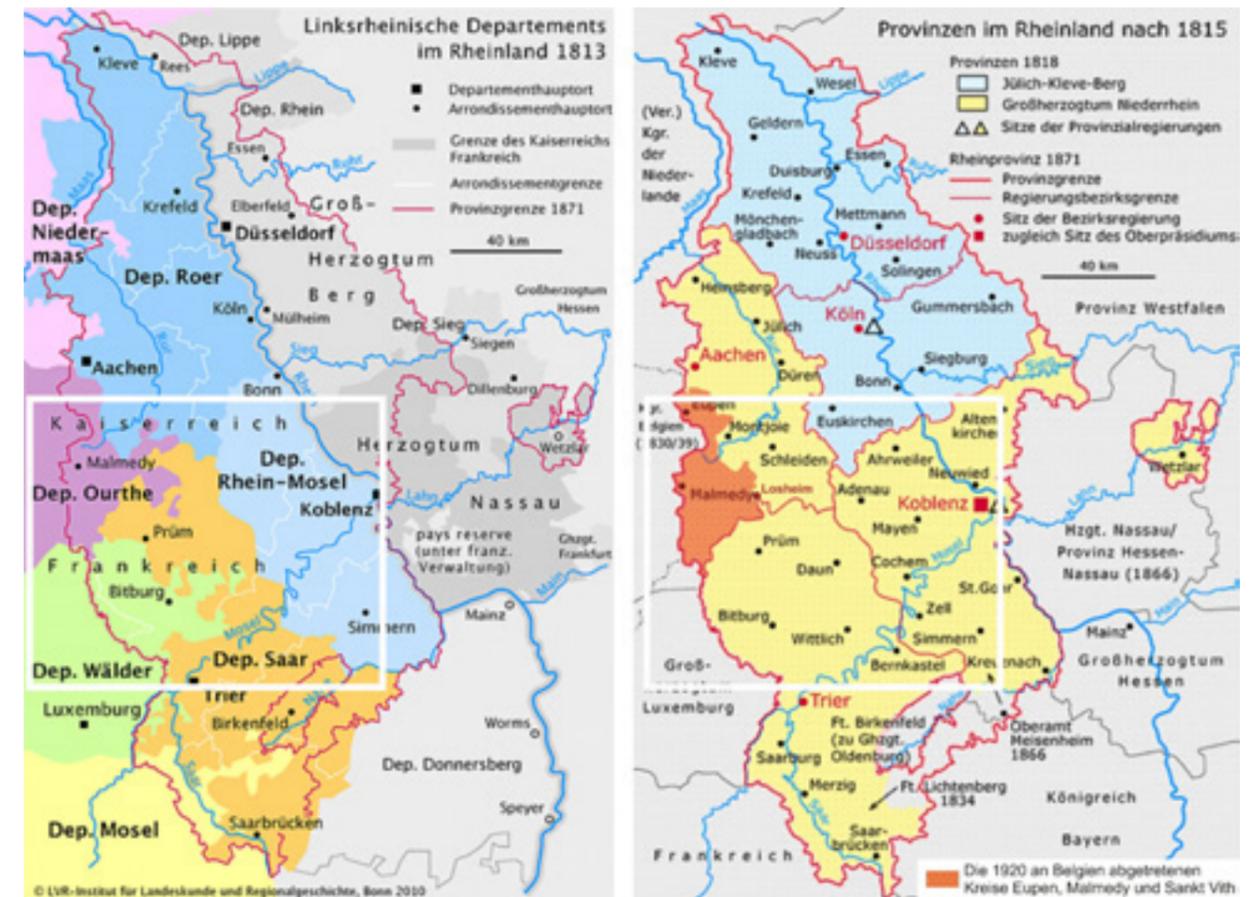


Abb. 1: Die Lage der Eifel während der französischen Periode 1798–1814 in den vier Departements und innerhalb der preußischen Rheinprovinz 1816–1947 (LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte, Bonn 2010).

periode variiert ebenfalls nach Höhenlage und ist mit durchschnittlich 125 bis 150 Tagen für die höheren Teile kurz. Nachteilig sind die häufig auftretenden Nachtfröste im späten Frühjahr und im frühen Herbst in den Hochlagen und Muldentälern (FISCHER 2013, S. 31, S. 33).

In Voreifel, Pellenz, Maifeld, Bitburger Gutsland und Wittlicher Senke sind die Bedingungen günstiger und die Vegetationsperiode ist wesentlich länger. Dies wird durch die dortigen Sonderkulturen belegt: Weinbau im Ahr-, Mosel- und Rheintal, der Hopfenanbau im Bitburger Gutsland und der Tabakanbau in der Wittlicher Senke.

Vor allem in den Rur-, Hoch-, Vulkan- und Westeifelgebieten mit dem Relief, den kargen Böden und den ungünstigen klimatischen Verhältnissen waren die Bedingungen für einen ertragreichen Ackerbau besonders ungünstig. Anstelle der auch in der Eifel üblichen praktizierten Dreifelderwirtschaft erfolgte in den niederschlagsreichen westlichen Eifelteilen die ackerbauliche Bewirtschaftung in einer unregelmäßigen Feld-Gras-Wirtschaftsform mit abwechselnder Acker- und Grünlandnutzung. Im Laufe des 17. Jahrhunderts wurde dort wegen des feuchten Klimas der ertragsarme Ackerbau allmählich zugunsten der Grünland- und Weidewirtschaft weitgehend aufgegeben. Bei dieser Umstellung könnte auch die sogenannte „Kleine Eiszeit“ eine Rolle gespielt haben. Der Schutz gegen das feuchte niederschlags- und windreiche Klima hat sich auf der Hochebene der Nordwesteifel landschaftswirksam mit der Herausbildung der Monschauer Heckenlandschaft niedergeschlagen. Dort schützen hohe Haus- und Hofhecken die Bausubstanz gegen das feuchte Wetter.

Die ursprünglich walddreiche Eifel war 1816 durch die jahrhundertewährende Ausbeutung der Wälder, eine nicht nachhaltige Holzwirtschaft, landwirtschaftliche Nutzung des Waldes und die ungünstigen landwirtschaftlichen Verhältnisse und Strukturen verarmt.

Land- und Waldwirtschaft

Bis etwa 1850 war die Landwirtschaft sehr eng mit der Waldwirtschaft verzahnt. Neben der Holzproduktion für Bau-, Nutz- und Energieholz zur Herstellung von Holzkohlen für die Eisenverhüttung, Glas- und Kalkherstellung und Brennholz war darüber hinaus

der Wald vor allem auch eine landwirtschaftliche Ergänzungsfäche. Die Weideflächen für Rinder, Schafe und Ziegen befanden sich neben den für den Ackerbau ungeeigneten Bach- und Flussauen sowie Bracheflächen der Dreifelderwirtschaft im Hudewald. Die einzigen Grünlandflächen befanden sich in den feuchten Auen der Wiesentäler (WEBER 1986, S. 104). Sie wurden weitgehend zur Heuernte für die winterliche Stallhaltung genutzt. Eine besondere Beweidungsform war die herbstliche Schweinemast mit fetthaltigen Eicheln und Bucheckern, die für die Zunahme des Schlachtgewichts kurz vor dem Schlachtmonat November sehr wichtig war. Breittragende Eichen und Buchen als sogenannte Mastbäume zeugen noch von dieser Waldnutzung.

Mit der landwirtschaftlichen Einbeziehung und Nutzung des Waldes konnte der Ackerbau in der, klimatisch betrachtet, ungünstigen Eifel hauptsächlich für die Eigenversorgung existieren. Im Rahmen der bereits im Prümer Urbar von 893 erwähnten Rottwirtschaft mit der Niederwaldnutzung wurde auf den abgeholzten Flächen mit Aschedüngung in der Regel zwei Jahre Getreide angebaut: Hafer oder Roggen im ersten Jahr und Buchweizen im zweiten Jahr. Nach einer Umtriebszeit von etwa 20 bis 25 Jahren begann der Kreislauf wieder von vorne.

Das erforderliche Streugut als Plaggen für die Stallhaltung und die Herstellung von Dünger wurde aus dem Wald geholt. Durch die ständige Entnahme von Humus und Streu mit Holzrechen wurde die Leistungsfähigkeit der Waldböden erheblich beeinträchtigt. Darüber hinaus diente der Wald traditionell als Sammelstelle von Kräutern und Wildfrüchten sowie Laub, das als zusätzliches Viehfutter durch Schneitelung der Bäume gewonnen wurde.

Extreme Auswirkungen auf den Waldbestand hatte die seit dem Spätmittelalter zunehmend praktizierte Schifferwirtschaft. Hierbei wurde der Niederwald gerodet und je nach Bodenbeschaffenheit wurde ein bis drei Jahre Ackerbau betrieben. Ziel dieser Bewirtschaftungsform war, die kargen Erträge auf den nährstoffarmen Böden mit zusätzlichem Ackerland aufzustocken. Nach der ackerbaulichen Nutzung wurden diese Flächen sich selbst überlassen und als Weidefläche genutzt. Durch die ständige Beweidung konnte sich kaum eine Vegetation außer Wacholder und Ginster (Eifeldorf), die vom Vieh nicht gefressen wurden, entwickeln. Zwischen den Sträuchern wuchs Heidekraut

und Borstrasen. Nach etwa 15 bis 20, teilweise aber auch 30 bis 50 Jahren wurden diese Flächen erneut mit Schaufeln „abgeplaggt“ oder „abgeschiffelt“, getrocknet, im Herbst verbrannt und mit der Asche die Fläche gedüngt (SCHWIND 1983, S. 38). Die oben beschriebene landwirtschaftliche Nutzung des Waldes hat maßgeblich zu den ständig wachsenden Heide- und Ödlandflächen beigetragen. Diese Flächen wurden weiterhin als Weideflächen genutzt und prägten das damalige charakteristisch offene Landschaftsbild der Eifel bis weit in das 19. Jahrhundert.

Die Entwicklung der Landwirtschaft nach 1816

Kurz nach der formellen Übernahme der linksrheinischen Gebiete durch die Preußen führte der größte Ausbruch eines Vulkans der letzten 10.000 Jahre, des Tambora, zu einer enormen Temperaturabsenkung (s. Abb. 2 und 3) mit katastrophalen Folgen. Während der französischen Verwaltung von 1795–1814 und zum Beginn der preußischen Verwaltung 1816 veränderte sich in der Landbewirtschaftung zunächst nicht viel. Aber das extrem schlechte Wetter führte zu einem fast kompletten Ernteausfall mit verheerenden Folgen für die Nahrungsmittelversorgung, so dass Hungersnöte auftraten und Hungertyphus ausbrach (GLASER 2001, S. 180). Darüber hinaus gab es auch kein Saatgut für das nächste Jahr.

Dieses Wetter wird mit dem Ausbruch des Tambora auf der indonesischen Insel Sumbawa in Verbindung gebracht (GLASER 2001, S. 180). Während der Ausbrüche am 6. April und vom 10. bis 15. April 1815 wurden über 100 km³ Material in die Atmosphäre geschleudert. Die feine Vulkanasche, die in die oberen Schichten der Atmosphäre aufstieg, verbreitete sich in wenigen Tagen über die nördliche Erdhalbkugel. Es dauerte einige Jahre, bis die Atmosphäre wieder weitgehend staubfrei war. Durch die Partikel in der Atmosphäre wurde das Sonnenlicht zurück ins All reflektiert, wodurch die Temperatur um etwa 2,5 bis 3 °C sank. In der klimatisch benachteiligten Eifel wurde die ohnehin relativ kurze Vegetationsperiode hierdurch erheblich verkürzt. Missernten und Ernteauffälle waren im „Jahr ohne Sommer“ 1816 zu verzeichnen. Dies belegt folgendes Zitat: „[...] 1816 war ein Jahr des Unheils. Bis in den Juni hinein lag stellenweise der Schnee. Anfang November schneite es schon wieder. Nichts wurde reif, alles verdarb und verkam. Ende September wurde erst das Heu eingeerntet. Das Korn wurde erst im Oktober reif. Die Kartoffeln waren alle erfroren und lagen unter dem Schnee begraben“ (ARNTZ 1986, S. 124).

Bürgermeister Cornelius Metten des Amtes Kelberg² (bis 1932 Kreis Adenau) berichtet in den Chronik des Amtes Kelberg von einem „unerhörten allgemeinen

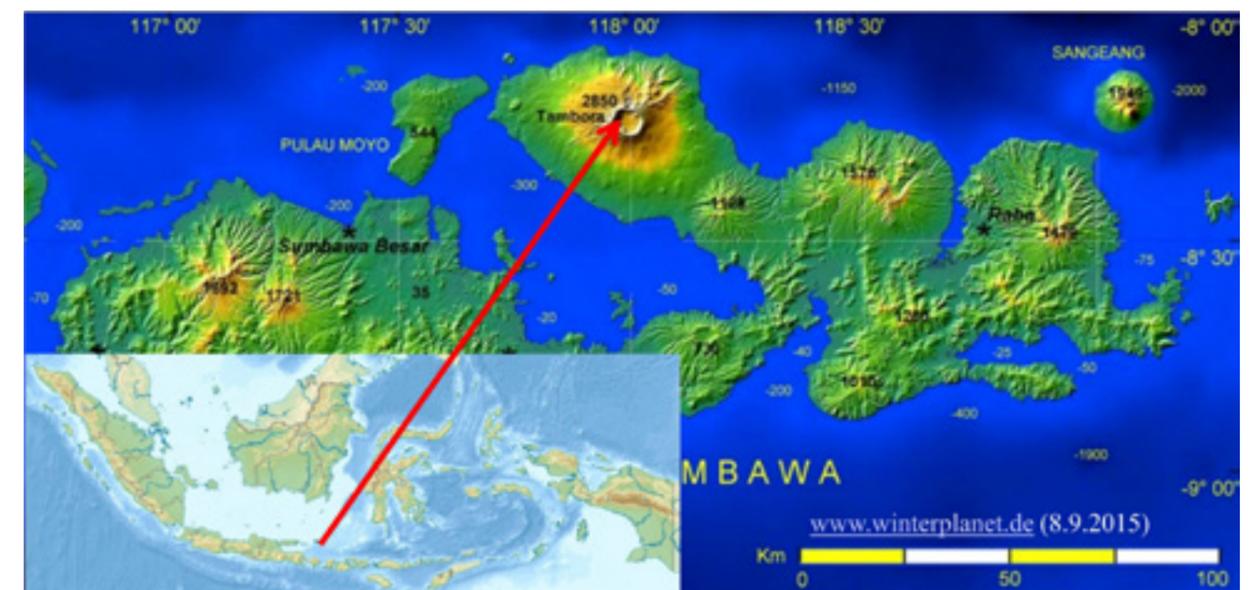


Abb. 2: Vulkanausbruch des Tambora vom 10.–15.4.1815. Hierbei wurden etwa 150 km³ an Gesteinsmassen in die Atmosphäre geschleudert. Feine Aschen verbreiteten sich innerhalb weniger Tage über die gesamte nördliche Erdhalbkugel. Die Partikeldichte in der oberen Atmosphäre verringerte die auftreffende Sonnenenergie, die zu einer temporären Absenkung der Temperatur von 2,5 bis 3 °C führte. Er gilt als größter Vulkanausbruch der letzten 10.000 Jahre (www.winterplanet.de, abgerufen am 08.09.2015).

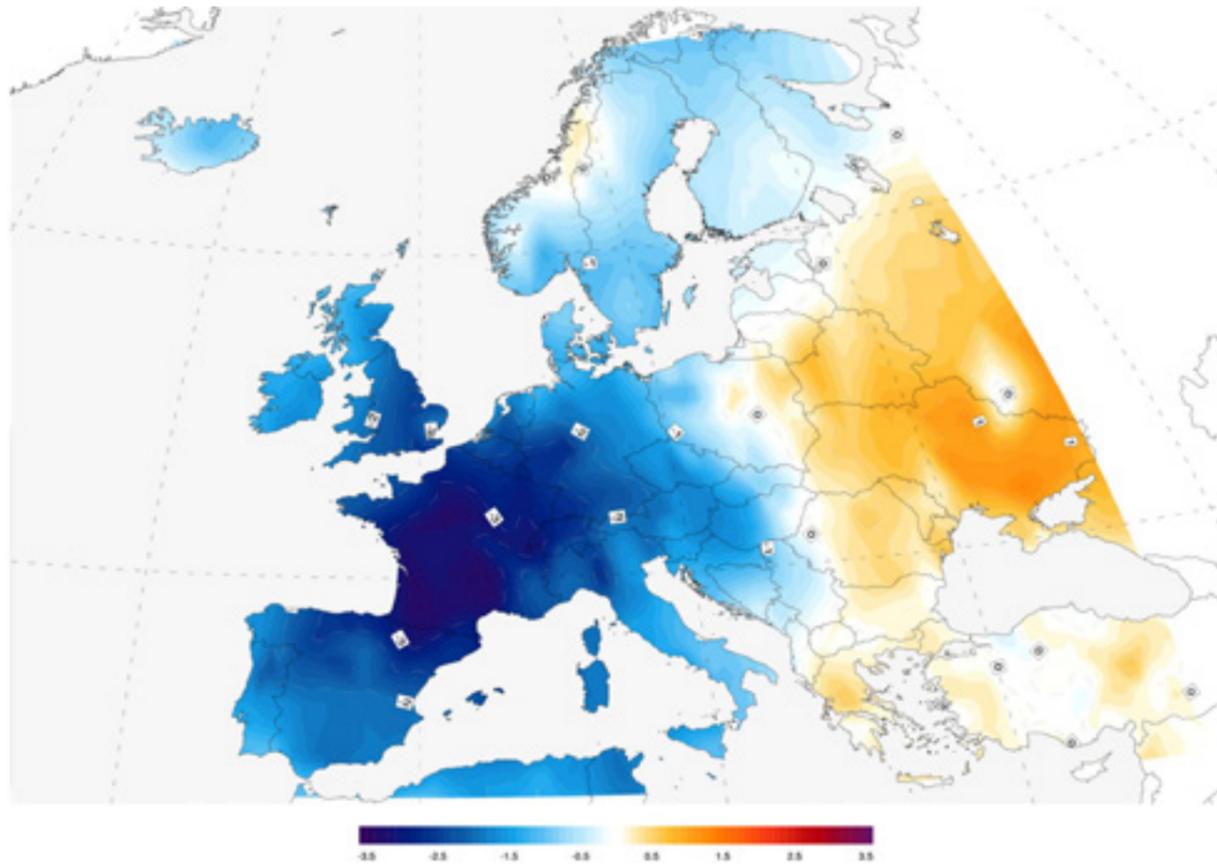


Abb. 3: 1816 das Jahr ohne Sommer mit einer temporären Absenkung der Temperatur von 2,5 bis 3 °C in der Eifel (Luterbacher et al. 2004, S. 1499–1503).

Misswuchs an Getreide und Gemüse“. Er schrieb damals, vor genau 200 Jahren (1816): „Eine allgemeine Hungers Noth bedrohte das ganze Land, und besonders die Eifel. [...] Ich mag mich dieser Epoche nur mit Grausen erinnern. Ich habe Leute gesehen, die Gräber in den Wiesen gesammelt und gegeben haben. Die erkalteten Grundbieren (Kartoffeln) wurden als Leckerbissen benutzt.“ (MAYER 2016, S. 12).

Eine weitere Beschreibung über die damalige Notsituation in der Eifel ist bei Peter Blum nachzulesen: „1816 fiel eine so schwere Missernte ein, dass eine entsetzliche Teuerung und Hungersnot um sich griff. In der Eifel lebten die armen Leute von Wiesenkräutern, die sie mit Hafermehl zu Mus verrührten. Es wird berichtet, dass hungernde Menschen sogar Würmer und Schnecken in der Pfanne brien oder Fleisch von verendeten Tieren aßen. Kinder mussten betteln gehen, weil ihre Eltern sie nicht mehr ernähren konnten. Viele entschlossen sich damals, ihr Land zu verlassen. Preußen veranlasste Geld- und Sachsammlungen für die notleidende

Eifelbevölkerung“ (BLUM 1925, S. 128). Diese Umstände führten zu Nahrungsmittelknappheit und sogar zu Hungersnot, so dass viele die Eifel notgedrungen verließen und auswanderten. Die Not war 1817 so groß, dass die Regierung mit Getreidelieferungen eingreifen musste. In der Rheinprovinz bildeten sich Wohltätigkeitsvereine. König Friedrich Wilhelm III. stellte 2 000 000 Taler für Hilfsaktionen zu Verfügung. So wurde nach ARNDT (1986, S. 124) in Blankenheim, Gemünd, Schleiden, Reifferscheidt und Kronenburg pro Tag und pro Kopf ein Pfund Brot an die Ärmsten verteilt. Wer noch Brot bezahlen konnte, musste je nach Vermögens- und nach Erwerbsstand anteilig bezahlen. Das Betteln wurde verboten und mit Gefängnisstrafen geahndet (JANSSEN 1929, S. 29). Erst ab 1818 hat die Wetterlage sich wieder normalisiert.

Auch 1847 war ein Notjahr. Die Not ist in den wenigen zeitgenössischen Presseberichten ablesbar. Am 9. April 1847 wurde der Eifelbevölkerung nahegelegt, „Froschschinken statt Brot“ zu essen. „Vielleicht soll durch die



Abb 4.: Die Hungermedaille vom Nürnberger Stempelschneider Thomas Stettner. Auf der Vorderseite (links) ist eine Mutter mit zwei Kindern mit der Inschrift „O gieb mir Brod mich hungert.“ zu sehen. Auf der Rückseite (rechts) hängt eine Waage aus den Wolken. Auf der linken Waagschale steht ein Gewichtsstein mit der Unterschrift „11b 3L“. Auf der rechten Waagschale liegen Getreidekörner mit der Unterschrift „12 KR“. Zwischen den beiden Schalen der Waage steht „1 MAAS BIER 8 ½ KR“. Darunter liegt ein Anker, unter welchem die Jahreszahlen 1816 und 1817 geschrieben sind. Die Umschrift am Rande lautet: „Verzaget nicht – Gott lebet noch“ (www.regionalgeschichte.net, abgerufen am 01.02.2016).

jetzt vorhandene, ungemaine Anzahl Frösche gerade ein wenn auch wenig belangreiches Mittel zur Lebensfristung oder Stilllegung des Hungers geboten sein. Es sei diesem wie ihm wolle, jedenfalls scheint es anrätlich, die vielen Frösche einzufangen und deren Beine, gebraten, zur Consumption zu benutzen. Dadurch wird ein doppelter Zweck erreicht werden, indem ein Lebensbedürfnis befriedigt, und daneben verhütet wird, dass die Frösche laichen und später mit ihrer Brut den weichen Pflanzenwuchs verzehren“.³ Wenige Monate später wurde sogar polizeilich darauf hingewiesen, dass Fremde sowie Bettler und Bettlerinnen aufgrund der sehr schlechten Nahrungsmittelsituation nicht versorgt werden dürften. Wer „Fremde“ aufnahm wurde mit einem Bußgeld von 1 bis 5 Talern belegt (ARNDT 1986, S. 24–25).

Der Winter von 1879/80 war sehr kalt. Es gab drei Monate sehr strengen Frost. Die Not stieg so hoch an, so dass im Deutschen Reich gesammelt werden musste, um eine Hungersnot zu vermeiden. Die Spenden wurden bezüglich der Verteilung wöchentlich den Pfarrern und Gemeindevorstehern weitergeleitet. Aus einem Dankeschreiben des Pfarrers von Stadtkyll wird die Not deutlich: „In meiner Pfarrgemeinde sind keine 20

Familien, die in diesem Winter zu den alten Schulden nicht noch neue machen müssen. Vielfach konnten die Kartoffeln nicht ausgemacht werden, weil Frost und Schnee kamen, ehe alles reif geworden war“ (ARNDT 1986, S. 24–25).

Durch die ungünstigen naturräumlichen Rahmenbedingungen und katastrophalen strukturellen Verhältnisse in der damaligen hauptsächlich auf Eigenversorgung hin orientierten Landwirtschaft sowie die Auswirkungen der wiederholt auftretenden Schlechtwetterereignisse wurde die Eifel im 19. Jahrhundert als „preußisches Sibirien“ bezeichnet. Die außerordentlich ungünstige kleinbäuerliche Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft hat ihre Hauptursache im vorherrschenden Realteilungserbrecht. Es herrschte die freie Teilbarkeit unter allen Erbberechtigten vor, die nach dem 1802 eingeführten französischen Recht, legitimiert war und im linken Rheinland von der preußischen Verwaltung beibehalten wurde. Hierdurch nahmen bei einer wachsenden Bevölkerung die Betriebs- und die Parzellengrößen ständig ab. Das Ergebnis waren stark zersplitterte Flure mit Klein- bzw. Miniparzellen in Streulage. Da die Gemarkungen und Flure unzureichend mit Wegen erschlossen waren, musste wegen



Abb. 5: Katasterkarte der Gemeinde Zermüllen, „Section B genant Dorfsection“ im Maßstab 1:1.250 von 1821 (Landeshauptarchiv Koblenz, Außenstelle Kobern-Gondorf).

der Säh- und Erntezeiten Flurzwang mit der gleichen Fruchtfolge eingeführt werden, die zu Abhängigkeiten führte (s. Abb. 5 und 6a). So betrug die mittlere Parzellengröße z.B. im Altkreis Daun um 1885 lediglich 0,09 ha. Hierdurch wurde die Bewirtschaftung der Flurstücke erheblich erschwert.

Die Vermessungskosten der geteilten Grundstücke konnten von den Bauern und Bäuerinnen nicht mehr aufgebracht werden. Deswegen wurden die Flurstücksteilungen nicht mehr im Kataster erfasst, sondern wurden als Eigentümer Erbgemeinschaften eingetragen. Durch nachfolgende Teilungen verkleinerten sich die Grundstücksanteile und die Erbgemeinschaften vergrößerten sich. So gibt es heute noch unter dem Titel von Erbgemeinschaften eingetragene Grundstücke, die mittlerweile aus hunderten von Erben bestehen, die heute kaum noch zu ermitteln sind. Wenn man damals, im Sommer 1850, die Eifelland-

schaft betrachtete, war das Landschaftsbild optisch von großen, durch den Flurzwang bedingten Getreidefeldern der Dorffluren sowie größeren Heide- bzw. Ödlandflächen geprägt. Es war eine von „Offenheit“ geprägte Kulturlandschaft. Innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Flure gab es jedoch sehr viele kleine Parzellen, die durch die vorherrschende Realteilung entstanden sind

In den 1880er Jahren führte eine Reihe von Missernten aufgrund der schlechten Witterungsverhältnisse innerhalb dieser zersplitterten und zerstreuten Parzellenstruktur erneut zu einem Notstand. November 1882 wird berichtet, dass 50 % der Bevölkerung nicht mehr über ausreichende Lebensmittel verfügte und dass außerdem das Saatgut sehr knapp war. Nach der sehr ungünstigen Witterung 1883 verschlechterte die Situation sich noch weiter. Das schlechte Wetter hängt sehr wahrscheinlich auch mit dem Ausbruch des Kra-

	10	20	30	40	50	60	70	80	90	100	200	300	400	500	600	700	800	900	1 000	1 100	1 200	1 300	1 400	1 500*	
Flachs-, Hanfbau	RM 30 000,00																								
Korbweiden	RM 35 000,00																								
Berufsschulen und -bildung	RM 50 000,00																								
Milchwirtschaft, Molkereien	RM 60 000,00																								
Saatgut, Lebensmittel, Düngemittel, Futter	RM 75 000,00																								
Obstanbau, Obstwiesen	RM 102 000,00																								
Verbesserung der Stallungen	RM 104 000,00																								
Kultivierungen, Melioration, Viehweideanlagen auf Ödland	RM 300 000,00																								
Rindviehzucht	RM 305 000,00																								
Feldgras- und Viehweideanlagen	RM 400 000,00																								
Wald- und Forstkultur	RM 605 000,00																								
Entwässerung durch Drainage	RM 700 000,00																								
Ent- und Bewässerungsanlagen, Meliorationen und Fluss- und Bachregulierungen	RM 1 150 000,00																								
Zusammenlegung, Flurbereinigung	RM 1 500 000,00																								
Wasserleitungsanlagen	RM 1 600 000,00																								

* In Tausend Reichsmark

Tab. 1: Staatshilfen aufgrund des Notstandes in den Eifelkreisen 1876–1929 in Reichsmark (x 1000). Nach Krewel 1931, S. 21.

kataus vom 22. bis 27. August 1883 auf der Westspitze der indonesischen Insel Java zusammen, der als zweitgrößter Vulkanausbruch der Neuzeit betrachtet wird. Obwohl dieser Ausbruch nicht so gewaltig war wie der des Tambora, gab es immerhin eine zeitweilige Temperatursenkung von 0,5 bis 0,8 °C,⁴ die sich vor allem in den höheren Lagen mit erhöhten Niederschlagsmengen, Früh- und Spätfrosten und eine dadurch bedingte kürzere Vegetationsperiode negativ auf die landwirtschaftliche Produktion ausgewirkt hatte. Es kam zu Nahrungsmittelengpässen und Hungersnöten, die zu einer wirtschaftlich verursachten Auswanderungswelle als letztem Ausweg führte.

Die Situation war aussichtslos. Landräte und Bürgermeister sprachen bei der Regierung in Berlin vor und schilderten die katastrophale Situation. Dies führte zu weitreichenden Hilfeleistungen der preußischen Regierung und der Provinzregierung in Koblenz. Man beschloss 1884 die Einrichtung des Eifelfonds aus öffentlichen Geldmitteln für die Förderung von Strukturmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft. Die

jährliche Förderung betrug 300.000 Reichsmark (RM): 200.000 des Landes Preußen und 100.000 der Verwaltung der Rheinprovinz (KREWEL 1931, S. 17). Die Fördermaßnahmen wurden auch auf den Hunsrück, Taunus und Westerwald mit ähnlichen Problemen erweitert. Hierzu ist 1897 der „Westfonds“ gegründet worden; 1901 wurde der Eifelfond aufgelöst und mit dem Westfonds verschmolzen (GRAAFEN 1993, S. 106). 1924 ist der Westfonds in „Fonds zur Förderung der Landwirtschaft durch von Meliorationen, Umlegungen und Wasserleitungen“ umbenannt worden (KREWEL 1931, S. 19).

Mit dem Eifelfonds als Notstandsprogramm hatte man die Land- und Forstwirtschaft strukturell gefördert sowie die Ausbildung der Landwirte und Agrarforschung für die Entwicklung von widerstandsfähigem Saatgut finanziert. Zwischen 1876 und 1929 wurden ca. 7.000.000 RM investiert. Aus Tabelle 1 geht hervor, wie die Fördermittel in der Periode 1876–1929 investiert worden sind. Eine der wichtigsten Strukturmaßnahmen war die Zusammenlegung der Grundstücke. Die Umgestaltung der Agrarfluren im Rahmen der Flurbereinigungen



Abb. 6a: „Übersichtskarte des Gemeindebezirkes Kelberg, Kreis Adenau, Regierungsbezirk Koblenz im Zustande vor der Grundstückszusammenlegung. Gezeichnet im geodätisch-technischen Bureau der königlichen Generalkommission zu Düsseldorf im Dezember 1887 durch Gröhlich“ (Landeshauptarchiv Rheinland-Pfalz, Zweigstelle Koblenz).



Abb. 6a: „Übersichtskarte des Gemeindebezirkes Kelberg, Kreis Adenau, Regierungsbezirk Koblenz im Zustande vor der Grundstückszusammenlegung. Gezeichnet im geodätisch-technischen Bureau der königlichen Generalkommission zu Düsseldorf im Dezember 1887 durch Gröhlich“ (Landeshauptarchiv Rheinland-Pfalz, Zweigstelle Koblenz).

mit den zusammengelegten und dadurch vergrößerten Parzellen und den rechteckig geprägten Flurwegenetzen für die Erschließung der einzelnen Parzellen ist bis heute noch landschaftswirksam. Aber auch der Bau von Wasserleitungsanlagen hat sich mit der Erschließung von Brunnen und Hochbehältern ausgewirkt. Dies gilt auch für die geförderten Bewässerungs- und Entwässerungsmaßnahmen, Meliorationen, die Obstwiesen und die Viehweideanlagen. Alle diese Maßnahmen erfolgten in preußischer Zeit.

Die dringend notwendige strukturelle Umgestaltung der Agrarfluren wurde schließlich im Rahmen der Flurbereinigung durchgeführt. Hierzu wurde am 24. Mai 1885 das preußische Flurbereinigungsgesetz⁵ erlassen (REMBOLD 2012, S. 104). Dieses Gesetz hat trotz der anfänglichen bäuerlichen Widerstände in den nachfolgenden Jahren und der weiterhin praktizierten Realteilung

eine nachhaltige Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur ermöglicht. Hierzu wurde auch ein zumeist rechteckig geprägtes Netz der Wirtschaftswege festgelegt. Es sollte so dicht sein, damit jedes neu zusammengelegte Grundstück einen direkten Weganschluss erhalten konnte (GRAAFEN 1992, S. 108). Durch diese Erschließung der Einzelparzellen konnte auf Flurzwang verzichtet werden: jeder Landwirt konnte nun individuell wirtschaften und seine Fruchtfolge selbst bestimmen. Die Aufgabe des Flurzwangs mit einheitlicher Fruchtfolge wirkte sich auf das Landschaftsbild aus. Anstatt der für das Auge sichtbaren, großen, weiträumigen und einheitlich angebauten Flächen, gab es nun eine mosaikähnliche Struktur mit unterschiedlich bewirtschafteten Ackerparzellen. Die Vergrößerung der zersplitterten kleinen Parzellen auf eine durchschnittliche Größe von etwa 2.500 m² und die reduzierte Parzellenzahl der Kleinbetriebe bis 2 ha und kleinen Betrie-

Kreise	Verfahren beendet	Verfahren eingeleitet	Parzellenzahl vorher	Parzellenzahl nachher
Monschau	0	1	-	-
Schleiden	4	5	8 895	1 982
Adenau ²	11	12	49 756	7 888
Ahrweiler ²	11	1	30 289	9 259
Cochem	3	1	17 697	3 684
Mayen	8	0	17 500	4 272
Bitburg ¹	2	1	3 042	1 118
Daun ²	12	5	41 891	7 947
Prüm ¹	4	3	7.761	3 344
Wittlich ²	8	4	32 985	5 468

Tab. 2: Stand der Zusammenlegungen nach dem Gesetz von 1885 im Jahre 1906.

¹ Die Kreise Prüm und Bitburg haben aufgrund des dortigen Stockerbrechtes, bei dem die Hofgüter als Ganzes vererbt wurden, relativ wenig Realteilung

² Eifelkreise mit den meisten Parzellen als Folge des Realteilungserbrechts

be zwischen 2 und 5 ha trugen zu einer besseren und effizienteren Bewirtschaftung bei. Die erste Flurbereinigung nach dem Inkrafttreten des Flurbereinigungsgesetzes vom 24. Mai 1885 wurde in der Gemarkung Kelberg im Altkreis Adenau (1816–1932) noch im Jahr 1885 eingeleitet (BURGGRAAFF 1988, S. 190, 191).

Die zweite Karte (s. Abb. 6b) enthält eine Erläuterung, in der die wichtigsten Informationen über diese Grundstückszusammenlegung und durchgeführte Maßnahmen beschrieben worden sind. Da diese Erläuterung interessante Daten enthält, möchte ich sie in gleichem Wortlaut übernehmen: „Der Gemeindebezirk Kelberg enthält 685 ha mit 911 Thaler Grundsteuer Reinertrag. Von der Umlegung sind nur die im Westen vorliegenden Holzungen und die Ortslage ausgeschlossen worden. Zur Zusammenlegung sind gekommen 421 ha bei 580 Thaler Grundsteuer Reinertrag und 2.838 Katasterparzellen. Betheilt sind 147 Interessenten (darunter die Gemeinde und vier geistliche Institute), wovon 135 in Kelberg selbst, die anderen in den nächstgelegenen Orten wohnen. Die Anzahl der in Kelberg selbst beteiligten Haushaltungen beträgt 64, von denen 18 ausschließlich, 31 vorwiegend, die übrigen nur nebensächlich auf den Ertrag aus der Landwirtschaft angewiesen sind. Die Anzahl der neuen Abfindungsstücke beträgt 806, davon sind 84 zur Vergrößerung bereits bestehender Parzellen gegeben, so daß nur 722 als neue Parzellen erscheinen; die Zahl der letzteren hat sich daher von je 100 auf 25 vermindert. An Wegen und Grabenflächen waren vor der Zusammenlegung vorhanden 17 2/10 ha, nach derselben 31 7/10 ha, so daß 3 4/10 Prozent von der Gesamtfläche neu dazu aufzu-

bringen waren. Es sind dabei als Gemeindeanlagen mit ausgewiesen worden: zwei Bleichen, ein Zimmer und ein Holzlagerplatz. Entwässert wurden 33 ha sumpfige, durch Bewässerung verbessert 18 ha trockene Wiesen; 18 ha Ackerland wurden aus dem Eifel-Notstandsfond drainirt“ (erstmal veröffentlicht in BURGGRAAFF 1988, S. 190–194).

Beim Vergleich der beiden Karten mit dem Zustand vor und nach der Zusammenlegung (s. Abb. 6a und 6b) ist die Strukturverbesserung deutlich erkennbar. Zu Beginn des Verfahrens wurden die Bonitätswerte der Böden ermittelt. Außerdem wurden das Relief, die Süd-, West-, Ost- und Nordorientierung der Grundstücke und die Entfernung zu den Gehöften für die Zuteilung mitberücksichtigt. Denn das oberste Prinzip war eine gerechte Zuteilung ohne Benachteiligung. Trotz dieser Vorgehensweise standen die Landwirte und Landwirtinnen der Flurbereinigung sehr skeptisch gegenüber. Eine weitere zwangsläufige Folge der Zusammenlegung war, dass die neuen Parzellen vermessen worden sind und somit faktisch ein neues Kataster erstellt worden ist, das bis heute die Grundlage für die Fortschreibung bildet. In den Folgejahren wurden in den benachbarten Ortschaften von Kelberg Flurbereinigungen durchgeführt. In den Altkreisen Adenau, Ahrweiler, Daun und Wittlich sind bis 1906 die meisten Flurbereinigungen eingeleitet bzw. abgeschlossen worden. Ein Großteil der Gemarkungen der östlichen Eifel ist vor 1939 zusammengelegt worden und um 1970 war die Phase der Erstbereinigungen weitgehend abgeschlossen.

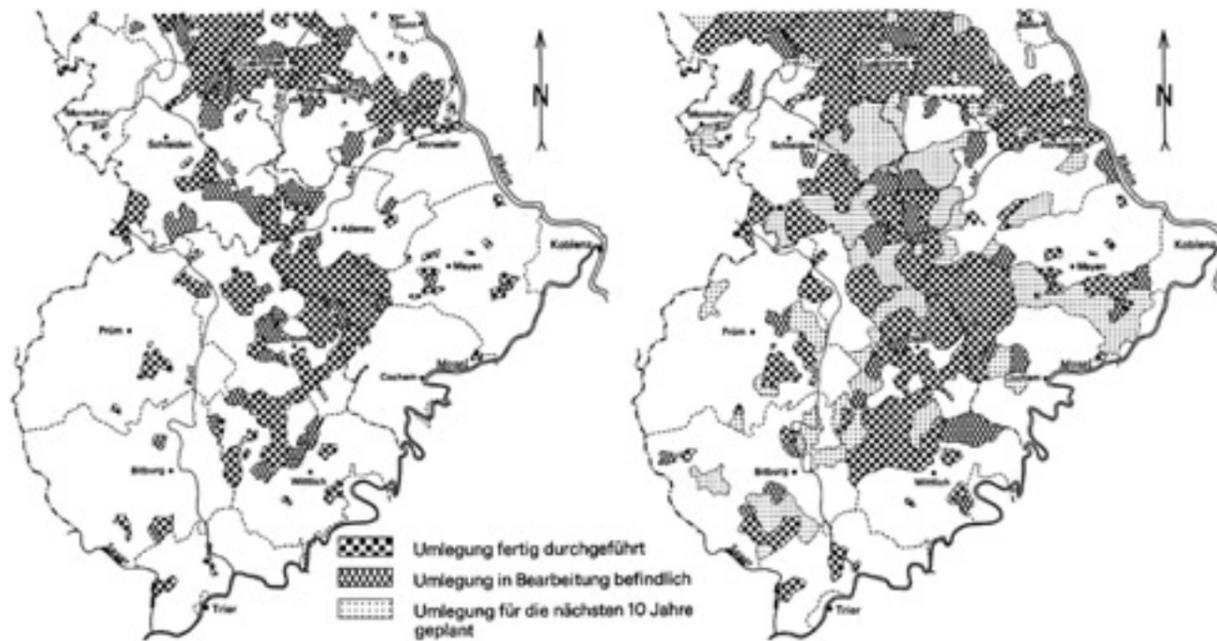


Abb. 7: Grundstücksumlegungen (Flurbereinigungen) in der Eifel, Stand: 31.12.1925 (links) und 1.1.1935 (rechts); [nach: Landeskulturamt Düsseldorf [Hrsg.], 1925, S. 26 u. Sperber, 1936, in: Graafen 1992, S. 109-110].

Aus der Tabelle 2 geht eindeutig hervor, wie zersplittert die landwirtschaftlichen Nutzflächen vor allem in den Eifelkreisen Adenau, Daun, Ahrweiler und Wittlich waren und wie hierdurch eine effektive Landwirtschaft erschwert wurde. Außerdem wird erkennbar, dass gerade im Hocheifelkreis Adenau mit der Zusammenlegung begonnen wurde. Aus Abb. 7 ist zu entnehmen, dass die meisten Zusammenlegungen bis 1935 in der Hoch-, Vulkan- und Kalkeifel durchgeführt worden sind. Weitere wichtige Maßnahmen waren Meliorationen, Bewässerungs-, Entwässerungsmaßnahmen sowie Fluss- und Bachregulierungen für die Verbesserung der Böden und die Anlage von Wasserleitungen.

Die Strukturmaßnahmen sind auch bezüglich der auf Autarkie hin orientierten Landwirtschaftspolitik vor allem nach dem Ersten Weltkrieg zu sehen, in dem es zu Nahrungsmittelengpässen und Rationierungen gekommen ist. Die Steigerung der Agrarproduktion war eine nationale Aufgabe. Deswegen hatte man auch die Ödlandkultivierung vorangetrieben. Die Flächen, die nicht für den Ackerbau geeignet waren, wurden als Grünland kultiviert. Viele Gemeinden gründeten dazu Weidegenossenschaften, die diese gemeinschaftlich genutzten Weideflächen verwalteten und einen einen Kuhhirten oder eine Kuhhirtin einstellten, der oder die im Som-

mer das Vieh hütete. In den Dörfern ohne Weidegenossenschaften wurde das Vieh oftmals von Kindern auf den übrig gebliebenen Heideflächen gehütet. Durch die Gründung von Weidegenossenschaften, Optimierung der Ställe und bessere Hygiene, nachhaltige Förderung der Milchviehhaltung, Gründung der genossenschaftlichen Molkereien, die Durchführung von Flurbereinigungen und Meliorationen, Maschineneinsatz, Agrarforschung und Fortbildungsmaßnahmen stieg die landwirtschaftliche Produktion und nahm gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft kontinuierlich ab (s. Abb. 9).

Von offenen „Ödlandflächen“ zum Forst mit dem preußischen „Profitbaum“

Im Laufe des 19. Jahrhunderts erfuhr der heruntergekommene Eifeler Wald einen tiefgreifenden Wandel. Nach der Reduzierung der Waldflächen durch die Rodungen im Rahmen der früh- und hochmittelalterlichen Landnahme haben sich vor allem die nicht nachhaltige Waldbewirtschaftung für die Produktion von Bau-, Nutz- und Brennholz, die Umstellung des Waldes auf Niederwaldwirtschaft für die Holzkohlenherstellung sowie die landwirtschaftliche Nutzung negativ auf den Waldzustand ausgewirkt. Der Wald war im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Agrarsystem



Abb. 8: Impressionen der Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Handarbeit und Tierkraft (Fotos: Archiv Erich Mertes, Neuwied, Fam. K. Nohner, Sassen und Archiv der Verbandsgemeinde Kelberg).

eingebunden. Besonders durch die Beweidung und die großen Wildbestände wurden dem Wald durch Verbiss große Schäden zugefügt, wodurch die natürliche Verjüngung fast zum Erliegen kam. Das Problem war erkannt und die Landesherren erließen bereits im 17. und 18. Jahrhundert diesbezügliche Waldverordnungen, in denen die Weideberechtigung, die Zahl der Tiere und die Streuentnahme reguliert und eingeschränkt wurde (SCHWIND 1984, S. 45).

So wurde die besonders schädliche Ziegenbeweidung in den kurtrierischen Wäldern 1720 verboten und nach einer zeitweiligen Lockerung 1773 endgültig untersagt.

Dies gilt seit 1787 auch für die Schafbeweidung (SCHWIND 1984, S. 48). Die Rinderbeweidung wurde im 18. Jahrhundert wegen ihrer Bedeutung für die Landwirtschaft geduldet, aber strenger reglementiert. In der Praxis hatten diese Verordnungen allerdings wenig bewirkt.

Durch die Übernutzung und Ausbeutung war der Wald so heruntergekommen, dass sich ausgedehnte Heide und Ödlandflächen gebildet haben. In den herrschaftlichen Wäldern war die Situation wegen der Holzträge und Weidegelder, die für die Landesherren und -herrinnen wichtige Einnahmenquellen waren, etwas besser. Besonders die energetische Nutzung des Waldes für

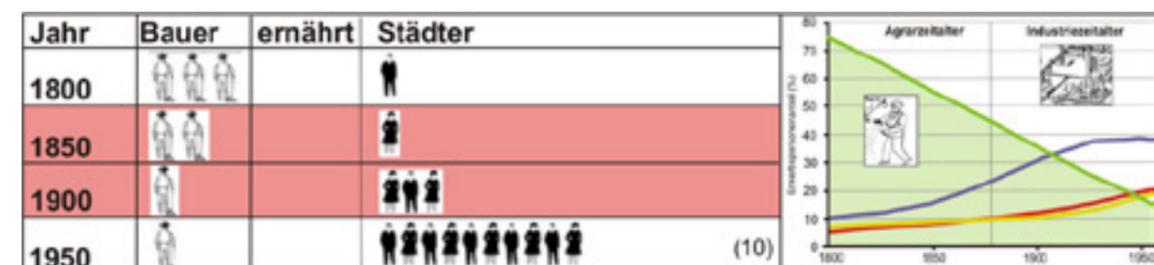


Abb. 9: Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität und des Anteil der agrarischen Berufsbevölkerung an der gesamten Berufsbevölkerung 1800-1950



Abb. 10: Ausbeutung des Waldes für die Herstellung von Holzkohlen (links oben, Foto: LVR-Freilichtmuseum Kommern), von Glas (rechts oben, Foto: www.wikipedia.de, abgerufen am 12.5.2012), von Kalk (links unten, Foto: P. Burggraaff) und durch Loheschälen (www.ahlering.de, abgerufen am 20.10.2015).

Herstellung von Holzkohlen für die Verhüttung von Eisen, Herstellung von Glas, Pottasche und Kalk (s. Abb. 10) führte zu einer Übernutzung des Waldes.⁶

Der Waldzerfall wurde um 1650 durch die sogenannte Waldstreunutzung zusätzlich beschleunigt, die mit dem Aufkommen der Stallfütterung im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts stark zunahm. Nach dem Verbot in der kurtrierischen Forstordnung von 1786, in eingezogenen Bezirken Laub zu scharren, blieb die Laubstreunahme in allen anderen Bezirken uneingeschränkt erlaubt. Durch die Laubentnahme verarmte der Waldboden und wurde in seiner Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt, wodurch der Degenerationsprozess des Waldes sich zusätzlich verstärkte. Auch im 19. Jahrhundert spielte die Waldstreunutzung noch eine bedeutende Rolle. 1820 wurde die Waldstreunutzung reguliert. Im Niederwald durfte erst nach 20 Jahren nach der Abholzung

und im Hochwald erst nach 80 Jahren nach der Aufforstung Laub gescharrt werden. Scharr- und Schonzeiten sind reguliert worden (SCHWIND 1983, S. 39–40). Erst seit 1870 wurde ernsthaft versucht, sie zu verbieten. Dies war trotzdem schwierig, da besonders zu Beginn der 1880er Jahre mit den Missernten der Bedarf an Laub als Futter enorm anstieg. Die Laubstreunutzung wurde nicht mehr genehmigt und man stieg auf Heide, Moos und Farn um (SCHWIND 1983, S. 41–42).

Mit dem Kahlschlag der Franzosen von 1795 bis 1813 hatte der Zustand des Waldes einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Dies wird durch die ausgedehnten Heide- und Ödlandflächen deutlich belegt. Die Qualität der dargestellten Waldflächen ist den Tranchot-Karten von 1801–1813 nicht zu entnehmen. In den Eifelregionen westlich der Linie Kronenburg-Schleiden-Prüm-Kyllburg hatte der Waldzerfall dramatische Züge angenommen.



Abb. 11: Schweinemast (links, www.seelbach-wied.de), Transport des Laubstreu (mitte, www.link-gr.ch), Kehren von Laubstreu (rechts, Foto: Gerrit. Bub).

Anstatt Wald gab es dort großflächige Heide- und Ödlandareale mit entsprechender Erosion (s. Abb. 13). In der östlichen Hälfte der Eifel waren Anteile des Heide- und Ödlandes geringer und die Flächen durchschnittlich kleiner. Aber auch in der Hoch- und Vulkaneifel um Manderscheid, Ulmen, Kelberg, Adenau, Langenfeld und Blankenheim befanden sich größere Heide- und Ödlandflächen (s. Abb. 12 u. 13). Die intensiv ackerbaulich genutzten und traditionell offenen Gunsträume mit wenig Wald wie Pellenz, Maifeld, Bitburger Gutsland, Wittlicher Senke und das nördliche Eifelvorland weisen aufgrund ihrer günstigen naturräumlichen Beschaffenheit für die Landwirtschaft weitaus geringere Waldanteile auf. Deswegen war der Heide- und Ödlandanteil dort gering. Eine positivere Waldentwicklung stellte



Abb. 12: Die Folge der Ausbeutung: „Waldlose“ Eifel mit endlos weiten Heide- und Ödlandflächen in der Umgebung von Manderscheid (W. Degode 1925, aus Schwind 1984).

sich mit der Einrichtung und Pflege von Eichenniederwäldern für die Herstellung von Gerbsäure aus Eichenrinden für das bedeutende Ledergewerbe ein. Sie befinden sich bevorzugt in den süd- und südwestorientierten Hanglagen der Fluss- und Bachtäler von Lieser, Uessbach, Alf, Kyll, Elz und Nette. Teilweise sind diese Eichenwälder, von denen die Spuren der ehemaligen und nicht mehr angewandten Niederwaldbewirtschaftung heute noch erkennbar sind, dort noch anzutreffen. Die auf der Karte dargestellten Wälder der Rureifel befanden sich außerdem in einem qualitativ schlechten

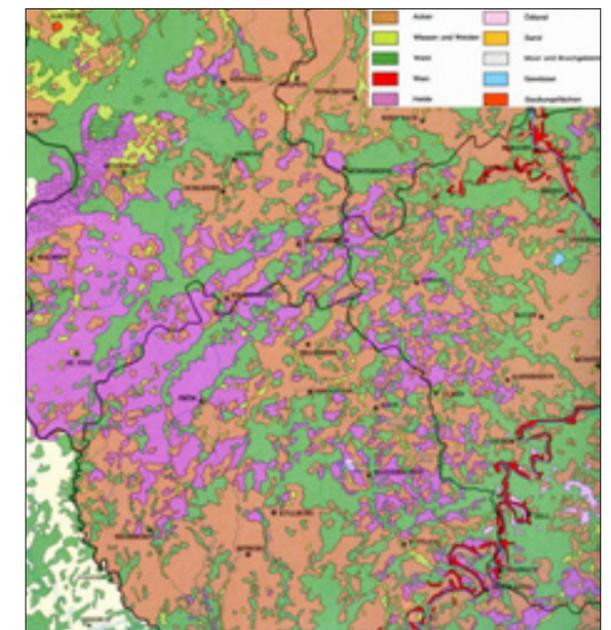


Abb. 13: Die Landnutzung um 1820 nach der Tranchotkarte 1801–1813 (Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Karte IV. 4, bearb. von C. Erschens-Kroll).



Abb. 14: Wacholderheide und Heidebeweidung am Heidekopf in Kelberg-Zermüllen (Archiv Burggraaff).

Zustand. Für die Eisenproduktion und das Gerbereigewerbe sind die vorhandenen Wälder noch bis 1860 bis zur Erschöpfung ausgebeutet worden, so dass man in der einst walddreichen Eifel Holzkohle importieren musste.

Durch diesen fortschreitenden Prozess hat sich das damalige, vom Laubwald geprägte Landschaftsbild mit

zahlreichen Rodungsinseln, um 1850 in ein von großen Offenlandflächen (Kultur- und Ödland) geprägtes Landschaftsbild umgewandelt.

Während der ersten Jahre der preußischen Verwaltung veränderte sich noch nicht viel und es wurden die Wälder und Heiden nach wie vor als landwirtschaftliche Ergänzungsflächen genutzt. Erst mit der Etablie-

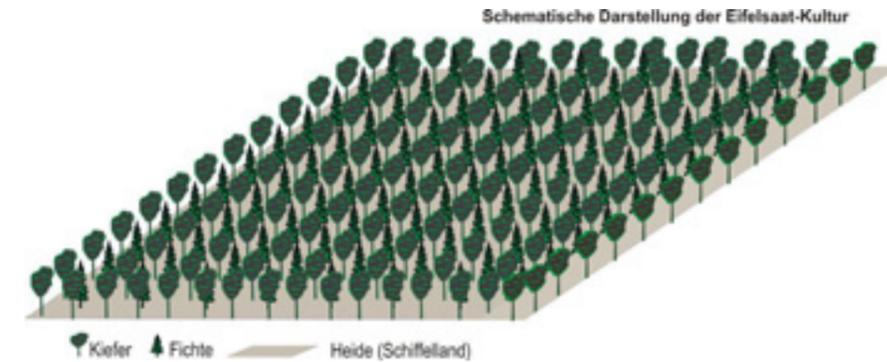


Abb. 16: Schema Eifelsaatkultur (P. Burggraaff in Zusammenarbeit mit dem Forstamt Hillesheim).

rung der preußischen Verwaltung und nach einer Bestandsaufnahme der preußischen Forstbeamten wurde die Umstellung von der bäuerlichen multifunktionalen Waldwirtschaft auf die monofunktionale staatliche Forstwirtschaft in die Wege geleitet. Hierzu muss bemerkt werden, dass die Preußen in ihren Kerngebieten bereits eine nachhaltige Forstwirtschaft und Forstverwaltung aufgebaut hatten. Der angetroffene Waldzustand der Eifel wurde mit einer überlieferten Äußerung des preußischen Forstbeamten Johann Nepomuk Schwers während seiner Inspektionsreise 1816–1817 sehr treffend zum Ausdruck gebracht: „Man könnte sehen und weinen. Ein Land wie die Eifel, wo es nicht an Raum fehlt, wo der Boden kein Wert für die übrige Kultur hat, weil es an Dung und Dungmaterial gebricht, da heben die Berge ihre nackten Schädel, welche kein Gesträuch deckt [...]“ (SCHWERS 1836, S. 136).

Die ehemaligen herrschaftlichen Wälder wurden nach 1815 als Staatswälder in preußischen Besitz überführt und die bestehenden Holznutzungs- und Weiderechte drastisch gegen den Widerstand der Bauern, die auf ihre Rechte pochten, eingeschränkt. Die Forstverwaltung mit Ober- und Unterforstämtern schuf neue rechtliche Voraussetzungen. Es wurden in den Staatswäldern zwecks Beaufsichtigung auch Forstgehöfte wie z.B. am Barsberg (s. Abb. 15) errichtet. Für die zweckmäßige Forstplanung und Bewirtschaftung wurde der Wald in Revieren und nummerierten Abteilungen eingeteilt. Die Forstbeamten erhielten Uniformen und Polizeigewalt für die Einhaltung der erlassenen Forstverordnungen und gegen Waldfrevel. Die Forstverwaltung traf ein Bündel von Maßnahmen, um den Waldzustand durch gezielte Naturverjüngung und Aufforstungen zu verbessern. Die ersten Aufforstungsversuche mit Laub-

holz waren jedoch wenig erfolgreich, weil die wichtigsten regionstypischen Baumarten der Eifel – Buchen und Eichen – auf den durch die ständigen Streu- und Humusentnahme degenerierten und erodierten Böden kaum wachsen konnten. Mit der staatlichen Förderung der Ödlandaufforstungen in den Heide- und Ödlandarealen der Gemeinden 1854 begann der eigentliche Siegeszug der Fichte (WENZEL 1997, S. 54). Für die Finanzierung der Aufforstungen wurde 1855 vom preußischen Landtag der „Eifelkulturfonds“ bewilligt (RAUSCH 1963, S. 103–104). Zwischen 1854 und 1867 sind die Aufforstungen in den Eifelkreisen des Regierungsbezirkes Trier (Bitburg, Daun, Prüm und Wittlich) mit 28.815 Talern (etwa € 360.000) aus dem „Eifelkulturfonds“ gefördert worden. Die beteiligten Gemeinden hatten hierfür 25 185 Taler (€ 313.000) aufzubringen (SCHUBACH 2015, S. 46).

Anfänglich mussten die Aufforstungen auch gegen den erbitterten Widerstand der Bauern und Bäuerinnen durchgesetzt werden, die die neuen aufgeforsteten Kulturen zerstörten. In einigen Orten wie in Neichen (Verbandsgemeinde Kelberg) haben die Forstbehörden das Militär für die Bewachung der jungen Kulturen eingesetzt. Die zunächst von der bäuerlichen Bevölkerung nicht akzeptierte und fremde Fichte wurde daher spöttisch als „Preußenbaum“ bezeichnet. Der „Preußenbaum“ entwickelte sich innerhalb einer Baumgeneration zum „Brot-“ oder „Profitbaum“ der Eifel. Das Fichtenholz fand als Grubenholz reißenden Absatz für den expandierenden Bergbau im Ruhrgebiet und im Kohlenbergbauggebiet bei Aachen. Die gerade und schnell wachsenden Fichten waren auch als Pfähle für Telegraphenleitungen und später für Stromleitungen gut geeignet und sehr gefragt. Darüber hinaus wur-



Abb. 15: Das Forstgehöft am Barsberg (1848) in der Gemeinde Bongard, Verbandsgemeinde Kelberg: Zeichnung (links oben, Heimatarchiv Adenau), Ausschnitt der topographischen Karte Bl. 5707 Kelberg mit dem Forstgehöft (rechts oben, Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz), Das Forstgehöft kurz vor dem vorgesehenen Abriss 1994 (links unten, Foto: P. Burggraaff), Das Haus nach der privaten Renovierung 2015 (rechts unten, Foto: P. Burggraaff).



Abb. 17: Ausschnitt der Waldartenkartierung 1820–1990 des Kreises Euskirchen von der höheren Forstbehörde, Bonn 1994.

den auch Fichtenholzstämmen ins waldarme Holland verkauft. Dort wurden wegen des weichen holozänen Untergrunds mit abwechselnden Ton- und Moorschichten und hohem Grundwasserstand die Stämme für die Fundamentsicherung der Gebäude genutzt. Die Fichtenpfähle sind bis über 20 m in den Untergrund der abgelagerten festen pleistozänen Schichten getrieben worden. Die forstwirtschaftliche Aufbauphase war um etwa 1915 abgeschlossen. Mit dem Verkauf der ersten Fichtengeneration erzielten die Gemeinden Einkünfte, mit denen sie den notwendigen Ausbau der Infrastruktur, der Anlage von Wasserleitungen und Elektrifizierung finanzieren konnten. Außerdem wurden mit diesem Geld zahlreiche neue Dorfschulgebäude mit einer integrierten Lehrerwohnung gebaut. Die abgeholzten

Flächen sind in nachhaltigem Sinne wiederum mit hauptsächlich Fichten aufgeforstet worden. Eine weitere Erweiterung der Fichtenwaldbestände war durch die Reparationshiebe nach den beiden Weltkriegen 1918/1919 bzw. 1945 bedingt.

Mit der eingeführten nachhaltigen preußischen Forstwirtschaft und den großflächigen Aufforstungen haben die Waldflächen ständig zugenommen und hat der Waldanteil sich in der Eifel zu Lasten der Heide- und Ödlandflächen erheblich gesteigert (s. Abb. 17). Durch die Umstellung auf die nachhaltige Forstwirtschaft hat die Baumartenzusammensetzung sich verändert. Anstatt Buchen und Eichen prägen bis heute große „dunkle“, schlecht Tageslicht durchlassende, nicht heimische Fichtenforsten mit Anteilen von bis zu 70 % die Wälder der Hoch- und Vulkaneifel, Ahreifel, Rureifel und der Schneifel. Die vorhandenen ausgedehnten Offenlandflächen wurden innerhalb einer Zeitspanne von etwa 100 Jahren in einen Wirtschaftsforst umgewandelt. Hierdurch sind die Heide- und Ödlandanteile bis 1940 drastisch reduziert worden. Seit dem Ende der 1930er Jahre werden diese rar gewordenen Restflächen mit Seltenheitswert und einer besonderen Artenzusammensetzung als Naturschutzgebiete geschützt. Für einen optimalen Schutz müssen sie ständig offen gehalten werden.

Die multifunktionale bäuerliche Waldbewirtschaftung der frühen Neuzeit ist seit ca. 1850 allmählich von der monofunktionalen Forstwirtschaft mit großen Wirtschaftsförsten ersetzt worden. Neben der wichtigen forstwirtschaftlichen Bedeutung erfüllt der Wald weitere wichtige Funktionen für den Tourismus und Naherholung sowie Lärmdämmung und Klimaschutz. Die überlieferten Niederwälder als Relikte der ehemaligen Waldnutzung werden allmählich verschwinden,



Abb.18: Wacholderheiden am Heidekopf in Kelberg-Zermüllen in Originalzustand, ungepflegt und gepflegt (Fotos: Archiv Burggraaff und P. Burggraaff).

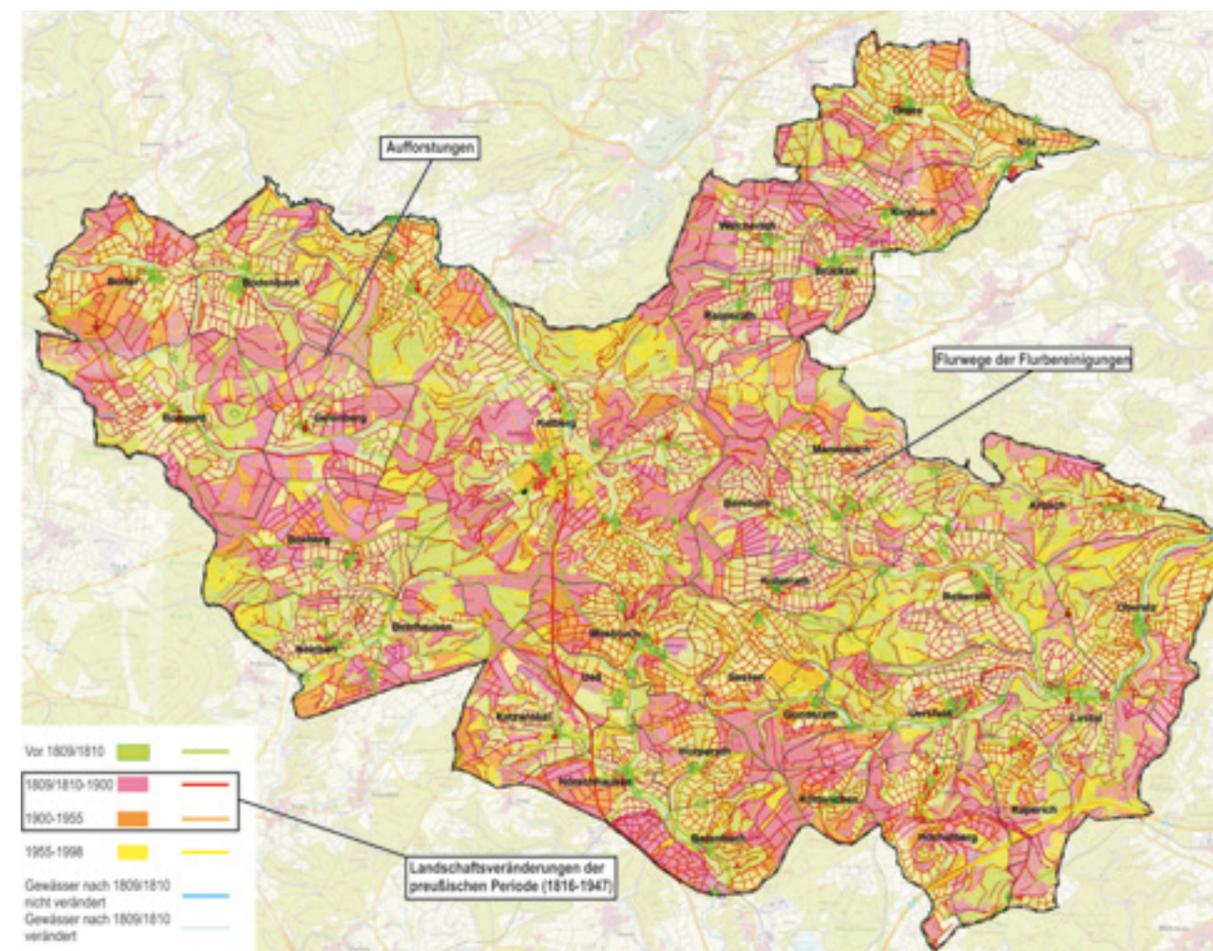


Abb. 19: Preußisch geprägter Kulturlandschaftswandel in der heutigen Verbandsgemeinde Kelberg (Entwurf und Kartographie: P. Burggraaff u. K.-D. Kleefeld. Quellen: Tranchotkarte (1801–1814) Mehrfarbig nachdruckt im reduzierten Maßstab 1:25.000. Bonn 1967: Bl.: 131 Adenau, 142 Hillesheim, 143 Nohn, 144 Kelberg, 145 Virneburg, 156 Daun, 157 Ulmen, Preußische Neuaufnahme 1893–1901, Ausgabe der topographischen Karte 1955 und aktuelle Ausgabe der topographischen Karte: Bl.: 5606 Üxheim, 5607 Adenau, 5706 Hillesheim, 5707 Kelberg, 5708 Kaisersesch, 5806 Daun)

da die tradierte Niederwaldbewirtschaftung nicht mehr praktiziert wird. Sie sind heute noch an ihren Wurzelstöcken und an ihrer mehrstämmigen Form zu erkennen. Diese Art der Waldbewirtschaftung, die zu lichten Wäldern geführt hat, wird seitens des Naturschutzes aufgrund ihrer artenreichen Flora und Fauna als sehr wertvoll eingestuft. Die Niederwaldbestände können heute nur durch die Überführung in Hochwaldwirtschaft gesichert werden.

Fazit

Heute wird der Eifelwald, obwohl es sich vielerorts um reine Wirtschaftswälder handelt, in der Öffentlichkeit als unberührte Natur wahrgenommen. Wenn man die Geschichte des Eifelwaldes kennt, wird deutlich, dass man dann einem Irrtum unterlegen ist. Der heutige

Eifelwald ist vor allem das Ergebnis von menschlicher Entscheidungen und Handlungen des 19. Jahrhunderts, ohne die die Entwicklung des Eifelwaldes ganz anders verlaufen wäre. Der heutige Eifelwald ist eine Kulturlandschaft.

Die Kulturlandschaft der Eifel hat sein heutiges Aussehen weitgehend der Land- und Forstwirtschaft als Hauptnutzer zu verdanken, in der noch viele Spuren des bäuerlichen Handelns in der preußischen Verwaltungsperiode von 1816 bis 1947 überliefert sind. Dies ist vor allem auch der Kulturlandschaftswandelkarte der Verbandsgemeinde Kelberg zu entnehmen. Die roten und orangen Flächen zeigen den Kulturlandschaftswandel an, der sich während der preußischen Verwaltung vollzogen hat (s. Abb. 19). Das heutige Landschaftsbild wird



Abb. 20: „Preußisch“ geprägtes Landschaftsbild mit Fichtenforsten, flurbereinigten Parzellen und trockenengelegtem Mosbrucher Weiher (Foto: Walter Müller, Niederzissen).

von einer Gemengelage der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen geprägt, die zusammen einen Landnutzungsanteil durchschnittlich von über 80 % erreichen und für das heutige Landschaftsbild sehr prägend sind. Das heutige Verhältnis zwischen Wald- und Offenlandflächen basiert zwar auf der hochmittelalterlichen Landnahme von etwa 1000 bis etwa 1300. Aber das heutige Landschaftsbild wird noch immer von hohen Nadelwaldanteilen der preußischen Aufforstungen dominiert, die aber auch noch nach 1947 wichtige Leitziele der Forstpolitik bildeten. Heute gibt es in der Eifel noch immer einen preußisch geprägten Nadel-

waldanteil von etwa 60 %. Viele Eifeler Gemarkungen werden heute noch immer von den durch die preußische Verwaltung initiierten Flurbereinigungen mit einer Vergrößerung der Parzellen und deren vollständigen Erschließung mit Flurwegen seit 1885 geprägt. Charakteristisch hierfür waren vor allem die regelmäßigen Parzellenformen sowie die geradlinigen und rechteckigen Flurwegestrukturen. In den heute durchgeführten Flurbereinigungen wird nun die Zahl der Flurwege für die Vergrößerung der Parzellen reduziert und die Parzellengröße den heutigen Ansprüchen der modernen, hauptsächlich maschinellen Landwirtschaft angepasst.

Auch bei kritischer Betrachtung überspitzter zeitgenössischer Formulierungen zum Zustand der Eifeler Landschaft im 19. Jahrhundert durch preußische Beamte: die Lebensbedingungen im „preußisch Sibirien“ waren in dieser Zeit sehr hart. Bei aller gegenwärtiger Kritik an vergangenen politischen Entscheidungen, maßgeblich war die preußische Strategie zu Bekämpfung von Hunger. Erst in dem Moment, wenn Menschen von den erzielten Erträgen leben können, entsteht eine weitere Wertschöpfung, die wiederum auch andere Aufgaben ermöglicht. Dazu gehören nachhaltige Bewirtschaftung, ökologische Kreisläufe und eine Betrachtung der

Natur. In der Eifel waren die Kultivierungsmaßnahmen eine Voraussetzung für die Regeneration einer bis 1800 übernutzten, wenig nachhaltig bewirtschafteten, degradierten Landschaft. Die staatlichen Maßnahmen in preußischer Zeit haben den Grundstock für den Wohlstand der Gegenwart geschaffen. Die Eifel ist heute ein lebenswerter Raum mit einer charakteristischen und sehr schönen Kulturlandschaft. Aus purer Not und Hunger muss nun nicht mehr gehandelt werden. Das alleine ist ein großes Verdienst.

Endnoten

1 Dem Kurfürst von Brandenburg – Johann Sigismund (* 8. November 1572, † 23. Dezember 1619) wurde nach dem Ableben des letzten kinderlosen Herzogs von Kleve Johann Wilhelm (* 29. Mai 1562, † 25. März 1609) das Herzogtum Kleve zugesprochen; dies ist 1667 im Vertrag von Xanten endgültig besiegelt worden. 1701 wurde das Kurfürstentum Brandenburg zum Königreich Preußen erhoben.

2 Er war vom 16. Mai 1814 bis 27. Juli 1838 Bürgermeister des Amtes Kelberg.

3 Arndt 1986: Alle Zeitungsartikel des „Schleidener Wochenblattes“ befinden sich im Privatarchiv des Verfassers. Vergl. auch „Euskirchener Volksblatt“ vom 25.3.1950.

4 <https://de.wikipedia.org/wiki/Krakatau>, abgerufen 01.02.2016.

5 Das „Gesetz, betreffend die Zusammenlegung der Grundstücke im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts“.

6 „Um 1 kg Roheisen herstellen zu können, brauchte man etwa 10 kg Holzkohle. Für diese Menge an Holzkohle mussten etwa 50 kg Naturholz verkohlt werden“
<http://www.ahlering.de/Hauberge/hauberge.html>, abgerufen 01.02.2016

Literatur und Quellen

ARBEITSKREIS EIFELER MUSEEN [Hrsg.]: Dünnebeinig mit krummem Horn. Die Geschichte der Eifeler Kuh oder der lange Weg zum Butterberg. Meckenheim 1986.

ARNTZ, H.-D.: Naturkatastrophen und Notstände in der Eifel. In: Eifeljahrbuch 1986, S. 123–127.

BAUER, S. [Hrsg.]: Wald prägt Landschaft. Beiträge zu einem Symposium über die Rolle des Waldes in der Eifel am 9. November in Daun. Köln 2015 (Landschaft und Baukultur in der Eifel. Berichte des Rheinischen Vereins – Regionalverband Eifel, Bd. 3).

BENSCHIEDT, A.: Kleinbauern bestimmen das Bild. In: Arbeitskreis Eifeler Museen [Hrsg.]: Dünnebeinig mit krummem Horn. Die Geschichte der Eifeler Kuh. Meckenheim 1986, S. 41–65.

BLACKBURN, D.: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. 2. Aufl., München 2008.

BLUM, P.: Entwicklung des Kreises Daun. Festschrift des Kreises Daun zur Jahrtausendfeier der deutschen Rheinlande. Daun 1925.

BRINKMANN, T.: Aus dem Wirtschaftsleben der Eifelbauern. In: Herrmann, A. [Hrsg.]: Eifeljahrbuch zur 25jährigen Feier des Eifelvereins. Bonn 1913, S. 383 ff.

BRITZ, M.; KLASSMANN, T. u. KÜHL, C.: Natur und Landschaft. Hilfsmaßnahmen für die Eifel im 19. Jahrhundert. Was die Preußen für ihr Sibirien taten. In: Kreis Daun Vulkaneifel, Heimatjahrbuch 1998. Daun 1997, S. 91 ff.

BROGIATO, H.P. u. GRASEDIEK, W.: Die Eifel in der Weimarer Republik. In: Die Eifel – 1888 bis 1988. Düren 1988, S. 321–346.

BUB, G.F.: Waldnutzung und Waldzustand in der mittelhheinischen Grafschaft Wied vom 17. bis 20. Jh.: Landschaftswandel unter gegensätzlichen Ansprüchen. Bonn 2003.

BURGGRAAFF, P.: Realteilung in der Osteifel. Die Entwicklung in der Zermüllener Gemarkung seit 1890. In: Kreis Daun Vulkaneifel, Heimatjahrbuch 1988. Daun 1987, S. 100–105.

BURGGRAAFF, P.: Das Flurbereinigungsverfahren in der Gemarkung Kelberg vor 100 Jahren durchgeführt. In: Kreis Daun Vulkaneifel, Heimatjahrbuch 1989. Daun 1988, S. 190–194.

BURGGRAAFF, P.: Die preußische Uraufnahme im Rheinland (1843-1850) und ihre Bedeutung für die Kulturlandschaftsforschung im Kreis Daun. In: Kreis Daun Vulkaneifel, Heimatjahrbuch 1998. Daun 1999, S. 196–202.

BURGGRAAFF, P.: Archivausstellung „Geschichte zum Anfassen“ im Rathaus von Kelberg vom 11.11.1989 bis zum 8.12.1989. Katalog. Kelberg 1989.

BURGGRAAFF, P.: Geschichte zum Anfassen. In: Kreis Daun Vulkaneifel, Heimatjahrbuch 1991. Daun 1990, S. 169–171.

BURGGRAAFF, P.: Das alte Forsthaus am Barsberg (Bongard). In: Kreis Daun Vulkaneifel, Heimatjahrbuch 1994. Daun 1993, S. 83–88

BURGGRAAFF, P.: Wald und Landwirtschaft in der Eifel im 21. Jahrhundert – abgeleitet am Beispiel des Kreises Daun aus historischer Sicht. In: Koblenzer Geographisches Kolloquium 20, 1998, S. 16–29.

BURGGRAAFF, P. u. FEHN, K.: Die Kulturlandschaftsentwicklung der Euregio Maas Rhein vom Ende der Stauferzeit bis zur Gegenwart im Spiegel der Denkmalpflege. In: Spurensicherung. Archäologische Denkmalpflege in der Euregio Maas Rhein. Mainz 1992 (Kunst und Altertum am Rhein, 136), S. 145–181.

BURGGRAAFF, P. u. KLEEFELD, K.-D.: Landschaft erzählen – die Geschichtsstraße in Kelberg (Eifel) als Fallbeispiel für die Erläuterung von Natur- und Kulturerbe. In: Wege zu Natur und Kulturlandschaft. Hrsg. Bundesamt für Naturschutz und Bund Heimat und Umwelt. Bonn 2010, S. 56–71.

BURGGRAAFF, P. u. KLEEFELD, K.-D.: Autobahnen in der Eifellandschaft. Eine verkehrstechnische Innovation des 20. Jahrhunderts. In: Schmid, W. [Hrsg.]: Die Eifel – Beiträge zu einer Landeskunde. Festschrift 125 Jahre Eifelverein (1888-2013), Band 2, Trier 2013, S. 215–225.

BURGGRAAFF, P. u. KLEEFELD, K.-D.: Vom bäuerlichen Kleinbetrieb zum landwirtschaftlichen Großbetrieb. Die Entwicklung der Landwirtschaft nach 1945. In: Schmid, W. [Hrsg.]: Die Eifel – Beiträge zu einer Landeskunde. Festschrift 125 Jahre Eifelverein (1888-2013), Band 2, Trier 2013, S. 247–264, Anmerkungen, S. 302–303.

BURGGRAAFF, P.; HAFFKE, J.; KLEEFELD, K.-D. u. KREMER, B.P.: Auf Tour Eifel. Heidelberg 2012.

DOERING-MANTEUFFEL, S.: Die Eifel. Geschichte einer Landschaft. Frankfurt a. M. und New York 1995.

FEHN, K. (mit einem Beitrag von A. Wupper): Ödlandkultivierung und Neusiedlung in der preußischen Rheinprovinz während des Dritten Reiches. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 48, 1984, S. 275–293.

FEHN, K.: Die Eifel. Genese einer Kulturlandschaft 1888 bis 2013. In: Schmid, W. [Hrsg.]: Die Eifel – Beiträge zu einer Landeskunde. Festschrift 125 Jahre Eifelverein (1888-2013), Band 2, Trier 2013, S. 47–62, Anmerkungen, S. 294.

FISCHER, H.: Rheinland-Pfalz und Saarland. Eine geographische Landeskunde. Darmstadt 1989 (Bundesrepublik Deutschland. Wissenschaftliche Länderkunden, Bd. 8/IV).

FISCHER, H.: Die Eifel aus naturräumlicher Sicht. In: Schmid, W. [Hrsg.]: Die Eifel – Beiträge zu einer Landeskunde. Festschrift 125 Jahre Eifelverein (1888-2013), Band 2, Trier 2013, S. 11–38, Anmerkungen, S. 293–294.

FLOSDORFF, J.W.: Eupen-Malmedy-Monschau 1913/1933/34. Die Entwicklung der Landwirtschaft in den deutsch-belgischen Grenzgebieten Eupen-Malmedy-Monschau von 1913 bis 1933/34, unter Berücksichtigung von Industrie und Kleingewerbe. Monschau 1935.

Geschichtlicher Atlas der Rheinlande. Köln 1982–2009. Glaser, R.: Klimageschichte Mitteleuropas. 1000 Jahre Wetter, Klima, Katastrophen. Darmstadt 2001.

GOEBEL, E.: Der ländliche Grundbesitz und der Bodenersplitterung in der preußischen Rheinprovinz und ihre Reform durch die Agrargesetzgebung. Berlin 1915.

GRAAFEN, R.: Die Aus- und Abwanderung aus der Eifel in den Jahren 1815-1955. Bad Godesberg 1961 (Forschungen zur deutschen Landeskunde, 127).

GRAAFEN, R.: Die Auswirkungen der Notstandsmaßnahmen des Deutschen Reiches vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf das Siedlungs- und Kulturlandschaftsbild der Eifel. In: Siedlungsforschung. Archäologie-Geschichte-Geographie 10, 1993, S. 105–120.

GRAAFEN, R.: Aus- und Abwanderung 1815–1945. In: Schmid, W. [Hrsg.]: Die Eifel – Beiträge zu einer Landeskunde. Festschrift 125 Jahre Eifelverein (1888-2013), Band 2, Trier 2013, S. 277–289, Anmerkungen, S. 303.

HÄNEL, D.: In: Schmid, W. [Hrsg.]: Die Eifel – Beiträge zu einer Landeskunde. Festschrift 125 Jahre Eifelverein (1888-2013), Band 2, Trier 2013, S. 115–126, Anmerkungen, S. 295–297.

HAFFKE, J. u. KNÖCHEL, F.-J.: Die Eifel als Tourismusgebiet. In: Schmid, W. [Hrsg.]: Die Eifel – Beiträge zu einer Landeskunde. Festschrift 125 Jahre Eifelverein (1888 2013), Band 2, Trier 2013, S. 227–246, Anmerkungen, S. 302.

HAFFKE, J. u. KREMER, B.P.: Stadt und Land vor 200 Jahren. Die Kreise Ahrweiler und Adenau 1816. – In: Landkreis Ahrweiler. Heimatjahrbuch Landkreis Ahrweiler 2016. Zum Kreisjubiläum 200 Jahre Kreis Ahrweiler. Mon-schau 2016, S. 225–231.

HAHN, H.; ZORN, W.; JANSEN, H. [Mitarb.]; KRINGS, W. [Mitarb.]: Historische Wirtschaftskarte der Rhein-lande um 1820. Bonn 1973 (Arbeiten zur rheinischen Landeskunde, 37 und Rheinisches Archiv, 87).

HANSEN, J.: Die Rheinprovinz 1815–1915. Hundert Jahre preußischer Herrschaft am Rhein. Erster Band: Die Rheinprovinz 1815. Bonn 1917. Höhere Forstbehörde Rheinland [Hrsg.]: Waldflächenentwicklung im Rhein-land 1820–1980: Teilbereich Kreis Euskirchen. Bonn 1995.

HORN, R. u. BAUER, B.: Historische Landnutzung. Vulkaneifelkreis (Daun). Mainz 1815.

JANSSEN, J.: 100 Jahre Kreis Schleiden 1829/1929. Geschichte seiner Kultur und Wirtschaft. Schleiden 1929.

JOIST, C.P. [Hrsg.]: Landschaftsmaler der Eifel im 20. Jahrhundert. Düren 1997.

KREWEL, J.: Kulturmaßnahmen für die Eifel, ihre einheitliche Zusammenfassung. Ein Beitrag zum Eifelproblem. Bonn-Poppelsdorf 1932.

KRINGS, W.: J.N. Schwerz und die Agrarenquete von 1816/18 in den preußischen Rheinprovinzen. In: Rheinische Vierteljahrsblätter 42, 1978, S. 258–297.

LIETKE, H.: Namen und Abgrenzungen von Landschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Trier 1994 (For-schungen zur deutschen Landeskunde, 239).

LUTERBACHER, J.; DIETRICH, D.; XOPLAKI, E.; GROSJEAN, M. und WANNER, H.: European seasonal and annual tempe-rature variability, trends, and extremes since 1500. In: Science 303, 2004, S. 1499–1503.

MAYER, A.: Als die Menschen gefrorene Kartoffeln aßen. In: Trierischer Volksfreund, Nr. 41 vom 18.02.2016, S. 12.

MERTES, E.: Mühlen der Eifel. Geschichte-Technik-Untergang. 2. Aufl., Aachen 1995.

MERTES, E.; HEIDENBLUTH, D. u. BERTRAM, P.: Mühlen der Eifel, Band. 2: Die Nordeifel. Aachen 2005.

MÜLLER-MINY, H.: Die Kartenaufnahme der Rheinlan-de durch Tranchot und v. Müffling 1801 1828. 2: Das Gelände. Eine quellenkritische Untersuchung des Kartenwerks. Köln und Bonn 1975 (Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde, XII).

NEU, P.: Eisenindustrie in der Eifel. Aufstieg, Blüte und Niedergang. Bonn u. Köln 1989.

OSTHOFF, F.: Die älteren Flurbereinigungen im Rhein-land und die Notwendigkeit von Zweitbereinigungen. Lengerich 1956 (Schriftenreihe für Flurbereinigung, 11).

PAUL-LÜTZELER, B.: Das Dampfroß kommt. Die Eifeler Eisenbahnen 1864 1914 in zeitgenössischen Fotogra-phien. Katalog zur Ausstellung. Blankenheim 1986.

PFÄFFEN, K.: Heidevegetation und Ödlandwirtschaft in der Eifel. Bonn 1940.

PERSCH, M. u. SCHNEIDER, B. [Hrsg.]: Geschichte des Bistums Trier. 5 Bde. Trier 2001 bis 2006.

PILGRAM, H. [Bearb.]: Der Landkreis Monschau: Regierungsbezirk Aachen. Bonn 1958 (Die Landkreise in Nordrhein-Westfalen Reihe A: Nordrhein, 3).

PIPPKE, W. u. LEINBERGER, I.: Die Eifel : Geschichte und Kultur des alten Vulkanlandes zwischen Aachen und Trier. 6., aktualisierte Aufl. Ostfildern 2009 (DuMont Kunst-Reiseführer).

RAUSCH, J.: Ein Ehrenblatt für den Kreisoberförster Clemens de Lassaulx (1809–1906). In: Heimatjahrbuch des Kreises Ahrweiler 1963, S. 103ff.

REMBOLD, M.: Die Anerkennung und Feststellung von Grundstücksgrenzen – Ein Beitrag zur Entwicklung des Liegenschaftskatasters im Lande Nordrhein-West-falen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Bonn 2012 (Diss. Univ. Bonn).

RENN, H.: Die Eifel. Wanderung durch 2000 Jahre Geschichte, Wirtschaft und Kultur. 2. Aufl. Trier 1995.

REUTER, H.: Wandel der Eifeler Landwirtschaft, Dorf Borler als Beispiel. In: Kreis Daun Vulkaneifel, Hei-matjahrbuch 2007. Daun 2006, S. 88ff.

Rezeßbücher und Reinkarten der Zusammenlegungs-sachen der Ortsgemeinden (Archiv der Verbandsge-meinde Kelberg).

RIEDER, J.: Die Schiffelkultur in der Eifel und ihr Rück-gang und dem Einfluß neuzeitlicher Entwicklung. In: Schmollers Jahrbuch 1922, S. 163–209.

RÖDER, J.: Industrieland zwischen Mayen und Ander-nach. In: Lebendiges Rheinland-Pfalz 8, 1971, H. 2, S. 35 ff.

ROSENBERGER, W.: Die Berg-, Hütten- und Hammerwerke im Kurfürstentum Trier - Ein tausendjähriger Bergbau. In: Lebendiges Rheinland-Pfalz 4, 1967, H. 2, S. 31ff.

SCHUBACH, G.: Aus der Forstgeschichte der Eifel. In: Bauer, S. [Hrsg.]: Wald prägt Landschaft. Beiträge zu einem Symposium über die Rolle des Waldes in der Eifel am 9. November in Daun. Köln 2015 (Landschaft und Baukultur in der Eifel. Berichte des Rheinischen Vereins – Regionalverband Eifel, Bd. 3), S. 38–47.

SCHUMACHER, K.-H. u. MÜLLER, W.: Steinreiche Eifel. Her-kunft, Gewinnung und Verwendung der Eifelgesteine. Koblenz 2011.

SCHWERZ, J.N.H. von: Beschreibung der Landwirth-schaft in Westfalen und Rheinpreußen. Mit einem Anhang über den Weinbau in Rheinpreußen. Bearb. v. Karl Göriz. 2 Bde. Stuttgart u. Tübingen 1836. Fak-simileausgabe in 2 Bde. Bd. 1: Beschreibung der

Landwirtschaft in Westfalen. Münster-Hiltrup; Bd. 2: Beschreibung der Landwirtschaft in Rheinpreußen. Bonn (beide Bände ohne Angabe des Erscheinungs-jahres der Faksimileausgabe, um 1980).

SCHWIND, W.: Aus der Forstgeschichte der Vulkaneifel. Die Waldstreunutzung einst Stütze der kleinbäuerli-chen Land- und Viehwirtschaft. In: Kreis Daun Vulkaneifel, Heimatjahrbuch 1984. Daun 1983, S. 36ff.

SCHWIND, W.: Der Eifelwald im Wandel der Jahrhunder-te. Ausgehend von Untersuchungen in der Vulkaneifel. Düren 1984.

SCHWIND, W.: Der Eifelwald in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Allgemeine Forstzeitschrift 41 (43/44), 1986, S. 1079–1081.

SPERBER, K.: Stand und Entwicklung der wirtschaftli-chen Umlegung der Grundstücke in der Rheinprovinz. In: Berichte über Landwirtschaft, NF 123, Sonderheft. Berlin 1936, S. 52–100.

STERN, H.: Rettet die Wildtiere. Stuttgart 1980. Der Wald. Beiträge der Kolloquien „Wald und Natur-schutz“ und „Kulturlandschaft Wald“, veranstaltet vom Rheinischen Verein und dem Landschaftsverband Rheinland, Amt für Rheinische Landeskunde. Köln 1997.

WEBER, M.: Bauerntum im Wandel der Zeit des Kreises Daun einst und jetzt. In: Kreis Daun Vulkan-eifel, Heimatjahrbuch 1987. Daun 1986, S. 103ff.

WENZEL, I.: Ödlandentstehung und Wiederaufforstung in der Zentralfifel. Bonn 1962 (Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde, H. 18).

WENZEL, I.: Die Wiederbewaldung der Eifel im 19. Jahr-hundert und ihre Bedeutung Landwirtschaft und Forst-wirtschaft. In: Der Wald. Beiträge der Kolloquien „Wald und Naturschutz“ und „Kulturlandschaft Wald“, veran-staltet vom Rheinischen Verein und dem Landschafts-verband Rheinland, Amt für Rheinische Landeskunde. Köln 1997, S. 51–58.

ZÄCK, W.: Schnee von gestern. Klimageschichte rund um die Eifel. Mayen 2000.

Internet

www.winterplanet.de, abgerufen am 08.09.2015

www.regionalgeschichte.net/fileadmin/Superportal/Bibliothek/Autoren/Aversano-Schreiber/DasJahrohneSommer.pdf, abgerufen am 01.02.2016

www.ahlering.de/Hauberge/hauberge.html, abgerufen am 20.10.2015

www.seelbach-wied.de/wp-content/uploads/2015/05/1485-Jean-Colombe-im-Stundenbuch-des-Herzogsde-Berry-wikimedia-commons.jpg

www.link-gr.ch/news/wp-content/uploads/2012/06/Buchenlaub.jpg

Preußische „Innere Kolonisation“ als landschaftswirksame Innovation

Markus Zbrochzyk

Einleitung: Preußen und Kulturlandschaft

„In der Menge des Volcks wurzelt sich die Macht und Reichthum eines Staates.“¹ Mit dieser für die frühneuzeitliche Epoche charakteristischen Aussage des Kameralisten und radikalen Populationisten Theodor Ludwig Lau (1670–1740) wird die theoretische Grundlage preußischer Peuplierungspolitik kurz und prägnant wiedergegeben. Die „Innere Kolonisation“ war ein Bestandteil preußischer Peuplierungspolitik, die nach dem Dreißigjährigen Krieg in den rheinischen Territorien preußischer Herrschaft umgesetzt wurde. Auch wenn eine differenzierte Betrachtung des Begriffs „Peuplierungspolitik“ dem Forscher beziehungsweise der Forscherin eine Polydimensionalität in ihrer Zielsetzung offenbart, die sich auch auf bildungs-, erziehungs-, wirtschafts-, religions-, medizin- und sozialpolitische Bereiche richtete, ist für dieses Thema nur der räumliche Aspekt, nämlich das landschaftswirksame Phänomen der „Inneren Kolonisation“ wichtig.

Das Thema meines Aufsatzes „Preußische Innere Kolonisation als landschaftswirksame Innovation“ basiert auf einer Prämisse, die von einer Raumwirksamkeit preußischer Peuplierungspolitik ausgeht.² Gerade dieser Themenbereich stellt für die Historische Geographie, die sich mit raumrelevanten Prozessen menschlicher Aktivitäten zu einem beliebigen Zeitpunkt in der Vergangenheit beschäftigt, ein Desiderat im Bereich raumorientierter und demographischer Wissenschaft dar.³ Weil die Relation zwischen demographischen Prozessen und dem Raum vor der Industrialisierung viel direkter war als heute, wird der Wandel der europäischen – und damit auch der Wandel der rheinischen – Kulturlandschaft während der Frühen Neuzeit in der Historischen Geographie u. a. als eine Variable der Bevölkerungszahl verstanden.⁴ Deswegen ist es in Anbetracht der preußischen Peuplierungspolitik festzuhalten, dass sich die rheinische Kulturlandschaft, verstanden als ein Resultat des Einwirkens menschlicher Tätigkeit auf die Naturlandschaft, im Laufe der Frühen Neuzeit unter preußischer Herrschaft verändert hat und somit in ihrer damaligen und heutigen Vielfalt von demographischen Veränderungen abhängig war und ist. Die Bevölkerungsentwicklung steht somit nicht nur im direkten Kontakt mit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des rheinischen Territoriums, sondern korreliert auch mit deren räumlichen Genese.⁵ Dabei ist die Dynamik kulturlandschaftsgenetischer Veränderungen vornehmlich von der Quantität, aber auch von

der Qualität der Menschen in einem Raum bestimmt. Da die aus historisch-geographischer Sicht zwei wichtigsten Komponenten demographischer Systeme „Bevölkerungszahl“ und „Bevölkerungsdichte“ als ein „[...] Indikator für die Intensität der Ansprüche an die natürliche Umwelt“ zu verstehen sind, ergibt sich logischerweise eine Schnittmenge zur historischen Mensch-Umweltforschung bzw. zur Umweltgeschichte.⁶ Hierbei steht eindeutig der Mensch als Gestalter von Umwelten und Kulturlandschaften im Vordergrund. Wird der Parameter „Demographie“ im Spannungsverhältnis von „Demographie und Kulturlandschaft“ verändert, muss das direkte und indirekte Rückkopplungseffekte auf die Kulturlandschaftsgenese im Rheinland haben – je nach Quantität und Qualität unterschiedlich spür- und sichtbar.

Für D. Denecke gehört u. a. „[...] die Raumwirksamkeit einer Staatstätigkeit“ zu den „[...] landschaftsimmanenten Wirkungsgefügen“, welche sich vor allem in Form von Moorkolonisationen sowie Wasserbau- und Straßenbaumaßnahmen kulturlandschaftsgestaltend in historischer Zeit niedergeschlagen hat.⁷ Durch die peuplierungspolitisch initiierte Steigerung der Bevölkerungszahl, aber auch durch die betriebene Bildungspolitik oder Anwerbung hochqualifizierter Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit ihrem innovativ-technischen Know-how und wirtschaftsfördernden Fähigkeiten neue Ansprüche an den Raum stellen konnten, konnte auch der anthropogene Einfluss auf den Raum intensiver werden (Ressourcenverbrauch, Wohn- und Arbeitsraum, Infrastruktur). Besonders bei der Siedlungsbildung frühneuzeitlicher Raumstrukturen wird die Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Verordnungen sehr deutlich. Die bevölkerungswissenschaftliche Forschung, einbezogen in die Historische Geographie, untersucht somit einen entscheidenden Parameter kulturlandschaftsgestaltender Kräfte. Spuren raumwirksamer Peuplierungspolitiken sind noch heute in der rheinischen Kulturlandschaft in Form von Siedlungen und Urbarmachungen unkultivierter Landflächen zu erkennen.

Begriffsdefinition „Peuplierungspolitik“

Peuplierungspolitik meint zunächst nichts anderes als bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Besiedlung menschenleerer und bevölkerungsarmer Gebiete zwecks Stärkung des Staates und der fürstlichen Machtstellung. Die Frühe Neuzeit, geprägt durch ein-

schneidende Umwälzungsimpulse geistiger, philosophischer, staats- und wirtschaftstheoretischer Strömungen, stellt für die rheinische Geschichte eine überaus bewegte und wegweisende Zeit dar. Die zahlreichen europäischen Kriege, die damit verbundene Reduzierung demographischer Ressourcen und Verwüstung räumlicher Potenziale, die geistigen Fortschritte in ökonomischen und staatsrechtlichen Wissenschaften und die damit einhergehende weltweite Vernetzung handeltreibender Staaten, die Diesseits-Fokussierung und die Neupositionierung des Menschen im Denken der Renaissance sowie der im Zuge der Aufklärung voranschreitende Rationalisierungs- und Akademisierungsprozess zahlreicher neuer Wissenschaftszweige führten zu der peuplierungspolitischen Erkenntnis, dass eine mit der Säkularisierung bevölkerungstheoretischer Gedanken zusammenhängende aktive Beeinflussung des Bevölkerungswachstums durch den absolutistischen Monarchen als ein „neues“ Politikfeld fürstlicher Herrschaft zum Wohl aller im Territorium lebenden Menschen gereichen kann.

Der Begriff „Peuplierung“, der die frühneuzeitliche Bevölkerungspolitik und -vermehrung phänomenologisch um- und beschreibt, leitet sich aus dem französischen „peuplement“ ab und bedeutet in der deutschen Übersetzung zunächst nichts anderes als „Besiedlung“.⁸ Allein diese etymologische Rückführung der semantischen Bedeutung des Wortes „Peuplierung“ aus dem Französischen deutet in seiner ursprünglichen Verwendung eindeutig auf einen räumlichen Bezug hin. Die preußische Peuplierungspolitik umfasst als ein zentrales Leitmotiv kameralistischer Konzepte alle spezifisch bevölkerungstheoretischen und -politischen Überlegungen während der Epoche des Absolutismus. Kernpunkt aller Ausformungen der Peuplierungspolitik ist die Annahme, dass die ständige Vermehrung der Bevölkerung eines Landes dessen Macht und Reichtum immer weiter vergrößern - die Folgen für die rheinische Landschaft waren stellenweise enorm.⁹

Im deutschsprachigen Raum sind es vor allem die Kameralisten und der sich langsam konsolidierende preußische Staat, die unter dem Eindruck des Dreißigjährigen Krieges den merkantilen Gedanken des Populationismus begierig aufgriffen und peuplierungstheoretische Konzepte zur Steigerung der Bevölkerungszahl entwickelten.¹⁰ Politische Ideen im Allgemeinen und peuplierungstheoretische Gedankenkonstrukte und

Konzepte im Speziellen können nur dann (raum-) wirksam werden, wenn sie von politischen Entscheidungs- und Machträgern verstanden, übernommen und über einen bürokratischen Unterbau durch gesetzliche Verordnungen exekutiert werden. Der preußische Staat war ein solcher exekutiver Ideenträger, der die peuplierungspolitische Idee des 17. und 18. Jahrhunderts auch außerhalb seiner Kernlande versuchte landschaftswirksam umzusetzen. Wie bei zahlreichen Peuplierungstheoretikern der Frühen Neuzeit ist auch beim preußischen Staat eine mehrdimensionale Betrachtung des Phänomens „Bevölkerung“ zu erkennen, da die Population nicht nur in einer einzigen Zahl vorgestellt, also als Summe der auf einem definierten Territorium lebenden Untertanen, sondern auch mit einer räumlichen Dimension gekoppelt wurde. In einigen peuplierungstheoretischen Konzeptionalisierungen preußischer Staatsdenker sind ein raumordnerisches Denken bzw. raumplanerische Empfehlungen zu finden, die eng mit den bevölkerungswachstumssteigernden Wirkungen bevölkerungspolitischer Verordnungen zur effektiveren Allokation vorhandener anthropogener und landschaftsgebundener Potenziale verknüpft wurden.

Im Mittelpunkt der Renaissance und des Barocks stand unzweifelhaft ein anthropozentrisches Menschenbild; der Mensch ist dazu befähigt, seinen göttlichen Ursprung zu erkennen und Bereitschaft zu zeigen, in gestalterische Form grenzüberschreitend das Göttlich-Unbegrenzte für sein Wohl und das des Staates zu formen. Je mehr der Mensch im Zuge peuplierungstheoretischer Ausgestaltung und Konkretisierung selbst in die Rolle des Gestaltenden und Handelnden schlüpft, desto spürbarer tritt das göttliche Wirken zurück, und da der Mensch aufbricht, die Welt neu zu entdecken, erschafft er sie in der sinnlichen Wahrnehmung neu - Gestaltungen, die in der rheinischen Kulturlandschaften persistente Spuren hinterlassen haben. Der Mensch als Maß aller Dinge und die von Gott geschaffene Welt als ein faszinierender Erkundungs- und Gestaltungsauftrag sind fundamentale geistige Grundüberzeugungen des 16. und 17. Jahrhunderts, die sich gerade im demographischen und räumlichen Gestaltungsauftrag preußischer Peuplierungspolitik jener Zeit offenbaren.

Weil man in der frühneuzeitlichen Epoche aus energetischer Perspektive im Zeitalter des modellierten Solar-

energiesystems vorindustrieller Agrargesellschaften lebte und dadurch die vorgegebene naturräumliche Ausstattung und das energetische System kaum zu verändern waren, entfaltete der Druck wachsender Populationen auf die agrarische Produktions- und Siedlungsfläche eine viel größere Wirkung als heute. Durch die stationäre Obergrenze solarenergetischer Systeme wirkten Veränderungen demographischer Parameter ungleich direkter auf den Raum und auf die Landschaft als in einem auf fossilen Brennstoffen basierenden Energiesystem industrieller Gesellschaften.¹¹ Die Lösung lag in der begrenzten Intensivierung vorhandener Feldflächen, z. B. durch die Verwendung neuer Anbaumethoden, und in der Extensivierung in Form von Urbarmachungen un bebauter Landflächen. Eine Bevölkerungsvermehrung in einem definierten Raum hat automatisch eine zunehmende Verdichtung in der Besiedlung des flachen Landes und ein Wachstum der Städte zur Folge. Mit der angestrebten Untertanenvermehrung erhoffte man sich durch die Errichtung von neuen Siedlungs- und Kulturplätzen - alles räumliche Gestaltungsempfehlungen peuplierungstheoretischer Überlegungen - sowie der Wiederbesiedlung und Urbarmachung wüster Stellen die bisher noch ungenutzten und brachliegenden Landschaftspotenziale mithilfe zusätzlicher Auffüllung von Menschen, d. h. mit Hinzunahme zusätzlicher anthropogener Energie, in einen für den Staat gewinnbringenden Zustand zu setzen.

Neben der preußischen Peuplierungspolitik stand der Gedanke optimaler räumlicher Allokation landschaftsgebundener Ressourcen zur Steigerung der Wohlfahrt des Staates und des absoluten Herrschers im Vordergrund, der sich in zahlreichen Kolonisationsplänen, Urbarmachungen unkultivierter Landflächen und Neulandgewinnungen wirkungsmächtig und raumwirksam in der Genese der rheinischen Kulturlandschaft niederschlug. Nicht nur in den preußischen Kernlanden - wie in der Forschung oftmals dargestellt -, sondern auch in den rheinischen Territorialgebieten preußischer Herrschaft - wenn auch im Vergleich mit absoluten Zahlen in einem kleineren Maßstab - sind räumliche Spuren peuplierungspolitischer Verordnungen nachweisbar und bis heute z. T. kulturlandschaftlich persistent.¹²

Chronologische Einteilung preußischer Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien

Das 17. Jahrhundert hat eine besondere und weitreichende Bedeutung für die rheinische Geschichte - vor

allem aus territorialpolitischer Sicht. Mit dem im Jahre 1609 eingeleiteten, 1614 festgeschriebenen und 1660 im „Klevischen Erbschaftsvertrag“ endgültig anerkannten Übergang des Herzogtums Kleve an das Haus Brandenburg-Hohenzollern war der frühneuzeitliche preußische expandierende Staat erstmalig auf Dauer am Rhein präsent geworden und nahm vor allem in territorialer und konfessioneller Hinsicht entscheidend an Einfluss zu.¹³ Durch den Religionsvergleich von 1672 gelang es den Brandenburgern nicht nur die landesherrliche Stellung zu festigen, sondern auch Schutzherr der Protestanten und Protestantinnen in den eigenen Territorien und vom ehemals gemeinsamen Jülich-Berg zu werden.¹⁴ Mit der Expansion brandenburgisch-preußischer Herrschaft wird dieser Bestandteil des niederrheinischen Protestantismus aus einer ehemals bekämpften Konfession zu einer Bevorzugten des Landesherrn.¹⁵

Der „Westfälische Frieden“ von 1648, der den verheerenden Dreißigjährigen Krieg beendet hatte, bedeutete zunächst für die rheinischen Territorien keine wirksame Veränderung.¹⁶ Die Spanier hielten sich bis 1659 in Jülich, die Niederländer bis 1673 in Wesel, Buderich, Orsoy und Rheinberg auf. Viele Landstriche und Städte waren trotz des Friedensschlusses weiterhin abwechselnd in niederländischer oder spanischer Hand, sodass eine wirtschaftliche und demographische Erholung des Landes verhindert wurde. Vor allem die Holländer versuchten in der frühen Nachkriegszeit trotz des Ausscheidens aus dem Reichsverband die rheinischen Gebiete in ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Abhängigkeit zu halten.¹⁷ Von einer realpolitischen Herrschaftsausübung preußischer Regenten in den rheinischen Territorien kann seit den Vereinbarungen des Westfälischen Friedens noch keine Rede sein. Erst durch die Zurückdrängung ständischer Mitspracherechte und fremder Mächte, den Aufbau einer zentralbehördlichen Organisationsstruktur sowie einer lokalen Überwachung und einer späteren Neugestaltung von Recht und Gerichtswesen ab den 1670er Jahren verfestigten die preußischen Herrscher ihre politisch-staatliche Position in den rheinischen Territorien zunehmend. Das Aussterben einer Herrscherdynastie bedeutete immer eine potenzielle Gefahr für die politische Stabilität und Ordnung des betroffenen Territoriums, wodurch die rheinischen Stände als politische Konstante hervortreten konnten. Aufgrund der instabilen landespolitischen Lage rheinischer Territo-

rien galten die Stände von Kleve bereits bei [...] den Zeitgenossen des 17. Jahrhunderts als ausgesprochen eigenständig und selbstbewusst.¹⁸ Der calvinistisch erzogene Große Kurfürst (1640–1680), der vor seinem Amtsantritt vier Jahre lang in den Niederlanden gelebt hatte, versuchte die kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Anregungen, die er während seiner Studienzeit in Holland gesammelt hatte, in seinen eigenen Territorien umzusetzen. Durch die Heiratsverbindung mit der oranischen Prinzessin Luise Henriette förderte er den niederländischen Einfluss und stabilisierte gleichzeitig das Herzogtum Kleve.

Die rheinischen Gebiete erholten sich trotz einer straffen Regierung nur langsam, aber stetig. Die Bevölkerungsverluste des Achtzigjährigen niederländisch-spanischen und des Dreißigjährigen Krieges waren um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert fast überwunden. Die bis in die Anfänge des 18. Jahrhunderts andauernde wirtschaftliche Stagnation und deren langsame Erholung war bedingt durch die nach dem „Westfälischen Frieden“ weiterhin grassierenden kriegerischen Unruhen.¹⁹ Im Jahre 1702 erbte der erste preußische König und Sohn des Großen Kurfürsten aufgrund seiner oranischen Mutter die Grafschaft Moers, 1713 kam dann im „Utrechter Frieden“ das westlich anschließende, überwiegend katholisch geprägte Oberquartier Geldern hinzu. Realpolitisch gesehen war in Moers bis 1712 aufgrund der niederländischen Besatzung keine preußische Herrschaft möglich, die Exklave Krefeld hingegen, die einen wichtigen ökonomischen Faktor in der rheinischen Tuch- und Seidenindustrie besaß, wurde schon 1703 eingekreist und besetzt. Das wichtige wirtschaftliche Zentrum Krefeld, dessen Erfolg auf dem mennonitischen Textilgewerbe basierte hatte, war gerade nicht nur im Zeitalter kameralistischer Politik die Grundlage für das Aufblühen der Stadt, sondern auch ein wesentlicher und integrativer Bestandteil für das preußische Finanz- und Wirtschaftssystem. Aber auch kulturlandschaftsprägende Aspekte mennonitischer Seidenindustrie veränderten die Ansprüche an den Raum und die Landschaft in und um Krefeld maßgeblich. Unter anderem war dies, wie wir noch sehen werden, eine Erfolgsgeschichte preußischer Peuplierungspolitik. Die weiterhin holländisch gesinnte Bevölkerung veranlasste Friedrich Wilhelm I. zu der Aussage, dass „[...] wahs die Morsische Landt und gelders [betrifft] sein Mörs wie die Klewer aber sehr gut Hollendisch wie auch die Klewer besser Hollendis und

Keiserlich sein als Prussis.“²⁰ Die Integration neu gewonnener Territorialgebiete im rheinischen Land sollte sich als schwierig und problematisch erweisen.²¹

Vergleicht man das 1707 vom Kaiser zu einem Fürstentum erhobene Moers mit den anderen rheinischen Staatsgebieten, so erkennt man lediglich ein kleines und unbedeutendes Territorium, das auf einer gesamt-preußischen Landkarte kaum auszumachen ist. Ein genauerer Blick auf einen niederrheinischen Kartenausschnitt verdeutlicht jedoch die Wichtigkeit Moers als territoriales Verbindungsglied hinsichtlich des Erwerbs von Geldern.²²

Schaut man nun auf das Ende des 18. Jahrhunderts, so kann man konstatieren, dass der westliche Streubesitz Brandenburg-Preußens, wie man spätestens im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) erkennen konnte, militärisch nicht zu verteidigen war, aber die preußische Herrschaft dennoch in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers dauerhaft etabliert zu sein schien. Natürlich erwachsen durch diese geographische Distanz administrative Durchsetzungs- und Umsetzungsprobleme sowie eine zeitnahe Kontrollmöglichkeit. Betrachtet man kartographisch die gesamte territorialpolitische Entwicklung Brandenburg-Preußens auf einer Übersichtskarte, so fallen zunächst die rheinischen Gebiete vor 1819 kaum ins Gewicht.²³ Die weite Entfernung vom Machtzentrum Berlin und die fehlende Landesverbindung verdeutlichen die Isolation der im Vergleich zu den Kernlanden sehr kleinen rheinischen Territorien. Die „langen Wege“ und die „Herrschaft aus der Ferne“ stellten ein strukturelles Problem preußischer Herrschaft in den rheinischen Territorialgebieten dar, das bei einer Bewertung preußischer Peuplierungspolitik im Rheinland unbedingt berücksichtigt werden muss.²⁴ Diese geographische Randlage und die spätere östliche Orientierung preußischer Politik führten zunehmend auch zu einer entsprechend gesamtpolitisch untergeordneten Stellung. Trotzdem erlebten diese preußisch regierten Territorien dank der kameralistischen Peuplierungspolitik eine wirtschaftliche und demographische Erholung – vor allem im Manufakturwesen und im Gewerbe sowie in der Erschließung und Kultivierung wüster und unbesiedelter Landflächen im Zuge der „Inneren Kolonisation“.

Der Große Kurfürst (1640–1688) betrieb in den rheinischen Gebieten unter schwierigen politischen Bedin-

gungen eine „restaurative“ Peuplierungspolitik. Seine peuplierungspolitischen Maßnahmen bezogen sich zunächst nur auf die Wiederbesiedlung entvölkerter Gebiete und die Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse. Der erste preußische Monarch am Rhein entsprach in seiner peuplierungspolitisch verfolgten Strategie noch dem älteren, in territorialstaatlichen Grenzen denkenden Typus patriarchalischer Landesherren, der aber dennoch bereits Ansätze moderner Staatlichkeit in seiner Herrschaft erkennen ließ. Dass die Bevölkerungsverluste in den bis zum Jahre 1672 von ausländischen Kampftruppen besetzten rheinischen Territorien um die Jahrhundertwende ausgeglichen wurden, ist unzweifelhaft als ein demographischer Erfolg preußischer „restaurativer“ Peuplierungspolitik unter dem Großen Kurfürsten zu bewerten und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass man sich erst im Rheinland die Festigung der eigenen politischen und militärischen Machtposition gegen zahlreiche Widerstände erkämpfen musste, um einiges höher einzuschätzen.

König Friedrich (III.) I. (1688–1713) führte diese „restaurative“ Peuplierungspolitik seines Vaters weiter, die zunächst aber stark stadtorientiert war. Seine anwerbungsfreundliche Peuplierungspolitik wird in der Policeverordnung vom 11. Januar 1710 klar ersichtlich, in der darauf hingewiesen wurde, dass „[...] die in Cleve und Mark, bei der Vertheilung der Einquartierungslast, vorhergehenden Unordnungen die Fremden abschrecke, sich in den Städten niederzulassen und anzubauen“ und man „[...] allen denjenigen, welche beabsichtigen, sich in den cleve-märkischen Städten niederzulassen, oder sonst anzubauen, nicht nur eine 10jährige Freiheit von aller Einquartierung und sonstigen Personallasten versichert“ sein sollen, sondern „[...] daß ausserdem den Neubauenden, auch ein gewisses Procent der angewendeten Baukosten [...] aus den königl. Kassen vergütet werden soll.“²⁵ Dies stellte eine klare Anweisung einer „aktiven“ Peuplierungspolitik dar, die über ein bloßes Emigrationsverbot hinaus ging, um mithilfe einer aktiv betriebenen Einwanderungspolitik fremde Menschen ins Land zu locken.

Zudem knüpfte der erste preußische König Friedrich I. an die hugenottische Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten an und bestätigte die unter der „restaurativen“ Peuplierungspolitik seit dem Potsdamer Edikt aus dem Jahre 1685 publizierten Privilegien und Versicherungen. Hier lag der Fokus aber schon auf einer

„qualifizierten“ Sichtweise peuplierungspolitischer Ausrichtung, die sich zuerst an Adelige, Bürgerliche und Professionisten richtete. So versprach der preußische Herrscher per Policeverordnung wie „[...] nach dem Exempel Unseres in Gott ruhenden Herrn Vatern Gnaden, die Bekenner derselben, welche, der Verfolgung halber, ihr Vaterland verlassen müssen, darin mit alwol Adelich- als Bürgerlichen Aembtern, und Dignitäten, so wol an Unserem Hofe, als bey Unsern Collegiis, und anderen Corporibus gezogen, und emploiret, die Handwercks-Leute aber in die Zünffte aufgenommen werden.“²⁶ Auch die rechtliche Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung wurde den hugenottischen Glaubensflüchtlingen zugesichert, „[...] worunter ihnen im geringsten nicht im Wege stehen mag, noch sol, daß sie in andern, als in Unseren Landen gebohren, sondern es soll aller, etwa beßhero noch übriger Unterscheid zwischen Unseren natürlichen und dazu auf- und angenommenen Unterthanen, hiemit, in so weit es zum Besten dieser letzteren gereicht, getilget und gehoben seyn, und bleiben.“²⁷ Des Weiteren gilt es, diese Exulanten und Exulantinnen mit aller Gnade und Liebe aufzunehmen, „[...] Ihnen auch, gleich Unsern angebohrnen Teutschen Unterthanen, allen Schutz und Schirm angedeyen lassen, so daß unter des höchsten Seegen, viele tausend Flüchtlinge ihre Nahrung und Subsistenz darin reichlich gefunden und ihre allerunterthänigste Erkenntlichkeit dagegen, durch die gegen Uns, und Unser Königliches Haus bezeugte Treue und Devotion erwiesen, welche dann, und umb diesen Refugirten, eine neue Probe Unserer gegen sie tragenden allergnädigsten Propension zu geben, uns bewegen, hiebeygefügtes Edict so höchstbesagtes Unseres Herrn Gnaden, Glorwürdigstens Andenckens, unterm 29.10.1685, imgleichen diejenige Patente, so Wir zu deren faveur ausgehen lassen, zu erneuern und zu confirmiren, dergestalt, daß alle Refugirte, bey denen, ihnen darin zugestandenen Privilegien und Immunitäten, sowol in Ecclesiasticis als Politicis, wie bißhero, also auch ferner, geschützt, und ihnen nichts davon entzogen werden sol.“²⁸ Dieses erlassene Edikt deutete somit sowohl auf die kirchliche als auch auf die politische Freiheit für die französischen Exulanten und Exulantinnen hin. Seine peuplierungspolitische Leistung bestand vor allem in der administrativen Verbesserung der Erfassung demographischer Daten und Prozesse. Die Regierungszeit Friedrich (III.) I. ist aus peuplierungspolitischer Sicht im Herzogtum Kleve als eine Übergangszeit zu sehen.

Unter dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (1713–1740) wurde die restaurative Phase bevölkerungspolitischer Verordnungen von einer „additiven“ Peuplierungspolitik, die auf eine Vermehrung der Untertanen über das Vorkriegsniveau hinaus zielte, abgelöst. Sein Motto „Menschen achte ich vor dem größten Reichtum“ und seine militärischen Pläne provozierten nahezu eine intensive „aktive“ Peuplierungspolitik, um seinen Menschenbedarf zu befriedigen. Die preußische Peuplierungspolitik im Herzogtum Kleve unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms I. war auf gewerbliche Tätigkeit und Handel konzentriert, die kraftvolle Kolonisation der Städte positionierte sich eindeutig vor der ländlichen Peuplierung. Wie bisher auch schon bei seinen Vorgängern war im Herzogtum Kleve eine stärker „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik zu konstatieren, wobei Ansätze einer landbezogenen Kolonisationspolitik, wie sie in den östlichen Provinzen bei der Ansiedlung der ca. 20.000 emigrierten Salzburger Protestanten und Protestantinnen praktiziert wurde, zu erkennen waren und seinen Nachfolger Friedrich den Großen nachhaltig zur Urbarmachung zahlreicher Heiden im rheinischen Gebiet inspirierten. Sowohl die langsam beginnende systematische Aufnahme demographischer Daten als auch der Ausbau der Verwaltungsstruktur und die stärkere Berücksichtigung der medizinischen Dimension bevölkerungspolitischer Zielvorstellungen verdeutlichen die Versuche zur Professionalisierung und Effizienzsteigerung preußischer Peuplierungspolitik in den Westprovinzen, die unter der Regierungszeit des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelms I. wirksam und erfolgreich betrieben wurde. Sowohl die peuplierungspolitischen als auch die wirtschaftsfördernden Policyverordnungen trugen einen wesentlichen Beitrag dazu bei, dass die preußischen Westprovinzen im Rheinland gegenüber den angrenzenden rheinischen Territorien einen Vorsprung in der demographischen und ökonomischen Entwicklung erlangten. Diese Modernisierungsprozesse nahm Friedrich der Große gern auf und führte sie in einer überraschend ambivalenten Weise weiter.

Die intensiven Kolonisationsbestrebungen des aufgeklärten Philosophenkönigs Friedrichs des Großen (1740–1786) bilden den Höhepunkt preußischer Peuplierungspolitik. Während vielerorts Glaubenszwang und geistige Unfreiheit herrschte, spottete der königliche Atheist über Religion und Kirche. Allen christlichen Konfessionen versprach er eine Toleranz bekundende Peuplierungspolitik, die alle „[...] in Preußen geduldet

[werden]“, wenn sie sich zur Niederlassung in hiesige Provinzen entscheiden sollten.²⁹ Unter seiner Regierungstätigkeit fanden ca. 300.000 Menschen den Weg in sein Land. Seine peuplierungspolitische Diktion stand ganz im Zeichen seines Vaters und wurde sogar von ihm wörtlich im gleichen Sinne wiederholt: „Le nombre du peuple fait la richesse des Etats.“³⁰ „Und wiederum, wenn das Volk wenig zahlreich ist“, so der preußische König in einer von ihm selbst verfassten Schrift weiter, und „[...] wenn es in Elend verkommt, so ist der Landesherr aller Hilfsquellen beraubt.“³¹ In seinem politischen Testament von 1752 bemerkte er im Punkt 5 beim Kapitel „Die Einnahmen der Kriegskasse und ihre Verwaltung“: „Man bevölkert die Städte und gewinnt neue Untertanen. Die Untertanen aber sind der wahre Reichtum der Fürsten.“³² Neben der „stadtbezogenen“ Orientierung bevölkerungspolitischer Verordnungen trat nun die „landbezogene“ Peuplierungspolitik gleichberechtigt hinzu, die mithilfe von Kolonisationsprozessen unkultivierter Landflächen eine neue Qualität besaß. Während seiner Regierungszeit lassen sich zwei Phasen einteilen: Die erste Phase peuplierungspolitischer Gesetzgebung ist durch eine an Kolonisationsbestrebungen gekoppelte aktive Einwanderungspolitik gekennzeichnet, die zweite Phase war aufgrund der negativen Einstellung Friedrichs des Großen gegenüber den rheinischen Territorien und den dort lebenden Menschen sowie der geopolitischen Einordnung dieser Besitzungen der Beginn des Niederganges peuplierungspolitischer Policygesetzgebung im Herzogtum Kleve.³³ Unzweifelhaft lag der Schwerpunkt friederizianischer Peuplierungspolitik in den Kernlanden, dennoch dürfen die in den rheinischen Gebieten getätigten stadt- und landbezogenen Bemühungen preußischer Bevölkerungspolitik nicht außer Acht gelassen werden, die, wie an den später dargestellten Kolonisationsbeispielen nachzuweisen ist, raumwirksame und kulturlandschaftsverändernde Spuren hinterlassen haben. Auch wenn die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien zunächst langsam verringert wurde, wirkt die bisher verabschiedeten peuplierungspolitischen Verordnungen noch nach, sodass kein absoluter Stillstand bevölkerungspolitischer Bemühungen zu konstatieren war.

Nach dem Tod des großen preußischen Königs Friedrichs II. führte Friedrich Wilhelm II. (1786–1797) die passive peuplierungspolitische Doktrin seines Vorgängers weiter. Auch ihm war fortan an den klevischen

Landen nicht viel gelegen, da er den schlesischen Ländern, die einen Anschluss an die alten Kernprovinzen bedeutet haben, mehr Wert zusprach als den rheinischen Westgebieten. Die Förderung der Westprovinzen erachtete der preußische König schon aufgrund seiner prekären finanziellen Lage als nicht tragbar, die Mittel für die Kolonisationsbestrebungen schienen ihm in den alten Provinzen besser angelegt. Er betrieb sowohl aus politischen als auch aus finanziellen Gründen nur eine „passive“ Peuplierungspolitik zur Festigung und Sicherstellung der bisher erreichten Erfolge.

Erst unter der Regentschaft Friedrich Wilhelms III. (1797–1840) wurden peuplierungspolitische Kolonisationsbestrebungen im Sinne Friedrichs des Großen wieder aufgenommen. Die angespannten politischen Verhältnisse in Europa und der Krieg mit Frankreich verhinderten eine erneute erfolgreiche Kolonisation unkultivierter Flächen. Die preußische Niederlage von 1806 führte dann zu einem vollständigen Stillstand peuplierungspolitischer Gesetzgebung in den rheinischen Territorien. Neben der im Vergleich zu Friedrich dem Großen nur gering wirkenden Ansiedlung emigrationswilliger Siedler und Siedlerinnen legte der preußische Monarch Friedrich Wilhelm III. durch Neugründungen kleiner bäuerlicher Stellen auf eine Vermehrung einheimischer und ländlicher Untertanen und Untertaninnen wert, um somit mithilfe der „[...] Ansetzung der zweiten Söhne auf wüsten Stellen“ die „innere Kolonisation“ und Vermehrung der Bevölkerung in den rheinischen Territorien zu katalysieren.³⁴ Dies zeigt, dass die „Innere Kolonisation“ als landschaftswirksame Innovation in den rheinischen Territorien keineswegs nur ein Phänomen des 17. und 18. Jahrhunderts war, sondern auch, wie bei der Gründung der Pfälzersiedlungen Louisendorf und Neulouisendorf zu sehen ist, noch eine die Bevölkerungspolitik des 19. Jahrhunderts prägende Kraft besaß.

Dass die preußische Binnenkolonisation der Quantität nach in den östlichen Herrschaftsgebieten und Kernprovinzen gegenüber den westlichen Territorien eine größere Zahl an Eingewanderten zu verzeichnen hatte, darf allerdings nicht zum gleichzeitigen Fehlschluss führen, dass die preußische Bevölkerungspolitik in den rheinischen Gebieten ineffizient wirkte. Die preußische Binnenkolonisation blieb trotz schwierigster administrativer Durchsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen und politischer Verhältnisse keine bloße „pa-

piere“ Absichtserklärung, sondern wurde tatsächlich raumwirksam vor Ort praktiziert. Vielmehr wurden mithilfe der normativen peuplierungspolitischen Bemühungen in einer schwierigen Situation die Bevölkerungsverluste vorhergegangener Kriege schnell beseitigt. Im Durchschnitt war die Bevölkerungsdichte in den preußischen Westprovinzen fast doppelt so hoch wie in den anderen Landesteilen. Moers lag mit einem Wert von über 60 Einwohnern pro km² im 18. Jahrhundert von allen Provinzen an der Spitze der preußischen Monarchie.³⁵

Die Binnenkolonisation lässt sich in zwei räumliche Kategorien einteilen:

- 1) „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik und
- 2) „landbezogene“ Peuplierungspolitik. Hierbei gilt es aber zu bedenken, dass in der Frühen Neuzeit sicherlich manche Stadt recht ländlich gewirkt hat, sodass zwischen diesen beiden räumlichen Kategorien „Stadt und Land“ ebenfalls Überschneidungen prozessualer Entwicklungen raumwirksamer Peuplierungspolitiken zu erkennen sind.

Im Vordergrund der nächsten zwei Kapitel steht die Raumwirksamkeit peuplierungstheoretischer und bevölkerungspolitischer Gedanken und Maßnahmen, die zunächst als eine Idee theoretisiert wurden, sodann Aufnahme in die Gesetzestätigkeit preußischer Regierung erfuhren und schlussendlich raumwirksame Spuren kulturlandschaftlicher Veränderung im Zuge der realen Umsetzung dieser Maßnahmen hinterließen. Im Fokus dieser Raumwirksamkeitsanalyse peuplierungstheoretischer Gesetzgebung werden vor allem die Urbarmachungen unkultivierter Landflächen, die Kultivierung verfallener Gründe sowie die Wiederbesiedlung wüster Hausstellen schwerpunktmäßig bearbeitet, da sich hier die raumwirksame Kraft und die landschaftswirksame Innovation am deutlichsten herausarbeiten lassen. Die von der Peuplierungspolitik beeinflusste Bevölkerungsentwicklung interagierte mit der räumlichen Genese rheinischen Herrschaftsgebietes preußischer Regenten auf vielfältiger Weise.

Die „stadtbezogene“ Kolonisationspolitik

Die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik preußischer Herrscher wurde primär unter den Eindrücken des Dreißigjährigen und des Siebenjährigen Krieges, als ein wichtiger Bestandteil der gesamten Peuplierungspolitik, konzipiert. Schwerpunkte „stadtbezogener“

Peuplierungspolitik waren neben den wirtschaftlichen Aspekten, welche sich in den Anwerbungsversuchen fremder Manufakturisten und Fabrikanten manifestierten, die Wiederbesiedlungen wüster Hausstellen und – wie es in den Quellen hieß – die „Retablierungen“ der vom Krieg zerstörten Häuser. Dabei wurden sowohl die fremden Emigranten und Emigrantinnen als auch im großen Maße die einheimische Bevölkerung finanziell unterstützt, um den Wiederaufbau schnellstmöglich zu vollenden und die Wirtschaftlichkeit der Städte und damit die Einnahmen des Landes zu steigern.

Exemplarisch sei hier die Stadt Goch erwähnt, die es während des Dreißigjährigen Krieges sehr hart traf. Sowohl während als auch nach dem Dreißigjährigen Krieg erlebte die niederrheinische Stadt Goch zahlreiche Besetzungen ausländischer Truppen und musste viele Leistungen und Kontributionen an die fremden Besatzungsmächte leisten.³⁶ Neben diesen finanziellen Belastungen einquartierter und vorbeiziehender sowie marodierender Truppen waren die demographischen und bevölkerungsräumlichen Folgen um einiges wirkungsmächtiger. Zum Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde in der Stadtchronik vermerkt, dass im Jahr 1639 „[...] in der Geschichte, leider Gott[es], (...) das grausame Ellend, Not (...) und gründliches Verderben unser armseligen Stadt und der sämtlichen Einwohnern“ endgültig über die Stadt gekommen sei.³⁷ Im Jahr „[...] 1634 Grassierte die Pest allhier, daß sehr viele daran starben und die Stadt fast verödete“, sodass zahlreiche Einwohner starben und wüste Plätze entstanden.³⁸ Vor allem die räumlichen Zerstörungen städtischer Siedlungsbestandteile waren verheerend, da zum Beispiel „[...] die Spanische Armee in und umher dieser Stadt (...) alles mit unwiederbringlichen höchsten Schaden“ vernichtet hatte.³⁹ Die räumliche Zerstörung war aufgrund der „[...] unmöglichen Sache (...) Geldsummen abzugreifen“ umso schlimmer, da die fremden Heere „[...] unsere Häuser und Gebäude in der Stadt guten und großentheils abgebrochen und niedergerissen“ haben.⁴⁰ „Nachdem Goch in den französischen Kriegen 1672, 79, 88 und 89 viel gelitten“ hatte, konnten erst um die Jahrhundertwende „restaurative“ peuplierungspolitische Maßnahmen zum demographischen und räumlichen Aufbau dauerhaft bis zum Siebenjährigen Krieg greifen.⁴¹ Diese Schilderungen in der Stadtchronik belegen eindeutig den schlechten demographischen und

räumlichen Zustand der Stadt Goch bis zum Jahre 1680, in der die „restaurativen“ Maßnahmen, wenn überhaupt, nur punktuell und rudimentär ansetzen konnten.

Die „restaurativen“ Bemühungen der preußischen Regenten im 17. Jahrhundert wurden immer wieder durch vielfältige Ereignisse in ihrer Entfaltung gebremst. In einer Anmerkung der Stadtchronik vom Jahr 1666 lassen sich einige Rückschlüsse auf die Bevölkerungssituation und die für das Wachstum derselben notwendige Nahrungsgrundlage ziehen. Durch „[...] die immerwährenden durchgänge der kaiserlich Croatischen als königl. Hispanischen Armeen in und außerhalb der Stadt, auf dem platten Land [wurden] nicht allein allerhöchsten Beschwehret, die Früchte weit und breit verdorben, und gleichsam ins äußerste Ruin gesetzt, sondern auch mit der schwehren abscheuliche[n] Pestilenz unter anblebenden Seuchen und Krankheiten dermaßen überfallen, daß also ein Menschen den andern nicht begraben und kaum 1/3 der Menschen im Leben geblieben ist.“⁴² Im Zusammenhang mit dieser Bemerkung wurde rückblickend an das Jahr 1640 erinnert, in dem nach „[...] der gleichen Einquartierung wieder bedrängt, die ganze Bürgerschaft aus der Stadt gezogen, Haus und Hoff verlassen“ haben und die Stadt nahezu entvölkert zurückließen.⁴³ Diese niederrheinische Siedlung wurde – wenn man dieser Bemerkung Glauben schenken darf – fast zu einer städtischen Wüstung, „[...] wodurch dann die Stadt Goch kein[e] 10 Haushaltungen gleichwohl geringe Leute“ behalten hatte, sodass man sehen konnte, „[...] daß die Straßen und der Markt dermaßen mit Gras bewachsen, daß auch die Pferde, so von außen darin oder durch queren, auf dem Markt ins Gras und Weide“ gingen.⁴⁴ Selbst für den Stadtchronisten war es schockierend, in „[...] was für ein[en] jämmerliche[n] Zustand“ diese Stadt war.⁴⁵ Aus all diesen Beschreibungen lässt sich dennoch trotz quellenkritischer Begutachtung ein Bild der Stadt Goch zeichnen, das sicherlich eine vom Krieg stark entvölkerte und räumlich massiv zerstörte Siedlung darstellt.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts erfolgte durch die Anwerbung protestantischer Glaubensgenossen eine Stabilisierung der städtischen Siedlung Goch. Aber auch die Bemühungen des Stadtrates von Goch selbst mittels einer „restaurativen“ Peuplierungspolitik die vorkriegerischen Bevölkerungsverhältnisse wieder zu er-

langen, führten zu einem Bevölkerungswachstum und räumlichen Wiederaufbau der Stadt. So wurde in der Stadtchronik beschrieben, dass „[...] Schornsteinfeger von Üdem (...) vom Edlen Magistrat angenommen“ wurden.⁴⁶ Am 21. Februar 1654 entschied der Stadtrat, „[...] die Leuthe so (...) der Römischen religion zugethan auß dem Lande von Jülich vertrieben wurden undt [für] (...) diese Stadt wiederum in aufnahme zu bringen (...) dienlich sein konnte, daß man solche vertriebenen Leuth doch schreiben zu wissen thäte, daß wann sie hier in dieser Stadt zu wohnen sich begeben wollten, ihnen einige freyheit zu gelassen werden sollte, (...) Krafft dessen sich zu erbiethen, daß alle die so hieselbst zu Wohnen kommen wollten ein gantz Jahr von allen Bürgerlichen Lasten oneribus befreyet sein sollten.“⁴⁷ Allerdings erkennt man hier das Interesse der noch überwiegend katholischen Stadträte an der Anwerbung katholischer Glaubensgenossen. Nach den zahlreichen Verwüstungen fremder Heere befahl der Stadtrat im Jahre 1684 allen Eigentümern zerstörter Hausstellen, diese entweder zu reparieren oder im Zuge städtischer Restauration wiederherzustellen.⁴⁸

Trotz der Toleranz bekundenden Peuplierungspolitik konnte es die von vielen Kriegen bedrängte Stadt Goch nicht schaffen, die Mennoniten und Mennonitinnen in großer Zahl als Bürger und Bürgerinnen zu halten. Die Mennonitengemeinde in Goch war eine der ältesten Mennonitengemeinden am Niederrhein.⁴⁹ Schon vor der preußischen Zeit im Jahr 1547 wird in Anwesenheit von Menno Simons (1496–1561) von einer synodenartigen Versammlung in Goch gesprochen.⁵⁰ Die meisten Gocher Mennoniten und Mennonitinnen stammten aus Holland, die vor allem in Anbetracht der späteren preußischen Toleranzpolitik viele weitere holländische Taufgesinnte anzogen. Von 1687 bis 1790 wanderten insgesamt 116 Gocher Mennoniten und Mennonitinnen, zumeist Leinenweber, nach Haarlem oder in die USA aus. Hierbei war der wirtschaftliche Aufstieg und der Niedergang der Gocher Leinenweberei eng mit dem Rückgang der Gocher Mennonitengemeinde verbunden. Der prominenteste Vertreter der Leinenweberkunst, J. Gottschalk (ca. 1670–1763) aus Goch, zog 1701 mit Krefelder Mennoniten und Mennonitinnen endgültig nach Pennsylvanien, wo bis heute noch Nachkommen des ehemaligen Gocher Mennoniten und Mennonitinnen leben. Trotz dieser Auswanderungswellen

mennonitischer Glaubensgenossen zählte die Gocher Mennonitengemeinde dank der Toleranz bekundenden Peuplierungspolitik bis zum Ende des 18. Jahrhunderts noch ca. 100 Personen.⁵¹ Sogar finden sich um das Jahr 1720 zwei Mennoniten im Magistrat wieder und bekleideten in der Stadt Goch ein gemeinschaftliches Amt.

Die „restaurativen“ peuplierungspolitischen Maßnahmen mussten einen recht guten Erfolg gehabt haben, da in einem historischen Bericht von der Stadt Goch aus dem Jahr 1722 bemerkt wurde, dass aus der Stadt Goch wenigstens „[...] mit der zeit ein Schönes Dorff darauß gworden“ ist.⁵² Die „[...] jetzige Anzahl der Einwohner bestehen in 1006 Haußwirthen, 923 Kindern und 141 gesinden, in Summa 2070 Menschen, worunter Manufacturiers, Handt-Werckern und andern Professions-Verwandten nachfolgende gezählet werden: 4 Barbier, Wovon einer eine kleine Apotheke hat, 18 Bäcker, 2 Fell-bereiter, 4 Gast-Wirth, 1 Huthmacher, 1 Korb-Macher, 1 Kupffer-Schmidt, 63 Kauffleuthe und Winkelierer, 2 Leyen-decker, 26 Leine Weber, 7 Maurer, 1 Occulist, stein und bruch-Schneider, 2 Rad-macher, 6 Schlächter, 2 Sattler, 12 Schneider, 15 Schuster, 23 Schneider, worunter einige Kunst-schneider, so schlößler und andere feine Kupffer und Eysen arbeit machen, 1 Siffen-macher, 1 Silber-Schmidt, 12 Tuch-macher, 5 Tuch-Scherrerr, 4 tischler, 1 tau-Schläger oder Seyler, 1 uhr-macher, 47 Woll-arbeiter [und] 13 Zimmerleuthe.“⁵³ Diese differenzierte Auflistung qualifizierter Arbeiter und demographischer Daten belegt, dass sich die niederrheinische Stadt Goch nach den schlimmen Folgen marodierender Heere und schrecklichen Brandschatzungen mithilfe „aktiver“ peuplierungspolitischer Maßnahmen um Menschen bemüht hatte, um die Stadt „in Flor“ zu bringen. Da die niederrheinische Stadt Goch um 1740 durchaus wieder eine größere Häuser- und Personenzahl zu verzeichnen hatte, lässt dies – wie die spärlich nachgewiesenen und überlieferten peuplierungspolitischen Bemühungen zeigen – Rückschlüsse auf die „restaurative“ Peuplierungspolitik des Großen Kurfürsten und Friedrichs (III.) I. zu, um die Stadt nach den langjährigen Besatzungszeiten fremder Heere und den damit verbundenen bevölkerungsdezipierenden und stadtzerstörenden Wirkungen wieder aufzubauen und zu peuplieren. Unter Friedrich dem Großen haben wir aufgrund der Folgen des Siebenjährigen Krieges einen Höhepunkt der Raumwirksamkeit

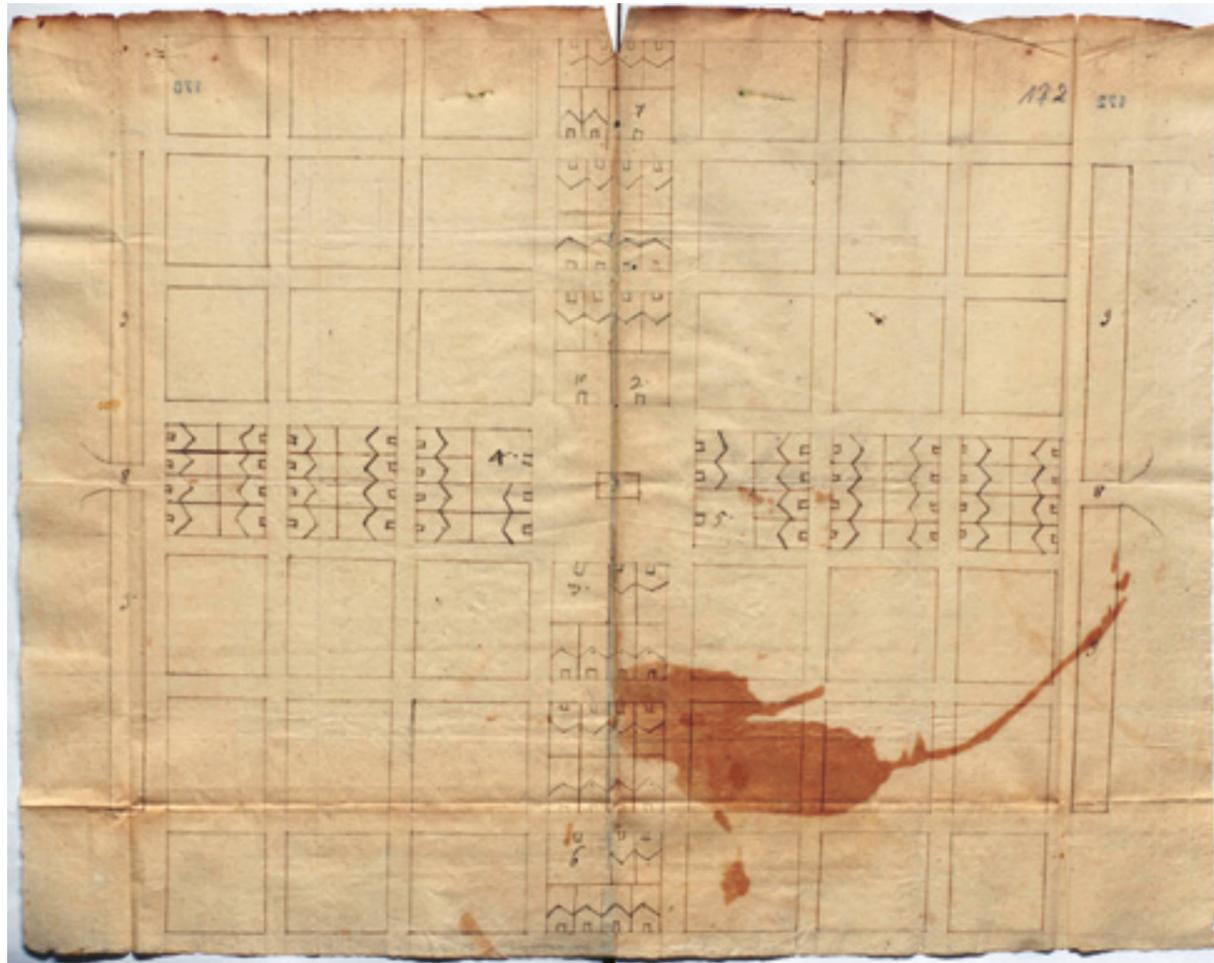


Abb. 1: Skizze einer potenziellen Stadtneugründung am Niederrhein vom 21. April 1772 (HSTAD Xanten Kreisregistratur, Nr. 75).

städtischer Kolonisation. Neben der wirtschaftspolitischen Anwerbung fremder Manufakturisten und Fabrikanten zur Niederlassung in den niederrheinischen Städten stand nach dem verheerenden Siebenjährigen Krieg der Aufbau und die Wiederbesiedelung zerstörter und wüstgewordener Hausstellen im Vordergrund der friderizianischen „Retablisement-Politik“. In diesem Zusammenhang dürfen aber die Pläne zur Anlegung zweier neuer Städte in den rheinischen Territorien nicht unerwähnt bleiben. Ein bevölkerungspolitischer Vorschlag „stadtbezogener“ Kolonisationspolitik beinhaltete die Anlegung „[...] einer neuen Stadt auf der Mookschen Heyde.“⁵⁴ Auch die zweite, „[...] wegen der von dem Herrn Kriegs Rath Sandrart (...) zu etablieren gesuchten, aus der Meyerey Herzogenbusch geflüchteten Familien und Wegen der bey dieser Gelegenheit von dem Kriegs Commissario Bach zu Büderich und dessen Compagnon Witzen tentirten Anlegung einer Neuen

Stadt“ im Jahre 1771 wurde nicht realisiert.⁵⁵ Die Gründe, warum dieses gigantische Projekt „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik nicht verwirklicht wurde, wurden nicht weiter ausgeführt. Es ist allerdings zu vermuten, dass trotz dieses sehr detaillierten Planungsprozesses die Skepsis und das dabei vorhandene finanzielle Risiko auch in der Hochphase preußischer „additiver“ Peuplierungspolitik in den preußisch regierten rheinischen Territorialgebieten für die oberen preußischen Behörden zu groß erschien.

Obwohl dieses wahrscheinlich für das Herzogtum Kleve größte peuplierungspolitische Projekt nie umgesetzt wurde und damit auch keine raumwirksame Kraft entfalten konnte, so offenbart es aber dem Forscher, dass auch in den niederrheinischen Provinzen preußischer Herrschaft, also außerhalb der Kernlande des Staates Brandenburg-Preußens, große peuplierungspolitische

Planungen und landschaftswirksame Innovationen zur Umsetzung bevölkerungspolitischer Vorstellungen unternommen wurden (s. Abb. 1). Inwieweit räumliche Ansätze peuplierungspolitischer Maßnahmen nach dem Siebenjährigen Krieg notwendig waren, zeigte sich in der raschen Aufforderung des Generaldirektoriums, sämtliche statistischen Daten bevölkerungsbezogener und räumlicher Parameter über die niederrheinischen Städte zur gezielten Peuplierung zur Einsendung derselben zu sammeln. Mit den „Retablisement-Geldern“ wurden nicht nur fremde Professionisten angelockt, sondern auch die einheimische Bevölkerung konnte sich über raumbezogene peuplierungspolitische Verordnungen freuen, das wiederum das peuplierungspolitische Bild einer umfassenden Bevölkerungspolitik verstärkte. Schon im Juli 1763 erging per Spezialbefehl Friedrichs des Großen die Verordnung, alles nur peuplierungspolitisch Mögliche zur „[...] Wiederherstellung derer in dem Kriege ruinirten Häuser“ zu tun.⁵⁶ In diesem Zusammenhang der „Retablisement-Politik“ zeigten aber die Städte teilweise genauso ein Interesse an dem Wiederaufbau zerstörter Gebäude und wüstliegender Hausstellen, sodass die Grundlage zur Umsetzung bevölkerungspolitischer Maßnahmen recht günstig war. Den Wiederaufbauwilligen zerstörter Häuser oder brachliegender Hausstellen oder anderen Baulustigen solle man „[...] accordierte Beneficien“ geben, oder diese räumlichen Stellen per „Intelligenz-Zettel anbieten.“⁵⁷ Zu den Benefizien gehörten „[...] 25 % Baufreiheitsgelder [sowie] Freiheit von accise servis und Einquartierung.“⁵⁸ Sollten dabei einige Hausstellen ohne Besitzer oder Eigentümer sein, so solle man ganz im peuplierungspolitischen Sinne diese „[...] wüsten Stellen manufacturiers oder sonstigen Handwerkern zum Anbau übergeben.“⁵⁹ Zur Förderung des Aufbaus städtischer Siedlungen müsse man alle Menschen, „[...] welche sich zum Wiederaufbau melden“, unterstützen und ihnen die zerstörten Häuser oder wüstliegenden Hausstellen „[...] unentgeltlich übertragen.“⁶⁰

Eine Bilanzierung „stadtbezogener“ Kolonisationspolitik kommt zum folgenden Ergebnis: Bezogen auf die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik fanden vor allem zahlreiche Glaubensflüchtlinge (Manufakturisten, Fabrikanten, Handwerker – im Allgemeinen in den Quellen als Professionisten beschrieben) in den niederrheinischen Städten ein neues Zuhause, die mithilfe einer aktiven Anwerbungs- und Privilegienpolitik

die von den zahlreichen Kriegen herrührenden wüsten Stellen wiederbesiedelten. Ziel war hierbei die Hebung der wirtschaftlichen Situation der Städte und die räumliche Verdichtung der Stadtbevölkerung. Die friderizianische „Retablisement-Politik“ niederrheinischer Städte förderte den Wiederaufbau und die Wiederbesiedelung wüster und verfallener Stadträume sowohl einheimischer als auch fremder retablierungswilliger Personen gleichermaßen. Die retablisementbezogene Peuplierungspolitik begünstigte nicht nur die Etablierung fremder Professionisten, vor allem die einheimische Bevölkerung profitierte von der Auszahlung der Baufreiheitsgelder zur Instandsetzung verfallener Hausstellen. Die stadtkolonisatorischen Bemühungen preußischer Peuplierungspolitik unterstützten neben der erhofften positiven Wirkung für die Stadtwirtschaft oftmals die Besiedlung solcher leer stehender Hausstellen, um die noch vorhandenen wüsten Räume mit Menschen zu besiedeln. Zudem etablierten sich vor allem die qualifizierten Professionisten im Zuge der Retablisement-Maßnahmen auf den noch vorhandenen wüsten Hausstellen. Eine zusammenfassende Auswertung über die Entwicklung räumlicher und demographischer Parameter verdeutlicht die Tendenz positiver raumwirksamer peuplierender Kraft städtischer Kolonisationspolitik Friedrichs des Großen, welche räumliche und damit auch landschaftswirksame Spuren in Form von Wiederbesiedlungen wüster oder ungenutzter Hausstellen oder von Etablierungen zahlreicher Manufakturisten und Fabrikanten hinterlassen hat.

Tendenziell wurden nach Auswertung zahlreicher Tabellen von 1763 bis 1776 ca. 85 % der in den niederrheinischen Städten vorhandenen wüstliegenden Hausstellen beseitigt. Bezogen auf die gesamte Siedlungsfläche niederrheinischer Städte wurden im Kontext der „Retablisement-Politik“ ca. 15 % Siedlungsfläche und wüste Hausstellen mit Menschen wiederbevölkert. Damit ist eindeutig nachgewiesen, dass die „stadtbezogene“ Peuplierungspolitik landschaftswirksame Spuren stadtkolonisatorischer Bemühungen hinterlassen hat. Das erfolgreichste Projekt städtischer Kolonisation war sicherlich Krefeld in der Grafschaft Moers. Der gelungene Aufstieg der Krefelder Wirtschaft zu einem bedeutenden preußischen protoindustriellen Agglomerationszentrum war das Ergebnis einer toleranten und einwanderungsfreundlichen Peuplierungspolitik. Selbst heute noch erinnern zahlreiche prachtvolle Gebäude ehemaliger mennonitischer Fabrikanten als

städtebauliches Denkmal preußischer Stadtkolonisation an die Hochzeit der Seidenfabrikation Krefelds. Diese Stadt wuchs aufgrund wachsender Bevölkerungszahlen und Produktionsflächen – bildlich gesprochen – landschaftswirksam über ihre Stadtgrenzen hinaus, sodass zahlreiche Stadterweiterungen notwendig wurden.

Die „landbezogene“ Kolonisationspolitik

Neben der stadtkolonisatorischen Bevölkerungspolitik trat die „landbezogene“ Peuplierungspolitik hinzu, die nicht nur andere räumliche Ziele verfolgte, sondern auch andere Bedingungen, Grundlagen und Ansprüche hatte sowie ein spezielles Klientel niederlassungswilliger Emigranten und Emigrantinnen ansprach. Die Raumwirksamkeit preußischer Binnenkolonisation offenbarte ihre größte landschaftsverändernde und räumliche Kraft im Zuge „landbezogener“ Bevölkerungspolitik, welche bis heute persistente Spuren in Form von Urbarmachungen brachliegender Heidegründe und Kultivierungen wüster Landstriche in der niederrheinischen Kulturlandschaft hinterlassen hat. Die Eingriffe menschlicher „Energiekonverter“ in die niederrheinische Landschaft, welche im Zuge „aktiver“ preußischer Peuplierungspolitik angeworben wurden, veränderten die Erscheinung dieser nachhaltig. Zahlreiche Wald- und Baumflächen wurden im Zuge der Kultivierungsmaßnahmen bisher ungenutzter Landflächen beseitigt; Siedlungen fremder Emigranten und Emigrantinnen mit Bauernhäusern und dazu gehörigen Höfen wurden errichtet. Auf ehemals mit Wald bedecktem Boden wurden im Zusammenhang der Urbarmachung wüstliegender und unkultivierter Gründe blühende Felder mit Pflügen und menschlicher Handarbeit beackert und bearbeitet. Außerdem entstanden im überwiegend umgebenden katholischen Rheinland konfessionelle homogene, mit kulturellen Eigenheiten fremder Kolonisten verbundene Siedlungsinselformen meist reformierten Glaubens, sodass auf den ersten Blick die Raumwirksamkeit binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik eine größere Wucht und Kraft entfalten konnte als die Stadtkolonisation fremder Professionisten zur Beseitigung wüster Hausstellen.

Dennoch gab es aber auch zahlreiche Urbarmachungsversuche unkultivierter Landstriche, die aufgrund vielfältiger Gründe kolonialisatorischer Art nicht zum gewünschten Erfolg geführt hatten. Damit erzeugten sie nur damals partielle raumwirksame Spuren, die heute aufgrund von Überprägungen natürlicher oder

menschlicher Prozesse für den historisch-geographischen Forscher nicht mehr sichtbar sind. Es lässt sich deshalb nur aus dem Quellenstudium archivarischer Akten erschließen, inwieweit die anthropogenen Eingriffe angeworbener Kolonisten zu raumverändernden Wirkungen geführt haben. Exemplarisch sei hier auf die Kultivierungsbemühungen wüster Stellen am Heesberg und Hettekamp bei Xanten hingewiesen, die nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben. Zum 19. März 1770 berichtete der Kriegsrat Sandrart, „[...] wie sich (...) 3 Colonisten Familia, in summa 16 Personen (...) auf der Heyde Gründe des Heesenberges bey Xanten etabliret haben.“⁶¹ Dabei versäumten es die drei ländlichen Kolonisten Kauth, Gast und Eselbronn nicht zu bitten, „[...] daß Ihnen die Vielen Gelder nach dem Publicants vom 1. Sept. 1769 ausbestattet werden mögten“, da sie „[...] alle drey auf ihre eigne Lasten herunter gereiset (sind).“⁶² Nachdem „[...] sich Gestern 3 Colonisten Familien, deren Umstände in der anliegenden Tabellarischen Nachweise so detailliert enthalten sind, beym Commissario loci Kriegrath Sandrart gemeldet, und gebeten, daß dieser ihnen heyde Gründe anzeigen mögte, auf Welche sie sich etabliren und niederlassen könnten“, hatte sich der binnenkolonialisatorisch engagierte Kriegsrat „[...] so fort nach dem (...) sogenannten Heesenberg begeben“, um den Kolonisten einen Eindruck der urbar zu machenden Ländereien zu verschaffen.⁶³ Der unbesiedelte, mit unkultivierten Heidegründen versehene Heeseberg war ein „[...] der Stadt Xanten zugehöriges Patrimonial und Heyde, daß nach der amts-Vermessungs Carte 28 Morgen 314 Ruthen holländ. enthält“ und damit ein sehr kleines Land zur Peuplierung war.⁶⁴ Die angeworbenen Kolonisten auf dem Hettekamp besäßen „[...] noch etwas Mittel, sind sehr ordentlich und arbeitsam, und geben die Erwartung von sich, daß sie vor alle andere Colonisten mit der Zeit Nützliche Unterthanen werden dürfften.“⁶⁵ Sowohl der peuplierungspolitisch aktive Kriegsrat als auch die beiden ländlichen Kolonisten waren voller Euphorie, dieses peuplierungspolitische Binnenkolonisationsprojekt zum Wohle des preußischen Staates umzusetzen. Deswegen habe der Kriegsrat Sandrart ohne zu zögern ihnen „[...] zu 2 guten Pferden, 2 Carren und 2 Pflügen [ver]holffen“, damit sie mit der Kultivierung wüstliegender Hettekammer Heidegründe schnellstmöglich florieren können.⁶⁶ Eine Skizze dieser Ländereien auf dem Hettekamp gibt dem historisch-geographischen Forscher einen räumlichen Einblick von der zwar kleinen, aber dennoch raumwirksamen Urbarmachung und

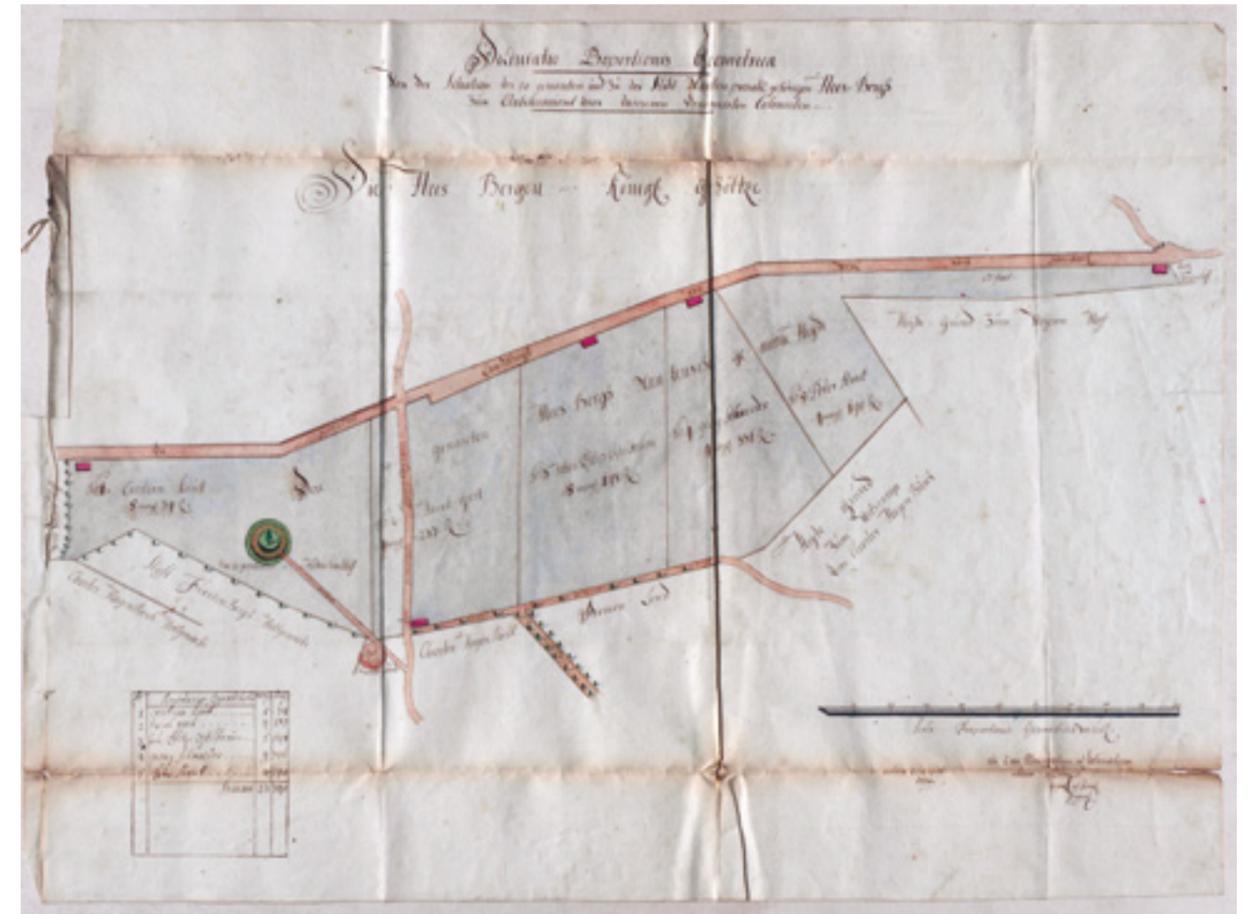


Abb. 2: Deklinatio Proportionis Geometrica von der Situation der so genannten zu der Stadt Xanten private gehörigen Bauschlägen um Hoch Brugs zum Etablissements derer darinnen denominateden Colonisten (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 1187).

Besiedlung besagter Heidegründe (s. Abb. 2).⁶⁷ Dieses Beispiel fehlgeschlagener binnenkolonialisatorischer Besiedlungspolitik im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik auf den unkultivierten Heidegründen des Heeseberges und des Hettekamps verdeutlicht, dass aufgrund der Kombination schwieriger naturräumlicher Rahmenbedingungen einerseits und unfähiger Kolonisten andererseits preußische Kolonisationsbemühungen sehr defizitär für die Kämmerei verlaufen konnten, sodass trotz staatlicher Subventionierung und Auszahlung einiger Benefizien die flächendeckende Peuplierung wüstliegender Heidegründe im ländlichen Umfeld der Stadt Xanten aufgegeben werden musste. Lediglich temporäre und punktuelle Peuplierungen wurden unter großen Anstrengungen realisiert, wobei die Kosten-Nutzen-Rechnung bei diesem binnenkolonialisatorischen Projekt negativ für die preußische Regierung ausfiel.

Die binnenkolonialisatorischen Peuplierungspolitik der Bönninghardter Heide bei Sonsbeck z. B. konnte zunächst aufgrund schwierigster naturräumlicher Rahmenbedingungen und lokaler Widerstände einheimischer Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen nicht im großen Umfang mit Kolonisten besiedelt werden, und dennoch gilt es festzuhalten, dass zahlreicher Heidegrund im Kontext „landbezogener“ Peuplierungspolitik landschaftswirksam peupliert und in Kultur gebracht worden war. In der Akte „Wegen der auf der Bönninghardter heyde bey Sonsbeck angelegten Colonien und was wegen der daselbst etablirten Colonisten Specialiter ergangen 1769-1771“ geht aus einem Schreiben des Kriegsrates Sandrart an den Sonsbecker Bürgermeister Everts zum Ende des Jahres 1769 hervor, dass er „[...] Oberrheinische Colonisten (...) ausersuchen habe, [die] (...) sich auf der Bonnecater heyde etabliren“ könnten.⁶⁸ Um aber eine erfolgreiche Kolonisation dieser Heidegründe zu gewährleisten, müsse dies in Ko-

operation mit lokalen und einheimischen Ortskundigen mit dem Ziel geschehen, den „[...] jenige[n] theil obgedachter Heyde, von welcher ich vorgestern mit denen selben [den oberpfälzischen Kolonisten, Anm. d. Verf.] zu sprechen die Ehre gehabt, durch einen vernünftigen und der gegend kundigen Einwohner so fort anweisen zu laßen, damit erwehnte Colonisten im stande seyn mögen den Grund des Erdreichs zu examiniren.“⁶⁹ Diese Aussage verdeutlicht die Notwendigkeit und die Abhängigkeit preußischer Behörden von den lokalen Amtsträgern bei der Umsetzung binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik vor Ort, da nur diese ortskundigen Personen mit ihren Kenntnissen landschaftlich-naturräumlicher Gegebenheiten eine erfolgreiche Umsetzung urbarmachungs- und kultivierungsspezifischer Prozesse zur räumlichen Verdichtung von Bevölkerungen garantieren konnten. Zudem findet sich bei diesem Zitat über die „Examinierung des Grundes des Erdreiches“ eine schöne zeitgenössische Formulierung, wie Raumwirksamkeit binnenkolonialisatorischer Aktivitäten „landbezogener“ Bevölkerungspolitik sich entfalten könnte:

- 1) Es müsse der örtliche Magistrat und der Bürgermeister „[...] bey dieser dienstangelegenheit allen möglichen Eyfer erweisen und die heilsamen Landes Väterlichen absichten des königl. Maj. (...) befördern“, damit dieser Peuplierungsversuch auf der Bönninghardter Heide zum Erfolg gebracht werden könne.⁷⁰
- 2) Damit diese angeworbenen oberpfälzischen Kolonisten zur wirklichen Urbarmachung dieser unkultivierten Heide überredet werden können, müsse man „[...] diesen fremden ankömmlingen favourabelsten Ideen von dem Terrain questi, so wie auch ich bereits gethan, (...) bezubringen“ versuchen, um die Peu-

plierung und Urbarmachung des platten Landes im Herzogtum Kleve weiter voranzutreiben.⁷¹

Nach der örtlichen Begutachtung der Bönninghardter Heide durch die oberpfälzischen Kolonisten berichtete der Sonsbecker Magistrat, dass „[...] sie nicht sonderlich zufrieden damit“ waren, sodass er „[...] befürchte, daß Ew. Wohlgebohr. Mühe haben werden, sie dazu bereden, ihr Etablissement dort zu suchen.“ Auch der zuständige Magistrat schätzte die Chancen zur einer erfolgreichen Peuplierung und Kultivierung der Bönninghardter Heide eher als schlecht ein, weil der Boden „[...] nicht voll practicabel (ist), denn die Heyde, wenigstens der hierhin gehörige theil (...) eins von dem schlechtesten Erdreich (ist), so man sich fast vorstellen kan“ und trägt „[...] fast den Nahmen von einem steinigten Arabien.“⁷² Deswegen sollte man aufgrund der hier vom Magistrat als sehr schlecht dargestellten naturräumlichen Gegebenheiten „[...] die Asperd- und Hassunsche Heyde“ als ländliches Peuplierungsobjekt nehmen, weil sie „[...] nicht nur weit besseren Grund (haben)“, sondern auch „[...] das Wasser kein gantz unentbehrliches“ Element auf diesen oben genannten Heiden war.⁷⁴

Am 24. Februar 1770 schrieb Sandrart an den Magistrat zu Sonsbeck, dass trotz der von ihm genannten Skepsis gegenüber einer gelungenen Peuplierung der Bönninghardter Heide drei Colonisten namens „[...] Dielmann, Scherlund (?) und Ilian Willkuds (...) sich als bauern auf dem Bonnecat zu etabliren“ versuchen wollen, sodass der zuständige „[...] Magistrat zu Sonsbeck gedachten Leuten alle erforderliche assistance zu leisten“ habe.⁷⁵ Es ist festzuhalten, dass das besagte binnenkolonialisatorische Peuplierungsprojekt trotz lokaler negativer Ein-



Abb. 3: Erste Skizze der Bönninghardter Heide aus dem Jahr 1770 (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 755).



Abb. 3: Erste Skizze der Bönninghardter Heide aus dem Jahr 1770 (HSTAD, Xantener Kreisregistratur, Nr. 755).



Abb. 5: Heutiger Blick auf die Bönninghardter Heide mit einer Einzelhofanlage (Photo: M. Zbrochzyk 2012).

schätzungen von oben, der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer, durchgesetzt und angefangen wurde. Auf der Basis der vom Kriegsrat gelegten Strukturen „[...] versprachen die Colonisten hiernächst ohne ferneren Anstand an die Arbeit [zu] gehen, und die Urbarmachung bestens poussieren zu wollen, und waren mit ihrem Schicksale überaus zufrieden.“⁷⁶ Eine knappe und grobe Skizze verdeutlicht uns einen räumlichen Eindruck der Lage der Bönninghardter Heide (s. Abb. 3 und Abb. 4).

Auch wenn die Bönninghardter Kolonie über eine lange Zeit eine arme und trostlose Gegend gewesen war, die sich im Zuge weiterer bevölkerungspolitischer Unterstützung nur langsam entwickelte und keine reale Ortsentwicklung mit einem dazugehörigen Ortskern und typischer Infrastruktur kannte, stellt sie dennoch ein Relikt raumwirksamer Peuplierungspolitik in der niederrheinischen Kulturlandschaft dar (s. Abb. 5).

Alle im Jahr 1799 gezählten 177 erwachsenen Siedler der Bönninghardter Kolonie gingen auf peuplierungspolitisch angeworbene Kolonisten zurück, die entweder noch zum Ende des 18. Jahrhunderts hinzukamen oder schon zur zweiten Generation niedergelassener Emigranten gehörten.⁷⁷ Nach einem Bericht des Jahres 1840 lebten auf der gesamten Bönninghardt 180 Familien, bestehend aus 940 Kolonisten, immer noch in ärmlichsten Verhältnissen und elenden Hütten, wovon im preußischen Teil 107 Familien auf der Bönninghardter Kolonie siedelten.⁷⁸ Die Raumwirksamkeit kulturlandschaftsverändernder Urbarmachung und Kultivierung auf der Bönninghardter Kolonie hinterließ Spuren an-

thropogener Eingriffe auf der bisher unkultiviert gebliebenen besagten Heide. Sowohl mühsam aufgebaute Häuser und Scheunen als auch mit Roggen und Kartoffeln bestellte Felder und mit Maulbeerbäumen und anderen Holzgewächsen versehene Bepflanzungsareale brachten ein anderes Erscheinungsbild ehemals unkultivierter Heideflächen hervor, deren Nutzen für die preußische Kammereikasse allerdings erst auf lange Zeit zum Tragen kommen konnte.

Nicht nur den Historischen Geographen und Geographinnen heute ist diese persistente kulturlandschaftliche Umgestaltung peuplierungspolitischer Maßnahmen „landbezogener“ Kolonisationspolitik gegenwärtig, sondern auch dem im 19. Jahrhundert lebenden Moyländer Pfarrer O. v. Schütz, der in Eingangskapitel folgende Hinweise an seine Leser weitergab, um die prächtige Raumwirksamkeit preußischer Kolonisationspolitik Friedrich Wilhelms III. in seiner vollen kulturlandschaftlichen Schönheit aufzunehmen: „Solltest du, lieber Leser, gelegentlich einmal den Rhein herab nach Holland fahren, so versäume doch nicht eine Meile unterhalb Rees und oberhalb Emmerich links über die wiesenreiche Kleve Niederung hinweg nach der Hochebene zu schauen, welche etwas zwei Stunden landeinwärts dem Strome dort parallel läuft. Du wirst dann schon vom Dampfschiffe aus einen schlanken stattlichen Kirchturm erblicken, den Du vor etlichen Jahren vergeblich gesucht hättest, jetzt aber sicherlich mit einigem Interesse betrachten wirst. Denn dieser, so weit in `s Land hinausschauende Turm gehört zur Elisabethkirche von Louisendorf, welche der allbekannte Kettenbund gestiftet hat. Die Elisabeth aber, deren Name die Kirche trägt, ist unsere geliebte Königin-Witwe, und die Luise, nach welcher das Kirchspiel sich nennt, ist keine Geringere, als die unvergessliche Königin Luise von Preußen. Louisendorf selbst verdankt seine Gründung lediglich der Huld des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III. und ist eine Tochter-Kolonie des noch etwas weiter Südwest gelegenen Pfalzdorf; die Leute aber, welche die eine wie die andere Ortschaft bewohnen, sind die Nachkommen frommer evangelischer Exsulanten, denen einst Friedrich der Große im Klever Land eine neue Heimat geschenkt hat.“⁷⁹ Dieser Ausschnitt verdeutlicht stellvertretend für die anderen „Inneren Kolonisationen“, dass nicht nur die überlieferte peuplierungspolitische Geschichte einigen Klevern bewusst war, sondern auch deren raumwirksame und kulturlandschaftliche Veränderung, die durch die An-



Abb. 6: Louisenplatz mit den 34 Bäumen im Zentrum des Pfälzerdorfes Louisendorf (Photo: M. Zbroschzyk 2012).

siedlung fremder Pfälzer Emigranten mit Einsatz ihrer anthropogenen Energie verursacht wurde und persistente Spuren in der Kulturlandschaft hinterlassen hat, die bis heute an die Geschichte „landbezogener“ Peuplierungspolitik erinnern.

Bei der Ausgestaltung des Dorfbildes haben sich die Kolonisten besondere Mühe gegeben.⁸⁰ Im Schnittpunkt der beiden Straßenachsen und somit in der Mitte des Louisenplatzes wurde auf der Anhöhe ein runder Hain



Abb. 7: Verteilungsplan von Louisendorf um 1821 (Gemeindearchiv Bedburg-Hau, Nachlass Jakob Imig, ND1-072).

zu Ehren der preußischen Königin Louise errichtet, den man entsprechend ihrer Lebensjahre mit 34 Eichen symbolisch besetzte (s. Abb. 6).

Im Gegensatz zu den historisch gewachsenen Siedlungen am Niederrhein wurden diese pfälzischen Siedlungen planmäßig in Flächen eingeteilt, in der zunächst die Infrastruktur und anschließend die einzelnen Kolonistengrundstücke angelegt wurden (s. Abb. 7).⁸¹ Das kulturlandschaftliche Erscheinungsbild des Dorfes Louisendorf wird durch die Persistenz der historischen Siedlungsstruktur in seiner Einteilung rasterförmiger Wegesysteme, die alleinartig angelegt sind, und die Relation bebauter und landwirtschaftlich genutzter Flächen in der durch die preußischen Beamten festgelegten hufenartigen Abfolge von Hofzentrum, Garten, Ackerfläche und Obstwiese als kulturlandschaftliches Denkmal binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik geschützt und anerkannt. Auch wenn nicht alle binnenkolonialisatorischen Aktivitäten der Preußen zum gewünschten Erfolg geführt haben, so sind dennoch einige Neusiedlungen entstanden. Die bekanntesten Kolonien stellen die pfälzischen Siedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf bei Goch, Neudorf bei Duisburg und die Königshardt bei Oberhausen dar, aber auch die Siedlungen auf der Steinheide, der Bönninghardter Heide, Spellenschen Heide und Asperdischen Heide wurden mit zahlreichen ländlichen Kolonisten erfolgreich raumwirksam besiedelt.

Werden nun die im Kontext meiner Dissertation bearbeiteten Quellen potenziell zu besiedelnder, wüstliegender Heidegebiete mit der von W. Ring herausgearbeiteten Auflistung peuplierter und ehemals unkultiviert gewesener Heidegründe zusammengefasst, so ergeben sich unter Berücksichtigung des Weselschen und Meursischen Kreises insgesamt 39 Heideländereien in den rheinischen Territorialgebieten Kleve, Geldern und Moers, die im Zuge friderizianischer Peuplierungspolitik besiedelt werden sollten.⁸² Im Zuge der Analyse „landbezogener“ Peuplierungspolitik fanden sich Hinweise, dass auf 24 unkultivierten Heideflächen raumwirksame Maßnahmen zur Urbarmachung und Besiedlung eingeleitet worden sind (s. Tab. 1).⁸³

Fazit

Trotz schwieriger naturräumlicher Rahmenbedingungen und administrativer Kommunikationsproblemen regionaler und lokaler Behörden wurden binnenkolo-

Nr.	Heideiname	Quellenhinweis auf binnenkolonialisatorische Bemühungen	
		Ja	Nein
1	8 Heideflächen im Weselschen Kreis	----	<input type="checkbox"/>
2	3 Heideflächen im Meursischen Kreis	----	<input type="checkbox"/>
3	Schermbecker Heide	<input type="checkbox"/>	----
4	Lippes Gemein Heide	----	<input type="checkbox"/>
5	Vierbommer Heide	<input type="checkbox"/>	----
6	Asperdische Heide	<input type="checkbox"/>	----
7	Balberger Heide	<input type="checkbox"/>	----
8	Wittenhorster Heide	<input type="checkbox"/>	----
9	Spellensche Heide	<input type="checkbox"/>	----
10	Bönninghardter Heide	<input type="checkbox"/>	----
11	Heeseberg	<input type="checkbox"/>	----
12	Pfalzdorfer Heide	<input type="checkbox"/>	----
13	Gocher Heide beim Tannenbusch	<input type="checkbox"/>	----
14	Steinheide	<input type="checkbox"/>	----
15	Duisburger Heide	<input type="checkbox"/>	----
16	Königshardter Heide ⁸⁴	<input type="checkbox"/>	----
17	Schravelsche Heide	----	<input type="checkbox"/>
18	Berber Heide	----	<input type="checkbox"/>
19	Gladbecker Heide	----	<input type="checkbox"/>
20	Schaafs Heide	<input type="checkbox"/>	----
21	Kleine Gocher Heide	<input type="checkbox"/>	----
22	Gocher Heide	<input type="checkbox"/>	----
23	Voß Heide	<input type="checkbox"/>	----
24	Oeffeltsche Heide	<input type="checkbox"/>	----
25	Zellensche Heide	<input type="checkbox"/>	----
26	Hettenkamp	<input type="checkbox"/>	----
27	Diersforth	<input type="checkbox"/>	----
28	Dinslakische Heide	<input type="checkbox"/>	----
29	Egerheide	<input type="checkbox"/>	----
30	Homberger Heide	<input type="checkbox"/>	----
Summe		24	15

Tab. 1: Tabelle der potenziell zu besiedelnden und tatsächlichpeuplierten Heidegründe in den rheinischen Territorialgebieten Kleve, Geldern und Moers im Kontext friderizianischer Binnenkolonisation „landbezogener“ Peuplierungspolitik.

nisatorische Projekte „stadt- und landbezogener“ Kolonisationspolitik der preußischen Regierungen in den rheinischen Territorialgebieten raumwirksam umgesetzt. Dabei wiesen die räumlichen Ansatzpunkte preußischer Peuplierungspolitik zwischen den niederrheinischen Städten und dem „platten Land“ verschiedene Ausgangspositionen, Motivationen, Schwierigkeiten und Qualitäten von angeworbenen Kolonisten auf, die auf unterschiedlichste Weise raumwirksame Spuren

in den Städten und auf den wüsten Ländereien hinterließen.

Die intensivste Phase stadtkolonisatorischer Besiedlungspolitik stellte die „Retablisementpolitik“ Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Krieg dar. Nach Auswertung zahlreicher Tabellen wurde in den niederrheinischen Städten Xanten, Sonsbeck, Orsoy, Kervenheim, Grieth, Kalkar und Buderich bezogen auf

alle vorhandenen bebauten und unbebauten Hausstellen eine städtische Siedlungsfläche von ca. 15% raumwirksam wiederbesiedelt und mit Menschen peupliert. Dieser Wert zeugt von einer nicht zu vernachlässigenden Raumwirksamkeit „stadtbezogener“ Peuplierungspolitik. Grundsätzlich beschränkte sich die Raumwirksamkeit „städtischer“ Kolonisation auf die räumliche Bevölkerungsverdichtung bisher vorhandenen urbanen Siedlungsraumes.

Die friderizianische Epoche binnenkolonialisatorischer Kultivierungspolitik stellt nicht nur den Höhepunkt „landbezogener“ Peuplierungspolitik, sondern auch die stärkste Wirkungsmächtigkeit kulturlandschaftsverändernder Kraft peuplierungspolitischer Gesetzgebung dar. Die kulturlandschaftsgestaltende Kraft binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik veränderte die kulturlandschaftliche Erscheinung enorm, wie aus den Bereisungsprotokollen der zuständigen Magistrate und Kriegs- und Steuerräte zu entnehmen ist. Der Raumwirksamkeit peuplierungspolitischer Umsetzungen waren sich die Staatsbeamten durchaus bewusst, wie exemplarisch das Zitat der Klevischen Kriegs- und Domänenkammer verdeutlicht, die im Jahre 1770 aber-

mals darauf drängte, dass „[...] alles in dieser Provinz wüst liegende und Cultivable zu machende Landt ausgehan werden soll“, damit sämtlich vorhandener, noch wüstliegender Raum optimal zum Wohle des Staates genutzt werden konnte.⁸⁵

Auch wenn der Vergleich mit absoluten Zahlen mit den preußischen Kernlanden ein etwas „mageres“ Ergebnis „stadt- und landbezogener“ Kultivierungspolitik in den rheinischen Territorien ergibt, so haben dennoch zahlreiche binnenkolonialisatorische Projekte als landschaftswirksame Innovation raumwirksame Spuren kulturlandschaftsgenetischer Persistenz in der niederrheinischen Kulturlandschaft hinterlassen (s. Abb. 8). Passend zum Titel der Tagung „Preußen und Landschaft. Idee – Symbole – Veränderung“ verdeutlicht das Thema „Innere Kolonisation“ im Kontext preußischer Peuplierungspolitik, dass die peuplierungspolitische Idee vom preußischen Staat im 17. und 18. Jahrhundert aufgegriffen, in ihrer preußischen Ausformung in den rheinischen Territorien exekutiert und über den fortschrittlichen bürokratischen Apparat preußischer Staatstätigkeit kulturlandschaftsverändernd auf die rheinische Landschaft gewirkt hat. Sowohl die „stadt-

bezogene“ als auch die „landbezogene“ Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorialgebieten müssen daher aufgrund multipler administrativer, gesamtpolitischer, naturräumlicher und lokaler Schwierigkeiten eine vermehrte Würdigung erhalten, die eine bis heute in der Forschung vorherrschende grundsätzliche Vernachlässigung und Abwertung im Vergleich zu den peuplierungspolitischen Bemühungen in den Kernlanden nicht verdienen.

Endnoten

1 Zitat aus LAU, T. L.: Aufrichtiger Vorschlag, Von glücklicher, vorteilhafter, beständiger Einrichtung der Intranen und Einkünften der Souverainen und ihrer Unterthanen, in welchen von Policy- und Cammer-Negocien und Steuer-Sachen gehandelt wird (Neudruck von 1969, Frankfurt a. M.), Frankfurt a. M. 1719 ..., S. 5.

2 Die folgenden Ausführungen basieren größtenteils auf den Erkenntnissen meiner in Jahr 2014 in der Historischen Geographie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn publizierten Dissertation „Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17. und 18. Jahrhundert.“ Diese ist bei mir direkt noch analog als „gedrucktes“ Buch zu erhalten oder auch als „Online-Publikation“ auf dem ULB-Bonn-Server einzusehen: <http://hss.ulb.uni-bonn.de/2014/3618/3618.htm>, abgerufen am 02.11.2015.

3 Siehe dazu SCHENK, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, S. 215–264.

4 Siehe dazu SCHENK, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft seit dem frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung als Variable der Bevölkerungszahl, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.–19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 9–13. Zum semantisch stark aufgeladenen Begriff „Kulturlandschaft“ siehe SCHENK, W.: „Landschaft“ und „Kulturlandschaft“ – „getönte“ Leitbegriffe für aktuelle Konzepte geographischer Forschung und räumlicher Planung, in: PGM 146 [6], S. 6–13.

5 Siehe dazu MACKENSEN, R.: Theoretische Konzeptionen bevölkerungspolitischer Handelns, in: BUCHHOLZ, E. W. u. WANDER, H. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaft – Bevölkerungspolitik. Wissenschaftliche Grundlagen bevölkerungspolitischer Handelns. Bericht über die Studientagung der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e. V. vom 25. bis 29. November 1974 in Berlin, Kiel 1975, S. 95. Auch W. Blickel, der eine Untersuchung über die schweizerische Bevölkerungspolitik tätigte, sprach von einer historischen Tatsache, dass „[...] das gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben eines Landes mit der Größe und der Struktur seiner Bewegungen zusammenhängt.“ Zitat aus BLICKEL, W.: Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters (Forschung und Leben), Zürich 1947, S. 11.

6 Zitat aus SCHENK, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft seit dem frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung als Variable der Bevölkerungszahl ... S. 10; Siehe dazu auch Ders.: Historische Geographie. Umwelthistorische Brückenfach zwischen Geschichte und Geographie, in: Siemann, W. (Hrsg.): Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven (Beck'sche Reihe; 1519), München 2003, S. 129–146. Auch Ders.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005, bes. S. 217 oder Jäger, H.: Einführung in die Umweltgeschichte (Die Geographie), Darmstadt 1994.

7 Zitat aus DENECKE, D.: Historisch-genetische Siedlungsforschung im Rahmen einer Historischen Geographie der Kulturlandschaft. Die vielseitige Epoche von 1960–2000, in: HAFFKE, J.; KLEEFELD, K.-D. u. SCHENK, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 39.

8 Zur Semantik und Begriffsgeschichte des Wortes „Peuplierung“ siehe Asche, M.: Peuplierung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 9, Stuttgart 2009, Sp. 1042f..

9 In der Frühen Neuzeit wurde der Begriff „Bevölkerung“ im Sinne der Vermehrung der Untertanenanzahl gebraucht. Nach Krunitz' Oeconomischer Encyclopädie aus dem Jahre 1788 verwendete man den Terminus „Bevölkerung“ als Gegenbegriff zur „Entvölkerung“. Die frühneuzeitliche Verwendungsweise lebt aber bis heute in der spezifisch demographischen Bedeutung (Wanderung und Zusammensetzung, Verteilung und Bewegung im Raum) des Begriffs „Bevölkerung“ weiter. Zur frühneuzeitlichen Begriffsbedeutung von Bevölkerung siehe ELMER, J.: Bevölkerung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Stuttgart 2005, Sp. 94. Heute wird der Begriff „Bevölkerung“ im Sinne aller „[...] statistisch erfassbaren Einwohner einer Gebietskörperschaft oder eines sonst wie eindeutig abgrenzbaren Raumes“ definiert. Zitat aus KAUFMANN, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen (Edition Suhrkamp; 2406), Frankfurt a. M. 2005, S. 23.

10 Das „Credo“ der Peuplierungspolitik („Die Bevölkerung ist der Reichtum des Staates“) war überall gleich, aber die Umsetzung erfolgte in den einzelnen deutschen Territorien oftmals unterschiedlich. Richtigerweise gab es gar nicht „die“ Peuplierungspolitik bzw. -theorie, sondern man müsste im Rahmen dieser Arbeit von einer Pluralität peuplierungspolitischer Theorien und damit von mehreren „Peuplierungspolitiken“ und „Peuplierungstheorien“ sprechen. Vor allem die mit zahlreichen Anlockmitteln konzipierte Einwanderungspolitik unterschied sich in ihrem Ausmaß und ihrer Intensität von allen in der Bevölkerungsgeschichte vorher getätigten Bevölkerungspolitiken und stellte somit ein bevölkerungspolitisches Novum dar.

11 Siehe dazu SCHENK, W.: Historische Geographie (Geowissen Kompakt), Darmstadt 2011, S. 45–55.

12 Um das Jahr 1618 standen den westlichen 104 Quadratmeilen 1366 Quadratmeilen östliche Territorien gegenüber – ein Verhältnis von 7% zu 93%. Um 1713, als die Territorien von Minden, Moers, Obergeldern, Tecklenburg und Lingen hinzugekommen waren, erreichten die westlichen Landesteile nun einen Wert von 8,5% bezüglich der Gesamtfläche Brandenburg-Preußens. Zahlen aus FLINK, K.: Kleve im 17. Jahrhundert, 3. Teil, (Klevert Archiv 1 und 2), Kleve 1979–1980, S. 10. Zudem waren die Bevölkerungsverluste und die Verwüstungen in den rheinischen Territorien geringer als in den brandenburgischen Stammlanden und erforderten dadurch eine andere, intensivere Peuplierungspolitik.

13 Siehe zur territorialen Entwicklung Preußens am Rhein JANSSEN, W.: Die Entwicklung des Territoriums Kleve (Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft V/11–12), Bonn 2007, S. 20–26; Hantsche, I.: Preußen am Rhein. Kleiner kommentierter Atlas zur Territorialgeschichte Brandenburg-Preußens am Rhein, Essen 2002, S. 7–13.

14 Siehe dazu GOETERS, J. F. G.: Der Protestantismus im Herzogtum Kleve im 17. Jahrhundert. Konfessionelle Prägung, kirchliche Ordnung und Stellung im Lande, in: Ders. (Hrsg.): Studien zur niederrheinischen Reformationsgeschichte (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte; 153), Köln 2002, S. 213–230.

15 Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Gebieten Preußens lag in der Agrarverfassung. Am Niederrhein herrschte die Rentengrundherrschaft mit Pachtverhältnissen, eine Gutsherrschaft ostelbischer Prägung war den Rheinländern und Rheinländerinnen fremd. Das Ergebnis war ein Fehlen der gutsherrschaftlichen Herrschaft mit der kennzeichnenden obrigkeitstaatlichen Stellung des Gutsherrn. Siehe dazu auch CARL, H.: Nachbarn auf Distanz. Brandenburg-Preußen und die Rheinlande im 17. und 18. Jahrhundert, in: Mölich, G.; Pohl, M. u. Veltzke, V. (Hrsg.): Preußens schwieriger Westen, Duisburg 2003, S. 5.

16 Siehe JANSSEN, W.: Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997, S. 212.

17 Siehe BRAUBACH, M.: Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß (1648–1815), in: Petri, Fr./Drooge, G. (Hrsg.): Rheinische Geschichte, Bd. 2, Neuzeit, Düsseldorf 1976, S. 230.

18 Zitat aus KAISER, M.: Erweiterte Spielräume. Möglichkeiten landständischer Politik in Kleve und Mark im frühen 17. Jahrhundert, in: Groten, M.; Looz-Corswarem, C. u. Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1), Düsseldorf 2011, S. 85.

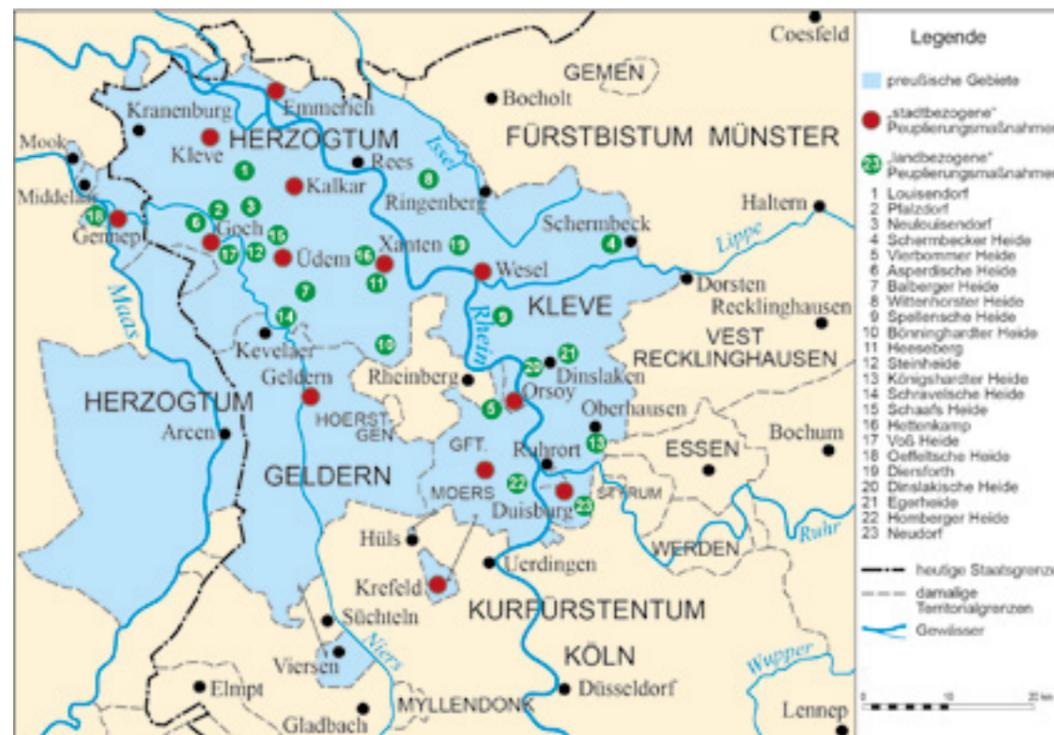


Abb. 8: Lokalisation preußischer Peuplierungsaktivitäten in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im 17. und 18. Jahrhundert (Entwurf: M. Zbroshczyk 2014, Kartographie: St. Zöldi).

19 Siehe JANSSEN, W.: Kleine Rheinische ... , S. 212. Der Große Kurfürst, für den die rheinischen Gebiete auch noch politisch wichtig waren, förderte das Gewerbe und die Wirtschaft des Landes mit Hilfe einer toleranten Politik gegenüber den religiösen Minderheiten und durch punktuelle Gewährungen von Privilegien, Monopolen, Prämien, Vergünstigungen und Steuererleichterungen. Zum Beispiel wurden für die Juden die Handelsbeschränkungen aufgehoben. Sie erlangten für den Handel und Geldverkehr bald eine besondere und herausragende Stellung. All dies waren schon die ersten Ansätze und Folgen preußischer peuplierungs-politischer Umsetzungen in den rheinischen Territorien.

20 Zitat Friedrich Wilhelms I. aus dem Jahr 1722 aus seinem politischen Testament. Hier entnommen aus HANTSCHKE, I.: Preußen am Rhein. Kleiner kommentierter Atlas zur Territorialgeschichte Brandenburg-Preußens am Rhein, Essen 2002, S. 10. Auch MÜLLER, K.: Moers in preußischer und französischer Zeit (1702–1815), in: Wensky, M. (Hrsg.): Moers. Die Geschichte der Stadt von der Neuzeit bis zur Gegenwart, Bd. 2, Köln/Weimar 2000, S. 1–141, zur demographischen Genese bes. S. 108–118, zur politischen Geschichte bes. S. 1–45. Siehe speziell zu Geldern auch HANTSCHKE, I.: Geldern-Atlas. Karten und Texte zur Geschichte eines Territoriums (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Geldern und Umgebung; 103), Geldern 2003, S. 18f. und 44f.

21 Siehe dazu CARL, H.: Nachbarn auf Distanz ... , S. 1–26; Oppenoorth, E.: Die rheinischen Gebiete Brandenburg-Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, in: Baumgart, P. (Hrsg.): Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln/Wien 1983, S. 33–44. Auch DASCHER, O.: Preußen und seine westlichen Provinzen. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im späten 18. Jahrhundert, in: Stinner, J. u. Tekath, K.-H. (Hrsg.): Gelre-Geldern-Gelderland. Geschichte und Kultur des Herzogtums Geldern, Geldern 2001, S. 87–94.

22 Siehe dazu HANTSCHKE, I.: Preußen ... , S. 10.

23 Siehe dazu HANTSCHKE, I.: Preußen ... , S. 7f.

24 Siehe dazu GÖSE, F.: Von überforderten Statthaltern, fragilen Loyalitäten und gestörter Kommunikation. Das militärische Engagement Kurbrandenburgs am Niederrhein und in Westfalen während des Jülich-Klevischen Erbfolgekonflikts, in: Groten, M.; Looz-Corswarem, C. u. Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) [Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1], Düsseldorf 2011, S. 203–224, bes. zu den „langen Wegen“ und der geographischen Randlage S. 218–220.

25 Zitiert aus der Policyverordnung vom 11. Januar 1710, abgedruckt bei Scotti, Bd. 1, S. 765f., Nr. 602.

26 Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

27 Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

28 Zitat vom 13. Mai 1709 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 1162.

29 Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen übertragen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, mit einem Nachwort von Eckhart Most (Reclams Universal-Bibliothek; 9723), bibliographisch erneuerte Ausgabe, Stuttgart 1987, S. 45.

30 Zitat Friedrich des Großen, abgedruckt in RING, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen am Niederrhein (Schriften des Duisburgers Museumsvereins; 7), Univ. Diss., Duisburg, 1917, S. 12.

31 Zitat aus Friedrich der Große: Regierungsformen und Herrscherpflichten, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648–1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 234.

32 Zitiert aus Friedrich der Große: Das politische Testament von 1752, aus dem Französischen ... , S. 9.

33 Wie seine Vorgänger bereits erkannte auch er, dass die rheinischen Territorien im Ernstfall militärisch nicht zu verteidigen gewesen wären, sodass seine peuplierungspolitischen Bemühungen primär den brandenburgisch-preußischen Kernprovinzen dienen müssen, weil ihm „[...] hierunter an die Clevische Lande so sehr eben nicht gelegen ist.“ Zitat Friedrich des Großen in einem Schreiben vom 27. Februar 1770 an die Minister von Hagen und von Derschau, abgedruckt bei Ring, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 32.

34 Zitiert aus MOTT, B.: Pfälzer am Niederrhein. Die Geschichte der Pfälzersiedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf im Rahmen der preußischen Binnenkolonisation des 18. und 19. Jahrhunderts, Goch/Kalkar 1989 , S. 7.

35 Die Zahlen sind entnommen aus Carl, H.: Nachbarn auf Distanz ... , S. 5.

36 Siehe dazu KOEPP, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree. Chronologie der 750-jährigen Geschichte der Stadt Goch, Bd. 2, Vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Deutschen Revolution (1615–1846), Goch 2006, S. 20–26.

37 Zitat aus StAG, M I/461.

38 Zitat vom Jahr 1639 aus StAG, K 544.

39 Zitat aus StAG, M I/461.

40 Zitat aus StAG, M I/461.

41 Zitat aus StAG, K 544. Auch in dem historischen Bericht von der Stadt Goch aus dem Jahre 1722 wurde festgehalten, dass in „[...] denen letzteren Niederländischen und Frantzösischen Kriegen, sonderlich in Anno 1672, 1679, 1688 und 1689 [...] die Stadt auch sehr erhalten“ musste, welche „[...] den orth mit Brandt-Schatzungen sehr ruiniret und die bürger Verjaget“ hat. Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

42 Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97.

43 Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97.

44 Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97. Siehe dazu auch Koepp, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree ... , S. 40.

45 Zitat aus dem Jahre 1666 aus StAG, M II/97.

46 Zitat vom 6. April 1670 aus StAG, M II/274.

47 Zitat vom 21. Dezember 1654 aus StAG, A 47,1.

48 Siehe dazu Koepp, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree ... , S. 100.

49 Siehe dazu StAG, B 165.

50 Siehe dazu Heesch, A.: Die Mennoniten am unteren Niederrhein, in: HKLE (1969), S. 57–60, bes. S. 58.

51 Zahlen entnommen aus StAG, B 165.

52 Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

53 Zitat vom 1. Mai 1722 aus HSTAD, Kleve Kammer, Nr. 3482.

54 Siehe dazu die HSTAD, Kleve Kammer Berlin, Nr. 889.

55 Siehe dazu HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 75.

56 Zitat vom 5. Juli 1763 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

57 Zitat vom 16. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

58 Zitat vom 4. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503. In ganz speziellen Sonderfällen war der Staat zur schnelleren Wiederherstellung städtischer Hausstellen sogar bereit, noch 5% mehr Baufreiheitsgelder, also insgesamt 30%, zu zahlen.

59 Zitat vom 4. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

60 Zitat vom 4. Juli 1764 aus HSTAD, Kleve-Mark-Akten, Nr. 503.

61 Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

62 Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

63 Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

64 Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1187.

65 Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

66 Zitat vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

67 Siehe dazu die Karte vom 6. Mai 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 737.

68 Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

69 Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

70 Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

71 Zitat vom 15. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

72 Zitat vom 18. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

73 Zitat vom 18. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

74 Zitat vom 18. Dezember 1769 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

75 Zitat vom 23. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

76 Zitat vom 27. Februar 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 755.

77 Zahl entnommen aus WENSKY, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815, in: Dies. (Hrsg.): Sonsbeck. Die Geschichte der niederrheinischen Gemeinde von der Frühzeit bis zur Gegenwart (Stadt und Gesellschaft: Studien zum Rheinischen Städteatlas; 3), Köln 2003, S. 103.

78 Siehe dazu IMIG, J.: Die Bönninghardt, in: RHK (1979), S. 69.

79 Zitat aus SCHÖTZ, O. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen und mündlicher Übertlieferung, 4. Aufl., Pfalzdorf 2000, S. 9.

80 Zum Siedlungsbild siehe MOTT, B.: Pfälzer am Niederrhein ... , S. 49.

81 Zur Dorfgestaltung Louisendorfs siehe JÖRISSSEN, J.: 175 Louisendorf. Chronik eines Pfälzerdorfes am Niederrhein, Louisendorf 1995, S. 22–28.

82 Siehe dazu RING, W.: Kolonisationsbestrebungen ... , S. 97–101.

83 Allerdings müssen zur Vervollständigung einer Bilanzierung binnenkolonialisatorischer Peuplierungspolitik rheinischer Territorialgebiete in Kleve, Geldern und Moers weitere regionale und lokale Forschungen getätigt werden, die im Zuge dieses Aufsatzes aufgrund des enormen Umfangs nicht detailliert gemacht werden konnten.

84 Auch Isselhard oder Hüttenhardt genannt.

85 Zitat vom 19. März 1770 aus HSTAD, Xanten Kreisregistratur, Nr. 1098.

Bibliographie und Quellen

ASCHE, M.: Peuplierung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 9, Stuttgart 2009, Sp. 1042–1045.

BLICKEL, W.: Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters (Forschung und Leben), Zürich 1947.

BRAUBACH, M.: Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß (1648–1815), in: Petri F. u. Droege, G. (Hrsg.): Rheinische Geschichte, Bd. 2, Neuzeit, Düsseldorf 1976, S. 219–365.

CARL, H.: Nachbarn auf Distanz. Brandenburg-Preußen und die Rheinlande im 17. und 18. Jahrhundert, in: Mölich, G.; Pohl, M. u. Vetzke, V. (Hrsg.): Preußens schwieriger Westen, Duisburg 2003, S. 1–26.

DASCHER, O.: Preußen und seine westlichen Provinzen. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im späten 18. Jahrhundert, in: Stinner, J. u. Tekath, K.-H. (Hrsg.): Gelre-Geldern-Gelderland. Geschichte und Kultur des Herzogtums Geldern, Geldern 2001, S. 87–94.

DENECKE, D.: Historisch-genetische Siedlungsforschung im Rahmen einer Historischen Geographie der Kulturlandschaft. Die vielseitige Epoche von 1960–2000, in: Haffke, J. u. Kleefeld, K.-D. u. Schenk, W. (Hrsg.): Historische Geographie. Konzepte und Fragestellungen. Gestern – Heute – Morgen. Festschrift für Klaus Fehn zum 75. Geburtstag (Colloquium Geographicum; 33), Bergisch Gladbach 2011, S. 9–60.

ELMER, J.: Bevölkerung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 2, Stuttgart 2005, Sp. 94–119.

FLINK, K.: Kleve im 17. Jahrhundert. Studien und Quellen, 2 Bände, (Klever Archiv 1 und 2), Kleve 1979–1980.

FRIEDRICH DES GROSSEN: Regierungsformen und Herrscherpflichten, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648–1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 231–237.

FRIEDRICH DER GROSSE: Politische Testamente Friedrichs des Großen, in: Neuhaus, H. (Hrsg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 5, Zeitalter des Absolutismus 1648–1789 (Reclams Universal-Bibliothek; 17005), Stuttgart 1997, S. 207–212.

GÖSE, F.: Von überforderten Statthaltern, fragilen Loyalitäten und gestörter Kommunikation. Das militärische Engagement Kurbrandenburgs am Niederrhein und in Westfalen während des Jülich-Klevischen Erbfolgekriegs, in: Groten, M. u. Looz-Corswarem, C. u. Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbfolgekrieg 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1), Düsseldorf 2011, S. 203–224.

GOETERS, J. F. G.: Der Protestantismus im Herzogtum Kleve im 17. Jahrhundert. Konfessionelle Prägung, kirchliche Ordnung und Stellung im Lande, in: Ders. (Hrsg.): Studien zur niederrheinischen Reformationsgeschichte (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte; 153), Köln 2002, S. 213–230.

HANTSCHKE, I.: Geldern-Atlas. Karten und Texte zur Geschichte eines Territoriums (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Geldern und Umgebung; 103), Geldern 2003.

HANTSCHKE, I.: Preußen am Rhein. Kleiner kommentierter Atlas zur Territorialgeschichte Brandenburg-Preußens am Rhein, Essen 2002.

HEESCH, A.: Die Mennoniten am unteren Niederrhein, in: HKLE (1969), S. 57–60.

IMIG, J.: Die Bönninghardt, in: RHK (1979), S. 67–70.

JÄGER, H.: Einführung in die Umweltgeschichte (Die Geographie), Darmstadt 1994.

JANSSEN, W.: Kleine Rheinische Geschichte, Düsseldorf 1997.

JANSSEN, W.: Die Entwicklung des Territoriums Kleve (Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Beiheft V/11–12), Bonn 2007.

JÖRISSSEN, J.: 175 Louisendorf. Chronik eines Pfälzerdorfes am Niederrhein, Louisendorf 1995.

Kaiser, M.: Erweiterte Spielräume. Möglichkeiten landständischer Politik in Kleve und Mark im frühen 17. Jahrhundert, in: Groten, M. u. Looz-Corswarem, C. u. Reininghaus, W. (Hrsg.): Der Jülich-Klevische Erbfolgekrieg 1609. Seine Voraussetzungen und Folgen – Vortragsband (Publikation der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde: Vorträge; 36) (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen: Neue Folge; 1), Düsseldorf 2011, S. 83–110.

KAUFMANN, F.-X.: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen (Edition Suhrkamp; 2406), Frankfurt a. M. 2005.

KOEPP, H.-J.: Kelten, Kirche und Kartoffelpüree. Chronologie der 750-jährigen Geschichte der Stadt Goch, Bd. 2, Vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Deutschen Revolution (1615–1846), Goch 2006.

LAU, T. L.: Aufrichtiger Vorschlag, Von glücklicher, vorteilhafter, beständiger Einrichtung der Intranden und Einkünften der Souverainen und ihrer Unterthanen, in welchen von Policy- und Cammer-Negocien und Steuer-Sachen gehandelt wird (Neudruck von 1969, Frankfurt a. M.), Frankfurt a. M. 1719.

MACKENSEN, R.: Theoretische Konzeptionen bevölkerungspolitischen Handelns, in: Buchholz, E. W./Wander, H. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaft – Bevölkerungspolitik. Wissenschaftliche Grundlagen bevölkerungspolitischen Handelns. Bericht über die Studientagung der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e. V. vom 25. bis 29. November 1974 in Berlin, Kiel 1975, S. 88–101.

MOTT, B.: Pfälzer am Niederrhein. Die Geschichte der Pfälzersiedlungen Pfalzdorf, Louisendorf und Neulouisendorf im Rahmen der preußischen Binnenkolonisation des 18. und 19. Jahrhunderts, Goch/Kalkar 1989.

MÜLLER, K.: Moers in preußischer und französischer Zeit (1702–1815), in: Wensky, M. (Hrsg.): Moers. Die Geschichte der Stadt von der Neuzeit bis zur Gegenwart, Bd. 2, Köln/Weimar 2000, S. 1–141.

OPGENOORTH, E.: Die rheinischen Gebiete Brandenburg-Preußens im 17. und 18. Jahrhundert, in: Baumgart, P. (Hrsg.): Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln/Wien 1983, S. 33–44.

RING, W.: Kolonisationsbestrebungen Friedrichs des Großen am Niederrhein (Schriften des Duisburgers Museumsvereins; 7), Univ. Diss., Duisburg, 1917.

SCHENK, W.: Historische Geographie, in: Ders./Schliephake, K. (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie (Perthes Geographie Kolleg), Gotha 2005.
Schenk, W.: Historische Geographie (Geowissen Kompakt), Darmstadt 2011.

SCHENK, W.: Historische Geographie. Umwelthistorisches Brückenfach zwischen Geschichte und Geographie, in: Siemann, W. (Hrsg.): Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven (Beck'sche Reihe; 1519), München 2003, S. 129–146.

SCHENK, W.: Der Wandel der Kulturlandschaft seit dem frühen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung als Variable der Bevölkerungszahl, in: LVR-Fachbereich Umwelt (Hrsg.): Demographie und Kulturlandschaft. Tagungsdokumentation vom 18.–19. Oktober 2007 in Geldern (Beiträge zur Landesentwicklung; 61), Köln 2008, S. 9–13.

SCHENK, W.: „Landschaft“ und „Kulturlandschaft“ – „getönte“ Leitbegriffe für aktuelle Konzepte geographischer Forschung und räumlicher Planung, in: PGM 146 (6), S. 6–13.

SCHÜTZ, O. H. v.: Die Gründung von Pfalzdorf nach urkundlichen Quellen und mündlicher Überlieferung, 4. Aufl., Pfalzdorf 2000.

SCOTTI, J. J.: Sammlungen der Gesetze und Verordnungen welche in dem Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung und Rechtspflege ergangen sind, vom Jahre 1418 bis zum Eintritt der königlichen preußischen Regierung im Jahre 1816. Erster und Zweiter Theil, Düsseldorf 1826.

WENSKY, M.: Vom 12. Jahrhundert bis 1815, in: Dies. (Hrsg.): Sonsbeck. Die Geschichte der niederrheinischen Gemeinde von der Frühzeit bis zur Gegenwart (Stadt und Gesellschaft: Studien zum Rheinischen Städteatlas; 3), Köln 2003, S. 21–194.

ZBRÖSCHZYK, M.: Die preußische Peuplierungspolitik in den rheinischen Territorien Kleve, Geldern und Moers im Spannungsfeld von Theorie und räumlicher Umsetzung im 17. und 18. Jahrhundert, Univ. Diss., Bonn 2014.

Abkürzungen:

HSTAD – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (seit 2008 Landesarchiv Nordrhein Westfalen/Abt. Rheinland)

StAG – Stadtarchiv Goch

Als der Schulgarten¹ noch (überlebens-)wichtig war – Kulturgeschichtliche Aspekte des Obstbaus im Bergischen Land

Michael Kamp

Die wechselvolle Geschichte des Obstbaus im Bergischen Land ist bezüglich seiner kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen bislang nur ansatzweise erforscht.² Kulturhistorisch Interessierte mag dies verwundern, da in den Archiven der Kommunen und Kreise zahlreiche Quellen überliefert sind, die sehr gute Voraussetzungen dafür bieten, diese landwirtschaftliche Sonderkultur genauer zu untersuchen. Dieses Desiderat steht in einem merkwürdigen Kontrast zu der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Obstwiesen. Ihnen ist in den letzten Jahren dank des Landschafts- und Naturschutzes kurz vor ihrem völligen Verschwinden große emotionale Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zuteil geworden. Verstärkt wird die dabei zum Ausdruck gebrachte hohe Wertschätzung noch durch

die besondere Bedeutung, die heimischem Obst in den letzten Jahren als Bestandteil gesunder und ausgewogener Ernährung zukommt. Insofern spiegeln alte Baumgärten mit ihrer Sortenvielfalt und oft individuell gewachsenen Apfel-, Birnen- oder Zwetschenbäumen einen mittlerweile wieder gern gesehenen Anachronismus zu den zumeist glatt und winkelrecht modernisierten ländlichen Siedlungen wider. Der krumm gewachsene Obstbaum symbolisiert dabei für viele Menschen die vermeintlich gute alte Zeit des Landlebens und damit eine überschaubare Welt. Verstärkt wird diese nostalgische Wahrnehmung noch durch die erst in den 1970er Jahren geprägte Wortschöpfung „Streuobstwiese“³. Sie zählt mittlerweile zum sprachlichen Allgemeingut und hat überlieferte Bezeichnungen wie „Obstwiese“ oder

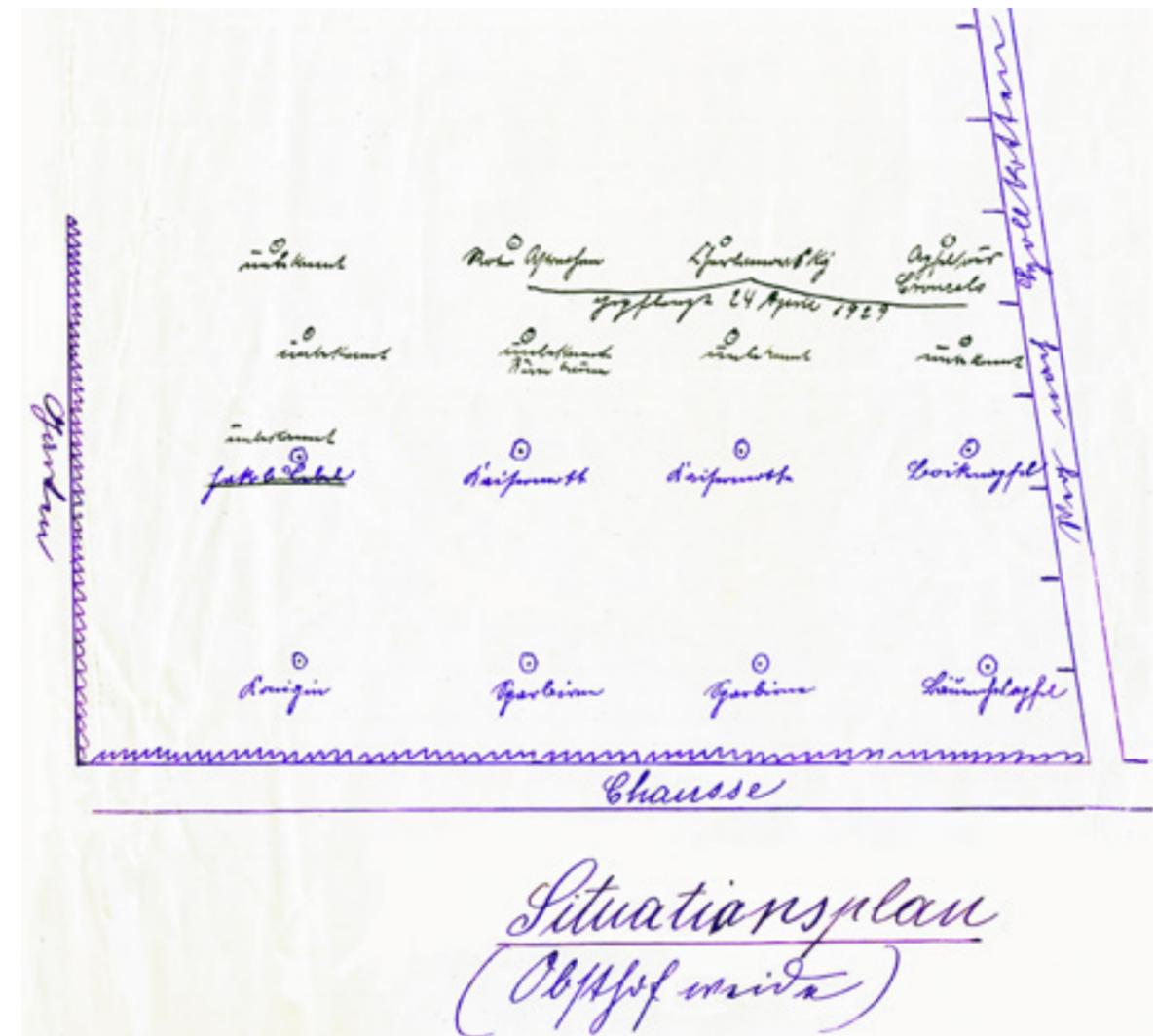


Abb. 1: Historischer „Situationsplan (Obsthofweide)“ mit Sortenbezeichnungen (Familienarchiv Preyer, Wermelskirchen).

„Baumgarten“ weitgehend ersetzt. Zweifelsohne bewirkte ihre mediale Verbreitung ein Umdenken, so dass die 1956 im „Grünen Plan“ beschlossene prämierte Abholzung der traditionellen Hochstamm-Obstkulturen in Deutschland ein Ende fand. Allein im Bergischen Land dürften diesem Programm hunderttausende von Bäumen mit vielen heute seltenen Obstsorten zum Opfer gefallen sein. Ziel der Rodungen war, Platz für profitablere Niederstammkulturen zu schaffen, um den deutschen Obstbau wieder international wettbewerbsfähiger zu machen. Dieser Aderlass der ökologischen Vielfalt fand zwei Jahrzehnte später jedoch eine kuriose Wendung: Nun vergab die öffentliche Hand Prämien, wenn Landwirte wieder regionale Obstsorten pflanzten. Selbst unmittelbar an den Baumfällaktionen Beteiligte wie Alfred Bartl (1922–2013), der langjährige Obstbauinspektor des Rheinisch-Bergischen Kreises⁴, engagierten sich später leidenschaftlich für die Sortenvielfalt und gaben ihr umfangreiches pomologisches Wissen bereitwillig auch in Workshops des LVR-Freilichtmuseums Lindlar weiter.⁵ Auf den ersten Blick impliziert der Begriff „Streuobstwiese“ ein naturnahes und planloses Wachstum von Bäumen. Doch hält eine solche wohl beabsichtigte Assoziation nicht den historischen Gegebenheiten stand. Selbst kleinere Obstkulturen waren auf Produktivität angelegt und planmäßig entwickelt, wie die um 1900 erfolgte und später erweiterte Anlage eines Baumgartens der Familie Preyer in Wermelskirchen-Kreckersweg belegt. Sie weist ein genaues Pflanzraster auf, bei dem nicht nur die Sorten in einer bestimmten Beziehung zueinander gesetzt, sondern auch die Abstände zwischen den einzelnen Bäumen regelmäßig angelegt wurden.⁶



Abb. 2: Die Baumblüte in Bergisch-Neukirchen; Fotografie aus dem Album, das der Landkreis Solingen dem scheidenden Burscheider Bürgermeister Wilhelm Schmidt 1928 widmete (Stadtarchiv Burscheid).

Die preußische Landschule und ihre pomologischen Aktivitäten

Gewiss hat die naturromantisch verklärte Betrachtung unserer Kulturlandschaft zu einer Renaissance kleinstrukturierter und artenreicher Obstkulturen geführt. Dies ist ebenso positiv zu vermerken wie die Revitalisierung vieler längst vergessener Regionalsorten als wichtiger Beitrag einer geschmacklichen Vielfalt. Doch dürfen diese Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kulturhistorischen Dimensionen dieser landwirtschaftlichen Sonderkultur bislang weitgehend unerforscht blieben. So ist kaum bekannt, dass wesentliche Impulse zu der flächendeckenden Verbreitung des Obstbaus in der Region zwischen Sieg und Wupper von engagierten Elementarschullehrern, sprich von Laien, weniger von den Bauern und Bäuerinnen und deren Institutionen selbst ausgingen. Sie vermittelten ihr Wissen an die männliche Schuljugend der oberen Klassen und diese wiederum gab die im Obstbau erworbenen Kenntnisse an ihre Familien in den Dörfern weiter. Zumindest lässt sich dies im östlichen Teil des Bergischen Landes nachweisen, dessen naturräumliche Gegebenheiten für ertragreiche Obsternten zunächst weniger geeignet erschienen. Weitgehend ist es dem persönlichen Engagement der preußischen Lehrerschaft im 19. Jahrhundert zu verdanken, dass sich weite Teile des Bergischen Landes alljährlich im Frühling in eine blühende Kulturlandschaft verwandelten, deren ephemere Ästhetik im Frühsommer nicht nur viele Ausflügler und Ausflüglerinnen sowie Sommerfrischler und Sommerfrischlerinnen anlockte, sondern auch das Lebensgefühl der überwiegend armen Landbevölkerung heben sollte.

Der Solinger Lehrer und Pomologe Ferdinand Rubens (1804–1882) brachte diesen besonderen Aspekt im Jahr 1862 auf den Punkt: „Je schöner ein Volk sein Land herstellt, je mehr es die Cultur desselben gartenmäßig betreibt, desto gesitteter, gesunder, gefälliger, heiterer und lebensfroher sind im Allgemeinen die Menschen, die es bewohnen“.⁷ Dahinter stand eine weitere Grundanschauung philanthropisch gesinnter Pädagogen, dass zufriedene Menschen nicht dem Laster des seinerzeit weit verbreiteten exzessiven Branntweingenusses anheimfielen. Die Förderung des Obstbaus und die damit beabsichtigte moralische Verbesserung der Menschen und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse beruhte nicht allein auf dem Verkauf der naturbelassenen Früchte, sondern auf ihrer Veredlung zu Back- und Dörrobst,



Abb. 3: Großer Rheinischer Bohnapfel; Tafel XIX aus L(udwig), Hinterthür: Der Apfel, Leipzig o. J. (1912).

Marmelade und Sirup wie auch zu Säften, Wein oder Essig. Insofern waren viele Sorten gar nicht als „Tafelobst“ für den direkten Verzehr gedacht, sondern fanden sich als „Wirtschaftsobst“ in der Wertschöpfungskette wieder. Dabei konnte der Spezialisierungsgrad bei einst in unseren Breiten weit verbreiteten Sorten sehr hoch sein: So galt der „Rote Trierer Weinapfel“ als idealer Mostapfel, während sich der „Rheinische Bohnapfel“ auch als Dörrobst eignete. Als lukrativ erwiesen sich süße Apfel- und Birnensorten vor allem dann, wenn sie zu „Kruik“ oder „Kraut“ verarbeitet werden konnten. Dabei handelt es sich um einen, dem Rübenaufstrich ähnlichen Brotaufstrich, der bis in die Weimarer Zeit weit verbreitet war und „braune Butter“ genannt wurde. Die zur Herstellung benötigten Verarbeitungsstätten existierten einst in vielen Dörfern im Bergischen, und trugen die Bezeichnung „Apfel- oder Krautpatsche“ oder „Krautfabrik“, wenn es sich um bedeutendere größere Etablissements handelte.⁸

Verordneter Obstbau und praktische Umsetzung

Den Anstoß für die flächendeckende Popularisierung der Pomologie im Bergischen gab die Königlich Preussische Verwaltung mit einer entsprechenden Verordnung, die im Jahr 1821/1822 den Obstbau an allen Elementarschulen verpflichtend einführte.⁹ Gegenüber der bereits seit 1812 im Großherzogtum Berg geltenden Anweisung, jeder Schule einen kleinen Flecken Land zwecks Anlage einer Baumschule zuzuweisen¹⁰, führte das Königreich Preußen mit der jährlichen Berichtspflicht einen Verwaltungsvorgang ein, den Lehrer,

Schulpfleger und Landräte gegenüber der Regierung zu befolgen hatten.¹¹ Dies ist auch der Grund dafür, dass in vielen rheinischen Archiven Nachweise über die regionale Entwicklung der Obstkultur bis zum Ende der Preussischen Monarchie im Jahr 1918 zahlreich überliefert sind. Obwohl diese Dokumente eine wertvolle Quelle zur Kulturgeschichte des Obstbaus im Bergischen Land darstellen, sind sie bislang wenig beachtet worden.¹² In seinem Bestreben, landwirtschaftliche Sonderkulturen zu fördern, unterschied sich Berlin – seit 1815 auch oberster Verwaltungssitz für das Bergische Land – nur in Nuancen von anderen deutschen Landesherrschaften, deren Potentaten das gleiche Ziel wie der preußische König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) verfolgten: der allgegenwärtigen Armut auf dem Land zu begegnen und ihre Steuereinnahmen zu erhöhen. Dazu war es notwendig, die trotz der sogenannten Bauernbefreiung noch im alten, feudalen Denken beharrende Landwirtschaft mit neuen Erkenntnissen und Bewirtschaftungsmethoden zu modernisieren. Während das vergebliche Bemühen um die Seidenkultur in preussischen Landen in der Forschung einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hat, kann dies vom erfolgreicheren Obstbau im Bergischen Land nicht behauptet werden. Allerdings ließ dessen Umsetzung auf sich warten, da nicht alle Landratsämter und Gemeinden die entsprechenden Vorschriften beachteten. Darüber hinaus nahmen nur wenige, aber dafür sehr ambitionierte Pädagogen diese neue Aufgabe an. Die Übrigen fühlten sich mangels pomologischer Kenntnisse überfordert, besaßen keine geeigneten Grundstücke oder verweigerten sich grundsätzlich, da sie diese Unterrichtsleistung ohne eine zusätzliche Vergütung erbringen sollten. Ursache ihrer Widerständigkeit war wohl, dass der preußische Staat die Leistungen der Elementarleh-



Abb. 4: Werbeanzeige der Krautfabrik Ersfeld aus den 1960er Jahren (LVR-Freilichtmuseum Lindlar).



Abb. 5: Der ideale Schulgarten, nicht datiertes Schulwandbild aus dem Bestand des Schulmuseums Katterbach in Bergisch Gladbach.

rer nur mit sehr bescheidenen Einkünften honorierte: Viele Schulmeister mussten deshalb in ihrer Gemeinde noch als Kirchenorganisten oder Privatlehrer tätig werden, um überhaupt den Unterhalt für sich und ihre Familien bestreiten zu können. Regelmäßig wiederkehrende Ermahnungen der Königlichen Regierung künden davon, wie beharrlich das „platte Land“ Direktiven der preußischen Regierung ignorierte.¹³ Dabei war der Aufwand, der zur Anlage und Pflege einer Schulbaumschule betrieben werden musste, überschaubar. Eine aus dem Jahr 1879 stammende Verfügung der Kölner Regierung legte fest, dass diese Gärten in Dörfern mit ein- und zweiklassigen Schulen mindestens 300m² und in mehrklassigen Unterrichtsanstalten 400 m² groß sein mussten. Der größere Teil sollte für die Baum- und der kleinere Teil für die Samenschule genutzt werden.¹⁴

Vom „Unterricht in der Obstbaumzucht“ und mangelndem Engagement

Diejenigen aber, die diese Anordnung befolgten, entwickelten meist eine außerordentliche Leidenschaft,

die nicht selten mit einem Sendungsbewusstsein einherging. Dieses spornte wohl auch den evangelischen Pfarrer Franz Gotthilf Heinrich Jacob Baedeker (1752–1825) an. Seit 1781 amtierte er, weitläufig mit dem bekannten Reiseschriftsteller Karl Baedeker in Essen verwandt, als Seelsorger in der südlich von Hagen gelegenen kleinen Ortschaft Dahl. Baedeker hatte hier im Jahr 1796 eine kompakte, allgemeinverständliche Handreichung über den Obstbau „zum Gebrauch bei dem Confirmanden-Unterrichte“ publiziert. Seine Absicht war, mit dem Bändchen „Kurzer und faßlicher Unterricht in der einfachen Obstbaumzucht“ in der Jugend die Liebe zur Natur und ihr Verantwortungsbewusstsein zu wecken, um dem „Uebel des Baumfrevels und Obststehls abzuwehren“. Das populäre Taschenbuch erlebte mehrere Auflagen und sein Kaufpreis von lediglich zwölf Silbergroschen entsprach – möglicherweise vom Autor beabsichtigt – dem Gegenwert eines veredelten Apfelbäumchens. Baedeker erlebte noch zu seinen Lebzeiten, dass seine Publikation als Standardwerk für alle preußischen Elementarschulen zwischen



Abb. 6: Porträt des Geistlichen und Pomologen Franz Gotthilf Heinrich Jacob Baedeker (1752–1825) (Privatbesitz).

Aachen und Königsberg von höchster Stelle empfohlen wurde.¹⁵ Bei Sammelbestellungen gab es zudem noch einen Rabatt von 25 Prozent.¹⁶ Die Schrift liefert eine praktische Anleitung von der Anlage der Samenschule, über die Veredlung der Bäume, der weiteren Pflege, die Behandlung ihrer Krankheiten sowie die Abwehr der Schädlinge bis hin zur Verwertung des Obstes, wobei Baedeker dem Dörren besondere Aufmerksamkeit schenkte. Für die Herausgabe der sechsten und letzten Auflage lange nach Baedekers Tod zeichnete im Jahr 1843 der Solinger Lehrer und Gutsbesitzer Ferdinand Rubens (1804–1882) verantwortlich¹⁷, der als würdiger Nachfolger des Dahler Pfarrers gelten kann. Rubens Wirken als Pomologe und Buchautor ist heute selbst in Fachkreisen nicht mehr bekannt, obwohl er zu Lebzeiten als Kapazität galt. Seine Bedeutung für die allgemeine Verbreitung des Obstbaus im Bergischen durch Schrift und Tat ist weitaus höher einzuschätzen als die des Vinzenz Joseph Deycks (1768–1850) mit seiner mustergültigen Baumschule in Leverkusen-Opladen oder des bergischen Dichters und Schriftstellers Vinzenz Jakob von Zuccalmaglio (1806–1876), genannt Montanus.¹⁸ In seinem Spezialgebiet verfasste Rubens zwi-

schen 1838 und 1858 sechs grundlegende und an Laien gerichtete Publikationen.¹⁹ Hinzu kommen noch vier an der Praxis orientierte Bücher über den Weinbau²⁰ und eine „leichtfassliche Anleitung“ über den Gartenbau für Stadt- und Landmenschen.²¹ Der als Ehrenmitglied in mehreren Landwirtschaftlichen Vereinen des In- und Auslandes tätige und für seine Leistungen gewürdigte Elementarlehrer war auch „correspondirendes Mitglied der Königl(ichen) Obstbau-Gesellschaft in Brüssel“²². Sogar bei der Leitfigur der Pomologie in deutschen Landen und ihrem wissenschaftlichem Wegbereiter, dem königlich württembergischen Gartenbauinspektor Eduard Lucas (1816–1882), genoss Ferdinand Rubens hohes Ansehen.²³ Als er 1827 seine Elementarlehrerstelle in Hossenhaus bei Solingen antrat, zählte er zwar zu den ersten seines Berufsstandes im Bergischen Land, die eine qualifizierte Ausbildung bei dem bekannten Pädagogen Adolf Diesterweg (1790–1866) in Moers genossen hatten²⁴, doch seine spätere Bedeutung als herausragender Promotor des Obstbaus im Bergischen Land zeichnete sich zunächst noch nicht ab.²⁵ Vielmehr zählte auch er, obwohl namentlich nicht genannt, im Jahr 1832 zu den Lehrkräften, denen der Solinger Landrat Georg Freiherr von Hauer (1779–1844) eine allgemeine Unkenntnis im Obstbau attestierte.²⁶ Lediglich drei Elementarschulen im gesamten Kreis erfüllten damals dessen Erwartungen. Darunter war die von Johann Wilhelm Otto Gelderblom (1785–1868) in Nümmen bei Gräfrath geleitete Bildungsanstalt, die als erste einen vom Lehrer und seinen Schülern und Schülerinnen gemeinsam unterhaltenen Baumgarten besaß.²⁷ Mit Blick auf die spätere ökonomische Bedeutung des Obstbaus herrschte in der Tat im Solinger Kreisgebiet kein Engagement an den Elementarschulen. Ein direkter Vergleich mit dem benachbarten Wuppertal veranschaulicht dies: Im Kreis Elberfeld trieben im Jahr 1827 bereits nahezu die Hälfte aller Elementarbildungseinrichtungen Obstbau. Binnen kurzem hatten hier Lehrkräfte auf wenigen Quadratmetern Gartenfläche²⁸ tausende Bäumchen, die sogenannten Wildlinge, aus Fruchtkernen gezogen, diese veredelt und an ihre Schulkinder, Gemeinden oder Gartenliebhaber weitergereicht²⁹. Später jedoch wendete sich das Blatt: Während die wirtschaftliche Bedeutung des Obstbaus in der frühindustriellen Textilmetropole entlang der Wupper aufgrund vielfältiger anderer Erwerbsmöglichkeiten bis zur Bedeutungslosigkeit zurückging, gelangte sie im Kreis Solingen als landwirtschaftliche Sonderkultur, die

vielen Menschen ein Auskommen bot, zu hoher Blüte. Möglicherweise hatte der Solinger Landrat Hauer diese Entwicklung schon vorausgesehen, denn das vom Rhein her beeinflusste milde Klima schuf so günstige Voraussetzungen, dass sich Gemeinden wie „Steinbüchel, Lützenkirchen, Schlebusch, Burscheid, Witzhelden, Opladen und Leichlingen“³⁰ früher als in den weiter östlich gelegenen bergischen Landesteilen dem Ernten von Äpfeln, Birnen, Kirschen oder Zwetschen nicht nur für den häuslichen Bedarf widmeten. So ist aus dieser Region überliefert, dass „jährlich [1833] im Durchschnitt 250.000 Scheffel Obst, besonders Pflaumen, gewonnen werden, wovon 10.000 Scheffel zu Backobst gedörrt und 20.000 Scheffel zu Muß gekocht werden“.³¹ Diese Formen der Wertschöpfung einer spezialisierten Landwirtschaft können durchaus als Indikator für einen allgemein höheren Wohlstand in der Bevölkerung gelten. Ein kleiner Obstbaumgarten bescherte zahlreichen ärmeren Kleinbauern- und Tagelöhnerfamilien in den Dörfern eine willkommene Einnahmequelle, denn Bargeld war rar. „Viele kleine Grundbesitzer decken mit dem Ertrage weniger Birnenbäume ihre Steuern und die Zinsen der Schuldkapitalien“.³² Eine andere Berechnungsgrundlage besagte, dass schon der regelmäßige Ertrag von zehn Obstbäumen ausreichte, um das für den Winter notwendige Brennholz beschaffen zu können. Zu einer weiteren Dynamisierung trug 1830 die obrigkeitliche Anordnung bei, dass „in den Berufs-Urkunden der neu zu erwählenden Lehrer“ nun die Verpflichtung zur Bearbeitung eines Obstgartens aufzunehmen sei.³³ Auch aus anderen preußischen Landesteilen sind die Vorzüge, die insbesondere Apfelbäume mit ihren lange haltbaren und vielseitig verwendbaren Früchten genießen, überliefert. Im Westfälischen hieß es beispielsweise, „kein Kapital trägt sichere und höhere Zinsen als die Obstbaumzucht“.³⁴

„Auf kleinstem Raum pflanz einen Baum und pflege sein! Er bringt dir's ein“³⁵ – Obstbau als Mittel der Armutsbekämpfung

Ferdinand Rubens zählte zu den Elementarlehrern, die den Obstbau nicht nur engagiert mit ihren Schülkinder praktizierten, sondern ihren Erfahrungsschatz auch in einer allgemeinverständlichen Sprache publizierten und so in der Bevölkerung bekannt machten. Am Anfang seiner heute kaum mehr bekannten Veröffentlichungen stand 1838 sein „Pomologisches Handbuch für unsere Landschulen“, das sich gleicher-



Abb. 7: Die aus der Zeit um 1900 datierte Ansicht eines Dorfes im Kreis Solingen dokumentiert die vielfältige Nutzung der Hofanlagen. Die blühenden Obstbäume täuschen jedoch nicht über die dort herrschenden ärmlichen Verhältnisse hinweg (Stadtarchiv Solingen, Bildarchiv, RS 236161).

maßen an „Kinder und Erwachsene, den Bürger und Landmann“ richtete und das der Autor seinem verehrten Moerser Seminardirektor und Lehrer Adolph Diesterweg (1790–1866), gewidmet hatte.³⁶ Pikanterweise schien Diesterweg jedoch an einem „Unterricht in der Obstbauzucht“ nicht sonderlich interessiert zu sein. Erst im Jahr 1829 widmete er sich diesem Thema, obwohl die entsprechende Verfügung der Düsseldorfer Regierung schon mehrere Jahre rechtskräftig war.³⁷ Zur gleichen Zeit hatte ihr Königlich-gartenbauinspektor Maximilian Friedrich Weyhe (1775–1846) den „Plan eines Schulgartens mit Obstbaumzuchtschule für das Lehrerseminar Moers“ gezeichnet.³⁸ Nachdem Rubens dreißig Jahre lang als Lehrer in Solingen-Hossenhaus tätig war, schied er 1857 aus eigenem Wunsch aus dem Schuldienst aus und widmete sich fortan bis zu seinem Tod im Jahr 1882 seiner eigentlichen Berufung, der Verbreitung seiner pomologischen Kenntnisse. Auch andere Pädagogen gaben sich nicht damit zufrieden, ihre Kenntnisse nur an die Schüler und Schülerinnen zu vermitteln. Von ihrer Sache überzeugt, nahmen sie einen Bildungsauftrag für die Gesellschaft wahr und veröffentlichten ihre Erfahrungen im Obstbau in ähnlicher Weise wie Rubens. Heute zählen ihre meist in kleinsten Auflagen erschienenen Handreichungen zu den bibliophilen Raritäten. So gab wahrscheinlich im Jahr 1869 Johann Friedrich Frowein (1805–1896) seine allgemeinverständlich gehaltenen Erläuterungen zur Obstbaumzucht als „Prämienbüchlein für fleißige Landschüler“ heraus, das der bergische Dichter und Obstkenner Vinzenz Jakob von Zuccalmaglio (1806–1876) mit lobenden Worten



Abb. 8: Der hochbetagte Lehrer Johann Friedrich Frowein (1805–1896) der einklassigen Schule Sonne bei Wermelskirchen (Familienarchiv Preyer, Wermelskirchen).

würdigte.³⁹ Frowein hatte 1830 seinen Dienst an der Schule in Sonne bei Wermelskirchen angetreten und wirkte dort fast fünfzig Jahre lang. Angeblich soll er jedem seiner Kinder zur Geburt einen Birnbaum gepflanzt und den Früchten den Namen des Nachwuchses vorangestellt haben.⁴⁰

Diese freundliche Geste weitete der in Alsbach bei Nümbrecht wirkende Pädagoge Christian Ley (1818–1892) aus⁴¹, in dem er jedem seiner Schüler und Schülerinnen bei der Schulentlassung einen kleinen Obstbaum schenkte. Der ehemalige Lehrerseminarist von Neuwied zählte zu den den ersten Pädagogen im heutigen Oberbergischen Kreis, die dem im Dezember 1848 gegründeten Evangelischen Lehrerverein für Rheinland und Westfalen beigetreten waren.⁴² Ley wirkte wie Frowein nahezu sein gesamtes Berufsleben an „seiner“ Schule in Niederbreidenbach. Im Jahr 1877 gab er seinen immerwährenden Kalender für die Obstbaumzucht heraus. Das Werk verstand sich nicht nur als praktische „Anleitung für den Landmann“, in dem es die im Jahreslauf erforderlichen Arbeiten im

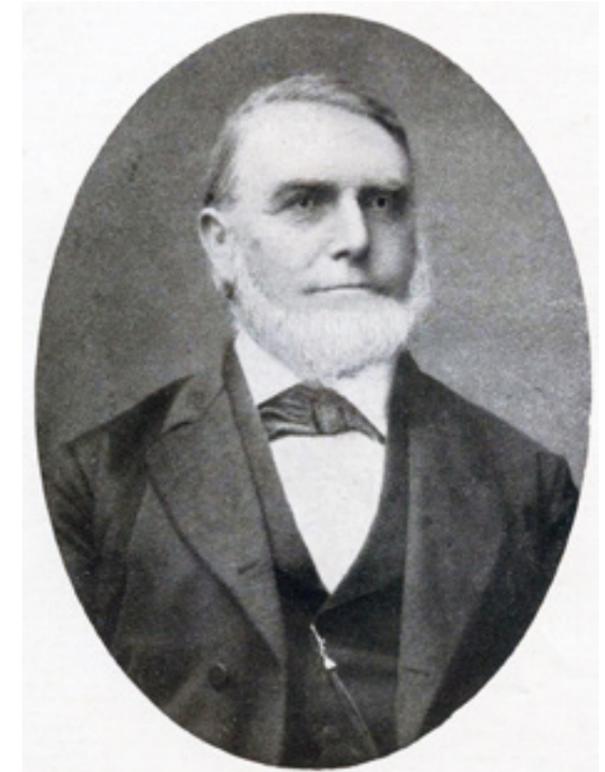


Abb. 9: Der Autor der Obstbaukalenders, Elementarlehrer Christian Ley (1818–1892) auf einer Fotografie um 1880 (LVR-Freilichtmuseum Lindlar).

Baumgarten auführte, sondern auch als Werbeschrift für den Obstbau.⁴³ Der Verfasser macht darin deutlich, dass reicher Früchtesegen durchaus eine beachtenswerte Größe im ohnehin schmalen Budget der allermeisten Landbewohner darstellen konnte: „Jeder Obstbaum bringt durchschnittlich (vom 10. Jahre an) jährlich wenigstens 3 Mark ein! Wär's auch nur die Hälfte, und hätte Jemand 100, ja nur 50 tragende Obstbäume, diese 75 Mark wären ein Zuschuss, der eben nicht viel Schweiß und Mühe kostete und manchem Hausvater große Dienste leistete.“⁴⁴ Die Obstbäume besorgte Lehrer Ley, indem er mit seinen Schülern im Schulgarten Apfel- und Birnenkerne ausbrachte und die heranwachsenden Jungbäume (Wildlinge genannt) anschließend veredelte. Dies war notwendig und gängige Praxis an allen Obstbau treibenden Elementarschulen, da die meisten Landleute über zu geringe Barmittel verfügten, um Bäume beschaffen zu können. Ein ähnlich philanthropischer Pädagoge mit einem aufmerksamen Blick für die entbehrungsreichen und mühsamen Lebensumstände seiner Mitmenschen war Theodor Bräucker (1815–1882). Bereits



Abb. 10: Der „Kaiser-Wilhelm“ oder „Kaiserapfel“ (LVR-Freilichtmuseum Lindlar).

mit 17 Jahren war er in den Schuldienst eingetreten und bildete sich anschließend am Seminar in Soest weiter. Von ihm ist eine handschriftliche Chronik seines Schulortes Derschlag bei Gummersbach überliefert, die eine sehr bedeutende Quelle des vorindustriellen Lebens auf dem Land darstellt.⁴⁵ Als er 1845 dort ankam, legte Bräucker eine Baumschule an, die er mit seinen Schülern viele Jahre lang so erfolgreich bewirtschaftete, dass ihn die Königliche Regierung in Köln später dafür auszeichnete.⁴⁶ Sein Interesse für diese landwirtschaftliche Sonderkultur war bereits in seiner Kindheit geweckt worden, als er sich um 1826 allein auf eine Reise nach Köln begab: „Was auf dieser Tour am meisten meine Aufmerksamkeit angezogen hatte, waren die großen (und) schönen Baumschulen bei Burscheid. Unweit des Ortes traf ich einen freundlichen alten Lehrer, der mich mit dem Veredeln der Bäume bekannt machte ... Er hatte mich sehr für die Obstbaumzucht zu begeistern vermocht, so daß ich gleich nachher unterhalb unserm Hause ebenfalls



Abb. 11: Die vermutlich ursprünglich aus dem Süden Russlands und dem Iran stammende Apfelsorte „Charlamowsky“ war einst in den meisten bergischen Landkreisen aufgrund ihrer Robustheit sehr populär (LVR-Freilichtmuseum Lindlar).

eine Baumschule anlegte, die schon in wenig Jahren Hunderte von veredelten Stämmen aller Art enthielt“.⁴⁷ Darüber hinaus wurde Theodor Bräucker als Naturforscher bekannt, der die Botanik seiner näheren Heimat erforschte und viele interessante Fossilien fand.

Kaiser-Wilhelm-Kult und wirtschaftliche Dimension

Sein jüngerer Kollege Carl Hesselmann (1830–1902) hatte sich ganz der Pomologie verschrieben. Ab 1861 wirkte er als Elementarlehrer an der Schule in Witzhelden, das im Zentrum der „Bergischen Obstkammer“⁴⁸ liegt. 1875 gelang ihm ein großer Coup, als ihm Kaiser Wilhelm I. die Erlaubnis erteilte, eine vermeintlich neu entdeckte Apfelsorte nach ihm zu benennen. Der „Kaiser-Wilhelm-Apfel“ verschaffte der Region eine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und erste Ausflügler und Ausflüglerinnen sowie Sommerfrischler und Sommerfrischlerinnen besuchten die Gegend. Hesselmann, inzwischen in mehreren Fachverbänden ehrenamtlich tätig, gehörte mit den bedeutenden Bota-

nikern und Pomologen Karl Heinrich Koch (1809–1879), Eduard Lucas (1816–1882) und Johann Georg Conrad Oberdieck (1794–1880) dem Vorstand des „Deutschen Pomologen-Vereins“ an. Sein 1880 erschienener „Leitfaden der Obstkultur“ unterscheidet sich zunächst kaum von ähnlichen praxisorientierten Anleitungen seiner Berufskollegen Ferdinand Rubens, Johann Friedrich Frowein oder Christian Ley. Doch bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass Hesselmann auch aus nationalökonomischen Motiven den heimischen Obstbau propagierte, denn durch „einen ausgedehnteren und rationeller betriebenen Obstbau sind wir imstande, die gewaltig großen Summen, die noch jährlich für eingeführtes Obst ins Ausland wandern und welche von 1872 bis 1875 über 43.700.000 M(ark) betragen, unserm deutschen Vaterlande zu erhalten.“⁴⁹

Hesselmann thematisierte damit eine Problematik, die sich seit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 immer deutlicher abzeichnete: Der deutsche Obstbau war international nicht konkurrenzfähig. Das konnte er auch nicht sein, denn das entscheidende Engagement auf diesem Feld ging noch von idealistischen Naturliebhabern und pomologischen Laien aus, die sich als Einzelkämpfer in ihren Gemeinden behaupteten und als Lehrer und Staatsbedienstete selbst keine oder mit der Abgabe von Jungbäumchen nur untergeordnete wirtschaftliche Ziele verfolgten.⁵⁰

Darüber hinaus tat ein einschneidendes Naturereignis das Übrige, um die Zukunftsdebatte über den heimischen Obstbau zu intensivieren. Hunderttausende Obstbäume, rund ein Drittel des Bestandes, waren allein im Bergischen Land in dem extrem kalten Winter 1879/80 erfroren. Der wirtschaftliche Schaden betrug mehrere Millionen Mark. Es sollte viele Jahre dauern, bis die Erträge an Äpfeln, Birnen, Kirschen oder Pflaumen wieder den Stand vor der Katastrophe erreicht hatten. Die königliche Regierung förderte Neuanpflanzungen mit finanziellen Zuschüssen.⁵¹ Weitere Impulse zu einer unternehmerischen Betrachtung des Obstbaus finden sich bei dem erfolgreichen Dürener Papierfabrikanten Emil Hoesch (1859–1928). Im Jahr 1883 veröffentlichte er in der Eigenschaft als junger Sektionschef des Garten- und Ostbaus im Landwirtschaftlichen Verein für Rheinpreußen seine unternehmerischen Betrachtungen zu diesem Thema.⁵² Die Publikation sollte dem „Unterricht an den landwirtschaftlichen Schulen und zur Selbstbelehrung“ dienen.⁵³



Abb. 12: Pädagogen erhielten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts für verdienstvolle Leistungen in der Obstbaukunde diese preußische Verdienstmedaille aus Silber. Auf der Vorderseite (Avers) „Kleine Mühe“ pflanzen und veredeln Kinder junge Obstbäume. Die Rückseite (Revers) „Grosser Lohn“ zeigt zwei Personen, die den Fruchtsegen ihres in der Jugend gepflanzten Baumes ernten (LVR-Freilichtmuseum Lindlar).

Zur weiteren Ermunterung vorbildlicher Staatsdiener und fleißiger Schulkinder ...

Der preußische Staat würdigte herausragendes pomologisches Engagement seiner Erzieher mit Belobigungen und Ehrungen, um auf diese Weise diejenigen zu motivieren, die noch kein Interesse an der Bewirtschaftung eines Baumgartens zeigten. Dies geschah auf sehr unterschiedliche Weise: Die Regierung vergab deshalb schon früh Ehrenzeichen und Geldprämien für besondere Leistungen. Zu den frühesten Geehrten zählte der schon erwähnte Pfarrer Franz Gotthilf Heinrich Jacob Baedeker (1752–1825), der 1820 für sein pomologisches Standardwerk für Elementarschulen die Preußische Verdienstmedaille bekam. Zehn Jahre später ordnete die Königliche Regierung in Düsseldorf an, dass zwölf Lehrer für ihren Fleiß in der „Beförderung der Obstbaumzucht“ eine silberne Medaille erhalten sollten⁵⁴, die die Preußische Münzanstalt ursprünglich als „Aufmunterungs-Geschenk an Gärtner, Oekonomen (und) Forstmänner“ geprägt hatte.⁵⁵ Die beiden Motive der baumpflanzenden und Früchte erntenden Menschen prangen kurioserweise noch heute in Stein gemeißelt an der stadtäußeren, einst mit Obstgärten versehenen Seite des Faulturmes der historischen Stadtbefestigung von Dinkelsbühl in Bayern. Zu den im Jahr 1830 ausgezeichneten zwölf Lehrkräften zählten vier aus dem rechtsrheinischen und Bergischen Land.⁵⁶ Weitaus häufiger honorierten die Aufsichtsbehörden besonders ambitionierte Elementarschullehrer mit Geldgaben. Zu den auf diese Weise Begünstigten zählte mindestens zwei Mal Ferdinand Rubens.⁵⁷ Ehrengaben für herausragende Leistungen beschränkten sich jedoch nicht nur auf die Schulmeister, ebenso sollten flei-

ßige Schüler und Schülerinnen in den Genuss von Geschenken gelangen, um auf diese Weise ihren „Sinn ... für die Natur und Pflanzenwelt nach Kräften anzuregen und so die Ostbaumzucht, diesen wichtigen Zweig der Landes-Kultur möglichst zu befördern.“ Es blieb jedoch allein den Lehrern überlassen, den Schülern „bei ihrer Entlassung aus der Schule einige Stämmchen mitzugeben“.⁵⁸ Zeitweise existierte „Obstbaukunde“ sogar als Unterrichtsfach, in dem Noten vergeben wurden.⁵⁹ Auch die Gemeinden profitierten zu einer Zeit, als nur wenige gewerblich betriebene Baumschulen existierten, von den ehrenamtlichen gärtnerischen Aktivitäten der Pädagogen. Dies führte jedoch im Frühjahr 1894 zu einem Konflikt, als sich 144 Gärtnereien und Baumschulen in einer Eingabe an die Regierung in Düsseldorf gegen die „Lehrer- und Gemeindebaumschulen“ wandten. In ihrer Beschwerdeschrift führten sie erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz an und wollten sogar die seitens der Regierungen Düsseldorf und Köln sowie der Rheinischen Provinzialverwaltung subventionierten Baumschulen in den Landschulen verbieten lassen.⁶⁰

Der Obstmarkt in Leichlingen 1896 und seine Folgen

Vom 10. bis 12. Oktober 1896 fand in Leichlingen der erste bergische Obstmarkt statt.⁶¹ Er sollte die Marktchancen der heimischen Früchte verbessern, die Bezugsquellen für die Käufer optimieren und den Produzenten und Produzentinnen profitablere Absatzmöglichkeiten beschaffen. Neben einer Sortenschau präsentierten gewerbliche Anbieter aus dem gesamten Reich diverse Gerätschaften zur Pflege der Bäume und zur Verarbeitung des Obstes. Eine sechszehnköpfige Kommission „zur Hebung des Obstbaues und der Obstverwertung“, der fünf Lehrkräfte, darunter auch der bereits erwähnte Lehrer Carl Hesselmann, angehörten, war mit dem Ergebnis sehr zufrieden.“ Denn der Obstmarkt bestätigte überzeugend, daß es notwendig ist, bessere Obstsorten zu ziehen. Minderwertiges Obst wurde nicht verlangt. Feines Tafelobst konnte selbst zu hohen Preisen nicht ausreichend geliefert werden.“⁶² Die Mengen verkauften Obstes führten mit weitem Abstand die drei Apfelsorten „Neuhauser“, „Flambeau“ und „Streifling“ an, von denen an den drei Veranstaltungstagen jeweils mehr als eine Tonne verkauft werden konnte.⁶³ Dem (Bergisch) Neukirchener Hauptlehrer Ewald Röll oblag die Aufgabe, die Produzenten mit Vorträgen davon zu überzeugen, künftig weniger, aber dafür qualitätsvollere Ware zu offerieren. Sein Obstsortiment sah

abhängig von der Bodenqualität folgende Sorten vor: Bei den Äpfeln „Charlamowsky“, „geflamter weißer Kardinal“, (einfarbige) „Landsberger Reinette“, „Balker Reinette“ (auch „Prinz Wilhelm“ genannt), „große Kasselers Reinette“, „Wintergoldparmäne“, „Schöner von Boscoop“, „Harberts-Reinette“ und „Parkers Pepping“. An Birnen sollten die Züchter vorzugsweise die „gute Graue“, „Williams Christ“, „Pastorenbirne“, „Köstliche von Charneux“, „gute Louise von Aorauches“ und die „rote Dechantbirne“ (auch „Hansels Bergamotte“) anbauen.⁶⁴ Darüber hinaus engagierte sich Röll in der systematischen Obstverwertung in den Haushalten. Insofern lag es nahe, dass er im Jahr 1898 zu den Initiatoren der Obstverwertungsanstalt in seinem Heimatort (Bergisch) Neukirchen zählte⁶⁵, die Äpfel und Birnen zu Most und Obstwein verarbeitete.⁶⁶ Der Leichlinger Obstmarkt, der fortan alljährlich stattfinden sollte und bis auf den heutigen Tag die zentrale Veranstaltung der Bergischen Obstbauern ist, machte zwar Defizite deutlich, wies aber andererseits auch Wege in die Zukunft. Die bis dahin herausragende Stellung des Elementarschulwesens für die Popularisierung des Obstanbaus verlor nach und nach ihre Bedeutung. Hauptamtliche Fachkräfte traten an die Stelle der Idealisten und Obstliebhaber, die wenig marktorientiert eine große Vielfalt der Sorten schätzten. Deren Ideale lebten jedoch weiter in der Lebensreformbewegung, die im Jahr 1893 mit der „Vegetarischen Obstbau-Kolonie Eden“ in Oranienburg bei Berlin ihren Traum vom Paradiesgarten auf Erden verwirklichen wollte und die erste, nach wie vor bestehende genossenschaftliche Landkommune Deutschlands gründete.⁶⁷

„Kauft Obst im Lande!“⁶⁸

In der Professionalisierung des Bergischen Obstbaus spiegeln sich im Kleinen die grundlegenden Veränderungen wider, die die Landwirtschaft seit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 erfuhr. Während sie noch unter der Kanzlerschaft des Großgrundbesitzers Otto von Bismarcks (1815–1898) besondere Privilegien genoss, beendete sein Nachfolger Leo von Caprivi (1831–1899) dessen agrarische Schutzzollpolitik und förderte intensiv die industrielle Entwicklung. Der Dynamik des freien Warenhandels konnte sich nun auch die Landwirtschaft nicht mehr entziehen und gründete 1899 in Bonn mit der „Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz“ (heute: Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen) eine entsprechende Fachbehörde, die unmittelbar wettbewerbsverbessernde Maßnahmen im



Abb 13: Entwurf des Werbeplakates für den ersten Obstmarkt in Leichlingen 1896 (Stadtarchiv Leichlingen, Akte Nr. VII/50).

Obstbau einleitete: So konnten im Jahr 1900 vor dem Hintergrund der ersten Zählkampagne in Preußen auch die Obstbäume in der Rheinprovinz quantitativ erfasst werden.⁶⁹ Die Ergebnisse belegen, dass die bergischen Kreise insgesamt sehr hohe Bestände aufwiesen. Während in Solingen (Land) als Spitzenreiter zehn und mehr Bäume auf einem Hektar Land wuchsen⁷⁰, wies die preußische Gesamtstatistik den Siegbkreis mit 591.343 Obstbäumen als einen der sechzehn obereichsten Kreise des Königreiches aus.⁷¹ 1902 trat das Rheinische Anbausortiment, das sich aus zehn Apfel-, sechs Birnen- und zehn Steinobstsorten zusammensetzte, in Kraft.⁷² Es orientierte sich im Wesentlichen an ein Prämiensystem, mit dem die Rheinische Provinzialverwaltung die Regeneration der im Winter 1879/1880 erfrorenen Obstbaumkulturen zunächst allgemein und später sortenspezifisch subventionierte.⁷³ Dieses Förderprinzip sorgte für die rasche Verbreitung weniger Arten auf Kosten der biologischen Vielfalt. In der Praxis bedeutete dies, dass Landwirte pflegeintensivere und weniger robuste Sorten bei Pflanzmaßnahmen nicht mehr berücksichtigten. Außerdem konnten sie bei der Kammer in Bonn kostenlos nur noch Edelreiser des empfohlenen Sortiments erhalten und damit bereits vorhandene Obstbäume entsprechend veredeln.⁷⁴ Dass der rheinische Obstmarkt damals noch sehr kleinteilig und alles andere als marktorientiert war, zeigt sich auch daran, dass die Kammer wenige Jahre später einheitliche Obstversandkisten für 12,5 und 25 Kilogramm Ware auf den Weg brachte.⁷⁵ Auch die Einrichtung einer „Obstverkaufs-Vermittlungsstelle“ in Bonn verdeutlicht diese Schwäche. Und sie sollte dem in der

Rheinprovinz gewachsenen Obst bessere Absatzgebiete eröffnen sowie den Handel zwischen Obsthändler und Kunden und Kundinnen verbessern.⁷⁶ Seinen ersten großen Auftritt erlebte der rheinische Obstbau auf der „Internationalen Kunstausstellung, Kunsthistorischen Ausstellung und Großen Gartenbauausstellung“, die vom 1. Mai bis zum 23. Oktober 1904 in Düsseldorf stattfand. Trotz der merkwürdigen Verbindung zweier grundverschiedener Genres besuchten 2,7 Millionen Menschen die Präsentation im und am Kunstpalast.⁷⁷ Besondere Verdienste um die Förderung des heimischen Obstbaus erwarb sich auch Adolf Lucas (1862–1945). Seit dem Jahr 1900 hatte der promovierte Jurist das Amt des Landrates des Kreises Solingen inne.⁷⁸ Seine Aktivitäten zielten schon früh darauf ab, die wirtschaftliche Lage der Landwirte zu verbessern. Bereits 1901 schuf er die Stelle eines Kreisgärtners für Obst-

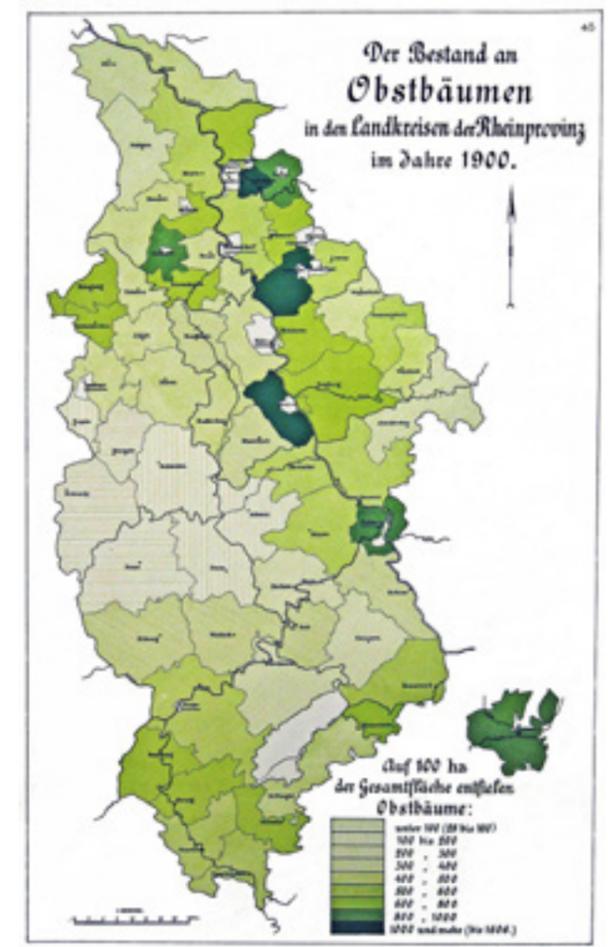


Abb. 14: Die dunkelgrünen Bereiche auf der Karte der Rheinprovinz markieren im Jahr 1900 die Regionen mit den größten Obstbaumbeständen. Es sind im Einzugsgebiet des Lindlarer Freilichtmuseums die alten Landkreise Bonn und Solingen (LVR-Freilichtmuseum Lindlar).



Abb. 15: Die unterschiedlichen Dimensionen der einst zahlreichen Obstverwerter zeigen sich im direkten Vergleich der baulichen Anlagen: links die noch 1963 technisch überholte „Obstkraut-Fabrik“ von Peter Ersfeld in Eitorf. Rechts die ungefähr zur gleichen Zeit stillgelegte „Marmeladen-, Gelee- und Krautfabrik“ von Paul und Wilhelm Ehrenstein in Waldbröl (Fotos: Michael Kamp, LVR-Freilichtmuseum Lindlar).

und Gartenbau⁷⁹. Hugo Schnaare (1874–1939) hatte sich vorrangig darum zu kümmern, dass die Bedeutung des Obstanbaus im Kreisgebiet zunahm und ihre Erzeugnisse besser vermarktet wurden. Außerdem hielt er regelmäßig Vorträge und bot Fortbildungskurse an. Die kreiseigene Gärtnerei, die sich seit 1911 im ehemaligen Obstgarten der Familie Römer in Bergisch Neukirchen befand, war so konzipiert, dass sie sich wirtschaftlich trug.⁸⁰ Ob die im Jahr 1920 neu eröffnete Landwirtschaftsschule in Opladen den Wirkungskreis von Hugo Schnaare erweiterte oder gar einschränkte, ist nicht überliefert. Kurze Zeit später erfahren wir, dass er auch an den Volksschulen in den Dörfern Obstbau unterrichtete.⁸¹ Die wirtschaftliche Aufbruchsstimmung, die mit dem Leichlinger Obstmarkt einherging, beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Heimatkreis Solingen, sondern wirkte weit in das Bergische Land hinein. So gründete sich kurze Zeit später in Hartegasse bei Lindlar eine Obstverwertungsgenossenschaft, die zeitweise mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte und jährlich 50 Tonnen Äpfel zu Wein verarbeitete.⁸² Im gleichen Ort betrieb Hubert Stelberg eine große Obstplantage.⁸³ Noch weiter östlich in Waldbröl hatte die Familie Ehrenstein im Jahr 1890 eine kleine Krautpatsche eröffnet, die Äpfel und Birnen in den damals weit verbreiteten Brotaufstrich „Apfelkraut“ verwandelte. Damals ahnte niemand, dass sich diese Firma dank des Managements von Paul und Wilhelm Ehrenstein aus kleinsten Anfängen zur größten „Marmeladen-, Gelee- und Krautfabrik“ des Oberbergischen Kreises entwickeln würde und bis in die 1960er Jahre produzierte.⁸⁴

An dieser Wertschöpfungskette sind jedoch die Lehrkräfte als einstige Wegbereiter der Obstbaukultur im Bergischen Land nicht mehr beteiligt. Nach wie vor vermittelten die Ambitioniertesten ihren Schülern und Schülerinnen im Schulgarten pomologische Kenntnisse oder widmeten sich mit Leidenschaft der Imkerei, die eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Qualitätsernten ist. Zweifelsohne ein Fachmann auf diesem Gebiet war Johannes Schneider (1864–1944). Am 1. September 1888 hatte er seine Lehrerstelle an der Elementarschule in (Gummersbach-)Windhagen angetreten und war dort sein gesamtes Berufsleben bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1930 tätig. Seine Hauptleidenschaft galt jedoch der Honigbiene. So errichtete Schneider im Jahr 1905 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender den zentralen Bienenstand der Kreisimker⁸⁵ auf einem Grundstück neben seiner Schule. Dieses Gebäude mit den Dimensionen eines Gartenhauses übergaben seine Nachfahren vor einigen Jahren dem LVR-Freilichtmuseum in Lindlar (Abb. 14). Als langjähriger Vorsitzender des „Bienenzuchtvereins für den Gummersbach“ reiste Schneider im Juli 1913 nach (Berlin-)Charlottenburg und nahm dort an der „Wanderversammlung deutscher und österreichischer und ungarischer Bienenwirte“ teil.⁸⁶ Zu Schneiders Zeit zählten öffentlich geförderte Obstbaukurse für Lehrer an diversen Fortbildungsanstalten in der Rheinprovinz bereits zum Alltag. Zu den Wegweisenden Instituten gehörte die „Königliche Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Geisenheim am Rhein“. Die Einrichtung

war 1871 von dem Generalkonsul und Freizeitbotaniker Eduard von Lade (1817–1904) gestiftet worden. Ihr langjähriger Leiter Rudolf Goethe (1843–1911) verhalf ihr zu hohem Ansehen. Als besonderes Anschauungsmaterial enthielt der Lehrmittelsaal eine große Kollektion von Wachsfrüchten, die 1.144 Obstsorten umfasste.⁸⁷ Der Rheinische Provinzialverband betrieb ähnliche Einrichtungen in Ahrweiler, Kreuznach und Trier, an denen sich Baumwärter, Gartenbesitzer, Geistliche, Landwirte und Pädagogen weiterbilden konnten.⁸⁸ Die Schulgartenidee an Elementar- und Volksschulen hat seit Ihren Anfängen im frühen 19. Jahrhundert die Zeiten überdauert. Staatliche Verordnungen gaben die Bildungsinhalte vor. Dass diese nicht immer ideologiefrei waren, wird in besonderer Weise im Nationalsozialismus deutlich, als der Garten kein Ort der Freiheit mehr war, sondern als „Mustergarten“ die Idee der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft widerspiegelte.⁸⁹

Die ungewisse Zukunft der Schulgärten und ein nicht realisiertes „heimatliches Obstbaumuseum“
Während schulische Gartenarbeit heute fest in der Montessori- oder Waldorfpädagogik verankert ist, spielt sie an den öffentlichen Grund-, Haupt- oder Gesamtschulen im Bergischen Land kaum eine Rolle. Auch die im Jahr 2002 unter der Schirmherrschaft der „Deutschen Gartenbau-Gesellschaft 1822 e.V.“ gegründete „Bundesarbeitsgemeinschaft Schulgarten“⁹⁰ führte hier zu keiner Trendwende. Stattdessen erfreut sich das seit Frühjahr 2010 von der Europäischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen geförderte Schulobst- und -ge-

müseprogramm großer Beliebtheit. Eigentlich konkurrenziert es eigene gärtnerische Aktivitäten an den Lehranstalten, denn die teilnehmenden Primar- und Förderschulen erhalten von ausgewählten Lieferanten und Lieferantinnen wöchentlich für jeden Schüler und Schülerinnen kostenlos 300 Gramm frisches Gemüse und Obst. Ziel ist, das Ernährungsverhalten der Kinder und Jugendlichen positiv zu beeinflussen. Zurzeit nutzen 1.101 Schulen an Rhein und Ruhr das Angebot: darunter befinden sich 179 Schulen im Einzugsgebiet des LVR-Freilichtmuseums Lindlar.⁹¹ Der Rückzug der sich zur Pomologie berufen fühlenden Pädagogen vollzog sich etappenweise und fand seinen vorläufigen Endpunkt in dem Vorhaben, in Leichlingen ein „heimatliches Obstbaumuseum“ zu gründen. Die Idee dazu stammte aus der Stadtverwaltung und fand sofort in dem Lehrer und Heimatforscher Fritz Hinrichs (1890–1976) einen eifrigen Förderer. Hinrichs, der seit 1928 an der Städtischen Gemeinschaftsgrundschule Uferstraße in Leichlingen unterrichtete und bis zum Rektor aufstieg, hatte die Geschichte der „Bergischen Obstkammer“ erforscht und war für die Aufgabe prädestiniert. Die Auftaktbesprechung zur Museumsgründung fand im Mai 1950 in größerer Runde statt. Alle Anwesenden begrüßten die Idee und dachten bereits konkret über einen ersten Standort in einem alten Schulgebäude nach. Doch auf den verheißungsvollen Auftakt folgte ein zähes Ringen um die Finanzen, den Umfang der Ausstellung und die Trägerschaft. Das Projekt kam in die Jahre und wurde nur noch dann als „zusätzliche Attraktion“ diskutiert, wenn der Leichlinger Obstmarkt ein-



Abb. 16: Zwei neue Gebäude für das LVR-Freilichtmuseum in Lindlar: links das 1905 von der Kreisimkerschaft Gummersbach errichtete Bienenhaus; rechts die 1861 errichtete Elementarschule von Hermesdorf bei Waldbröl (Fotos: Michael Kamp, LVR-Freilichtmuseum Lindlar und Dr. Barbara Rinn, Freies Institut für Bauforschung und Dokumentation e.V. in Marburg).

mal nicht die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt hatte. Währenddessen wuchs die eingelagerte Sammlung beständig an. Nach dem Tod von Fritz Hinrichs begann die Verlagerung der bereits vorhandenen Museumsobjekte von einem Ort zum nächsten: 1987 gelangten sie schließlich in einen Kellerraum der Katholischen Grundschule in der Kirchstraße, fünf Jahre fand sich das „Inventar des Obstbaumuseums“ in der Gemeinschaftsgrundschule Büscherhof wieder. Danach verliert sich seine Spur.⁹²

Obstbauliche Perspektiven des LVR-Freilichtmuseums in Lindlar

Seit dem Beginn der Pflanzaktionen bodenständiger Arten im Museumsgelände vor rund 25 Jahren können heute über 30 verschiedene Kern- und Steinobstsorten erfolgreich kultiviert werden. Diese überschaubare Zahl scheint zunächst im Widerspruch zu der Sortenfülle zu stehen, die einst in Deutschland in die Hunderte ging und sehr viele auf kleine und kleinste Verbreitungsräume vorkommende Varianten enthielt. Grundsätzlich wachsen Obstbäume an vielen Standorten, doch sind die örtlichen Gegebenheiten für einen Ernteerfolg ausschlaggebend: Je günstiger die klimatischen Bedingungen und Bodenverhältnisse, desto optimaler fällt der Ernteertrag aus. In diesem Sinne ist geplant, die Anbauflächen im Museum für traditionelle Sorten in den nächsten Jahren erheblich zu erweitern.⁹³ Dies geschieht vor dem Hintergrund der Übernahme der technischen Einrichtung einer historischen Krautpasche aus Eitorf an der Sieg, die den Auftakt dafür bietet, das Lindlarer Freilichtmuseum künftig als weiteren Standort in der regionalen Vermarktung des heimischen Obstes und seiner vielfältigen Produkte zu etablieren.⁹⁴ In diesem Kontext ist auch die bevorstehende Versetzung der 1861 errichteten Elementarschule aus Waldbröl-Hermesdorf in das Museumsgelände zu sehen, in der Interessierte nicht nur pomologische Grundkenntnisse erwerben, sondern auch konkret im Schulgarten anwenden können.

Endnoten

- 1 Siehe dazu Voss, F.: Leitfaden für die Planung und Entwicklung von Schulgärten, beispielhaft vertieft am Schulgarten des Internatsgymnasiums Schloss Torgelow. Masterarbeit an der Hochschule Neubrandenburg 2013 (http://digibib.hs-nb.de/file/dbhsnb_derivate_0000001732/Masterarbeit-Voss-2013.pdf, abgerufen am 11. Juli 2016).
- 2 Allgemein zur Kulturgeschichte des Obstbaus: BALLING, E.: Die Kulturgeschichte des Obstbaus, Zell und Germering 2009 (PDF-Dokument unter https://www.lfl.bayern.de/mam/cms07/iab/dateien/kulturgeschichte_obstbau_extern.pdf, abgerufen am 02. Juli 2016.)
- 3 ULLRICH, B.: Bestandsgefährdung von Vogelarten im Ökosystem „Streuobstwiese“ unter besonderer Berücksichtigung von Steinkauz Athene noctua und Würgerarten der Gattung Lanius, in: Beih. Veröff. Natursch. Landschaftspf. Bad.-Württ. 7, 1975, S. 90–110.
- 4 Der Grüne Plan. 1. Grüner Bericht 1956, Bonn-München-Wien 1956, S. 283f.
- 5 Alfred Bartl war viele Jahre für das 1985 gegründete und 1998 eröffnete LVR-Freilichtmuseum Lindlar – Bergisches Freilichtmuseum für Ökologie und bäuerlich-handwerkliche Kultur beratend tätig und veranstaltete dort zahlreiche erfolgreiche Obstbaumpflegekurse.
- 6 Familienarchiv Preyer in Wermelskirchen-Kreckersweg.
- 7 RUBENS, F.: Der Garten- und der Obstbau. Zwei stets fließende Quellen des Nutzens, des Vergnügens und der Erholung für den Bürger und Landmann, 2. Bde., Wesel 1862, Bd. 2, S. XV.
- 8 DÖRING, A.: „Apfel-, Pären-, Rüwenkrütt“. Krautkochen im Rheinland – Von der häuslichen Krautbereitung zur Krautfabrikation mit EU-Qualitätssiegel, in: Der Apfel. Kultur mit Stiel. Ehestorf 2014, S. 107–126.
- 9 Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Köln, Stück 6, Di(e)nstag, den 8. Februar 1831, (S. 29). Siehe auch: Stadtarchiv Solingen, S. 4547.
- 10 SCOTTI, J. J. [Bearb.]: Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in den ehemaligen Herzogthümern Jülich, Cleve und Berg und in dem vormaligen Großherzogthum Berg über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind, Düsseldorf 1821/22; Bd. 3, S. 1468.
- 11 Siehe Anmerkung 9) Amtsblatt Köln 1831.
- 12 Zu den wenigen Veröffentlichungen, die sich mit dieser Thematik befassen, zählt der Aufsatz von Erika van Norden: „Landescultur“ im Rheinland. Ein unbekanntes Kapitel der rheinischen Landesgeschichte, in: Romerike Berge. Zeitschrift für das Bergische Land, 57. Jg., Essen 2007, Heft 2, S. 21–35.
- 13 Die Königliche Regierung in Düsseldorf bemängelte schon im Jahr 1824, dass die in dieser Angelegenheit erteilten Direktiven „nicht in allen Kreisen mit jenem Eifer und jener Beharrlichkeit, welche wir erwartet haben, befolgt werden. Wir können aber um so weniger zugeben [= erlauben], daß diese Angelegenheit gleichgültig behandelt werde, je fester wir überzeugt sind, daß sie für jeden Kreis unsers Verwaltungsbezirks sehr wichtig ist“ (Stadtarchiv Solingen, S. 4547).
- 14 Bauernfreund. Landwirtschaftliche Beilage zum „Oberbergischen Anzeiger“, 10. September 1884.
- 15 So ließ schon im Jahr 1820 das Königliche Konsistorium von Westfalen 200 Exemplare seiner Anleitung zum Obstbau an die Lehrerseminare verteilen, in: Die Preußische Volksschule oder geordnete Sammlung der Königlich Preußischen Gesetze und Verordnungen über das gesamte Volksschulwesen zum Handgebrauch, Görlitz 1825, S. 141. Die Königliche Regierung in Köln folgte diesem Beispiel und empfahl Baedekers Schrift 1821 für alle Schulen (Sammlung der Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen über das Elementar-Schulwesen für den Regierungsbezirk Köln, Köln 1835, S. 192ff).
- 16 Amtsblatt der Regierung zu Düsseldorf, Düsseldorf 1812, S. 119
- 17 Stadtarchiv Solingen, KF 319.

- 18 ZUCCALMAGLIO, V. v.: Der Obstbau und die Bepflanzung de Wege, Straßen und Eisenbahnen. Mit Benutzung der Erfahrungen und Aufzeichnungen des JustizR(at) Deycks zu Opladen, Elberfeld (Wuppertal) 1868.
- 19 RUBENS, F.: Pomologisches Lesebuch für unsere Landschulen, Krefeld 1838; Vollständige Anleitung zur Obstbaumzucht, 2 Bände, Essen 1843/44; Kurzer und fasslicher Unterricht in der einfachen Obstbaumzucht für die Landjugend, Essen 1845; Der Obstbaumfreund, Stuttgart 1846, 1850²; Immerwährender Obstbau-Kalender, Solingen 1848; Der Obstbau am Spalier, Leipzig 1850; Der Garten- und Obstbau, 2 Teile, Wesel 1862.
- 20 RUBENS, F.: Leicht fassliche Anleitung zur Erziehung und Behandlung des Weinstocks im Weinberge ..., Mannheim 1844, 1850²; Der kleine Weinbauer, Mainz 1845; Neuester Weinbau-Kalender ..., Leipzig 1858; Das Winzerbuch, Leipzig 1858.
- 21 RUBENS, F.: Der Gartenfreund, Solingen 1848.
- 22 Vermerkt auf dem Titelblatt von „Der Garten- und Obstbau, Wesel 1862.“
- 23 In Lucas Standardwerk „Die Obstbenutzung, eine gemeinfaßliche Anleitung zur wirtschaftlichen Verwendung unserer wichtigeren Obstsorten, Stuttgart 1856, S. 153f widmet er Rubens Beschreibung über die Krautherstellung und ihrer Bedeutung eine längere Textpassage.
- 24 1823–26 Ausbildung am Lehrerseminar in Moers unter Adolph Diesterweg, danach erste Lehrergehilfenstelle in (Wuppertal-) Cronenberg. Bei einer Inspektion zeigte sich Diesterweg unzufrieden mit den pädagogischen Leistungen seines vormaligen Eleven. Siehe dazu: GOEBEL, K. [Hrsg.]: Diesterweg am Niederrhein. Briefe und Berichte, Neuwied 2000, S. 180.
- 25 Stadtarchiv Solingen, H 208, u.a. die Schule zu Hossenhaus betreffend: „So ist sehr zu bedauern, daß die Bemühungen des früheren Schullehrers jetzt (1828) fast ganz wieder vereitelt worden sind; weshalb gemeinschaftlich mit dem Schulpfleger dahin zu wirken ist, daß die Obstbauschule wieder in guten Stand gesetzt und der Lehrer (Rubens) zur Beförderung der Sache mehr angeregt werde“.
- 26 HAUER, G. F. v.: Statistische Darstellung des Kreises Solingen im Regierungsbezirk Düsseldorf, Köln 1832, S. 11.
- 27 Aus dem Leben von Lehrer Gelderbloom, in: Solinger Tageblatt, Nr. 165 vom 20. Juli 1935. Er hatte sich wohl als erster Solinger Schulmeister der Pomologie verschrieben.
- 28 Insgesamt beanspruchten die in allen Schulen für den Obstbau genutzten Flächen etwas mehr als 1/3 Hektar heutigen Maßstabes, ermittelt aus Angaben im Amtsblatt der Regierung zu Düsseldorf, Nr. 47, Düsseldorf 1830, S. 390.
- 29 Amtsblatt der Regierung zu Düsseldorf, Nr. 41, Düsseldorf 1828, S. 183.
- 30 Alltag im Kreis Solingen 1823. Dr. J. W. Spiritus und seine medizinische Topographie, Solingen 1991, S. 147.
- 31 Die Rheinprovinz der Preussischen Monarchie, Band 1, Düsseldorf 1833, S. 164. Das preußische Hohlmaß „Scheffel“ entspricht einem Volumen von ca. 55 Litern. Der Anschaulichkeit halber könnte die gesamte Menge des 1833 im Kreis Solingen gewonnenen Backobstes heute in zehn großen Tanklastern transportiert werden, die des Muses oder Kraut fände in zwanzig derartigen Fahrzeugen Platz.
- 32 ZUCCALMAGLIO, V. v.: Geschichte und Beschreibung der Stadt und des Kreises Mülheim a. R. Zum Vortheil des Kölner Dombauers, Köln 1846, S. 263.
- 33 Amtsblatt der Regierung zu Düsseldorf, Nr. 47, Düsseldorf 1830, S. 294.
- 34 Zwei Vorträge über Obstbaumzucht. Coesfeld 1865, S. 5.
- 35 Praktische Unterrichtslehre für Seminaristen und Volksschullehrer, München 1899, S. 400
- 36 RUBENS, F.: Pomologisches Lesebuch für unsere Landschulen, Krefeld 1838.

- 37 GOEBEL, K. [Hrsg.]: Diesterweg am Niederrhein. Briefe und Berichte. Neuwied 2000, S. 190.
- 38 GOEBEL, K. [Hrsg.]: Diesterweg am Niederrhein. Briefe und Berichte. Neuwied 2000, S. 189f.
- 39 FROWEN, J. F.: Kurzgefaßter Unterricht in der Obstbaumzucht. Ein Prämienbüchlein für arme Landschüler. Dhünn o.J. (1869).
- 40 So z. B. „Emils Geburtstagsbirne“, „Bertas Gute Graue“ und „Lauras Zuckerbirne“.
- 41 LEY, W.: Der Lehrer aus Alsbach. Christian Ley's Leben. Barmen 1927.
- 42 GOEBEL, K.: Dein dankbarer und getreuer F.W. Dörpfeld, Wuppertal 1976, S. 169.
- 43 LEY, C.: Immerwährender Kalender für die Obstbaumzucht; eine Anleitung für den Landmann, was in jedem Monate des Jahrs in der Obstbaumzucht zu thun ist, und wie es gethan werden muß. Alsbach 1877.
- 44 Ebd., S. 4.
- 45 Theodor Braeucker, Chronik von Derschlag und Umgebung, angefangen im Mai 1864 (Handschrift in der Stadt- und Kreisbücherei Gummersbach).
- 46 Ebd., S. 17.
- 47 Ebd., S. 288.
- 48 Ab ungefähr 1900 Bezeichnung der Obstanbaugebiete in Region um Leichlingen.
- 49 HESSELMANN, C.: Leitfaden der Obstkultur. Berlin 1880, S. 3.
- 50 Wie beispielsweise der Lehrer Mattay in Loope bei Engelskirchen, der per Annonce 100 Apfelwildlinge zum Verkauf anbot (Gummersbacher Kreisblatt vom 14. September 1861).
- 51 Stadtarchiv Solingen, S 232.
- 52 HOESCH, E.: Der landwirtschaftliche Obstbau. Bonn 1883.
- 53 Ebd., Titel.
- 54 Sammlung der Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen, welche in dem vormaligen Großherzogthum Berg und in dem Regierungsbezirk Düsseldorf über das Elementar-Schulwesen ergangen sind. Vom Jahr 1810 bis zum Schluß des Jahres 1840, Elberfeld 1841², S. 105.
- 55 LOSS, G.: Verzeichniß sämmtlicher Denk- und Gelegenheitsmünzen, welche aus der Berliner Medaillen-Münze von G. Loos seit der Gründung dieser Anstalt durch den Hof-Medailleur Daniel Friedrich Loos hervorgegangen sind. Berlin 1842, S. 22.
- 56 Das waren die Elementarschuler Stapper in Wersten, Claas in Solingen-Merscheid, Brackelmann in Beyenburg und Schollenbruch in Mettmann (Amtsblatt der Regierung zu Düsseldorf, Nr. 47, Düsseldorf, 2. August 1830.
- 57 Stadtarchiv Solingen, H 2506.
- 58 Amtsblatt der Regierung zu Düsseldorf, Nr. 39, Düsseldorf, 3. Juli 1829.
- 59 Freundlicher Hinweis von Hans Deutsch, Eitorf.
- 60 Stadtarchiv Solingen, H 206, Dokument vom 12. März 1894. Zur Hebung des Obstbaus, in: Der Bote am Rhein und an der Nieder-Wupper, Opladen, 12. Dezember 1896.
- 61 Umfassend dazu SCHULZ-WALDEN, T.: Bergische Obstbauern und Leichlinger Obstmarkt um 1900, in: Rheinisch Bergischer Kalender 2014. Jahrbuch für das Bergische Land, 84. Jg., Bergisch Gladbach 2013, S. 134–148 oder 100 Jahre Obstmarkt in Leichlingen, Leichlingen 1996.

- 62 Stadtarchiv Leichlingen, Der Obstmarkt zu Leichlingen 1895–1924.
- 63 Stadtarchiv Leichlingen, Der Obstmarkt zu Leichlingen 1895–1924.
- 64 Ebd.
- 65 WILLMS, H.: Geschichtliches über die „Bergische Obstkammer“, in: Jülich-Bergische Geschichtsblätter, 9. Jg. Wuppertal 1932, S. 49.
- 66 Stadtarchiv Leverkusen, Nr. 60.365 (Obstverwertungsanstalt zu Neukirchen).
- 67 Siehe Homepage www.eden-eg.de oder Corona Hepp: Avantgarde. Moderne Kunst, Kulturkritik und Reformbewegungen nach der Jahrhundertwende, München 1987, S. 80ff.
- 68 HINTERTHÜR, L.: Der Apfel. Praktisches Handbuch über Anbau, Zucht, Pflege, Arten, Verwertung, Schädlinge etc. des Apfelobstes, Leipzig o. J. (1912), S. 10.
- 69 Rheinische Monatsschrift für Obst-, Garten- und Gemüsebau, 1. Jg., Bonn 1907 (Probenummer), S. 39f.
- 70 Veröffentlichungen der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Bonn 1907, Nr. 1, S. 24f.
- 71 Rheinische Monatsschrift für Obst-, Garten- und Gemüsebau, 1. Jg., Bonn 1907 (Probenummer), S. 40. Die beiden obstreichsten Kreise Preußens waren Jork im Alten Land mit 1.066.392 und Zauch-Belzig (heute:Potsdam-Mittelmark) mit 1.368.778 Bäumen.
- 72 Veröffentlichungen der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Bonn 1907, Nr. 1, S. 24.
- 73 Stadtarchiv Burscheid, Bestand 1–865: Bekanntmachung des Kreises Solingen vom 7. Februar 1898, die „Anpflanzung von guten Obstbäumen“ betreffend. Die finanziell geförderten Sorten lauteten: a. Äpfel. 1. Charlamowsky, 2. Schöner von Boskop, 3. Winter-Goldparmäne, 4. Parkers und Ribstons Pepping, 5. Balken rote Reinette, 6. Geflammt weißer Kardinal, 7. Große Kasseler Reinette, 8. Harbertz Reinette, 9. Manks Kodlin. b. Birnen. 1. Bosks Flaschenbirne, 2. Gute Graue, 3. Hofrats-Birne, 4. Rote Dechantsbirne, 5. Neue Fulvia, 6. Gute Louise von Avranches, 7. Köstliche von Charneux, 8. Williams Christbirne. c. Kirschen. 1. Rote Maikirsche, 2. Spanische Glaskirsche, 3. Lothkirsche, 4. Königliche Amarelle, 5. Königin Hortensia.
- 74 Rheinische Monatsschrift für Obst-, Garten- und Gemüsebau, Bonn 1910, Nr. 8, S. 187.
- 75 Veröffentlichungen der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Bonn 1907, Nr. 1, S. 27.
- 76 Rheinische Monatsschrift für Obst-, Garten- und Gemüsebau, 1. Jg., Bonn 1908, Nr. 7, S. 109.
- 77 http://www.schaffendesvolk.sellerie.de/2_1904.html, abgerufen am 11.07.206.
- 78 LUCAS, A.: Erinnerungen aus meinem Leben, Opladen 1959, S. 47.
- 79 Verwaltungsbericht des Kreisausschusses des Kreises Solingen-Land für die Jahre 1914 bis 1924, Vorwort.
- 80 Verwaltungsbericht des Kreisausschusses des Kreises Solingen-Land für die Jahre 1914 bis 1924, S. 117.
- 81 Verwaltungsbericht des Kreisausschusses des Kreises Solingen-Land für die Jahre 1914 bis 1924, S. 120.
- 82 Landesarchiv Duisburg, Landratsamt Wipperfürth 150.
- 83 Privater Nachlass des ehemaligen Landwirtschaftsdirektors und Bürgermeisters Josef Vollmer, Lindlar: Todesanzeige des Obstplantagenbesitzers Hubert Stelberg (1843/44–1917).
- 84 Private Aufzeichnungen von Wilhelm Ehrenstein, Waldbröl.
- 85 Der von Lehrer Schneider geleitete Gummersbacher Imkereiverband umfasste 89 Mitglieder und zählte zu den stärksten Ortsgruppen des 1849 gegründeten „Bienen- und Seidenzucht-Verein der Rheinprovinz“ (Stadtarchiv Burscheid, Bestand 1–865).
- 86 Landesarchiv Duisburg, Landratsamt Gummersbach 960.
- 87 Stadtarchiv Burscheid, Bestand I-865 (Zeitungsausschnitt v. 4. Dezember 1901).
- 88 Die Rheinische Provinzial-Verwaltung. Ihre Entwicklung und ihr heutiger Stand. Düsseldorf 1925, S. 529ff.
- 89 Die Amtsführung des Lehrers. Schulrecht. Ein Ratgeber und Nachschlagebuch für alle Fragen der Volks- und Realschulen. Düsseldorf 1955, S. 527f.
- 90 Nähere Informationen auf der Homepage des Verbandes <http://www.bag-schulgarten.de/home>, abgerufen am 10. Juli 2016.
- 91 <http://www.schulobst.nrw.de>, abgerufen am 10. Juli 2016.
- 92 Stadtarchiv Leichlingen, Bestand Leichlingen, Akte 1078.
- 93 Freilichtmuseum Lindlar plant einen Obsthof, in: <http://www.rundschau-online.de/region/oberberg/wipperfuertth/freilichtmuseum-lindlar-plant-einen-obsthof-26820198>, abgerufen am 26. Juni 2017.
- 94 Siehe dazu: Hans Deutsch: Obstanbau und Obstverwertung, in: Eitorfer Heimatblätter 22/2005, S. 33–53.

Der „Preußenbaum“ im Rheinland – Fluch und Segen¹

Bernward Selter

Einleitung

Bis heute ist der „Preußenbaum“ – ob nun Fichte oder Kiefer – umstritten in unserer Region. Der Anbau der seinerzeit besonders von den Preußen protegierten Nadelbäume konnte Fluch und Segen bedeuten. Vielen Bauern war die preußische Aufforstungspolitik ein Dorn im Auge. Zahlreiche zeitgenössische Quellen belegen dies. Trotz des regionalen Bezugs der Veranstaltung sei es gestattet, eingangs mit einem westfälischen Beispiel zu beginnen:

Als der sauerländische Oberförster Holzapfel am 2. Mai 1821 zusammen mit einem seiner Förster mit einer Fichtenanpflanzung im Sorpetal beschäftigt war, erschienen mehrere Bauern am Ort des Geschehens, „alle mit Hacken und Axten bewaffnet“, und machten – so vermerkte es der angegriffene Staatsdiener in seinem späteren Bericht – ihrem Unmut über die Aufforstungen freien Lauf: „Wer Herr im Lande seye, ihr Förster, oder der König? Wer wann gibt ihnen den Befehl, unser Eigenthum noch weiter zu verderben (...); ihr Förster thuet das alles aus euch selbst – der König weis nichts davon, ihr wollet uns zupflanzen und so einschränken, daß wir nicht mehr zur Thür heraus können. Hierauf rissen die Bauern dem Förster Schmitt das Band, wonach gepflanzt wurde, fort – danach den Arbeitern 3 Hacken und eine Axt fort – und rissen sodann alle Pflanzen, denen 460 Stück waren, aus, und warfen sie um sich her“.² Derartigen Unmut über den „Preußenbaum“ äußerten die Menschen natürlich auch im Rheinland, wie weiter noch gezeigt wird. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Ausbreitung der Baumarten Fichte und Kiefer sowie über ihren Aufstieg vom verhassten „Prüsseboom“ zum Brot- und Butterbaum der Forstwirtschaft.

Die Ausgangssituation vor 200 Jahren

Um 1800 waren auf dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens weite ehemalige Waldflächen ganz von Bäumen entblößt oder nur dürftig mit Strauchwerk und Heide bewachsen. Damals überzogen Öd- und Heideland mehr als 50 % der gesamten Bodenfläche in der Eifel; in anderen Regionen war es nicht viel besser. Eindrucksvoll schildert der preußische Regierungsrat J.N. von Schwerz die Zustände in der Eifel 1816/17: „Man sollte sehen und weinen! Ein Land, wie die Eifel, wo es nicht an Raum fehlt, wo der Boden zum Theil keinen Werth für die übrige Cultur hat, weil es an Dung und Dungmaterial gebricht, da heben die Berge von allen

Seiten ihre nackten Schädel, welche kein Gesträuch deckt, und wo kein Vöglein ein Schattenplätzchen zu seinem Neste findet“.³

Ein weiteres Beispiel liefert uns der französische Präfekt und Minister Jacques-Claude Beugnot, der 1810 von einer Inspektionsreise ins Bergische Land berichtete: „Fahrt von Lennep nach Remscheid. Eine hügelige Gegend durchquert, der es an schönen Zügen nicht fehlt, deren Natur aber doch einen Anblick der Wildheit bietet. Der Boden ist trocken und unfruchtbar; hier und da sind die Berge mit Ginster und Buschwerk bewachsen, die auf einstmals abgeholzte Wälder verweisen, wo die Vegetation aber zu schwach ist, um die ihr von den Landesbewohnern zugefügte Schmach wieder zu heilen. Keine Ernten mehr, keine Obstbäume, keine Wälder, keine Spuren von Ackerbau: nichts als Einöde und Menschen“.⁴

Trotz einer gewissen Subjektivität historischer Reiseberichte und -tagebücher wurden die Landesaufnahmen und Forstvermessungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmend genauer. In der Oberförsterei Hoeven/Monschau waren 1818 von den 4.393 ha Holzboden nicht weniger als 3.181 ha mit Öden, Blößen, Lücken etc. bedeckt gewesen sein.⁵

Ohne Holz ging nichts im „Hölzernen Zeitalter“. Holz spielte im Alltag der Menschen eine zentrale Rolle. Die Erschöpfung dieser Zentralressource erfuhr im 18. Jahrhundert immer bedrohlichere Züge. Sicherlich war



Abb. 1: Weitgehend entwaldete Eifel-Landschaft um 1860. Gemälde von Caspar J. N. Scheuren (aus: Scheuren, C. (1865): Landschaft, Sage, Geschichte und Monumentales der Rhein-Provinz. In XXVII Blättern. Düsseldorf. Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz, Blatt XIII).

ein Teil der v.a. von der Obrigkeit vorgetragenen Klagen über eine drohende Holznot und eine Verwüstung der Wälder interessegeleitet und übertrieben. Man wollte damit unliebsame Waldnutzungen der Bevölkerung aus waldgewerblichen oder jagdlichen Gründen aus den Wäldern zurückdrängen. Dennoch war die Holzknappheit nicht nur ein diskursives Phänomen, sondern lokal auch ein reales Problem.

Rückblicke

Im Holzmangelmotiv liegen wesentliche Wurzeln des ökonomischen Nachhaltigkeitsbegriffs. Das nachhaltige Denken im Umgang mit Wald und Holz ist schon sehr alt - wesentlich älter als die erste explizite Erwähnung dieses Prinzips 1713 bei dem sächsischen Juristen und Berghauptmann Hannß Carl von Carlowitz (1645–1714). Der Grundgedanke, die natürlichen Lebensgrundlagen nicht über die Maßen zu strapazieren, sondern sie

auch künftigen Generationen zu erhalten, trieb viele Menschen bereits in der Antike und im Mittelalter an. Schwanden die Ressourcen, so war die Aufforstung mit Laubholz und später Nadelholz ein probates Mittel. Erfunden haben die Nadelholzkultur aber nicht die Preußen, sondern ein Bergwerksunternehmer und Handelskaufmann aus Nürnberg: Peter Stromer initiierte schon 1368 im Nürnberger Reichswald die wohl älteste Nadelholzsäat auf deutschem Boden.⁶ Über Frankfurt, Hessen, den Harz und die süddeutschen Forstordnungen hat diese Technik auch im Rheinland und in Westfalen Eingang gefunden.

Erste Aufforstungen im Rheinland

Schon viele Jahre vor 1815 gingen die Preußen daran, im Rheinland die dort standortfremden Kiefern und Fichten einzuführen. Das erste Projekt dieser Art wurde im Tannenbusch bei Kleve am Niederrhein umgesetzt.

Dort hatte 1619 der brandenburgische Kurfürst nordöstlich des Uleusbusches Teile der Gocher Heide mit nicht heimischen Gehölzen anlegen lassen. Der Name „Tannenbusch“ führt dabei etwas in die Irre, denn es wurden seinerzeit Fichten eingesät, die man im Volksmund aber als „Tannen“ oder „Dennen“ bezeichnete. Der Große Kurfürst Friedrich erweiterte das Areal 1648 zu seiner heutigen Größe und überzog es mit Alleen. Langsam breitete sich hier ein geschlossenes Waldgebiet aus, dessen Baumarten sich im Laufe der Zeit wandelten. Bis 1671 dominierte ein Fichtenbestand. Neben der Kiefer, die seit Beginn des 18. Jahrhunderts auf den sandigen Böden gepflanzt wurde, wuchsen hier auch Eichen. Die Fichte verlor zunehmend an Fläche, da sie sich als Pionierholzart nicht eignete. Nach einer Bestandsaufnahme aus dem Jahr 1781 bestand der Tannenbusch aus „20 Morgen fleckweise stehenden jungen Fichten von 30 bis 40 Jahren, hie und her noch alten Fichten in den Allees, und etwa 20 bis 30 Morgen jungen mit Eichen und Birken vermischten Fichten von 10 bis 15 Jahr – das übrige aber ist (...) Eichen- und einiges Buchen Schlagholz mit (...) 20 bis 30 jährigen Eichenoberholzte vermischte“⁷.

Damit zählt dieser angelegte Forst zu den ersten und ältesten staatlich gelenkten Nadelholzaufforstungsprojekten in Nordrhein-Westfalen. Noch heute ist der Umfang des alten und neuen Tannenbuschs komplett erhalten; allerdings finden sich in diesem Waldstück heute nur noch wenige Nadelholzbestände, wie Tannen (Dennen), Fichten oder Kiefern.

Aber auch in anderen Regionen wurden schon vor oder um 1800 Nadelholzanbauten begründet. A. Hierse Korn nennt für die heute auf nordrhein-westfälischem Boden liegenden Eifelforstämter folgende Zahlen: „14 ha Kiefern etwa im Jahre 1774, 56 ha Kiefern etwa im Jahre 1788, 82 ha Kiefern zwischen 1800 und 1818, 18 ha Fichten etwa im Jahre 1800, 37 ha Fichten zwischen 1800 und 1818“⁸.

Gründe für die flächenhaften Nadelholzaufforstungen

Die Gründe für die Aufforstungen mit Nadelhölzern waren vielfältig: Das Bevölkerungswachstum und die gewerblich-industrielle Expansion verstärkten den Nutzungsdruck auf die Waldwirtschaft. Man musste über die Maßnahmen zur Beschränkung und Regelung der Waldnutzungen hinaus gehende Lösungen finden, um den sich dramatisch verschlechternden Waldzustand

zu verbessern und die „Devastierung“ vieler Waldböden zu stoppen. Über Jahrhunderte war zumindest regional mehr Holz konsumiert worden, als nachwachsen konnte. Waldweide und andere landwirtschaftliche Nutzungen hatten die Wälder an vielen Stellen zurückgedrängt und in Aufbau und Struktur verändert. Man benötigte eine planmäßige Waldbewirtschaftung, der es gelang, möglichst schnell wieder mehr Holz zu erzeugen, dabei aber gleichzeitig Holzzuwachs und Holznutzung künftig in der Waage zu halten – also nachhaltig zu wirtschaften.

Nach 1850 änderten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse noch einmal grundlegend. Die in großen Mengen nun abgebaute fossile Steinkohle löste die regenerative Holzkohle als Energieträger ab. Gleichzeitig verlangten Bergbau, Industrie und die wachsenden Städte riesige Mengen an Bau- und Nutzhölzern. Diese Rohstoffe mussten schnell und in großen Mengen bereitgestellt werden. Das Holz verlor seine zentrale Bedeutung als Energieträger und wurde zum Rohstofflieferanten und begehrten Wirtschaftsgut einer aufstrebenden Holz- und verarbeitenden Industrie.

Daneben modernisierte sich die Landwirtschaft. Die Waldweide und andere Waldnutzungen wurden zunehmend überflüssig, da die Bauern genug Futtermittel und Dünger herstellen konnten. Das entlastete die Wälder, sie konnten nun rein forstwirtschaftlich genutzt werden. Der Prozess der Entmischung und Nutzungsraumtrennung von Land- und Waldwirtschaft zog sich allerdings über viele Jahrzehnte hin.

Holz für den „unterirdischen Wald“

Ein Beispiel für den immensen Nadelholzhunger der Industrie ist der Steinkohlenbergbau. Mit dem Aufschwung der Kohleförderung im Ruhrgebiet seit den 1840er-Jahren wurden hier Unmengen an Holz verbraucht. Neben den fast ausschließlich aus Holz gebauten Schacht- und Aufbereitungsanlagen der Kohlenzechen kam unter Tage das Holz beim Stollen- und Schachtbau zum Einsatz. Auch die Schienen der Grubenbahnen bestanden aus Holz. Der Grubenausbau verschlang riesige Mengen an Holz, 1907 verbrauchte der Ruhrbergbau pro Jahr schon 2.650.000 Festmeter Holz.⁹



Abb. 2: Der Königliche „Dannenbusch“ auf einer Karte von 1792 („Geometrisches Verzeichniß von der sog. kleinen Heide mit den anliegenden Gegenden, als die Hauschen Kolonien, dem kgl. Reichswald und Tannenbusch, Namen der Kolonisten, Stadt Goch und Straße von Kleve nach Goch; Kartenausschnitt aus: Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, RW Karten, Nr. 2605).



Abb. 3: Bergmänner unter Tage im Ruhrbergbau, 1961 (Bundesarchiv, B 145 Bild-F030465-0006; Fotograf unbekannt).

Nachdem zunächst fast nur Eiche als Grubenholz Verwendung fand, ging man baldmöglichst auf geschältes und imprägniertes Nadelholz über. Nach 1870 begann die Kiefer, deren „Warneigenschaften“ unter Tage lebensrettend sein konnte, der Eiche als Grubenholz den Rang abzulaufen. Kiefernbalcken knacken über mehrere Stunden, bevor sie tatsächlich zusammenbrechen. Die Verwendung von Grubenholz besaß den Vorteil, dass man in relativ kurzer Zeit die noch schwachen Holzsortimente absetzen konnte - ein wachsender Markt für schnellwachsende Nadelhölzer.

Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfasste eine vom Bergbau beeinflusste Aufforstungswelle die Randgebiete des Ruhrgebietes. Ein Gürtel junger Kiefernbestände legte sich um die Region. Aber auch Lärchen und Fichten wurden für die Ausbeutung des „unterirdischen Waldes“¹⁰ eingesetzt. Im Regierungsbezirk Düsseldorf ging seit den 1880er-Jahre fast der gesamte Einschlag an Nadelholz als Grubenholz nach Belgien und Frankreich. Nachdem der Metallausbau und die Bergbaukrise den Grubenholzabsatz zusammenbrechen ließen, wurden viele dieser Wälder zu Erholungswäldern.

Waldfunktionswandel und rationelle Forstwirtschaft
Als Reaktion auf diese Entwicklungen entstand eine geregelte Forstwirtschaft, die man in Anlehnung an Albrecht Thaers „rationeller Landwirtschaft“ als „rationelle Forstwirtschaft“ bezeichnete.¹¹ Das Forstwesen

etablierte eine eigene wissenschaftliche Disziplin, die sich im 19. Jahrhundert immer weiter spezialisierte. Das forstliche Ausbildungswesen trug zur Professionalisierung des Berufsstandes der Förster bei.

Die preußischen Forstbehörden förderten den Anbau des schnell wachsenden Nadelholzes. Dies geschah z.B. durch gezielte Aufforstungen von Ödland und die zunehmende Umwandlung ehemaliger Laubwälder in Nadelwald. Bei den Großaufforstungen im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts in den Staatsforsten der Eifel griff man zunächst oft noch zum Nadelholz, weil man eine Wiederkultivierung der völlig heruntergewirtschafteten Böden mit Laubholz vielfach für unmöglich hielt. Der an der Aachener Regierung tätige Oberforstmeister Wilhelm von Steffens bemerkte vor dem Hintergrund der Aufforstungen in der Nordwesteifel, dass dort „der Boden verarmt und dass man gezwungen ist, um ihn zu verbessern, Zuflucht zur Kultur von Nadelhölzern zu nehmen, einer Kultur, die übrigens nur vorübergehend und deren Ziel es ist, mit der Zeit erneut zu den prächtigsten Laubbeständen zu führen“.¹² Immerhin verringerte sich von 1828 bis 1878 die Fläche der Wild- und Ödländereien in den rheinischen Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln von 166.479 ha auf 3.335 ha.¹³ Mit Hilfe der staatlichen und kommunalen Zuschüsse im Zuge des Eifelbewaldungsplans wurden allein zwischen 1854 und 1861 8.290 ha Gemeinde-Ödlandflächen kultiviert, besonders im Regierungsbezirk Aachen.¹⁴



Abb. 4: Blick in einen Fichtenforst (Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW, Foto: H.-D. Kratsch).



Abb. 5: „Ein Tannen Ort“: Idealtypisches Bild eines Nadelwaldes im schlagweisen Hochwaldbetrieb (Kupferstich aus: Cramer, J. A. (1766): Anleitung zum Forst-Wesen nebst einer ausführlichen Beschreibung von Verkohlung des Holzes und Nutzung der Torfbrüche etc. Braunschweig).

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts aber setzte eine systematische Umwandlung der Wälder ein. Aus Kahlschlägen und künstlichen Aufforstungen entstandene, monotone Fichten- und Kiefernforste waren die Antwort auf den Holz hunger von Industrie, Siedlung und Verkehr. Der multifunktional genutzte ländliche Versorgungswald wandelte sich zum Erwerbwald - ein bislang noch nie dagewesener Waldfunktionswandel. Die traditionellen Mittel- und Niederwälder wurden aufgegeben, umgewandelt oder wuchsen durch zu Hochwäldern. Ihre Hauptprodukte Brennholz und Eichenrinde (Lohe) fanden im beginnenden 20. Jahrhundert kaum noch Absatz. In den Hochwäldern favorisierte man den schlagweisen Nadelholz-Altersklassenwald als opti-

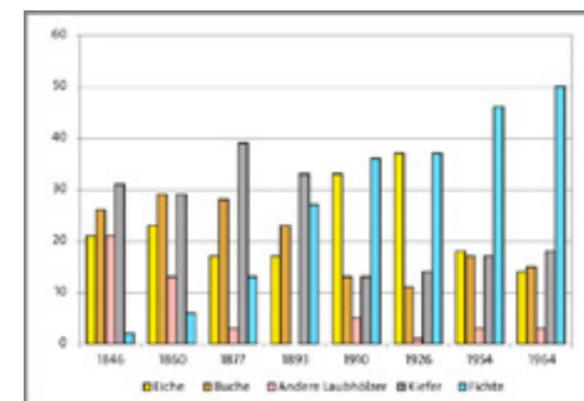


Abb. 6: Entwicklung der Baumartenzusammensetzung im Bereich des Staatlichen Forstamts Siegburg von 1846 bis 1964 (in %) (nach Schmidt, Herbert: Wald- und Forstgeschichte des Siebkreises, Siegburg 1973, S. 67). Anmerkung: Der Anstieg der Laubholzfläche nach der Jahrhundertwende erklärt sich v.a. durch Ankäufe ertragloser Stockausschlagflächen ab 1895, die dann ebenfalls in Nadelhochwald umgewandelt wurden.

male Wirtschaftsform, Buchen- und Eichenmischwaldgesellschaften verloren an Fläche. Künstliche Verjüngungsformen – Saat bzw. Pflanzung von Menschenhand – verdrängten die natürliche Verjüngung.

Die Forstwirtschaft schuf immer ausgeklügeltere Systeme der räumlichen und zeitlichen Ordnung der Wälder. Die Forste wurden vermessen, taxiert und kartiert. Nadelholzbestände eigneten sich besonders gut dazu, nach Generalregeln eingerichtete Wälder zu pflanzen, die im Idealfall unter stets gleichbleibender Verteilung sämtlicher Alters- und Betriebsklassen dauerhaft jährlich gleiche Nutzungen sicherstellten. 1818 stellten die Forstbehörden im Regierungsbezirk Aachen erste „Allgemeine oder Generelle Wirtschafts- oder Betriebspläne“ auf, nach der Katastervermessung schritt man dort nach 1838 zur Erstellung von Abschätzungswerken in allen staatlichen Oberförstereien. 1845 folgten schließlich eine „Revisorische Materialaufnahme“ in den Eifel-Forstämtern und in den 1850er-Jahren die nächsten Abschätzungswerke.¹⁵ Ein erstes forstliches Abschätzungswerk der Oberförsterei Siebengebirge wurde 1837 vorgenommen. Im Kottenforst begann die Aufbauphase mit der ersten Forsteinrichtung 1829.¹⁶

Konflikte

Die von der preußischen Forstverwaltung verordneten Fichtenaufforstungen trafen auf wenig Gegenliebe in der Bevölkerung. Konkurrierende Ansprüche prallten im Wald aufeinander: Während die preußischen Forstbehörden versuchten, mit den anspruchsloseren Nadelbäumen heruntergewirtschaftete Böden wieder zu kultivieren und schnell wachsendes Holz zu produzieren, sahen viele Bauern in den Aufforstungen mit dem verhassten „Prüsseboom“ eine Behinderung ihrer im Wald ausgeübten Viehweide und Streunutzung. Das war eine für sie nicht hinnehmbare Einschränkung ihrer Landwirtschaft. Nicht selten steigerte sich die Ablehnung in offene Wut, wie etwa in der Eifel: „Vom passiven Widerstand, den schlechten Kulturarbeiten und der Verweigerung der Arbeitskräfte ging man dazu über, die Nadelholzsämereien, die als „Teufelsdreck“ bezeichnet wurden, heimlich im Backofen zu erhitzen, damit die Keimkraft verloren ginge. Schließlich mußte auch die Polizei zur Bewachung der Kulturen eingesetzt werden, um diese gegen die aufgebrachte Bevölkerung zu schützen.“¹⁷ Auch mit Schiffelhacken rückte man den Kulturen mit den verhassten „Gendarmenfichten“ zu Leibe. Hirten trieben Kühe und Schafe in Nadelholzkul-



Abb. 7: Wirtschaftskarte der Kgl. Oberförsterei Mularthshütte im Reg.-Bez. Aachen, gezeichnet 1839, berichtigt 1858. Die Unterteilung des Waldes in immer kleinere an die örtlichen Standortverhältnisse angepasste Abteilungen ist deutlich zu erkennen. Ebenso ist für jede Abteilung die Bestockung mit den verschiedenen Baumarten und deren Altersklasse eingezeichnet (Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW).

turen, die Tiere trampelten die zarten Pflänzchen nieder. Im Monschauer „Stadt- und Landboten“ forderten die Menschen im Zuge der Revolutionsereignisse 1848 die Beendigung der Aufforstungen mit dem verhassten „Prüßeboom“. An einigen Orten mussten die Pflanzarbeiten sogar unter Militärschutz vorgenommen werden. Damals ahnte kaum jemand, „welchen Segen das verhasste „Preußenholz“ den Gemeinden einige Jahrzehnte später bringen sollte, vor allem weil seine Verwertungsmöglichkeiten immer vielseitiger wurden und so die Nachfrage ständig anstieg.“¹⁸

Der „Preußenbaum“ im 20. Jahrhundert

Den weiteren Aufstieg der Nadelhölzer im Rheinland bestimmten im 20. Jahrhundert v.a. drei markante Entwicklungen: der Einfluss des Zweiten Weltkriegs, der Wiederaufbau der Wälder und großflächige Waldschadensereignisse.

Seit dem Herbst 1944 wurden die rheinischen Wälder zum Kriegsschauplatz. Besonders im Hürtgenwald und im Klever Reichswald kam es zu schweren Kämpfen. Mehr als 70.000 Menschen verloren ihr Leben bei den Kämpfen um den Westwall, über 10.000 in der Schlacht im Reichswald. Neben den menschlichen Tragödien



Abb. 8: Blick in Teile des Hürtgenwaldes nach Kriegsende 1945 (Foto: Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW).

und der Zerstörung von Städten und Dörfern wurde auch der Wald durch Befestigungsanlagen, Stellungen und Beschuss vernichtet: von 4.000 ha im Forstamt Hürtgen mehr als 3.000 ha.¹⁹

1948 breiteten sich im rund 7.000 ha großen Reichswald 2.500 ha Kahlflächen aus, weitere 500 ha waren nur schlecht bestockt und rund 2.000 ha durch Splitter entwertet.²⁰ Nach dem Kriege schädeten besonders die Reparationshiebe der Alliierten den verbliebenen Holzbeständen. Die so genannten Direktoperationen waren Holzfällungen, die durch die Berechtigten im Selbsteinschlag geschahen. Im Auftrag der britischen Militärregierung konnte z.B. die Niederlande in einem rund 40 km breiten Streifen entlang der deutsch-niederländischen Grenze gewisse Mengen an Ausfuhrholz gegen Erstattung eines ausgehandelten Holzpreises einschlagen. Die Regelung und Durchführung der Holzexporte erfolgten durch die „North German Timber Control“. Die Direktoperationen wurden offiziell am 1.11.1948 beendet.²¹

Bis weit in die 1950er-Jahre beschäftigte sich die Forstwirtschaft mit dem Wiederaufbau der Wälder. Entwaldung, Erosion und Störungen im Wasserhaushalt trafen auf einen enormen Bedarf an Brenn-, Bau- und Nutzholz. Um den Waldschutz zu intensivieren wurde am 31.3.1950 das „Gesetz zum Schutze des Waldes“ erlassen. Seine Kernpunkte waren die Wiederaufforstung, die Aufforstung von Ödländern, das Verbot der weiteren Umwandlung von Wald in andere Kulturarten sowie die Übernutzungen vieler Wälder. Im Klever Reichswald

wurden zwischen 1949 und 1963 rund 4.100 ha kultiviert – knapp die Hälfte davon mit Nadelholz. Es war seinerzeit das größte Aufforstungsvorhaben aller staatlichen Forstämter in der Bundesrepublik. Da es nach dem Zweiten Weltkrieg v.a. an männlichen Arbeitskräften mangelte, wurden oft Frauen bei den Pflanzarbeiten eingesetzt. Sie trugen die Hauptlast der Wiederaufforstungen nach dem Krieg. Die 2004 verstorbene Gerda Johanna Werner – „die Frau auf dem 50-Pfennig-Stück“ – hat den „Kulturfrauen“ und „Pflanzfrauen“ sowie den abertausenden Trümmerfrauen in den Städten ein Denkmal gesetzt.

In den nächsten Jahrzehnten – etwa bis 1980 – blieben Fichte und Kiefer die „Brotbäume“ der Forstwirtschaft. Sie wurden zur Wiederaufforstung von Kahlflächen und zur Umwandlung leistungsschwacher Laubholzbestände bevorzugt und entsprechend gefördert. Doch auch hier lagen Fluch und Segen des „Preußenbaumes“ dicht beieinander. Die hohe Schadanfälligkeit der



Abb. 9: „Kulturfrauen“ im nordrhein-westfälischen Wald (Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW).



Abb. 10: Absterbender Kiefernbestand Mitte der 1950er-Jahre im Recklinghauser Stadtwald (Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW, Foto: H. Hesmer).

Nadelhölzer machten gerade den in großen Monokulturen heranwachsenden Fichten und Kiefern zu schaffen. Der aus Kahlschlägen und künstlichen Aufforstungen entstandene Altersklassenwald hatte zwar zu einer Entspannung auf dem Holzmarkt geführt und die Gesamtwaldfläche wieder erhöht, aber zugleich seine Verletzbarkeit offenbart. So häuften sich schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Kalamitäten (Schäden durch Insekten, Sturm und Schneebruch) an den ersten hiebsreifen Nadelholzreinstbeständen. Hinzu kamen die Folgen von Luftverunreinigungen und „Rauchschäden“. Im Ruhrgebiet sprach man schon 1927 vom „Sterben der Wälder“. In seiner in diesem Jahr herausgegebenen Denkschrift „Walderhaltung im Ruhrkohlenbezirk“ stellte der 1920 ins Leben gerufene Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk fest, dass „seit Jahrzehnten (...) das Sterben der Wälder im Ruhrkohlenbezirk in erschreckender Weise um sich“ greife.²² In Duisburg starben laut Betriebswerk von 1949 die 40–80-jährigen Kiefern infolge der Rauchschäden langsam ab.²³ Waren derartige Rauchschäden meist von lokalem Ausmaß und direkt in der Nähe der „Rauchquellen“ aufgetreten, beobachtete

man Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre ein neues Phänomen. Jetzt zeigten über ganze Regionen hinweg mehrere Baumarten – besonders die Nadelhölzer – Schädigungen auf. Das sogenannte „Waldsterben“ führte auch im Rheinland zu immensen Schäden an den Bäumen. Bei den vielen Einflussfaktoren spielen besonders Luftschadstoffe (Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak und Ozon) eine Schlüsselrolle. Zusätzlich belasten Insekten, Pilze, Temperaturextreme und Sturmereignisse die Wälder. Obwohl aufgrund der drastischen Reduzierung der Schwefel- und Schwermetall-Emissionen und somit auch des Säure- und Schadstoff-Eintrages in die Waldökosysteme ein flächendeckendes Absterben der Wälder nicht stattgefunden hat, sind die Waldschäden in NRW nach wie vor ernst zu nehmen.

... und heute?

Nach der aktuellen Bundeswaldinventur (BWI3, 2012) ist die Fichte noch immer die in NRW am weitesten verbreitete Baumart. Sie nimmt einen Flächenanteil von knapp 29 % ein. Ihre hohe Ertragsleistung sichert vielen

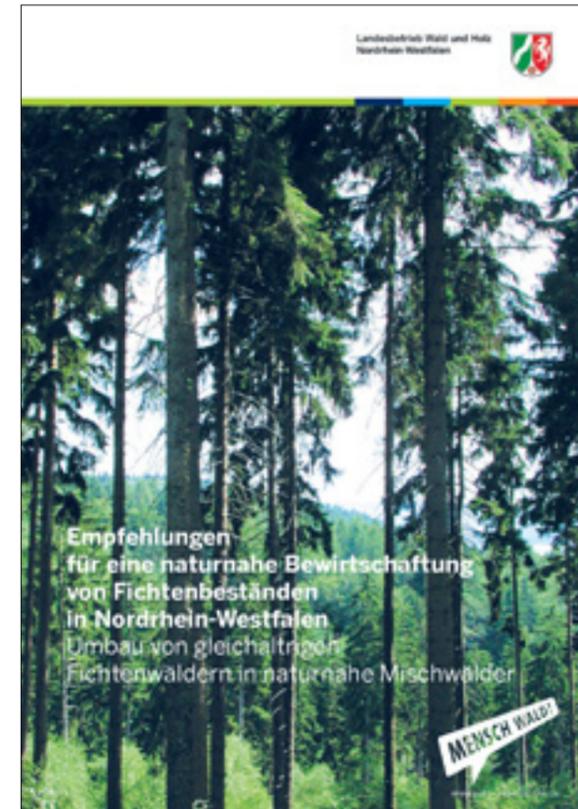


Abb. 11: Broschüre zum Fichten-Behandlungskonzept NRW.

Forstbetrieben die Existenz. Deshalb stocken rund 70 % des Fichtenwaldes im Privatwald. Allerdings besitzt die Fichte wie gesagt eine hohe Schadanfälligkeit (v.a. Wind- und Schneebruch sowie Borkenkäferfraß), was ihren Anbau gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels immer mehr zum Risiko werden lässt. Auch führen Nadelholzmonokulturen zu einem Verlust der Biodiversität. Daher wird der Umbau der gleichaltrigen Fichtenwälder in naturnahe Mischwälder angestrebt.

Raumwirksamkeit der Aufforstungen mit dem „Preußenbaum“

Die Aufforstungen mit dem „Preußenbaum“ haben an vielen Stellen auch raumwirksame Strukturen in der Kulturlandschaft hinterlassen. Zum einen waren bzw. sind dies der das Landschaftsbild massiv verändernde Baumartenwechsel (vom Laubwald zum Nadelwald) und der sich wandelnde Waldaufbau von Nieder- und Mittelwaldformen zum Hochwald. Zum anderen hinterließen die preußischen Förster auch Wegesysteme, Schneisen und blockförmige Wirtschaftseinheiten (Abteilungen und Unterabteilungen) in den Wäldern. Ein



Abb. 12: Einteilung des Klever Reichswaldes in 231 rechteckige Abteilungen (Jagen), 1889 (Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, RW Karten, Nr. 106).

anschauliches Beispiel bietet hier der Klever Reichswald. In kaum einem Waldgebiet in NRW hat sich das schachbrettförmige Muster an Wegen und Schneisen durch den Wald so lange erhalten können wie hier. Wenn wir heute durch den Reichswald wandern, sehen wir in ziemlicher Regelmäßigkeit an den Wegekreuzungen Grenzsteine mit aufgemalten Ziffern stehen: Zeugen der nun schon Jahrhunderte alten forstlichen Einteilung des Reichswaldes. Dieses Abteilungsnetz des Reichswaldes bzw. seine Vorläufer sind schon sehr alt und haben eine hohe kulturhistorische Bedeutung. 1826 haben die Preußen den Wald gründlich vermessen, das System verfeinert und die Grundlage für die heutige Einteilung geschaffen. Im Abstand von damals jeweils 200 Ruthen (742 m) wurden parallel zum Rendezvous die mit lateinischen Buchstaben bezeichneten Hauptgestelle eingerichtet (A bis K). Senkrecht dazu wurden Feuertgestelle errichtet: in der Folge teilte man den gesamten Reichswald in 117 quadratische Figuren ein. Dieses System erfuhr dann eine Verfeinerung, indem man die Abteilungen halbierte und nun 231 Abteilungen erhielt.²⁴

Endnoten

- 1 Dem Beitrag liegt der Vortrag zugrunde, der auf der Fachtagung „Preußen und Landschaft – Ideen – Symbole – Veränderungen“ am 22.10.2015 in der Abtei Brauweiler gehalten wurde.
- 2 Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW, Akten Forstamt Glindfeld, Nr. 5.
- 3 SCHWERZ, J. N.: Beschreibung der Landwirtschaft in Westfalen und in Rheinpreußen. 2. Teil: Rheinpreußen. Stuttgart 1836, Faksimiledruck Bonn [o.J.], S. 136.
- 4 Zit. nach dem Reisetagebuch des kaiserlichen Kommissars Beugnot (1810). In: Huck, G. u. Reulecke, J. [Hrsg.]: ... und reges Leben ist überall sichtbar! Reisen im Bergischen Land um 1800. Neustadt an der Aisch 1978, S. 165–192, hier S. 185.
- 5 HIERSEKORN, A.: Waldgeschichte der Nordeifel. Bonn 1989, S. 46.
- 6 Man säte damals neben Tannen auch Kiefern und Fichten ein, auch wenn in den Quellen meist allgemein von Tannensäern gesprochen wird.
- 7 Historische Beschreibung von den Forsten des Herzogtums Kleve und Fürstentums Meurs 1781 von Forstmeister Lehmann. In: Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Kleve-Kammer, Nr. 2832.
- 8 HIERSEKORN, A.: Waldgeschichte der Nordeifel. Bonn 1989, S. 43.
- 9 UNVERFERTH, G.: Holz im Ruhrbergbau. In: Westfälisches Freilichtmuseum Hagen [Hg.]: Hölzerne Zeiten. Die unendliche Karriere eines Naturstoffes. Hagen 1994, S. 141–149, hier S. 144.
- 10 Der Begriff „unterirdischer Wald“ geht auf den Juristen Johann Philipp Bünting zurück. Dieser hatte 1693 im Auftrag der kurfürstliche Brandenburgischen Regierung sein Werk „Sylva Subterranea Oder: Vortreffliche Nutzbarkeit Des Unterirdischen Waldes Der Stein-Kohlen“ veröffentlicht. Das in Magdeburg erschienene Buch sollte dazu animieren, die Steinkohle anstelle des Holzes als Brennstoff einzusetzen. Vgl. dazu u.a. auch SIEFERLE, R.: Der unterirdische Wald. Energiekrise und Industrielle Revolution. München 1982, S. 11.
- 11 So 1822 der Direktor der preußischen Forstakademie in Neustadt-Eberswalde, Friedrich Wilhelm Leopold Pfeil [zit. nach Hasel, K.: Forstgeschichte. Hamburg und Berlin 1985, S. 78].
- 12 Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW, Nachlass Hesmer, Nr. 54.
- 13 PÖPPINGHAUS, G.: Die Betreuung des Privatwaldes im Rheinland – gestern, heute, morgen. Vortrag am 20. 2.1984 in Nümbrecht 1984. Unveröff. Mskr.
- 14 HESMER, H.: Wald und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1958, S. 110.
- 15 Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW, Akten Nachlass Hiersekorn.
- 16 SCHMIDT, H.: Aus der Forstgeschichte des Siegkreises. Eine Auswertung des Archivs des Staatlichen Forstamtes Siegburg. Siegburg 1973, S. 57; Reviergeschichte Kottenforst (Forstl. Dokumentationsstelle, Wald und Holz NRW, Akten Forstamt Kottenforst).
- 17 WENZEL, I.: Ödlandentstehung und Wiederaufforstung in der Zentralfifel. Bonn 1962, S. 99f.
- 18 SCHWIND, W.: Der Eifelwald im Wandel der Jahrhunderte ausgehend von Untersuchungen in der Vulkaneifel. Düren 1984, S. 129f.
- 19 Zu den Kämpfen in der Eifel vgl. u.a. MENDEN, N. und SCHULTE, A.: Der Zustand des Waldes während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit. In: Schulte, A. [Hrsg.]: Wald in Nordrhein-Westfalen 2003. Bd. 1, S. 264–271; GROSS, M.: Der Westwall zwischen Niederrhein und Schnee-Eifel. Köln 1989; HOHENSTEIN, A. und TREES, W.: Hölle im Hürtgenwald: die Kämpfe vom Hohen Venn bis zur Rur, September 1944 bis Februar 1945. 3. Aufl. Aachen 1981.
- 20 DASBACH, D.: Der Einfluß und die Auswirkungen des 1. und 2. Weltkrieges auf die Waldbewirtschaftung des Klever Reichswaldes. Diplomarbeit Universität Freiburg 1987; GORISSEN, F.: Heimat im Reichswald. Kleve 1950; GANSER, H.-K.: Rodungen im Reichswald Kleve nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Landesforstverwaltung NRW [Hrsg.]: Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Zwischen Nachkriegswirtschaft und Neuorganisation (1945–1972). Düsseldorf 1998, S. 93–98.
- 21 WEGENER, H.-J.: Vor 50 Jahren: North German Timber Control. Heute nur noch ein Kapitel der Forstgeschichte. In: Landesforstverwaltung NRW [Hrsg.]: Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Zwischen Nachkriegswirtschaft und Neuorganisation (1945–1972). Düsseldorf 1998, S. 29–34.
- 22 SPELSBERG, G.: Rauchplage. Zur Geschichte der Luftverschmutzung. Köln 1988, S. 119f.; Andersen, A. und Brüggemeier, F.-J.: Gase, Rauch und Saurer Regen. In: Franz-Josef Brüggemeier und Thomas Rommelspacher [Hrsg.]: Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert. 2. Aufl. München 1989, S. 64–85, hier S. 73.
- 23 FREUDE, A.: Zur Geschichte des Waldes im Gebiet der alten Stadt Duisburg in den Grenzen von 1904. Diplomarbeit Fachhochschule Hildesheim/Holzminden, Göttingen 1987, S. 59.
- 24 Vgl. BURGGRAAFF, P.: „Ehemalige Gestell- bzw. Abteilungswege von 1826 in den Reichswaldsiedlungen“. In: KuLaDig, Kultur.Landschaft. Digital. URL: <https://www.kuladig.de/Objektansicht/0-72801-20130828-2>.

Der Drachenfels als Symbol-Landschaft

Elmar Scheuren

„Landschaft“ erfuhr seit dem späten 18. Jahrhundert eine grundlegend neue Bewertung. Vielschichtige Entwicklungen hatten dazu beigetragen, dass der sichtbare, die Menschen umgebende Lebensraum neuartiges gesellschaftliches Interesse fand. Mit der preußischen Präsenz im Rheinland setzte sich diese Entwicklung fort und erreichte neue Qualitäten. In diesem Beitrag sollen einige typische Facetten preußischer Landschaftsrezeption anhand konkreter Beispiele beschrieben werden. Weit über die sachliche Betrachtung der realen Umwelt hinaus beinhaltete dieses Landschaftsempfinden ästhetische und emotionale Komponenten, die nicht zuletzt der neuen Selbstvergewisserung und kollektiver Identitätsstiftung dienen sollten. In Bezug auf die rheinische Landschaft eröffnet somit die Untersuchung preußischer Aktivitäten tiefe Einblicke in die mentalen Strukturen preußischer Herrschaft.

Zahlreiche Bildbeispiele zeitgenössischer Künstler zeigen ein hohes Maß an Idealisierung in der Wiedergabe von Landschaften des frühen 19. Jahrhunderts. Diese Beobachtung ist umso erstaunlicher, als die Erfassung typischer Charakteristika bestimmter Orte oder Regionen und deren Erkennbarkeit zu den wichtigen Prinzipien etwa der Düsseldorfer Malerschule zählten. Effekte der Überhöhung oder auch Emotionalisierung bedienen sich daher häufig solcher Mittel wie Lichteffekte, Wetterphänomene oder Staffagefiguren. Die Wahl des Bildausschnittes oder der Perspektive kann ebenso dazu beitragen, etwa eine Ruine dramatisch erscheinen zu lassen oder die Wirkung einer Fernsicht zu erhöhen. Ein Blatt von Carl Johan Billmark (1804–1870) liefert ein markantes Beispiel für eine solche Kombination mehrerer Effekte im Fall einer Darstellung des Drachenfels (s. Abb. 1).

Politischer Rhein

Sehr früh wird die Rezeption speziell des Rheintals um eine Konnotation bereichert, die sich aus dem zeitlichen Kontext der „Befreiungskriege“ erklärt. Die Auseinandersetzung mit Frankreich erforderte seitens der anti-napoleonischen Koalition – und besonders Preußens – eine breite Mobilisierung und stützte sich dabei vor allem auf emotional geführte Kampagnen. Als einer der wichtigsten Publizisten betätigte sich in diesem Zusammenhang Ernst Moritz Arndt (1769–1860). Zahlreiche seiner Flugschriften behandeln nicht nur Aspekte der Organisation einer Volkserhebung, sondern beschwören ein nationales Gemeinschaftsgefühl.



Abb. 1: Johan Carl Billmark, Aussicht vom Drachenfels, Farblithographie, 1837 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).

In Ermangelung einer tatsächlich greifbaren nationalen Bezugsgröße waren neue Argumente gefragt, die der Autor schließlich in einem ausgeprägten Feindbild fand: Sein „Franzosenhass“ wurde legendär – und äußerte sich in Forderungen wie dieser: „Deutschlands Selbstständigkeit und Europas Sicherheit kann nicht bestehen, wenn die Franzosen den Rhein und die jenseits des Rheins liegenden Deutschen Lande behalten. (...) Wenn Frankreich den Rheinstrom mit seinen Landen behält, so behält es nicht nur sein alles Gleichgewicht aufhebendes Übergewicht über Deutschland, sondern auch über das übrige Europa.“¹ Seine teilweise extrem radikalen Äußerungen („Ich will den Haß gegen die Franzosen, nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit, ich will ihn für immer.“²) stießen auch unter Zeitgenossen und Zeitgenossinnen auf Kritik, verfehlten ihre Wirkung aber nicht.

Arndt erwies sich als ein Meister in der Findung eingängiger Bilder und Symbole. In diesem Sinne ist seine Funktionalisierung des Rheins zu sehen, dem er eine seiner erfolgreichsten Flugschriften widmete. Sie erschien Ende 1813 – rechtzeitig zum Vormarsch der alliierten Truppen – unter dem Titel: „Der Rhein – Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Gränze“ (s. Abb. 2). Darin führt Arndt die gegenüber der Sprache relative Bedeutungslosigkeit geographischer Gegebenheiten aus und spricht erst recht einem Strom wie dem Rhein die Eigenschaft einer „Naturgrenze“ ab. Weitschweifige historische Betrachtungen führen ihn dann zunächst zu der Feststellung, „daß Besitz, Stamm, Sprache, Art und Neigung dieser Lande und Völker für das deutsche Reich“ sprechen. Speziell dem Rhein weist er aber eine weitergehende, internationale

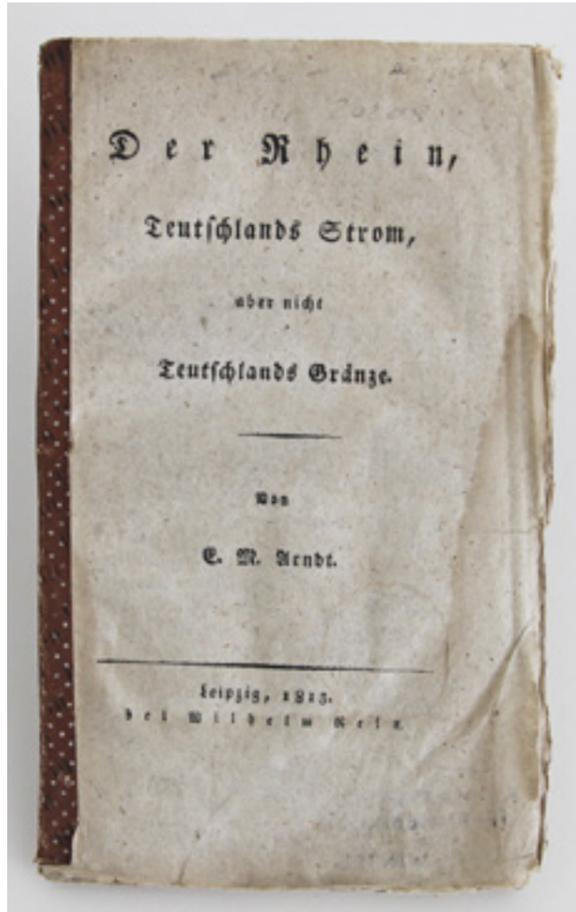


Abb. 2: Ernst Moritz Arndt, Der Rhein – Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Gränze, Flugschrift, Leipzig, November 1813 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).

Bedeutung zu. So gewann in seinen Schriften speziell der Rhein die Qualität einer überregional bedeutsamen Identifikationsgröße – und wurde zum „deutschen Strom“.

Der so politisierte Fluss kann die ihm neu zugewiesene Funktion nachhaltig erfüllen. Einen deutlichen Beleg dafür wird die Resonanz auf das Ereignis von „Blüchers Rheinübergang“ in der Neujahrsnacht 1814 liefern, dem hohe symbolische – und damit publizistische – Bedeutung zuteil wird. Die erfolgreiche Politisierung zeigt sich auch an anderen Orten in typischer Ausprägung. Gute Anknüpfungsmöglichkeiten bot das Bild der antinapoleonischen „Volkserhebung“, wie sie ebenfalls von Arndt propagandistisch verbreitet wurde: „Nun, da Gott den Weg gewiesen hat, müssen alle Völker sich erheben; vor allem aber muß in allen Landschaften, Kreisen und Gauen das deutsche Volk sich erheben.“³ Die vom

preußischen Königshaus eingeforderte Unterstützung des Volkes wurde mit der Aussicht auf Freiheitsrechte garniert, die allerdings später größtenteils nie realisiert werden sollten.

Die Mobilisierung hatte immerhin partiellen Erfolg, das Siebengebirge liefert hierfür ein bezeichnendes Beispiel. Hier hatte sich im November 1813 unter dem Eindruck durchziehender Heeresverbände eine Bürgerwehr zum Schutz gegen Plünderungen und Übergriffe gebildet. Durch die Initiative eines in Königswinter stationierten preußischen Majors (Franz von Boltentstern) gab sie sich den Titel „Landsturm vom Siebengebirge“, stattete sich mit Fahnen und militärischen Strukturen aus und erfüllte damit annähernd das Idealbild des von Arndt geforderten „Landsturms“. Eine einzige größere militärische Aktion ist überliefert, die zwar nicht von Erfolg gekrönt war, aber das Leben von mindestens zehn preußischen Soldaten und einer unbekanntem Zahl unerfahrener Rekruten forderte: Am 3. Januar 1814, also wenige Tage nach Blüchers Rheinübergang, unternahm von Boltentstern einen Versuch, von der rechten Rheinseite bei Mülheim aus die Stadt Köln zu erobern und der französischen Besatzung zu entreißen. Einen parallelen Angriff auf linksrheinisch vorbeiziehende französische Einheiten unternahm eine Einheit des Landsturms vom Siebengebirge bei Nonnenwerth. Unter den Opfern dieser erfolglosen Aktionen waren zwei prominente Vertreter: Major von Boltentstern und der Königswinterer Bürger Johann Joseph Genger. Damit waren Anlässe für eine Glorifizierung geschaffen, die ihr besonderes Gewicht aus dem Bezug zum Rhein gewinnen sollte.

Landschaft als Projektionsfläche

Mit der Abdankung Napoleons und somit dem Erreichen des wichtigsten Ziels im „Befreiungskrieg“ begann die Neuordnung Europas, die sich aber noch über ein Jahr lang hinziehen sollte. Viele Akteure bemühten sich gerade in der Zwischenzeit darum, die patriotische Stimmung wach zu halten. Zum herausragenden Datum von Siegesfeiern wurde der erste Jahrestag der „Völkerschlacht“ von Leipzig, der am 18. Oktober 1814 begangen wurde. Der „deutsche Rhein“ rückte dabei ins Zentrum des Geschehens; seine herausgehobene Bedeutung wurde mit nächtlichen Höhenfeuern ins Bild gesetzt und bot einer Königswinterer Initiative die Gelegenheit, mit einer Denkmalenthüllung für eben den „Landsturm vom Siebengebirge“ einen besonderen Akzent zu setzen (s. Abb. 3). Der zeitgenössische Bericht



Abb. 3: Landsturmdenkmal von 1814, Kolorierte Radierung, hg. V. Büsen und Breitenstein, Düsseldorf um 1830 (Kölnisches Stadtmuseum).

des bekannten Publizisten Joseph Görres spiegelt das Pathos und die Akzentuierung der politisierten Rheinlandschaft⁴:

„Auf der Höhe des Drachenfels, neben den Trümmern der alten Burg, hatte der wackere Landsturm des Siebengebirges seinem Anführer Genger, der auf Rolandswerth vor dem Feind gefallen war, eine Denksäule errichtet. Die Weihe dieses Males war in schicklicher Weise mit der Feier des Tages verbunden worden. Der Landsturm der ganzen Gegend, eine treffliche Schaar, vom besten Geiste belebt, zum größten Theile wohl bewaffnet und geübt, und mit Recht stolz auf die thätige Theilnahme, die er am Kriege schon genommen, hatte sich versammelt, und zog auf die Höhe an die Burg (...). Der Anführer der Schar hielt eine Rede bei dem Denkmal, vom jubelnden Volk umdrängt, der Landsturm zog dann in guter Ordnung mehrmals um die Säule herum; und so erhebt sie sich, den künftigen Jahrhunderten ein sprechender Zeuge von der Begeisterung der Zeiten, denen sie ihr Entstehen verdankt.“

Die darauf folgende Nacht war die heilige Freuden- und Feuernacht, und ganz eigentlich die Krone des Festes. Ganz einzig war der Blick, der sich von den Höhen in das weite Land hinaus eröffnete. Drachenfels selbst, und gegenüber Godesberg, standen wie zwei Feuersäulen am Eingang des Rheinthales, und darüber erhob sich die Löwenburg noch höher mit ihren Flammen gekrönt. (...). In Mitternacht, vom Kreuzberg an, den die Freude der guten Bewohner von Bonn entzündet hatte, lag die weite Ebene ausgebreitet; bis Köln hinunter, und darüber hinaus, und rechts bis Bensberg hinab und das Bergische entlang, lagen die Sternbilder, als sey die Erde ein Meer geworden, in dem sich der Himmel spiegelte.

Die wackeren Kölner hatten auf dem herrlichen gothischen Kandel über ihrem Domthurm das bengalische Feuer gezündet; den Lauf des Rheines bezeichneten auf beiden Ufern helle Lichtpunkte; an den reichlich im bergischen ausgesäeten Lichtpunkten waren die Schaaren abzuzählen, die sie dem Krieg gegeben, und dazwischen zuckten Blitze vom Siebengebirge her, und von Rheinbach herüber, und von Köln herauf, und der Donner des Geschützes und des Kleingewehrfeuers hallte von fern nach.

Der ganze Anblick war herrlich und herzerhebend; und haben die Franzosen ihn aus ihrem Landes wahrgenommen, dann haben diese Feuer ein warnend Wort ihnen zugerufen, und sie haben sicherlich erkannt, welch ein anderer Geist über das teutsche Volk herabgekommen, und seine Flammen über die Häupter seiner Jünger ausgegossen, daß sie mit einemale Begeisterung reden.“

Mit diesen Ereignissen waren die Weichen für eine immer weiter reichende politische Vereinnahmung der Rheinlandschaft gestellt. Das Zusammenspiel des patriotischen Denkmals mit so markanten Landschaftselementen wie der Drachenfelsruine und der Weite des Rheintals wird in der Folge zu einer festen Größe der Bildüberlieferung. Dabei zeigt sich die hohe symbolische Bedeutung der politisch interpretierten Landschaft nicht nur in der Wiedergabe solcher realer Szenerien. Der Entwurf für ein idealisiertes Blücher-Denkmal aus dem Jahr 1819 bedient sich ebenfalls der Drachenfelskulisse, um – laut Bildunterschrift – das Andenken „des würdigsten deutschen Helden“ mit dem „deutschen Rheine“ zu verknüpfen (s. Abb. 4). Literarische Schilderungen spiegeln die konsequente



Abb. 4: Drachenfels und Landsturmmonument
William Tombleson, Stahlstich 1832 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).



Abb. 5: Entwurf für ein idealisiertes Blücher-Denkmal am Rhein Kolorierte Aquatinta, Georg Emmanuel Opiz, 1819 (Privatbesitz).

Verfolgung der preußischen Interessenpolitik wider. Typische Beispiele liefern Besuche des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der wiederholt den Rhein bereiste und sich persönlich vielfältig engagierte, um eine enge Verbindung des preußischen Königshauses zur Rheinprovinz zu pflegen. Höhepunkte dieses Engagements sollten in den folgenden Jahrzehnten die Wiederherstellung des Schlosses Stolzenfels und – in seiner Regierungszeit als König Friedrich Wilhelm IV. – die Fertigstellung des Kölner Doms werden. Die erste Rheinreise des Kronprinzen – unmittelbar vom Wiener Kongress kommend – führte ihn am 3. Juli nach Königswinter. Die Atmosphäre des freundlichen Empfangs durch

die neuen Untertanen ist dank der „Tagesbeschreibung“ eines Schülers überliefert (s. Abb. 6): „Morgens war wie gewöhnlich um acht Uhr Schule, auch gingen wir um neun Uhr in die Kirche, worin wir sangen. Nachmittags war auch gewöhnliche Schule, und als wir hofften, bald entlassen zu werden, kam der Hl. [= hochlöbliche] Bürgermeister, welcher dem Hl. Lehrer sagte, mit uns ans Fahr [= Uferpartie bei Königswinter] zu rücken, um dem Kronprinzen von Preußen Vivat zu rufen, welcher mit einer kleinen Jagd [= Jacht] da angekommen war, um auf den Drachenfels zu gehen. Wir nahmen unsre Fahne und unsere beiden Kanonen mit, welche, als er abfuhr, zweymal gelöset wurden, wir giengen als dieses all vorbey war, zur Schule, wo der Lehrer uns sagte, daß keine Abendschule wäre.“⁵

Im Rahmen einer weiteren Reise kam der Kronprinz im August 1817 wieder an den Fuß des Drachenfels nach Königswinter. Von diesem Ereignis zeugt der Bericht eines Bonner Lehrers: Carl Ruckstuhl (1788–1831) verfasste eine euphorische Beschreibung, in der er den hohen Stellenwert landschaftlicher Umgebung betont⁶: „Die Natur feierte mit und verherrlichte das Fest. Es erschien aufgetragen auf die Formen der umgebenden Landschaft. Der Wasserspiegel, die geschwungenen Gestade, vorzüglich aber das Siebengebürg faßten die festlichen Szenen ein, und liehen ihnen ihren großartigen Charakter. Besonders hoben sich gerade darüber die Felsenmassen des Drachenfels. Dessen Anblick war uns auffallend und neu; denn vorher konnten wir ihn natürlicher Weise nicht sehen, als wir auf seiner Höhe selbst standen. Ueberhaupt wirkt umgebende Landschaft wunderbar, um Handlungen der Menschen



Abb. 6: Schulheft von Peter Schmitz
Aus dem Unterricht des Lehrers Odenthal (1778–1821), Königswinter 1815–1817, mit einer Tagesbeschreibung zum Besuch des Kronprinzen Friedrich-Wilhelm am 3. Juli 1815 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).

zu zieren und zu heben. (...) Verklärt stand er [der Kronprinz] in der Mitte der Menschen und der Natur, welche sich vereinigt hatten, um die Feier seiner Ankunft zu begehen. (...)“

Die Nutzung der besonderen Aura des Drachenfelsplateaus war nicht alleine preußischer Staatsmacht vorbehalten, sondern erfreute sich auch und gerade in oppositionellen Kreisen auffallender Beliebtheit. Schon in den Jahren nach 1814 bevorzugten Bonner Turner und Studenten den Ort, um – in der Tradition der Feiern des 18. Oktober 1814 – für ihre freiheitlichen Forderungen und die erstrebte nationale Einheit zu demonstrieren. Erst im Zuge der preußischen Demagogenverfolgung wurden die Feiern an diesem Ort ab 1819 ausdrücklich verboten.⁷ Das Wiederaufleben der Bewegung – nach dem Regierungsantritt des Königs Friedrich-Wilhelm IV. im Jahr 1840 und der von ihm zunächst gewährten Liberalisierung – brachte auch den Drachenfels wieder zurück in das politische Bewusstsein. Zwar war das Landsturm-Denkmal aufgrund schlechten Steinmaterials inzwischen bereits verfallen und wurde 1843 sogar abgetragen. Dessen ungeachtet behielt das Plateau aber seine Popularität und patriotische Bedeutung. Ein markantes Beispiel liefert ein Ereignis im Juni 1846, das in der zeitgenössischen Presse starke Beachtung fand.⁸ Im fortschrittlichen Geist des Vormärz war in Köln ein „deutsch-flämisches Sängersfest“ organisiert worden. Ein zentraler Programmpunkt der mehrtägigen Veranstaltung mit vielen hundert Teilnehmern und Teilnehmerinnen war ein Ausflug auf dem Rhein bis zum Drachenfels, wo im Anblick der Burgruine und des bis nach Köln reichenden Panoramas eine patriotische Kundgebung durchgeführt wurde (s. Abb. 07).

Als Rednertribüne diente der verbliebene Sockel des ehemaligen Denkmals, von wo aus markige Töne erklangen – so aus dem Munde des Kölner Publizisten Ernst Weyden: „Im Angesicht des deutschen Stromes, des Rheines, wollen wir uns aber in dieser großen Stunde als Söhne Eines Vaterlandes (...) fest und treu das Gelöbniß steter Eintracht leisten, die eine neue lebensfrische Wurzel treibe in dem deutsch-flämischen Sängerbunde. Hoch unserem Sängerbunde ... und dreimal Hoch dem einigen deutschen Vaterlande.“⁹ Es war sicher dem plakativen Charakter der Veranstaltung und der Aura ihres Ortes zu verdanken, dass just diese Episode in der Presse besondere Beachtung fand und den passenden Hintergrund für eine Illustration



Abb. 7: Besuch des deutsch-flämischen Sängersfestes auf dem Drachenfels am 17. Juni 1846, Illustration nach J.B. Sonderland, Leipziger Illustrierte Zeitung, Juni 1846 (Siebengebirgsmuseum).

des Geschehens lieferte. Rund 20 Jahre später ist die Planung für ein Ereignis überliefert, das ebenfalls als oppositionelle Demonstration gedacht war, dann aber tatsächlich verboten wurde. 1865 wollte der für seine anti-preußische Einstellung bekannte Kölner Abgeordnete im Preußischen Landtag, Johann Classen-Kappellmann, den offiziellen Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der preußischen Rheinprovinz ein eigenes „Abgeordnetenfest“ entgegensetzen.¹⁰ Die Feier sollte an zwei Tagen im Juli stattfinden und aus einer Feier im Kölner Gürzenich sowie – am zweiten Tag – einem Ausflug ins Siebengebirge bestehen. Während die Planung für den ersten Tag ganz aufgegeben werden musste, konnte für den zweiten Tag ein Ersatz gefunden werden in Form eines Ausflugs nach Oberlahnstein und somit ins nicht-preußische Ausland. Auf diese Ortsänderung ist sehr wahrscheinlich die geringere publizistische Wirkung zurückzuführen.

Landschaftsschutz

Das herausragende Renommierprojekt preußischer Präsenz am Rhein – der Fertigbau des Kölner Doms in den Jahren 1842–1880 – bewirkte schon im Vorfeld der Realisierung einen folgenreichen Konflikt. 1823 wurde die Dombauhütte neu eröffnet, um dringende Bauschäden an den mittelalterlichen Bauteilen der Kathedrale zu beheben.¹¹ Im Bewusstsein um die Tradition des Drachenfelser Steins als mittelalterlichem Baumaterial bemühten sich die Kölner Baubetreiber um die Wiedereröffnung der seit langer Zeit ruhenden Steinbrüche. Königswinterer Unternehmern gelang es auch tatsächlich, im Namen einer „Steinhauer-Gewerk-

schaft“ Abbau- und Eigentumsrechte am Drachenfels zu erwerben. Allen Beteiligten war aber klar, dass dies schon mittelfristig die Abtragung der Bergkuppe mit- samt der pittoresken Burgruine zur Folge haben wür- de. Der Wortführer der Steinhauer brachte das klar zum Ausdruck: „Um diese Steine zu erhalten, müsste auch nur der Turm hinweg geschafft werden“¹². Ähnlich unbefangen sah dies kein Geringerer als der Dombaumeister Zwirner: „Im Interesse des Dombaus könnte ich es nur wünschen, dass so wie einst der Teufel den Baumeister vom Thurme stürzte – er auch mit der Ruine des Drachenfelsens gemacht hätte [...]“¹³

In diesem Konflikt nahm allerdings das Königshaus eine gänzlich konträre Position ein. Angetrieben von seiner Rheinbegeisterung, war es einmal mehr der Kronprinz, der klare Position bezog: „Königliche Hoheit der Kronprinz und die ganze Königliche Familie [...] interessieren sich lebhaft für die Erhaltung der Ruine. [...] Endlich läßt seine Kgl. Hoheit der Kronprinz Ew. Exzellenz ersuchen, so viel und so weit es die bestehenden Gesetze gestatten, dem Unwesen der Zerstörung solcher geschichtlicher Denkmäler zu steuern, welches gewöhnlich nur aus Gewinnsucht hervorgeht [...]“¹⁴. Diese Position eröffnete tatsächlich eine neue Qualität, indem hier staatliche Einmischung in einer Form gefordert wurde, die das politische System bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorsah. Es mussten Sicherheitsgründe vorgeschoben werden, um 1827 den Steinbruchbetrieb am Drachenfels regierungsamtlich zu untersagen. Aber erst nach dem Erwerb der Eigentumsrechte konnten die staatlichen Stellen ihre Interessen vollständig durchsetzen. In der Zwischenzeit eines rund acht Jahre währenden Prozesses mussten die Steinhauer versuchen, ihre Einnahmeverluste auszugleichen. Während viele Steinbrucharbeiter ihre Arbeitsplätze verloren, verkauften die Eigentümer – mindestens in den Jahren 1830 bis ca. 1836 – Eintrittskarten für den Drachenfelsgipfel (s. Abb. 8). Bei dieser Gelegenheit konnten sie immerhin die im Steinbruchbetrieb benötigten Lastesel als Reittiere für die immer zahlreicher werdenden Touristen und Touristinnen einsetzen – und damit eine lange währende Tradition begründen.

Der ungewöhnliche preußische Akt des Landschafts- schutzes erschloss neue Dimensionen staatlicher Ein- griffsmöglichkeiten in private Nutzungen. Er sollte die Grundlage für spätere Gesetze zum Landschafts- und Denkmalschutz liefern und stand damit am Beginn



Abb. 8: Eingangskarte zum Drachenfels Steinhauer-Gewerkschaft Königswinter, 30.7.1830, Freikarte (No. 1 fortwährend freye Eingangskarte [...]) Die Person 5 Sgr [= Silberroschen] für ein Pferdchen oder Esel 10 Sgr. Einschließlich des Trinkgeldes“ (Stadtarchiv Krefeld, Depositum Schumacher).

der langen Geschichte staatlicher Maßnahmen, die sich Jahrzehnte später auch dem Naturschutz widmen sollten. In den frühen Jahren stand allerdings das Gesamt- bild landschaftlicher Ensembles im Vordergrund des Interesses. Dessen offensichtliche Ausdehnung in Kreise einer breiteren Öffentlichkeit steht im Zusammen- hang mit privaten Bemühungen um wirtschaftliche Nutzung der sich neu eröffnenden touristischen Potenzi- ale. Im Raum Siebengebirge schlägt sich diese Entwicklung zunächst in Maßnahmen der kommunalen Verwaltungen und schließlich – in den 1850er Jahren – in der Gründung einer Königswinterer „Verschöne- rungs-Commission“ nieder.¹⁵ Damit war der Grundstein gelegt für eine weitere Entwicklung, die schließlich zur Gründung des „Verschönerungsvereins für das Sieben- gebirge“ im Jahr 1869 führen sollte.

Die eigentümliche, für diese Entwicklung aber maß- gebliche Verquickung ästhetischer, mythischer und politischer Vorstellungen von „Landschaft“ spiegelt sich nicht zuletzt in bildlichen Überlieferungen. Eine umfangreiche Ansichtenmappe von Caspar Scheuren (1810–1887) liefert hierfür prägnante Beispiele. Sie wurde 1861 fertiggestellt und 1865–68 in größerer Auflage gedruckt.¹⁶ Der Beginn ihrer Veröffentlichung fiel in das Jahr des 50-jährigen Jubiläums der preußischen Prä- senz am Rhein. In 27 großformatigen Blättern werden jeweils ausgewählte Orte und Regionen des Rheinlands beschrieben.¹⁷ Schon der Titel der Mappe: „Landschaft, Sage, Geschichte und Monumentales der Rheinprovinz“ bringt programmatisch die damit verfolgte Absicht zum

Ausdruck, Tradition und politische Aktualität mitein- ander in Einklang zu bringen (s. Abb. 9). Die einzelnen Blätter zeigen neben markanten Bauwerken oder Über- blicksansichten üppiges Rankenwerk und architektoni- sche Rahmungen, die Raum bieten für kleinere Vignet- ten oder Textpassagen. Scheuren nutzt diese Elemente für möglichst breit angelegte erzählerische Details: Sa- genstoffe oder historische Ereignisse werden so zu fes- ten Bestandteilen der Landschaft. Die schon von ihrer äußeren Form und dem großen Format her repräsen- tative Mappe lässt keinen Zweifel an ihrem Zweck einer Huldigung der preußischen Herrschaft. In den Bildin- halten erreicht sie dies aber nicht nur durch typische klassisch-romantische Versatzstücke, sondern ergänzt diese um Anspielungen auf neueste wirtschaftliche, militärische oder technische Errungenschaften. So zeigt etwa das Blatt „Coblenz“ einen großen Truppen- aufmarsch und die in preußischer Zeit neu ausgebaute Festung Ehrenbreitstein; das Blatt „Bonn“ neben mar- kanten Ruinen der Umgebung Symbole für „Dampf- schiff, Eisenbahn, Industrie“ und „Handel“ (s. Abb. 10); und das Blatt „Siebengebirge“ neben Leitfiguren der Rolandsage auch den neu fertiggestellten Bahnhof Rolandseck (s. Abb. 11). Auf diese Kombination histori- scher Qualitäten mit modernen Errungenschaften und mit Phänomenen des Zeitgeschehens bezieht sich das auf einem – „Rheinpreussen“ gewidmeten – Vorsatzblatt zitierte Motto: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen“¹⁸.

Während bis zu diesem Zeitpunkt die Qualität von Land- schaft noch mit der Würdigung kulturlandschaftlicher



Abb. 9: Landschaft, Sage, Geschichte und Monumentales der Rheinprovinz Titelblatt der Ansichtenmappe; Lithographie, C. Scheuren/J.B. Sonderland, 1865 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).



Abb. 10: Blatt „Bonn“ aus: Landschaft, Sage, Geschichte und Monumentales der Rheinprovinz; Lithographie, C. Scheuren/J.B. Sonderland, 1865 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).

Vielfalt weitgehend im Einklang steht, ändern sich die ästhetischen Vorstellungen in den Jahrzehnten am Ende des 19. Jahrhunderts. Gezielte landschaftsgestaltende Maßnahmen gelten vor allem dem „Waldbild“ und der Pflege von „Naturschönheiten“.¹⁹ Daneben konzentrieren sich die Aktivitäten des „Verschönerungsvereins für das Siebengebirge“ (VVS) auf die Bekämpfung von Nutzungsformen, die verstärkt als Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes verstanden werden – ganz im Sinne des „Vaters des deutschen Naturschutzes“, Ernst Rudorff, der sich vehement etwa gegen den Bau der Zahnradbahn einsetzt.²⁰ Solche und ähnliche Begleiterscheinungen der Industrialisierung werden vom VVS zunehmend kritisiert. Ein Ausdruck dieser neuen Sichtweise ist die Gründung eines „Vereins zur Rettung des Siebengebirges“ im Jahr 1886, der sich den Kampf für die Einstellung der Steinbrüche zum Ziel setzt. Flug- schriften und Illustrationen, die die fortschreitende „Verwüstung des Siebengebirges“ anprangern, werden schließlich zum Erfolg führen und am Anfang des 20. Jahrhunderts die weitgehende Einstellung der Stein- bruchbetriebe erreichen. Ausschlaggebend für diesen Erfolg war nicht zuletzt die Unterstützung durch preu- ßische Institutionen vom Oberpräsidenten der Rhein- provinz bis hin zum Preußischen Landtag.²¹

Preußische Projektionen

Der bereits erwähnte Verfall des Landsturm-Denk- mals auf dem Drachenfels ließ sehr bald Forderungen nach einer Wiederherstellung laut werden, die schließlich ihr Ziel erreichten (s. Abb. 14). Galt allerdings das Mo-



Abb. 11: Blatt „Siebengebirge“ aus: Landschaft, Sage, Geschichte und Monumentales der Rheinprovinz; Lithographie, C. Scheuren / W. Krafft, 1865 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).



Abb. 12: Rheinpreußen in seiner Vergangenheit und Gegenwart Zweites Titelblatt der Mappe „Landschaft, Sage, Geschichte und Monumentales der Rheinprovinz“; Lithographie, C. Scheuren/J.B. Sonderland, 1865 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).



Abb. 11 a: Bahnhofsgebäude in Rolandseck (Ausschnitt aus den Blatt „Siebengebirge“).



Abb. 13: Die Oberkasseler Steinbrüche ein Musterbild für die weitere Verwüstung des Siebengebirges“. Illustration aus: Zur Rettung des Siebengebirges, Bonn 1886 (Siebengebirgsmuseum/Heimatverein Siebengebirge, Königswinter).



Abb. 11 b: Ritter Roland mit dem Rolandsbogen (Ausschnitt aus den Blatt „Siebengebirge“).

nument bei seiner Errichtung zumindest vordergründig der regionalen Bürgerwehr, so verschoben sich in späteren Fassungen seine Akzente hin zu einer deutlicheren Widmung für die Reichsidee und die sie tragende preußische Verwaltung am Rhein. Schon frühzeitig hatte der König persönlich seine Unterstützung angekündigt. Die dann folgende, rund 10 Jahre währende Debatte um Fragen der Finanzierung und Ausstattungsdetails erweist sich als ein Musterbeispiel preußischer Interessenpolitik.²²

Den Entwurf für eine neue Stele lieferte kein Geringerer als der Kölner Dombaumeister Ernst Friedrich Zwirner (s. Abb. 15 a). Er folgte dem Zeitgeist und sah – anstelle des vorhergehenden Obelisken – eine gotische Stele vor. Für Diskussionen sorgte allerdings der Text der Inschriften, die in der ursprünglichen Fassung hauptsächlich den beiden gefallenen Führungspersönlich-



Abb. 14: Der Denkmalsockel als Podium
Detail der Zeitungsskizze zum deutsch-flämischen Sängerfest (s. Abb. 7).

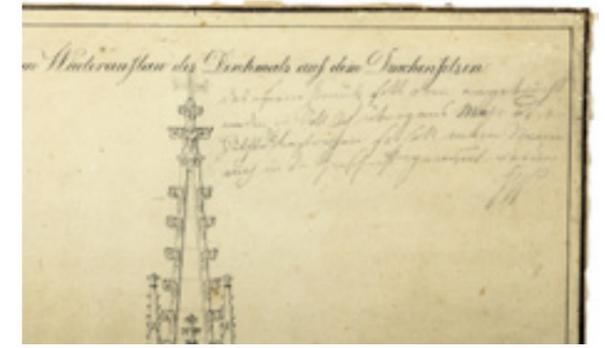


Abb. 15 b: Randnotiz des Königs, Handschriftliche Anmerkung Friedrich Wilhelms IV auf der Zwirner-Entwurfzeichnung (s. Abb. 15).

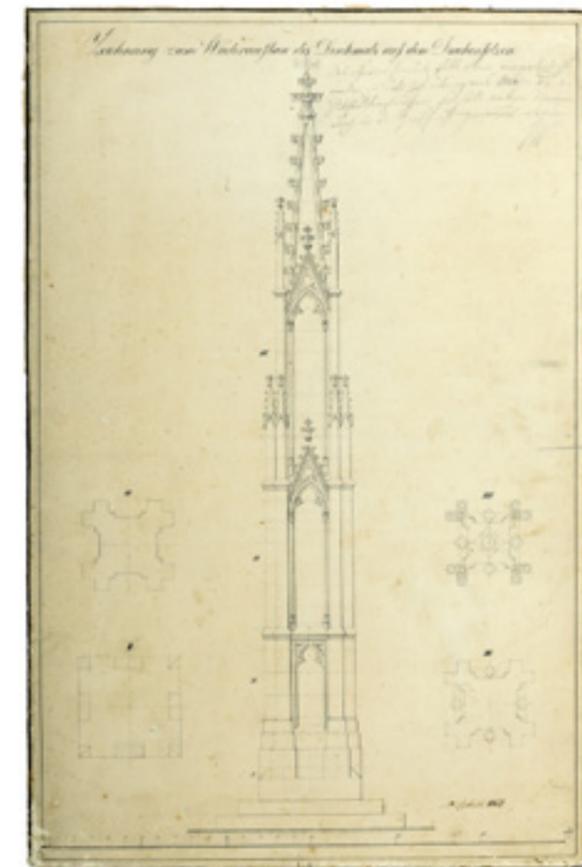


Abb. 15 a: Entwurf für ein neues Landsturm-Denkmal, E.F. Zwirner, Tusche-Federzeichnung, vor 1857 (Siebengebirgsmuseum/ Stadt Königswinter).

keiten Genger und von Boltenstern gewidmet waren. Die Säule Zwirners fand das Wohlgefallen des Königs – allerdings unter zwei Bedingungen, die er persönlich als Randvermerk auf der Entwurfskizze notierte: „Das eiserne Kreuz soll oben angebracht werden. – Soll ich übrigens mehr als die Hälfte [spätere Einfügung: 3/5]

beytragen so soll mein Name auch in der Inschrift genannt werden – [gez.] FW“ (s. Abb. 15 b). Beide Wünsche sollten erfüllt werden, denn das Komitee zur Errichtung des neuen Landsturmdenkmals sah den wichtigsten Zweck des Monuments im Gedenken „hauptsächlich einer weltgeschichtlichen patriotischen Volkserhebung“ – und verzichtete auf die Nennung der beiden Namen, weil diese „nur in solchen Fällen zulässig ist, wo der Name der Einzelnen in Folge einer hervorragenden Tat mit der Sache in Verbindung gebracht werden kann. Ein solcher Fall liegt hier aber nicht vor“. Diese Bemerkung beinhaltete unterschwellig eine deutliche Kritik an der militärischen Bedeutung der zuvor hoch gepriesenen Landsturmaktivitäten vom 3. Januar 1814.

Die Inschriften des neuen, am 22. August 1857 eingeweihten Denkmals würdigen seither neben dem „Landsturm“ auch den preußischen König: „Neu errichtet im dankbaren Rückblick auf die 42 Friedensjahre unter der gesegneten Regierung Friedrich Wilhelm IV durch freiwillige Beiträge im Jahre 1857“. Eine noch deutlichere Betonung der preußischen Herrschaft kam in einer weiteren Fassung zum Ausdruck. Denn auch das zweite Denkmal war bald – nach knapp 20 Jahren – renovierungsbedürftig, und wieder war schlechtes Steinmaterial der Grund. Ein weiteres Mal kam der preußische König – inzwischen deutscher Kaiser Wilhelm I. – für die Kosten auf und ließ sich auf der ansonsten unverändert wiederhergestellten Stele mit einer zusätzlichen Inschrift verewigen: „Um die Erinnerung dauernd zu erhalten aus festem Gestein erneut [= erneuert] nach Wiederherstellung des deutschen Reiches durch den ersten Kaiser Deutschlands Wilhelm König von Preußen 1876“. Mit dieser Initiative belegte das Königshaus einmal mehr seinen Spürsinn für demonstrative Ges-



Abb. 16: Neues Landsturmdenkmal Stahlstich, Nikolaus Christian Hohe, 1857-58 [Siebengebirgsmuseum / Heimatverein Siebengebirge, Königswinter].

ten, die vor allem der festen Verankerung preußischer Präsenz am Rhein dienen sollten. Am Drachenfels gelang dies auf lange Zeit, denn selbst erhebliche Schäden aus dem letzten Weltkrieg schmälern bis heute nicht die imposante Wirkung des Monuments. Es wurde zum festen Bestandteil der Silhouette des Drachenfelsgipfels – und fand mit ihrer massenhaften Verbreitung auf unzähligen Bildwerken.

Denkmal-Pläne

Die starke Verschmelzung preußisch-nationaler Identitätssuche mit Besonderheiten der Rheinlandschaft erreichte am Ende des 19. Jahrhunderts und in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg einen vorläufigen Höhepunkt. Stärker noch als an tatsächlich realisierten Denkmälern lässt sich diese Tendenz an Planungen und Diskussionen um Denkmalstandorte verfolgen. Prominentes Beispiel im Bereich des unteren Mittelrheins sind die heftigen Debatten um ein „Kaiser-Wilhelm-Denkmal der Rheinprovinz“ in den Jahren um 1890. Sie mündeten schließlich in die Errichtung des Monumentes am „Deutschen Eck“ in Koblenz, das im August 1897 offiziell eingeweiht wurde.²³ Nach dem Tod des Kaisers des „Neuen Deutschen Reiches“, Wilhelm I., im Jahr 1888 hatte eine breite Gedenkbewegung eingesetzt. Ähnlich wie andere Regionen plante die Rheinprovinz ein zentrales Denkmal. In der Frage des Standortes konnte zwar sehr bald Einigkeit für eine Platzierung am Rhein erzielt werden, die genaue Ortsentscheidung blieb jedoch lange umstritten. Ein vom Provinzial-Landtag ausgeschriebener Wettbewerb erbrachte die Vergabe der

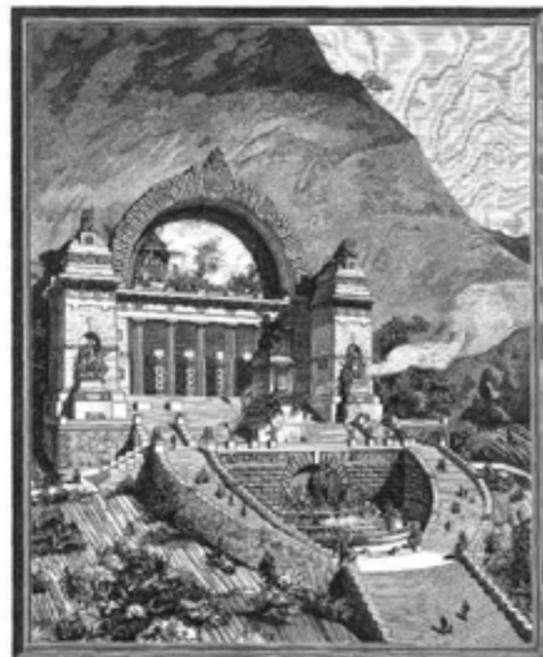


Abb. 17: Erster Preis des Wettbewerbs für ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal der Rheinprovinz Holzstich G. Ebel, nach Entwurf von Jacobs u. Wehling, Düsseldorf 1890 [Centralblatt der Bauverwaltung, 4.6.1890, S. 225].

Abb. 18: Lageskizze zum Entwurf für ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Drachenfels, Skizze zum Wettbewerbsbeitrag, Jacobs u. Wehling, Düsseldorf 1889 [Archiv des Landschaftsverbands Rheinland, Pulheim-Brauweiler, ALVR, Archivale Nr. 1487].



Abb. 18: Lageskizze zum Entwurf für ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Drachenfels, Skizze zum Wettbewerbsbeitrag, Jacobs u. Wehling, Düsseldorf 1889 [Archiv des Landschaftsverbands Rheinland, Pulheim-Brauweiler, ALVR, Archivale Nr. 1487].

drei ersten Preise – im Frühjahr 1890 – für Standorte im Bereich des Siebengebirges (s. Abb. 17). Ähnlich wie das später in Koblenz realisierte Projekt waren sie alle darauf ausgelegt, die landschaftliche Umgebung stark zu prägen. So sollte etwa der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Beitrag für ein Denkmal am Drachenfels („Motto



Abb. 19: Der Drachenfels ohne Kaiser-Wilhelm-Denkmal (Foto: Axel Thünker, Bonn, Aufnahme 2015, Siebengebirgsmuseum).

Felswand“) die berühmte Südansicht dieses Berges vollkommen verändern – was die Jury nicht daran änderte, die Verleihung des Preises damit zu begründen, dass der Entwurf „die glücklichste Lösung der Platzfrage“ biete (s. Abb. 18).²⁴ Der Wettbewerbsentscheidung folgte allerdings eine rund ein Jahr lang dauernde öffentliche Diskussion um den endgültigen Standort. In Form von Flugschriften, Presseberichten und zahllosen Stellungnahmen kommunaler Gremien wurde sie sehr breit geführt, ohne allerdings eindeutige Mehrheiten hervorbringen zu können. Diese Unentschiedenheit reichte bis in die Abstimmung des Provinzial-Landtags im Dezember 1890, wo ein Standort am Siebengebirge zwar die meiste Fürsprache, aber keine absolute Mehrheit fand. In einer weiteren Abstimmung übertrug der Landtag daher die letzte Entscheidung dem mittlerweile inthronisierten Kaiser Wilhelm II., der sich schließlich – persönlichen und familiären Bindungen folgend – im März 1891 für Koblenz entschied. Die Intensität dieser

langwierigen Debatte zeigte aber mehr als deutlich die mittlerweile in breiten Bevölkerungskreisen anerkannte hohe symbolische Bedeutung landschaftlicher Identifikation. Es zeichnet die preußische Administration aus, dass sie das im gesellschaftlichen und politischen Diskurs neue Medium der „Landschaft“ in seiner Bedeutung erkannte und für sich zu nutzen wusste. Der Drachenfels mit seiner besonderen Lage am Rhein und seinem hohen Erlebnis- und Erinnerungspotenzial ist in diesem Zusammenhang ein außergewöhnlich vielschichtiger Ort mit zahlreichen Bedeutungsfacetten, dessen Symbolwert im 19. Jahrhundert besondere Intensität erreichte. Seine von Menschen geschaffene Aura überdauerte die folgenden Epochen und wirkt – im Wechselspiel zwischen Kommerzialisierung und strengen Schutzmaßnahmen – bis heute fort.

Endnoten

- 1 ARNDT, E.-M.: Der Rhein – Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Gränze; zitiert nach der Ausgabe in der Reihe „Meyers Volksbücher“, Nr. 1096, Leipzig und Wien o.J. (um 1910), S. 31 f.; vgl. SCHÄFER, K.-H. u. SCHAWÉ J. ERNST MORITZ ARNDT – Ein bibliographisches Handbuch 1769–1969, Bonn 1971, Nrn. 424 ff.
- 2 Zitiert nach der Doppelveröffentlichung (Nov./Dez. 1813) „Über Volkshass und über den Gebrauch einer fremden Sprache“, S. 18; vgl. SCHÄFER u. SCHAWÉ 1971, Nr. 412.
- 3 Ders.: Was bedeutet Landsturm und Landwehr?, 1813, S. 4.
- 4 Joseph Görres in: Rheinischer Merkur v. 21.10.1814. Abdruck in: „Des teutschen Volkes feuriger Dank- und Ehrentempel oder Beschreibung wie das aus zwanzigjähriger französischer Sklaverei durch Fürsten-Eintracht und Volkskraft gerettete Teutsche Volk die Tage der entscheidenden Völker- und Rettungsschlacht bei Leipzig am 18. und 19. Oktober 1814 zum erstenmale gefeiert hat“, Offenbach 1815.
- 5 Schulheft von Peter Schmitz, 1815–1817, Siebengebirgsmuseum/Bestand Bibliothek des Heimatvereins Siebengebirge. Zum historischen Hintergrund des Schulunterrichts vgl. SCHEUREN, E.: Der Königswinterer Lehrer Aloys Odenthal, in: Siebengebirgsmuseum der Stadt Königswinter (Hg.): Kampf um den Rhein – Das Ende Napoleons und der „Landsturm“ vom Siebengebirge, Bonn 2013 (zur gleichnamigen Sonderausstellung), S. 84–91.
- 6 RUCKSTUHL, C.: Ein Tag im Siebengebürg, in: Rheinisches Unterhaltungsblatt, Jg. 1822, Nrn. 13–15 (31.3., 7. u. 14.4.1822); Nachdruck mit einem Vorwort von Theo Hardenberg in: „Ein Tag im Siebengebürg“ – Ein Bericht von Carl Ruckstuhl (1788–1831) aus dem Jahre 1817, einst Goethe zugeordnet, in: Echo des Siebengebirges, 101. Jg. 1967, Nrn. 45–47 v. 11.11.1967, S. 5–8; 18.11.1967, S. 5–8; 25.11.1967, S. 5–9.
- 7 Vgl. LAMBERTY, C.: Nationale Feste am Rhein, in: Kampf um den Rhein, a.a.O., S. 103–108.
- 8 Illustrierte Zeitung, Leipzig, 29.8.1846. Vgl. DÜDING, D.: Politische Opposition im Vormärz - Das deutsch-flämische Sängerfest in Köln, in: Walter Först u.a. (Hrsg.), Geschichte im Westen, Halbjahres-Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte, Jg. 3 (1988), Heft 1, S. 7–18.
- 9 Kölnische Zeitung v. 18.6. 1846; zit. nach Düding 1988 (Politische Opposition ...), S. 16.
- 10 LEWEJOHANN, S.: „Freund in der Noth“ – Ein Kölner Abgeordneter gegen Preußen, in: ders. und Sascha Pries: Achtung Preußen! – Beziehungsstatus: kompliziert – Köln 1815–2015 (zur gleichnamigen Sonderausstellung des Kölnischen Stadtmuseums), Köln 2015, S. 85–89.
- 11 Vgl. SCHEUREN, E.: Kölner Dom und Drachenfels, in: Plehwe-Leisen, Esther von, Elmar Scheuren, Thomas Schumacher und Arnold Wolff: Steine für den Dom, Köln 2004, S. 22–45.
- 12 Archiv der Dombauhütte Köln (DBA), C 1 [Schreiben von Theodor Bachem am Dombauingenieur Ahlert vom 1.8.1826].
- 13 DBA, C 1, Schreiben an Noeggerath, o.D. [Juni 1837].
- 14 Zitiert nach HARDENBERG, T.: Der Drachenfels – Seine „Conservation vermitteltst Expropriation“; Der Rechtsstreit um die Erhaltung des Drachenfelskegels mit seiner aufstehenden Ruine; in: Rheinische Heimatpflege, N.F. 4/1968, S. 274–310; hier S. 290.
- 15 Vgl. HARDENBERG, T.: 1861–100 Jahre „Nachtigallental“, in: „Echo des Siebengebirges“, Königswinter 1961; Nachdruck in: Heimatverein Siebengebirge (Hg.): Streiflichter aus dem Siebengebirge, Königswinter 1986, S. 163–172.
- 16 Vgl. „Caspar Scheuren – Leben und Werk eines rheinischen Spätromantikers“, Katalog der Städtischen Galerie Villa Zanders, Bergisch Gladbach, Petersberg 2010, S. 39 ff. und 222 ff.
- 17 27 Blätter im Folioformat (ca. 63 x 80 cm), darunter mehrere Widmungs- und Vorsatzblätter.
- 18 Zitiert nach Friedrich von Schiller: Wilhelm Tell, 1804 (4. Aufzug, 2. Szene). In der hier besprochenen Mappe verwendet Scheuren das gleiche Zitat ein zweites Mal auf dem Blatt „Cöln“.
- 19 SCHEUREN, E.: Leitlinien der Entwicklung des Naturschutzes am Beispiel des Siebengebirges, in: Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (Hg.): Naturschutz im Siebengebirge, zur Tagung vom 28.-29.11.2003 in Königswinter, Köln 2003, S. 9–23; hier: S. 21 ff.
- 20 Vgl. HEINEN, E.: Das Siebengebirge in der deutschen Naturschutzgeschichte, in: Verschönerungsverein für das Siebengebirge (Hg.): Das Siebengebirge – geschützt und genutzt, Königswinter 2009, S. 67–82; Scheuren, Elmar: Die Zahnradbahnen im Siebengebirge, in: ebenda, S. 309–317.
- 21 Heinen a.a.O., S. 72f.
- 22 Vgl. zum Folgenden: OESL, B.: Der Drachenfels als patriotischer Ort, in: Siebengebirgsmuseum/Professor-Rhein-Stiftung, Königswinter (Hg.): Rheinreise 2002 – Der Drachenfels als romantisches Reiseziel, Bonn 2002 (zur gleichnamigen Sonderausstellung), S. 162–169. SCHEUREN, E.: Der Drachenfels als politische Plattform, in: Siebengebirgsmuseum der Stadt Königswinter (Hg.): Preußenadler über dem Rhein, Bonn 2015 (zur gleichnamigen Sonderausstellung), S. 12–21.
- 23 Vgl. hierzu: „Preußenadler ...“ (wie Anm. 14), S. 22–29.
- 24 Centralblatt der Bauverwaltung, Nr. 19 A v. 14.5.1890, S. 198.

Preußische Spuren im Stadtbild von Koblenz

Peter Burggraaff und Klaus-Dieter Kleefeld

Einleitung

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Prägung der städtischen Entwicklung von Koblenz, beginnend zwischen 1815 und 1847, sowie mit dem „preußischen“ Erbe im heutigen Stadtbild. Der Blickwinkel ist historisch-geographisch und weniger aus der Sicht der Architektur- und Baugeschichte. Das heißt, es steht ein generalisierender Ansatz im Vordergrund, also die Maßstabsebene der Stadtstruktur und des Stadtbildes.¹

Die Grundlage für die preußische Bautätigkeit bildet die frühneuzeitliche Stadtgestalt und Stadtprägung, die von dem langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter am ehemaligen Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn, Dr. Busso von der Dollen, später Geschäftsführer der Burgenvereinigung mit Sitz auf der Marksburg, in den 1970er und 1980er Jahren intensiv untersucht worden ist.² Diese Forschungen basierten auf Altkartenvergleichen und Bestandsanalysen mit thematischen Karten. Das frühneuzeitliche Koblenz bildete die Grundlage für die Stadtentwicklung von Koblenz während der preußischen Zeit. Die Auswertung der Orientierungskarte zu dem frühneuzeitlichen Koblenz bildet die Ausgangsbasis für die Analyse der preußischen Einflussnahme auf die Stadt und Prägung in der Struktur von Koblenz und deren heutiger Ablesbarkeit im Stadtbild.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts setzte die Entfestigung der Stadt mit dem Bau des neuen Residenzschlosses 1777–1793 ein. Eine wichtige politische Zäsur war die Besetzung 1794 durch französische Truppen und die Einverleibung zu Frankreich 1798, die mit der Aufhebung des Kurfürstentums Trier, des feudalen Systems an sich und der Grundherrschaft einherging. Während der französischen Verwaltung 1795–1814 wurde die bereits vorher einsetzende Niederlegung der mittelalterlichen Stadtmauer fortgesetzt.

Nach dem Abzug der Franzosen wurde Koblenz von Januar bis Juli 1814 vom provisorischen „Generalgouvernement Mittelrhein“ verwaltet. Die französischen Verwaltungseinrichtungen wurden übernommen, aber mit deutschen Amtsbezeichnungen ausgestattet. Nach dem 15. Juli 1814 wurde Koblenz mit dem „Generalgouvernement Niederrhein“ vereinigt, das in preußischer Regie verwaltet wurde. Koblenz blieb Amtssitz des Generalgouvernements-Kommissars (BÄR 1922, S. 6ff.). Nach dem Wiener Kongress von 1815 fielen große

Teile des Territoriums des ehemaligen Kurfürstentums Köln und Trier und damit auch Koblenz an das Königreich Preußen. Gemäß den Bestimmungen des Wiener Kongresses nahm der König von Preußen die neuen Territorien in Besitz. Der Koblenzer Bürgerschaft wird am 23. April 1815 ihre preußische Staatsangehörigkeit verkündet (BÄR 1922, S. 7). Koblenz wurde zunächst bis 1822 Hauptstadt der preußischen Provinz Großherzogtum Niederrhein. Durch Kabinettsorder vom 27. Juni 1822 wird Koblenz alleiniger Sitz der höchsten Zivil- und Militärbehörden der preußischen Rheinlande.

Seit 1830 tragen die preußischen Rheinlande den Namen Rheinprovinz. Dies bedeutete, dass in Koblenz eine Verwaltungsstruktur für die Unterbringung der provincialen Verwaltungsbehörden geschaffen werden musste. Koblenz wurde mit dem Inkrafttreten der rheinischen Städteordnung vom 15.5.1856 formell zur Stadt erhoben.³ Neben der Erhebung zur Hauptstadt der Rheinprovinz wurde Koblenz aufgrund seiner strategischen Lage an Rhein und Mosel und als Knotenpunkt vieler Straßen weiterhin eine wichtige militärische Funktion zugewiesen und wurde somit als Festung und Garnisonsstadt ausgebaut. In der Stadt war das VIII. preußische Armeekorps untergebracht. Mit der Verwaltungsübernahme durch die Preußen wurde auch die evangelische Kirche im katholischen Koblenz etabliert und das Konsistorium der evangelischen Landeskirche der Rheinprovinz in der Stadt eingerichtet, bis es 1934 verlegt worden ist.

Die raumwirksame preußische Ausbauphase der Stadt Koblenz

Der Ausbau von Koblenz als preußische Festungsstadt und Hauptstadt der Rheinprovinz ist im heutigen Stadtbild noch immer deutlich präsent. Nach der Übernahme der Verwaltung 1815 erließ König Friedrich Wilhelm III. die „Order zur Neubefestigung der Stadt Coblenz und der Festung Ehrenbreitstein“ und es wurde eine Verwaltungsstruktur sowie eine entsprechende zeitgenössische Infrastruktur aufgebaut.

Die preußische Großfestung Koblenz

Kurz nach der Kabinettsorder vom 11. März 1815 begann man mit der Umsetzung, die schließlich zu einer der umfangreichsten Festungssysteme Europas führte. Sie wurde nach den damaligen modernsten Erkenntnissen, der so genannten „Neupreußischen“ oder „Neudeutschen Befestigungsmanier“ gebaut. Diese baulichen

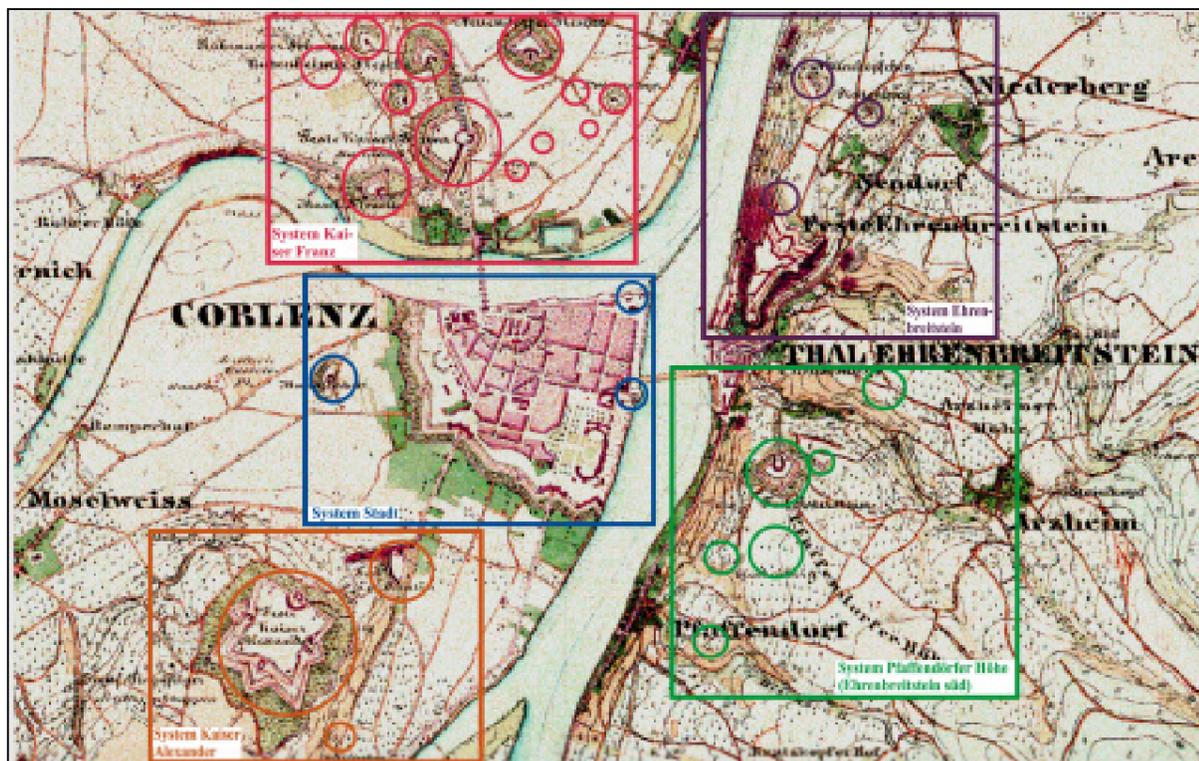


Abb. 1: Das preußische Festungssystem von Koblenz [verändert durch die Verfasser auf der Grundlage der Preußischen Uraufnahme, Blatt 5611 [1846] Koblenz; www.neuendorfer-flesche.eu, abgerufen am 05.12.2016].

Maßnahmen waren sehr raumwirksam: die Höhenzüge um die Stadt wurden mit massiven Festungsbauten versehen. An der Stelle der kurfürstlichen Festung auf dem Ehrenbreitstein ließen die Militäringenieure Gustav von Rauch und Ernst Ludwig von Aster eine weitläufige Zitadelle errichten. Die Festung Ehrenbreitstein als Teil dieser Anlage wurde von 1817 bis 1828 erbaut. Der Festungsausbau erfolgte nach Prinzipien, deren militärisch abgeleitete Konzeption bis heute das Stadtbild von Koblenz prägt. In der Historischen Geographie wird hierfür der Begriff „Persistenz“ angewendet: die jeweiligen Entscheidungen und baulichen Ausführungen dieser Epoche der Siedlungsgeschichte wirken sich bis heute aus.

Nach 1815 wurde das sogenannte „**Polygonalsystem**“ in Deutschland als das bevorzugte Befestigungssystem umgesetzt. Die Bezeichnung „neudeutsche Befestigungsmanier“, bezieht sich darauf, dass Frankreich noch bis 1870 am Bastionssystem festhielt. Charakteristisch für das Polygonalsystem ist das Prinzip, bei den Außenlinien von Befestigungsanlagen möglichst alle einspringenden Winkel zu vermeiden. Der Vorteil

des Systems liegt darin, dass die Fernverteidigung sich konzentrieren kann. Durch den Wegfall der Bastionen und der verschiedenen Vorwerke ergibt sich ein Befestigungssystem von geringerer Tiefe. Dadurch wurden u. a. die Baukosten gesenkt. Nach diesen Prinzipien wurde auch in Koblenz gebaut.

Johann Ludwig von Xylander, Autor eines Lehrbuches der Taktik und Waffenlehre aus dem Jahr 1820, fasste die beim Bau der Festung Koblenz entwickelten neuen Befestigungsgrundsätze zusammen:

- „Aus taktischen und ökonomischen Gründen ist das natürliche Terrain für die Festung zu nutzen und künstlichen Hilfsmitteln vorzuziehen.“
- „Die Werke und Festungsabschnitte sind so arrangiert, dass die sie verfehlenden Schüsse nicht zwangsweise andere treffen.“
- „Die Festungsteile müssen so voneinander getrennt und eingerichtet sein, dass sie sich gegenseitig verteidigen können, wobei die Eroberung eines Teils dem Angreifer nach Möglichkeit keinen Vorteil bieten und ihn in eine missliche Lage bringen soll.“

- „Anlegung ausreichender Schutzräume für die Besatzung und die allgemeinen Bedürfnisse, um die Wirkung der feindlichen Wurfgeschütze zu minimieren.“⁴⁷

Die Stadt wurde von einer geschlossenen Ringmauer weiträumig umfasst, so dass die städtischen Weiterentwicklungen und Erweiterungen gewährleistet blieben. Der Mauer vorgelagert waren selbstständige Werke. Die vorgeschobenen Forts erhielten einen dreiseitigen Erdwall, dessen Form dem Gelände und der strategischen Bedeutung angepasst wird. Die Kehlseite verfügt zumeist eine Mauer und in deren Mitte über einen mehrstöckigen Geschützturm. Das Koblenzer Befestigungssystem umfasste fünf Festungsanlagen,⁵ die in der Abbildung 1 auf der Grundlage der Preußischen Uraufnahme von 1846 dargestellt worden sind. Es handelt sich hierbei um die sogenannten Systeme Stadt, Feste Ehrenbreitstein, Feste Kaiser Franz, Feste Kaiser Alexander und Pfaffendorfer Höhe. Seitens des Kriegsministeriums wurden am 20. März 1815 folgende Bestimmungen erlassen, dem folgende Überlegungen zugrunde lagen:

1. Befestigung der Hochfläche der Karthause durch einige vorgeschobene Werke. Das später anzulegende Hauptwerk sollte längs der Grabenböschung mit einer mit Scharten versehenen, hinten überwölbten Mauer umgeben, im Innern mit einem tüchtigen Kernwerk ausgestattet und auf der dem regelmäßigen Angriff ausgesetzten Seite nur gegen einen Handstreich gesichert werden.
2. Einrichtung der Karthause zu zweckmäßigen Batterien.
3. Koblenz selbst sollte gleichfalls gesichert und das Schloss zur Verteidigung mitbenutzt, also in die Verteidigungslinie einbezogen, werden.
4. Am linken Moselufer beabsichtigte man zur Beherrschung der dortigen Straßen den Petersberg zu befestigen.

Das System Stadt

Im März 1819 begannen die Arbeiten an den Festungswällen der inneren Stadt. Teile der mittelalterlichen Stadtmauer wurden in die Festungsbauten integriert. Der Wall wurde bis zum Rhein südlich des Schlosses, heute Auffahrt Pfaffendorfer Brücke, ausgedehnt. Drei mehrgeschossige Kasematten enthielten Toranlagen am Rhein, an der Mainzer Straße und an der Löhrrstraße. Ein weiteres Walltor befand sich an der Weißer-

gasse. Der ca. 13 Meter hohe Erdwall wurde mit einer Grabenmauer, einem bis 20 Meter breiten Graben und weiteren Verteidigungsbauten verstärkt (BAR 1922, S. 164).

Entlang des Rheinufer wurde eine mit Schießscharten versehene Mauer errichtet. Die Moselmündung wurde im Bereich der Deutschordenskommande mit Kasematten verstärkt. Mit dem Bau der Rheineisenbahn wurde 1857 der Wall erstmals durchbrochen. Die nach Plänen von Hartwich und Schwarz errichtete Moseleisenbahnbrücke berücksichtigte die militärischen Vorgaben, wovon noch die vorhandenen Reste der Brückentürme zeugen. Gleiches gilt für die 1862–1864 errichtete Rheineisenbahnbrücke, die Pfaffendorfer Brücke.⁶

Das System Kaiser Alexander

Die Feste Kaiser Alexander wurde als Hauptwerk des Systems und südwestlichem Eckpfeiler des Koblenzer Festungsgürtels, zwischen 1817 und 1822 nach Plänen des preußischen Ingenieuroffiziers Claudius Franz Le Bauld de Nans (1767–1844) auf dem Karthäuserberg angelegt (s. Abb. 3). Im Vergleich zu Ehrenbreitstein war diese Festung dreimal so groß. Das Fort Großfürst Konstantin am Karthäuserberg wurde nordöstlich an der Stelle eines ehemaligen 1331 entstandenen Klosters angelegt. Das System Kaiser Alexander umfasste neben dem Fort Konstantin die Moselweißer Schanze (1823–1827), die Schanze Thronfolger (1831) und die Batterie Hübeling (1828), mittlerweile Gedenkstätte für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Einwohner und Einwohnerinnen und Vermissten von Koblenz.



Abb. 2: Das Festungssystem Stadt (www.festung-koblenz.de/, abgerufen am 16.12.2016).



Abb. 3: Die Feste Kaiser Alexander (www.festung-koblenz.de, abgerufen am 16.12.2016).

Wegen der Bevölkerungszunahme und der Verlagerung der Verteidigungslinie nach Metz nach dem gewonnenen Deutsch-Französischen Krieg 1871 waren die Festungswerke nicht mehr zu halten. Nach dem Erlass der königlichen Kabinetttorder vom 23. Januar 1900 wurden die einzelnen Festungswerke des Systems aufgegeben. Die Feste Alexander wurde jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg entfestigt. Aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages wurde die Feste 1920/1921 geschleift. Lediglich das Reduit und der Torbau (Löwentor) blieben erhalten. Das Reduit wurde 1964 gesprengt. Nach dem Zweiten Weltkrieg dienten die Gebäude der Feste Kaiser Alexander als Notunterkünfte für ausgebombte Familien. Um die katastrophalen Wohnzustände zu beseitigen, wurde der Komplex 1964 geräumt und abgerissen. Erhalten sind nur noch Reste der äußeren Mauer sowie das Löwentor. Daneben sind Reste der Wälle im Gelände noch zu erkennen. Den Grundriss der Festung kann man allerdings im Straßenverlauf noch gut erkennen.

Das System Kaiser Franz

Die Feste Kaiser Franz wurde als Hauptwerk des Systems und nördlicher Eckpfeiler zwischen 1816 und 1822 ebenfalls nach Plänen des preußischen Ingenieuroffiziers Claudius Franz Le Bauld de Nans am Nordufer der Mosel im heutigen Stadtteil Lützel errichtet (WEBER 2003, S. 230f.). Nach ihrer Schleifung, ebenfalls nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages, wurden große Überreste dieses Festungswerks schließlich 1959 gesprengt. Erhalten geblieben sind lediglich die beiden seitlichen Enden des halbkreisförmigen Reduits⁷ und der heute sanierte Kehlturm am Fuße des Petersbergs. Als Teil des Festungssystems Kaiser Franz entstanden ab 1820 unter der Leitung des preußischen Ingenieurhauptmanns Franz Xaver Cornely die

Neuendorfer- (1825), Bubenheimer- (1816–1822) und Mosel-Flesche (1816–1822).⁸ Darüber hinaus enthielt das System Kaiser Franz die Metternicher (1830/1831), Rübennacher (1830/1831) und Rheinschanze (1821) sowie das Friedenslaboratorium für die Munitionsproduktion (1869) und kleinere Anlagen, die nach 1847 angelegt worden sind. Brücken und Rampen sicherten den Zugang in den Wallhof. Unterhalb des äußeren Festungssystems erstreckte sich unterirdisch die Minengalerie. Der Hauptgraben war 6 m tief und 17 m breit. Die Festungsanlage wurde vermutlich ab 1911 geschleift. Mit dem Abraum wurde der Hauptgraben der Anlage verfüllt. Die unterirdischen Teile blieben dagegen bis heute fast vollständig erhalten. Auf dem Gelände der Festungsanlage wurde in den folgenden Jahren die „Train-Kaserne Coblenz-Lützel“ errichtet. Teile der Ausstattung sind noch heute zu sehen. Auf dem Gelände der ehemaligen Festungsanlage steht heute die „Rhein-Kaserne“. Nachdem in den 1980er Jahren der Erhalt des historischen Gemäuers sowie die Umnutzung des Areals thematisiert wurden und Vorschläge dazu jedoch abgelehnt wurden, dauerte es noch bis 1997, als sich der Verein Feste Franz e.V. gründete, um das Gelände vor dem weiteren Verfall zu retten und die noch erhaltenen Gebäude zu sanieren.⁹

Das System Ehrenbreitstein (Nord)

Die Feste Ehrenbreitstein wurde als Hauptwerk anstelle der zerstörten kurtrierischen Festungsanlage am rechten Rheinufer als nordöstlicher Eckpfeiler des Koblenzer Festungsgürtels ebenfalls nach Plänen des preußischen Ingenieuroffiziers Claudius Franz Le Bauld de Nans zwischen 1816 und 1829 unter der Leitung des



Abb. 4: Feste Kaiser Franz in den 1880er Jahren (upload.wikimedia.org, abgerufen am 6.12.2016, Foto: P. Weller 2009).

preußischen Offiziers Carl Schnitzler neu errichtet. Sie galt militärisch als uneinnehmbar. Sie beherrschte Rhein und Mosel. Nach ihrer Fertigstellung wurde sie immer wieder ausgebaut. Im Gegensatz zur barocken kurtrierischen Festung mit den hochaufragenden Türmen und Giebeln war die preußische Festung nach damaligen Militärstandards mit niedrigen Bauten und flachen Dächern ausgestattet. Neben ihrer Verteidigungsfunktion repräsentierte die Festung die Stellung des preußischen Staates in der Hauptstadt der Rheinprovinz und im Rheinland.

Das System Ehrenbreitstein umfasste das nördlich gelegene Fort Rheineck (1820–1870 und 1927 komplett abgerissen) und das Fort Pleitenberg (1827–1850, 1927 geschleift, das Reduit ist noch erhalten). Im Gegensatz zu den linksrheinischen Anlagen musste die rechtsrheinisch gelegene Festung Ehrenbreitstein 1921/1922 nicht nach dem Versailler Vertrag abgetragen werden. Eine weitere Begründung war ihre Bedeutung im Zeitalter der Rheinromantik für Künstler, Historiker und Reisende. Sie ist mit Wesel einer der wenigen erhaltenen preußischen Festungen des frühen 19. Jahrhunderts. 2007–2011 wurde die Festung für die Bundesgartenschau umfassend saniert.

Das System Ehrenbreitstein Süd (Pfaffendorfer Höhe)

Das Hauptwerk Fort Asterstein auf der Pfaffendorfer Höhe, wurde als östlicher Eckpfeiler des Koblenzer Festungsgürtels zwischen 1819 und 1828 erbaut. 1847 wurde die Anlage nach General Ernst Ludwig von Aster benannt, ein Offizier, der an den Planungen beteiligt war. Vom Fort sind das kreisrunde Reduit und der Torbau mit Durchfahrt und Architekturelementen erhalten geblieben. Bis Ende der 1960er Jahre war das Fort von Koblenzer Familien bewohnt und verfiel danach. Von den ehemals ausgedehnten preußischen Befestigungsanlagen des Systems Pfaffendorfer Höhe ist nur ein Teil des Reduits des Forts Asterstein (1820) sowie eine Kasematte erhalten geblieben. Die Außenwerke sind fast vollständig verschwunden. Zusammen mit den beiden Flügelbauten und dem Torbau verfügte die Anlage über insgesamt 51 Wohn- und Verteidigungskasematten. Noch bis zum Ende der 1960er Jahre wurde das Fort von Koblenzer Familien bewohnt und war danach dem Verfall preisgegeben.

Erst seit 1996 kümmert sich ein Verein um den Erhalt und Restaurierung der Anlage. Neben dem „Thurm auf

der Pfaffendorfer Höhe“, wie die Anlage anfangs hieß, lag 400 m südlich das Werk Glockenberg (1822), das als dreiflügeliger, zweigeschossiger Turmbau ausgeführt wurde und erhalten ist. Außerdem umfasste das System die Bienbornschanze (1859, nicht mehr erhalten), die teilweise erhaltene Horchheimer Torbefestigung, das Fort Rheinhell (1859–1868, eine erhaltene Kasematte), sowie die sogenannte „Teufelstreppe“ als Verbindung vom Horchheimer Tor und dem verschwundenen Werk Glockenberg.¹⁰ Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Stadt Koblenz mit ihrer charakteristischen Lage an Rhein und Mosel von einem zusammenhängenden Befestigungssystem umgeben und geschützt war. Dieser Befestigungsring hatte für die Entwicklung der Stadt eine hemmende Auswirkung. Erst im späten 19. Jahrhundert mit der Aufgabe der Festungsfunktion und der Schleifung der Festungsanlagen bis auf den Ehrenbreitstein, konnte die Stadt sich flächig erweitern und verkehrsmäßig weiterentwickeln. Mit dem preu-

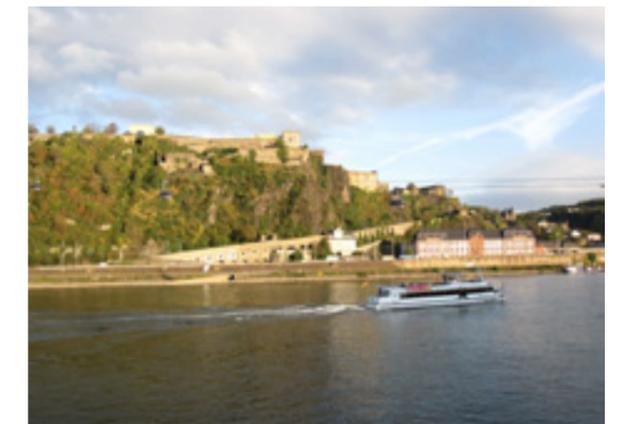


Abb. 5: Feste Ehrenbreitstein (Foto: Peter Burggraaff, 2011).



Abb. 6 : Strategische Lage von Koblenz am Fuße der Festung Ehrenbreitstein (Blick nach Südwesten, Foto: Peter Burggraaff, 2013).



Abb. 7: Das System Ehrenbreitstein und Pfaffendorfer Höhe in den 1880er Jahren (de.academic.ru/pictures, abgerufen am 16.12.2016).

ßischen Ausbau der Festung Koblenz mit Festungen, Forts und Schanzen, besonders auf der linken Rheinseite, genügte der einzige Rheinübergang mittels der alten „Fliegenden Brücke“ nicht mehr den Ansprüchen. So wurde bereits 1819 eine gebogene Schiffbrücke zwischen Koblenz und Ehrenbreitstein erbaut. Auf 36 hölzernen Kähnen überspannte die Fahrbahn den Rhein in einer Länge von 325 m. 1841 erfolgte ein Umbau zu einer geraden Schiffbrücke, die bis zu ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg 1945 den Rhein querte.

In unmittelbare Kampfhandlungen war die Festung nie verwickelt. Die militärtechnische Entwicklung verlief rasant, so dass die Festung mit ihrer vollen Gefechtsstärke von 1.500 Mann Besatzung seit ca. 1890 strategisch keine große Bedeutung erfuhr.

Mit der Befestigung bzw. mit dem Einzug preußischer Verwaltung wurde Koblenz preußischer Garnionssitz. Mit dem Militär und deren Familienangehörigen nahm

die Zahl der Protestanten und Protestantinnen zu. Am 19. September 1820 wurde die Florinskirche nach der Restaurierung durch J.C. Lassaulx als evangelische Gemeindekirche geweiht (MICHEL 1954, S. 25; BÄR 1922, S. 312f.). Nach der Umwidmung der Karmeliterkirche als katholische Garnionskirche 1844 wurde sie 1852 dementsprechend hergerichtet und am 22. Dezember 1853 eingeweiht (MICHEL 1954, S. 284). Zwischen 1902 und 1904 wurde die evangelische Christuskirche gebaut (BÄR 1922, S. 316).

Die Entwicklung im Stadtgebiet während der preußischen Verwaltung

Von 1823 bis 1911 war das Kurfürstliche Schloss am Rheinufer Sitz des Oberpräsidenten der preußischen Rheinprovinz und des Friedensgerichts. 1850 bis 1858 amtierte hier als preußischer Militärgouverneur Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm I., mit seiner Gattin Augusta.

Sie ließ ab 1856 die später nach ihr benannten Rheinanlagen als Park nach dem Entwurf von Peter Josef Lenné d. Jüngeren anlegen (BÄR 1922, S. 280). Sie war auch Gönnerin des katholischen Pfarrers Johann Baptist Kraus und unterstützte tatkräftig seine Bestrebungen, in Arenberg einen Wallfahrtsort zu begründen. Dieses brachte der liberal eingestellten Augusta in Berlin viel Kritik ein. In Arenberg entstanden von 1845 bis 1872 eine Wallfahrtskirche und die nach ihrem Begründer benannten Pfarrer-Kraus-Anlagen, als eine Landschaftsbilderbibel mit Naturpark angelegt. Kaiserin Augusta besuchte alljährlich bis wenige Wochen vor ihrem Tod im Januar 1890 das Schloss und die Stadt Koblenz, ihr „rheinisches Potsdam“. Die erste Eisenbahn der Rheinischen Eisenbahngesellschaft fuhr am 11. November 1858 über die neu erbaute Moseleisenbahnbrücke auf der am 15. November 1858 in Betrieb genommenen linksrheinischen Strecke Köln-Koblenz im Rheinischen Bahnhof in der Fischelstraße ein. 1859 erfolgte die Fertigstellung der Anschlussstrecke Koblenz-Bingen (BELLINGHAUSEN [Hrsg.] 1973, S. 201). Die Moseleisenbahnbrücke war in die Befestigung der Stadt einbezogen. Sie verfügte etwa in der Mitte über zwei festungsartige Vierecktürme mit abschließbaren Toren und auf der Koblenzer Seite zwei Kopftürme. Im Laufe der Jahrzehnte ist die Brücke mehrmals verändert und angepasst worden. So wurde 1918 die Eisenkonstruktion vollkommen erneuert, hierdurch veränderte sich die ursprüngliche Gitterbrücke in eine um das Doppelte

verbreiterte Bogenbrücke (BELLINGHAUSEN 1973, S. 235 u. 267; BÄR 1922, S. 247ff.).

Ab 1864 wurde das Eisenbahnnetz weiter ausgebaut und die Pfaffendorfer Brücke über den Rhein in Anwesenheit des preußischen Königspaares eingeweiht. Sie war zunächst eine reine Eisenbahnbrücke und verband die links- und die 1862 fertiggestellte rechtsrheinisch Eisenbahnstrecke Wiesbaden-Oberlahnstein, die bis 1864 nach Niederlahnstein verlängert wurde. Am 27. Oktober 1869 wurde die Fortsetzung der Strecke von Niederlahnstein bis Neuwied eröffnet. Während der Bauzeit der Pfaffendorfer Brücke wurde als Zwischenlösung zur vorzeitigen Verbindung zwischen beiden Rheinstrecken das Trajekt Capellen (Königsbach)-Oberlahnstein von 1862 bis 1864 eingesetzt (SCHLIEPER 2009, S. 30–36). Die Brücke wurde auch von der Koblenzer Straßenbahn genutzt. Die letzten Eisenbahnzüge überquerten die Pfaffendorfer Brücke bis Anfang des Ersten Weltkrieges im August 1914 (BÄR 1922, S. 196f.) 1932 wurde der völlige Umbau der Pfaffendorfer Brücke begonnen, welches sich zu einem kompletten Neubau entwickelte (MICHEL 1954, S. 145).

Im Oktober 1878 erfolgte die Einweihung der Gölser Moseleisenbahnbrücke. Sie wurde 1925 für die Verbreiterung vollständig umgebaut (FRANKE 1975, S. 42f. u. S. 80). Im Jahr darauf konnte mit Vollendung der Horchheimer Eisenbahnbrücke über den Rhein der Ausbau des Koblenzer Eisenbahnnetzes abgeschlossen werden (MICHEL 1954, S. 146–147). Am 15. Mai 1879 wurde die Moseleisenbahnstrecke Koblenz-Trier mit dem Mosel-Güterbahnhof am nördlichen Moselufer fertiggestellt. Die Horchheimer Brücke ist auf beiden Seiten mit zwei hohen Tortürmen aus Sandstein ausgestattet worden und wurde 1901–1902 umgebaut. Als letzte Strecke wurde 1904 die Bahnstrecke Koblenz-Mayen eröffnet und als letzte Brücke wurde 1909 zur Erschließung der Insel Oberwerth die Oberwerth-Brücke gebaut (BÄR 1922, S. 197).

Die erste Straßenbahn der Coblenzer Straßenbahn-Gesellschaft verkehrte ab 1887 auf zwei Linien (Rheinwerft-Plan-Löhrstraße-Moselbahnhof und Goebenplatz-Neustadt-Mainzer Straße-Schützenhof) in der Stadt (BELLINGHAUSEN 1927, S. 1). Zunächst war sie eine Pferdebahn, ab 1898 dann elektrifiziert. Hierzu wurde 1898 das Koblenzer Elektrizitätswerk am Schützenhof errichtet. Das Straßenbahnnetz ist seitdem erweitert

worden: 1899 wurde Ehrenbreitstein, 1901 Niederberg und Arenberg, 1920 Horchheim-Niederlahnstein und 1903 Metternich unter Benutzung der vorhandenen Brücken ans Straßenbahnnetz angeschlossen (s. Abb. 8).

Mit der Zunahme der Bevölkerung und wegen Typhuserkrankungen war es notwendig, die Hygiene in der Stadt zu verbessern. Die Wasserversorgung in Koblenz wurde bis ins 19. Jahrhundert noch über Ziehbrunnen sichergestellt. Oberbürgermeister Karl Heinrich Lottner beauftragte deshalb den Ingenieur Ernst Grahn mit dem Bau des ersten Wasserwerks auf dem Oberwerth (BÄR 1922, S. 287f.). Die erste mit Gasmotoren betriebene Pumpstation wurde 1885–1886 erbaut und versorgte das 27 km lange Rohrnetz der Stadt mit einer Mischung aus Grundwasser und Uferfiltrat. Das Siedlungsgebiet der Stadt konnte nun erstmals aus den engen Stadtgrenzen ausbrechen.

Eine königliche Kabinettsorder vom 13. März 1890 verfügte auch bedingt durch die fortschreitende Kriegstechnik, die Aufgabe der Koblenzer Stadtbefestigungen, so dass die Baubeschränkungen fortfielen. Lediglich die Befestigungen Fort Konstantin und Feste Alexan-

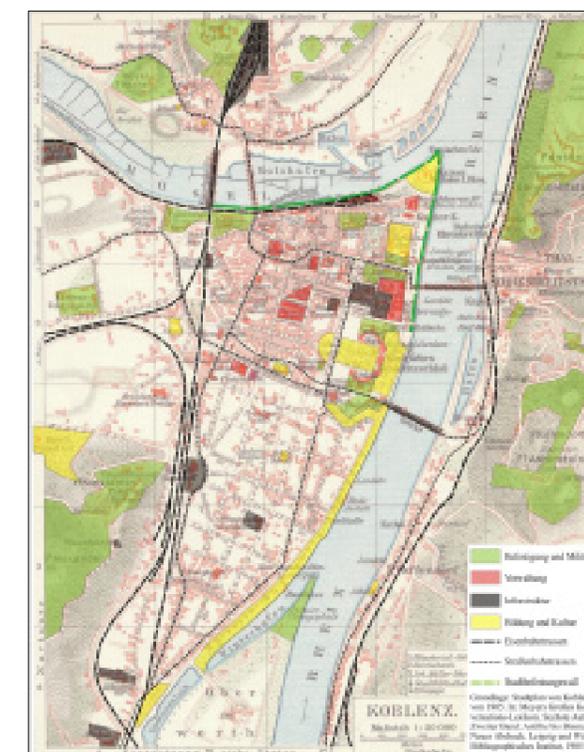


Abb. 8: Preußisches Koblenz (1905) mit farblichen Hervorhebungen durch die Autoren.

der auf der Karthause blieben zunächst noch bestehen (BÄR 1922, S. 169). Diese Festungen blieben bis zum Ersten Weltkrieg in Funktion. Danach wurden sie zum Teil geschleift oder verwahrlosten. Vollständig erhalten blieb nur die Festung Ehrenbreitstein. Bereits in den nächsten Jahren setzte eine rege Bautätigkeit vor den Toren ein, die Stadt sorgte für den Ausbau einer Reihe von Straßen im südlichen Vorstadtgebiet. Noch im gleichen Jahr konnte die Stadt die Befestigungen am Rhein (Rheinkavalier bis Kastorkirche) und an der Mosel (Bassenheimer Hof bis Deutsch-ordenshaus) erwerben und schleifen lassen (BÄR 1922, S. 169). Somit war der Weg frei für die erste Stadterweiterung „Südstadt“.

Die Stadtverwaltung beauftragte den Kölner Stadtbaumeister Hermann Josef Stübben (1845–1936) mit der Erstellung eines Stadterweiterungsplans für die Flächen zwischen Rhein und Mosel östlich der Eisenbahntrasse Koblenz-Mainz. Stübben sah in seinem Plan eine Erweiterung der Stadt Koblenz in westlicher (Goldgrube, Rauental) und in südlicher Richtung (Südliche Vorstadt) vor. Große Teile seines Plans, vor allem die großzügigen Verkehrsachsen im Westen, wurden aber nicht umgesetzt. Im Februar 1890 reichte der Oberbürgermeister Schuller den Entwurf des Plans beim preußischen Kriegsministerium für eine Stellungnahme zum Kauf der Festungsflächen ein. Am 12. Dezember 1890 wurde mit den Abbrucharbeiten der Festungsmauern und der Bollwerke an Rhein und Mosel begonnen. In den Jahren 1890-1899 wurde der größte Teil der Stadtbefestigung niedergelegt. In den nachfolgenden Jahren begannen die Bauarbeiten für die südliche Vorstadt südlich des heutigen Friedrich-

Ebert-Rings mit den mehr oder weniger parallel verlaufenden Nord-Süd-Straßen sowie Ost-West-Straßen (BÄR 1922, S. 169-171 u. s. Abb. 10)

Bezüglich der Umsetzung der Stadterweiterung und des Straßennetzes der südlichen Vorstadt spielte die sogenannte „Bahnhofsfrage“ eine wichtige Rolle. Die Errichtung eines neuen Hauptbahnhofes anstatt des Moselbahnhofes und des Rheinischen Bahnhofes wurde immer dringlicher, je weiter die Fluchtlinienfestsetzung, die heute noch erkennbar ist, für die südliche Vorstadt vorrückte. Denn ein Bebauungsplan für das Festungsgelände und die südlich und westlich anschließende Areale war noch nicht möglich, solange die Lage des Bahnhofes und die Höhenlage der Gleise von der Moselbrücke bis zum Abhang der Karthause nicht festgelegt waren. Die Lösung der sogenannten Bahnhofsfrage, die vor allem auch mit dem Verlauf der Bahntrasse zwischen der Feste Alexander und der Südlichen Vorstadt zu tun hatte, konnte erst nach schwierigen Verhandlungen zwischen der Stadt und der preußischen Regierung im Oktober 1894 gelöst werden. Dies wurde vertraglich zwischen der Eisenbahndirektion in Köln und der Stadt Koblenz mit weiteren Einzelbestimmungen für den Neubau des heutigen Hauptbahnhofes am Abhang der Karthause festgelegt. Nachdem die Höherlegung der Schienengleise von der Moselbrücke bis zum Fuße der Karthause umgesetzt worden war, konnte 1899 mit dem Bau des 96 m langen Bahnhofes nach Plänen von Fritz Klingholz begonnen werden. Er wurde nach dreijähriger Bauzeit am 1. Mai 1902 eingeweiht. Danach wurde der Rheinische Bahnhof abgerissen (BÄR 1922, S. 170-171).



Abb. 10: Koblenz von 1847 bis 1952, Landschaft im Wandel, Blatt: 5611 Koblenz (Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation, Koblenz).

Da die städtebauliche Entwicklung von Koblenz wesentlich durch Hermann Josef Stübben mit seinem Plan von 1889 geprägt war, lohnt es sich, kurz auf ihn und sein Wirken einzugehen. Denn hinter Ideen stehen Menschen. Hierzu geben Auszüge aus seinen biographischen Daten des LVR-Portals „Rheinische Geschichte“¹¹ Auskunft: „Hermann Josef Stübben gehörte nach der Reichsgründung im Jahr 1871 zu den Wegbereitern des modernen Städtebaus. Ab 1881 zeichnete er für die Stadterweiterung Kölns und die Bauplanung der Neustadt verantwortlich - ein Großprojekt, welches ihm europaweit hohe Anerkennung verschaffte und ihn zu einem

der renommiertesten Fachleute seiner Zeit aufsteigen ließ. Ebenso gaben seine Entwürfe Aachen, Koblenz, Düsseldorf, Saarlouis und weiteren rheinischen Städten ein prägnantes, modernes Gepräge.

Ende 1890 erschien Stübbens Werk „Der Städtebau“ als Teil des „Handbuches der Architektur“. Bis dahin hatte es nichts Vergleichbares gegeben. Das Buch wurde ein Standardwerk, das über den deutschsprachigen Raum hinauswirkte und bis 1924 in drei Auflagen erschien. Stübben wurde damit zu einem weithin anerkannten Fachmann.



Abb. 9: Deutsches Eck mit Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Zusammenfluss von Rhein und Mosel (Foto: Peter Burggraaff, 2013).

So erstellte er für Koblenz 1889 den so genannten Stübben-Plan, der eine Erweiterung der Stadt nach der zuvor erfolgten Schleifung der Stadtmauer vorsah. Er verfasste über 90 verschiedene städtebauliche Entwürfe, nahm an rund einem Dutzend städtebaulicher Wettbewerbe teil, von denen er viele gewann. Für Stübben war klar, dass eine moderne Stadt nicht schön sein konnte, wenn sie nicht bestimmte wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen erfüllte und auch den praktischen Anforderungen von Verkehr und Gesundheit entsprach. Stübbens Entwürfe waren zweckmäßig und ausführbar. Wohl deshalb war er einer der meistbeschäftigten und erfolgreichsten Städtebauer seiner Zeit. Diese Orientierung an der Praxis brachte es mit sich, dass Stübben sich wie kaum einer seiner Kollegen auch mit Details des Städtebaus befasste, die heute nebensächlich erscheinen. So behandelte er Fragen des Straßenbahnverkehrs, der Straßenpflasterung und -beleuchtung, der Straßenbeschilderung oder auch der öffentlichen Bedürfnisanstalten. Er sah in solchen Details keineswegs Marginalien, sondern Dinge, die für die ästhetisch und funktional gelungene Realisierung des Entwurfs wichtig waren. Erst die Beschäftigung mit dem Detail erlaubte eine im Ganzen durchdachte und zweckmäßige Stadt.

In diesem Sinne nutzte Stübben auch das Instrument der abgestuften Bauweise gleichermaßen zur Förderung der Gesundheit wie zur Beschränkung der Bodenpreise und zur schönen Abwechslung der Straßenbilder. Diese Verknüpfung von Kosten, Nutzen und Schönheit ist wohl ebenso charakteristisch für sein Werk wie für andere erfolgreiche Epochen des Städtebaus. Das Prinzip der malerischen Abwechslung, das heißt die Verbindung von Wechsel und Schönheit, ist für den Städtebau um 1900 ebenso charakteristisch wie für die Baukunst des Historismus überhaupt. Erfüllten Stübbens Entwürfe auf diese Weise die vielfältigen Aufgaben des modernen Lebens, so erreichten sie auch jenen mannigfaltigen Wechsel, der eine individuelle ästhetische Wirkung hervorrief. Das begegnet uns auch bei anderen Stadtplanern der Zeit. Aber im Unterschied zu vielen Zeitgenossen bedeutete für Stübben die Abwechslung keine oberflächliche Dekoration oder Beschränkung auf ausgesuchte Kristallisationspunkte im Stadtbild. Das Prinzip der malerischen Abwechslung war für ihn kein Selbstzweck. Es sollte zur tiefer gehenden, zweckmäßigen Ordnung der modernen Lebensbedürfnisse verwendet werden.“ [Zitat Ende]

Gleich zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es in Koblenz große bauliche Veränderungen. Nach der Aufgabe der preußischen Stadtbefestigung entstanden an Stelle des Walls zwei große Ringe: der Kaiserin-Augusta-Ring (heute Moselring) und der Kaiser-Wilhelm-Ring (heute Friedrich-Ebert-Ring). Direkt am ehemaligen Löhrtor wurde von 1900 bis 1903 nach Plänen des späteren Mainzer Dombaumeisters Ludwig Becker die katholische Herz-Jesu-Kirche im neuromanischen Stil erbaut. Südlich des ehemaligen Walls wuchs rasch ein neues Siedlungsgebiet heran. Rund um die 1897 erbaute katholische St.-Josef-Kirche und dem ersten evangelischen Kirchenneubau der Stadt, der 1904 erbauten Christuskirche, entstanden Bürgerhäuser der Gründerzeit.

Das Rheinufer zwischen dem Kurfürstlichen Schloss und dem Deutschen Eck wurde 1902–1913 mit repräsentativen Verwaltungsgebäuden bebaut. So entstand hier das Oberpräsidium der Rheinprovinz (1907–1910), das preußische Regierungsgebäude (1902) für den Regierungsbezirk Koblenz und das im neoklassizistischen Stil errichtete Hotel Koblenzer Hof (1912–1913). Die Uferfront behielt dabei noch ältere Strukturen bei.

Einige Wochen nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. 1888 wurde in Koblenz und zugleich auch in der preußischen Provinzialverwaltung der Gedanke geboren, dem „verewigten Fürsten“ als besonderen Dank ein Denkmal zu errichten. Die letzte Entscheidung für den Standort des Denkmals überließ man dem jungen Kaiser Wilhelm II., der sich 1891 für den Zusammenfluss von Rhein und Mosel als Errichtungsstelle des Denkmals entschied. Die kleine Insel im Mündungsbereich, mit deren Hilfe Mitte des 19. Jahrhunderts ein kleiner Sicherheitshafen mit Molenverbindung zum Festland angelegt worden war, wurde als Standort für die Errichtung des Denkmals ausgewiesen. Durch Zuschüttung dieses Hafens wurde das notwendige Gelände geschaffen. In der Zeit von 1893 bis 1897, nachdem eine Million Mark zur Verfügung stand, wurde das Monument nach Entwürfen von Emil Hundrieser und des Architekten Bruno Schmitz errichtet.

Die Gesamthöhe beträgt 37 m und ist sogar einen Meter höher als das Niederwalddenkmal in Rüdeseheim. Am 31. August 1897 wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal der Rheinprovinz am Deutschen Eck in Anwesenheit von Kaiser Wilhelm II. seiner Bestimmung übergeben

(JECHEL 2010, Bd. 2, S. 362–384). Von nun an verlagerte sich im allgemeinen Sprachgebrauch der Name Deutsches Eck von der Deutschordensballei auf das neue Denkmal.

Im Luftkrieg des Zweiten Weltkriegs war Koblenz zunächst verschont geblieben, da die Stadt von den Alliierten nur als Ziel mit untergeordneter Priorität geführt wurde. Mit der Landung der Alliierten in Frankreich am 6. Juni 1944 geriet aber auch Koblenz ins Visier der Bomberflotten, besonders als das Eisenbahnnetz in der Region an Bedeutung gewann. Am 6. November 1944 näherte sich um 19.28 Uhr ein Kampfverband von Lancaster-Bombern der britischen Royal Air Force und bombardierte das Zentrum von Koblenz. Das Stadtzentrum, von 153.392 Stabbrandbomben, 456 Flammstrahlbomben und 130 Luftminen getroffen, brannte nieder. Der Feuersturm machte alle Lösversuche aussichtslos. Die Stadt als geordnetes Gemeinwesen existierte nach diesem schwersten Luftangriff nicht mehr. Die Luftangriffe auf Koblenz von 1944 und 1945 zerstörten die Stadt zu 87 %. Das historische Stadtbild ist dadurch für immer verloren gegangen. Von den einst 23.700 Wohnungen waren nur 1500 unbeschädigt geblieben. Zwei Millionen Kubikmeter Schutt und Trümmer prägten das Stadtbild. Der Zentralplatz ist deshalb keine historische Platzanlage, sondern ein Produkt der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus.

Schlussbetrachtung

Der Beitrag hebt die Auswirkungen preußenzeitlicher baulicher Aktivitäten im heutigen Stadtbild von Koblenz hervor. An verschiedenen Standorten der Stadt sind insbesondere die militärischen Überreste deutlich sichtbar. Koblenz hat dadurch eine spezifische Prägung erfahren. Neben unmittelbarer baulicher Substanz sind es mittelbare Strukturen, die die Eigenart von Koblenz prägen. Weitere Baulichkeiten der zivilen Infrastruktur datieren ebenfalls in dieser Zeit der wirtschaftlichen Prosperität und Bevölkerungszunahme. Ganz besonders entscheidend waren die zentralörtlichen Funktionen im Bereich Verwaltung. Die dadurch ausgelösten Impulse haben dann wiederum die Wohnbauten zunehmen lassen.

Aus kulturlandschaftlicher Sicht lässt sich Koblenz auf verschiedenen Maßstabsebenen betrachten und als kulturelles Erbe ansehen: der Stadtgrundriss, Relikte des preußischen Festungssystems, die Stadt-Um-

land-Beziehungen, der suburbane Raum, Stadtviertel und Straßenzeilen sowie Plätze und weitere Merkmale der ehemaligen Befestigung.

In diesem Beitrag sind Objekte und Strukturen erwähnt, zu denen weitere Informationen dem Internetportal „Kultur. Landschaft. Digital“ KuLaDig¹² zu entnehmen, die insbesondere Studierende der Universität Koblenz angelegt haben. Die Hierarchieebenen im Internetportal des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) in Kooperation mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen und dem Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz bilden diese landschaftliche Sichtweise ab.

Das Kulturelle Erbe ist damit an sich zu betrachten, aber auch als Bestandteil eines Ganzen. Menschen nehmen unbewusst eine Stadt entsprechend wahr. Die verschiedenen Facetten aus unterschiedlichen Perioden erklären sich aber häufig nicht von selbst.

Erst das Wissen um die Entstehungsgeschichte und des Kontextes hilft das Einzelobjekt zu verstehen. Deshalb lohnt sich ein Spaziergang durch Koblenz, um sich die preußische Siedlungsgeschichte zu erschließen.

Endnoten

1 In diesem Aufsatz wird auch auf die KuLaDig-Einträge von Studierenden über die Stadt Koblenz Bezug genommen. Seitens der Redaktion von KuLaDig, dem Informationsportal zur Kulturlandschaft in digitaler Form (www.kuladig.lvr.de), besteht eine Kooperationsvereinbarung mit der Geographie der Universität Koblenz. Im Rahmen von Lehrveranstaltungen und Masterarbeiten sind bereits preußisch geprägte Objekte und Strukturen in Koblenz von Studierenden in KuLaDig eingearbeitet worden, die in diesem Aufsatz ausgewertet werden.

2 Von der Dolle 1978; 1979 und 1983.

3 Städteordnung für die Rheinprovinz und Gesetz betreffend die Gemeindeverfassung in der Rheinprovinz vom 15. Mai 1856, 3. Aufl. Elberfeld 1882.

4 <https://de.wikipedia.org/wiki/Polygonalsystem>, abgerufen am 18.1.2017.

5 <http://www.neuendorfer-flesche.eu/Festung/Festungsplan-Coblentz.gif>, abgerufen am 05.12.2016.

7 Das Reduit „ist ein verstärkter Verteidigungsbau, der zum Rückzug für die Besatzung diente, falls der vorgelagerte Verteidigungswall vom Feind überwunden wurde. Das Reduit (Kernwerk) liegt im Inneren eines Verteidigungswalls.“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Reduit>, abgerufen am 16.12.2016). Reduits wurden im Rahmen der neupreußischen Befestigungsmanier des 19. Jhds. eingerichtet.

8 Als Flesche (französisch flèche = „Pfeil“) „wird ein Festungswerk bezeichnet, das aus zwei in einem ausspringenden Winkel zusammenlaufenden Facen (die dem Angreifer zugekehrten Seiten eines Werkes) besteht. Der Grundriss der Flesche ähnelt Außenwerken wie den Ravelin (im Graben vor einer Kurtine errichtetes selbstständiges Werk mit drei- oder fünfeckigem Grundriss, das niedriger als die benachbarten Bastionen ist) und der Demilune (ein im Graben vor einer Bastion errichtetes, aus zwei Facen bestehendes Außenwerk. Sein Grundriss ähnelt dem des Ravelins, doch ist seine Kehle halbmondförmig, wurde jedoch vor dem Glacis errichtet und zählt somit zu den Vorwerken einer Festung. Sie wurde üblicherweise einer Bastionsspitze vorgelagert, um eine zusätzliche Feueretage zu schaffen)“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Flesche> und https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Fachbegriffen_im_Festungsbau#F, abgerufen am 16.12.2016).

9 www.festung-koblenz.de, abgerufen am 19.12.2016.

10 www.festung-koblenz.de, abgerufen am 21.12.2016.

11 <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/S/Seiten/HermannJosephSt%3%bcbben.aspx>, abgerufen am 20.12.2016.

12 www.kuladig.lvr.de. Zu diesem Portal existiert seit Dezember 2016 für Smartphones eine App, in der alle redaktionell freigegebenen Objekte abrufbar sind. Damit ist das preußische Erbe der Stadt Koblenz zu erkunden. Im Anhang des Beitrages befindet sich eine Liste dieser Objekte.

Literatur

BACKES, M.: Koblenz mit Ehrenbreitstein und Stolzenfels. – München u. Berlin 1973 (Deutsche Land Deutsche Kunst).

BÄR, M.: Geschichte der Stadt Koblenz 1814–1914. – Koblenz 1922.

BAUER, R.: Koblenz - So wie es war. – Düsseldorf 1992, S. 5ff.

BELLINGHAUSEN, H.: 40 Jahre Koblenzer Straßenbahn. – In: Koblenzer Heimatblatt 4 (1927), Nr. 43, S. 1ff.

BELLINGHAUSEN, H. [Hrsg.]: 2000 Jahre Koblenz. Geschichte der Stadt an Rhein und Mosel. – Boppard 1973.

BÖCKLING, M.: Koblenz an Rhein und Mosel - Ein Stadtführer. – Koblenz 2008.

CUSTODIS, P.-G.: Zeugnisse aus Industrie und Technik. – Koblenz 1998 (Wegweiser Mittelrhein, 9). Dellwing, Herbert und Kallenbach, Reinhard [Bearb.]: Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz, Bd. 3.2. Koblenz Innenstadt. – Worms 2004.

DELLWING, H. u. LIESSEM, U. [Bearb.]: Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz, Bd. 3.1. Stadt Koblenz – Südliche Vororte und Oberwerth. – Düsseldorf 1986.

DOLLE, B. v. d.: Maßnahmen zur Sanierung und Verschönerung der Altstadt Koblenz in der frühen Neuzeit. – In: Landeskundliche Vierteljahresblätter 24, 1978, S. 3–15.

DOLLE, B. v. d.: Der haupt- und residenzstädtische Verflechtungsraum Koblenz, Ehrenbreitstein in der frühen Neuzeit. – Köln 1979 (Schriften zur rheinischen Geschichte, Heft 3).

DOLLE, B. v. d.: Die Koblenzer Neustadt. Planung und Ausführung einer Stadterweiterung des 18. Jahrhunderts. – Köln u. Wien 1979 (Städteforschung, A/6). Dolle, Busso von der: Stadtrandphänomene in historisch-geographischer Sicht. – In: Siedlungsforschung, Archäologie – Geschichte – Geographie 1, 1983, S. 15–37.

FRANKE, E.: Geschichte der Koblenzer Brücken. – In: Koblenz Stadt der Brücken. Dokumentation zur Einweihung der Koblenzer Balduinbrücke. Koblenz: Stadt Koblenz 1975, S. 14–63, hier S. 43–46 (Dokumentationen der Stadt Koblenz, 4).

FREY, T. u. KALLENBACH, R.: Koblenz. Luftbilder von gestern und heute. Eine Gegenüberstellung. – Gudensberg-Gleichen 1998.

GNIFFKE, M.: Koblenz – die Stadt an Rhein und Mosel. Stadtführung. – Koblenz 1998. Günther, Wilhelm Arnold: Topographische Geschichte der Stadt Coblenz von ihrem Entstehen bis zum Schlusse des 18ten Jahrhunderts. – Coblenz 1813.

HERBORN, W.: Städte am Rhein. Aspekte ihrer Geschichte. – In: Engelbrecht, Jörg; Kühn, Norbert; Mölich, Georg; Otten, Thomas u. Wiemer, Karl Peter [Hrsg.]: Rheingold. Menschen und Mentalitäten im Rheinland. Eine Landeskunde. – Köln, Weimar u. Wien 2003, S. 247–306.

HEYEN, F.-J.: Spuren der Geschichte. – Koblenz 1998 (Wegweiser Mittelrhein, 11). Heyen, Franz-Josef [Hrsg.]: Im Herzen Europas. 2000 Jahre Koblenz. Ein Stadttatlas. – Koblenz 1992.

IMHOF, M.: Koblenz Stadtführer. – o.O. 2011. Jansen, Christina u. Meckel, Dominik: Festung Ehrenbreitstein oberhalb von Koblenz. – Koblenz 2014 (KuLaDig-Eintrag O-98434-20140807-2).

JECHEL, H.-J.: Kaiser Wilhelm I. Reiterdenkmäler, Band I und II. – Bonn 2010.

KALLENBACH, R.: Koblenzer Geschichte neu erzählt. – Koblenz 2012.

KLEBER, P. u. KELLERMANN, M.: Militärische Einrichtungen im Bereich des Systems Feste Kaiser Franz. – In: Feste Kaiser Franz. Zur Geschichte des Festungswerks und des Systems Feste Franz in Koblenz-Lützel. Festschrift zum 10-jährigen Jubiläum Feste Kaiser Franz e.V. – Koblenz 2008, S. 65–74.

MICHEL, F.: Die Kunstdenkmäler der Stadt Koblenz. Die profanen Denkmäler und die Vororte. – München u. Berlin 1954, (Die Kunstdenkmäler von Rheinland-Pfalz, Erster Band).

MICHEL, F.: Die kirchlichen Denkmäler der Stadt Koblenz. – Düsseldorf 1937, ND Düsseldorf 1981, S. 296–301 (Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz 20,1: Die Kunstdenkmäler der Stadt Koblenz 1).

Nachrichtliches Verzeichnis der Kulturdenkmäler. Kreisfreie Stadt Koblenz. Hrsg. v. Rheinland-Pfalz, Generaldirektion für das kulturelle Erbe. – Mainz, Stand 15.6.2016.

NEUMANN, H.: Festungsbaukunst und Festungsbau-technik. Deutsche Wehrbau-architektur vom XV. – XX. Jahrhundert. – Bonn 2004.

SCHLIEPER, H.: Eisenbahntrajekte über Rhein und Bodensee. – Bramsche 2009.

TIPPACH, T.: Koblenz als preussische Garnison- und Festungsstadt Wirtschaft, Infrastruktur und Städtebau. – Köln u. Wien 2000 (Städteforschung. Reihe A: Darstellungen, 53).

VOGT, U.: Preußische Staatsbauten in Koblenz einschließlich der Festungsanlagen von 1815 bis 1914. – Aachen 1987.

WISCHEMANN, R.: Die Festung Koblenz. Vom römischen Kastell und Preußens stärkster Festung zur größten Garnison der Bundeswehr. – Koblenz 1978.

WEBER, K. T.: Die preußischen Festungsanlagen von Koblenz (1815–1834). – Weimar 2003 (Kunst- und Kulturwissenschaftliche Forschungen). 2003.

WEBER, K. T.: „Neupreußische Festungsmanier“ – ein Mythos? – In: Festungsbaukunst in Europas Mitte. Regensburg 2011 (Festungsforschung, Bd. 3), S. 49–60.

WEBER, U. [Bearb.]: Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz, Bd. 3.3. Stadt Koblenz – Stadtteile. – Worms 2013.

WEISS, E.: Ein Führer zur Baugeschichte in Koblenz. – Neuwied 1992.

WISCHEMANN, R.: Die Festung Koblenz. Vom römischen Kastell und Preußens stärkster Festung zur größten Garnison der Bundeswehr. – Koblenz 1978.

Internet

www.danke-berlin-2015.de: 200 Jahre Preußen am Rhein, abgerufen am 09.09.2014.

www.diefestungehrenbreitstein.de: „Willkommen in der Festung Ehrenbreitstein“, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz 2014, abgerufen am 12.09.2014.

www.diefestungehrenbreitstein.de: „Zeitleiste zur Geschichte der Festung Ehrenbreitstein“, Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz 2014, abgerufen am 12.09.2014.

www.ehrenmal-heer.de: „Ehrenmal des Deutschen Heeres. Festung Ehrenbreitstein Koblenz.“, Kuratorium Ehrenmal des Deutschen Heeres e.V. 2014 (PDF-Datei, 279 KB, abgerufen am 12.09.2014).

www.koblenz-touristik.de: „Festung Ehrenbreitstein“, Koblenz-Touristik 2014, abgerufen am 12.09.2014.

www.monumente-online.de: „Zur Eroberung freigegeben – Die Besichtigung der Festung Ehrenbreitstein lohnt nicht nur zur Bundesgartenschau“, Julia Ricker 201, abgerufen am 12.09.2014.

www.politische-bildung-rlp.de: „Festung Ehrenbreitstein – Bollwerk an Mosel und Rhein“ in Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz [Hrsg.] (2006): Blätter zum Land. 2'2006. (PDF-Datei, 356 KB, abgerufen am 12.09.2014).

www.neuendorfer-flesche.eu/Festung/Festungsplan-Coblentz.gif, abgerufen am 05.12.2016.

www.festung-koblenz.de/, abgerufen am 16.12.2016.

upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/ed/System_Feste_Franz.JPG, abgerufen am 6.12.2016.

de.academic.ru/pictures/dewiki/75/Koblenz_Karte2.JPG, abgerufen am 16.12.2016.

Anhang: Erfasste Objekte aus der preußischen Periode von Koblenz im Portal KuLaDig

[www.kuladig.lvr.de]

1. O-103329-20140916-2 Koblenz (ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium)

Preußen modernisierte im 19. Jahrhundert das Bildungssystem in seinem Hoheitsgebiet. Zahlreiche Bildungseinrichtungen entstanden aufgrund der hohen Wertschätzung der Bildung daher auch im Rheinland. Das Eichendorff-Gymnasium, ehemals Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium, ist hierfür ein passendes Beispiel.

2. O-97473-20140723-8 Evangelische Christuskirche Koblenz

Die Christuskirche wurde aufgrund der rasant steigenden Zahl der evangelischen Bevölkerung um 1900, die nicht mehr allein von der zentralen Florinskirche aufgenommen werden konnte, nach den Plänen des Berliner Architekten Johannes Vollmer erbaut.

3. O-98434-20140807-2 Festung Ehrenbreitstein oberhalb von Koblenz

Die Festung Ehrenbreitstein war Teil eines Festungsringes um die Stadt Koblenz. Nach der Sprengung durch französische Truppen im Jahre 1801, wurde sie ab 1816 durch die Preußen in den barocken Umrissen, jedoch in neuen Formen, modernen fortifikatorischen Theorien entsprechend, neu errichtet (mit 30 Unterobjekten).

4. O-74684-20130920-6 Florinskirche Koblenz

Die Florinskirche liegt am Platz „Florinsmarkt“, welcher der Kirche seinen Namen verdankt. Die Kirche diente im Laufe der Jahrhunderte verschiedensten Zwecken.

5. O-101953-20140830-2 Gülser Eisenbahnbrücke bei Koblenz

Die Eisenbahnbrücke in Koblenz-Güls wurde in den Jahren 1877/78 aufgrund strategischer Überlegungen errichtet und verbindet in Koblenz die Stadtteile Moselweiß und Güls. Die Brücke ist Teil der Bahnverbindung zwischen Koblenz und Trier.

6. O-96801-20140718-2 Hauptbahnhof Koblenz mit Bahnhofsvorplatz und Busbahnhof

Der Koblenzer Hauptbahnhof liegt zentral in der Stadtmitte und wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert im Zuge der südlichen Stadterweiterung nach den Plänen des Regierungsbaumeisters Biecker

erbaut. Heute ist er wichtiger Knotenpunkt im Nah- und Fernverkehr des Rhein-Mosel-Lahn-Gebiets.

7. O-96801-20140718-2 Hauptfriedhof Koblenz

Der Hauptfriedhof der Stadt Koblenz liegt im Stadtteil Goldgrube am Nord- und Westhang der Karthause. Er ist der größte Friedhof der Stadt und gilt durch seine architektonische Terrassenanlage und die alten Baumbestände zugleich als Landschaftspark der Stadt. Er wurde 1820 eingeweiht.

8. O-74685-20130920-7 Herz-Jesu-Kirche in Koblenz

Die Herz-Jesu-Kirche wurde erst im Jahr 1903 fertiggestellt und gesegnet. Der Bau der Herz-Jesu-Kirche war notwendig geworden, da die Bevölkerung in der Stadt Koblenz über die Jahre stark gestiegen war.

9. O-97457-20140723-6 Johannes-Müller-Denkmal in der Koblenzer Altstadt

Das Johannes-Müller-Denkmal ist eine überlebensgroße Bronzefigur des Koblenzer Forschers und Physiologen, der unweit des Jesuitenplatzes geboren wurde. Ihm zu Ehren wurde das Denkmal im Jahr 1899 in der Koblenzer Altstadt errichtet.

10. O-74997-20130924-4 Jüdischer Friedhof Raumental

Für Koblenz sind zwei mittelalterliche Friedhöfe bezeugt. In der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde ein neuer Friedhof in Raumental angelegt, dieser steht heute als „Denkmalzone Jüdischer Friedhof“ unter Denkmalschutz.

11. O-54133-20120914-6 Kaiserin-Augusta-Anlagen Koblenz (Rheinanlagen an der Koblenzer Uferfront)

In den Jahren 1856 bis 1861 ließ Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach (1811–1890), die Gemahlin des Prinzen und späteren Deutschen Kaisers Wilhelm I. von Preußen, die Rheinanlagen längs der Koblenzer Uferfront anlegen.

12. O-97777-20140729-2 Kaiserliche Oberpostdirektion in der Koblenzer Südstadt

Die Kaiserliche Oberpostdirektion wurde im Jahr 1905 nach den Planungen der Bauverwaltung des Reichspostministeriums am Friedrich-Ebert-Ring erbaut. Charakteristisch sind die spätgotischen Stilelemente, die trotz mehrmaligen Umbau- und

Wiederaufbauarbeiten bis heute erhalten geblieben sind.

- 13. O-95475-20140627-4 Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck**
Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck wurde 1897 zu Ehren des ersten deutschen Kaisers errichtet. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg durch die Amerikaner wurde das Denkmal, das zum Mahnmal der deutschen Einheit wurde, nach der Wiedervereinigung Deutschlands wiedererrichtet.
- 14. O-72754-20130826-5 Koblenzer Hof am Konrad-Adenauer-Ufer (ehemaliges Grand-Hotel „Esplanade Bellevue“, später „Hotel Koblenzer Hof“, Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung)**
Das monumentale Gebäude am Rheinufer, das 1912/13 im Auftrag der Aktiengesellschaft für Grundbesitz, Wohnbauten & Grand-Hotel Esplanade Bellevue erbaut wurde, war seinerzeit eines der luxuriösesten Hotels in Deutschland (Grand-Hotel Esplanade Bellevue).
- 15. O-103347-20140917-2 Königlich Preußisches Lehrerinnenseminar in Koblenz**
Der Staat Preußen führte im Jahre 1825 eine alle Landesteile umfassende Schulpflicht ein. Besondere Beachtung wurde auf die Ausbildung der Lehrkräfte gelegt. Das Königlich Preußische Lehrerinnenseminar in Koblenz ist daher Ausdruck einer neuen Wertschätzung des Bildungswesens.
- 16. O-97126-20140723-2 Kriegerdenkmal in Koblenz-Asterstein (Gefallenendenkmal des Feldzuges von 1866)**
Das Kriegerdenkmal in Koblenz-Asterstein wurde 1869 für die Soldaten errichtet, die im Deutsch-Preußischen (Österreichisch-Preußischen) Krieg 1866 gefallen sind. Das Denkmal hat die Form eines Obeliskens und ist vom Koblenzer Kurfürstlichen Schloss aus zu sehen.
- 17. O-98117-20140804-3 Pfaffendorfer Brücke in Koblenz**
Die Pfaffendorfer Brücke ist die erste feste Rheinbrücke der Stadt Koblenz, die zwischen 1862 und 1864 von der Rheinischen Eisenbahngesellschaft gebaut worden war. Noch heute stellt sie die

wichtigste Verbindung von der Innenstadt zu den rechtsrheinischen Stadtteilen dar.

- 18. O-72738-20130826-3 Preußische Festung auf der Karthause (Fort Großfürst Konstantin)**
Im Rahmen des Baus der Preußischen Großfestungsanlage Koblenz wurde zwischen 1822-1827 das Fort Großfürst Konstantin (kurz: Fort Konstantin) auf der Karthause gebaut. Es diente damals der unmittelbaren Sicherung der weiter westlich gelegenen Feste Kaiser Alexander.
- 19. O-72737-20130826-2 Preußische Festung in Lützel („Feste Kaiser Franz“ auf dem Plateau Petersberg)**
Die 1822, nach sechs Jahren Bauzeit, fertiggestellte Feste Kaiser Franz war Teil der Gesamtfestungsanlage Koblenz, die Mitte des 19. Jahrhunderts als größte ihrer Art in ganz Europa galt.
- 20. KLD-258385 Preußisches Regierungsgebäude in Koblenz, Bezirksregierung**
Nachdem am 16.8.1901 das alte Haus der Bezirksregierung durch Brand zerstört worden war, ergab sich die Chance eines großzügigen Neubaus an der alten Stelle. Am 15.10.1905 konnte das Wohnhaus des Regierungspräsidenten, am 1.2.1906 das gesamte Regierungsgebäude bezogen werden.
- 21. O-59539-20130122-2 Schloss Stolzenfels**
Schloss Stolzenfels ist wohl die prächtigste unter den zahlreichen Burgen des 19. Jahrhunderts am Rhein und eine der bedeutendsten Bauschöpfungen der deutschen Romantik. Seit 2002 ist das Schloss Bestandteil des Welterbes „Oberes Mittelrheintal“ der UNESCO.
- 22. O-97762-20140725-2 Stadtgebiet Koblenz im 19. Jahrhundert**
Die flächenmäßige Ausdehnung von Koblenz im 19. Jahrhundert wurde im Wesentlichen durch die Festungsanlagen Ehrenbreitstein, Fort Konstantin, Fort Asterstein, die Feste Franz und die Stadtmauer markiert.
- 23. O-97761-20140725-2 Stadtgebiet Koblenz im 20. Jahrhundert**
Sein heutiges Gesicht erhielt Koblenz erst im ausgehenden 20. Jahrhundert durch zahlreiche

Eingemeindungen und Erweiterungen, die zur Vergrößerung des Stadtgebietes führten.

- 24. O-74995-20130924-2 Synagoge Koblenz im Bürresheimer Hof**
1851 konnte die neue Synagoge der jüdischen Gemeinde Koblenz im Bürresheimer Hof am Florinsmarkt eingeweiht werden. Diese wurde 1938 verwüstet.
- 25. O-74996-20130924-3 Synagoge Rauental (Frühere Trauerhalle des jüdischen Friedhofs, Gemeindezentrum der jüdischen Kultusgemeinde)**
Die Synagoge der jüdischen Gemeinde Koblenz wurde 1938 verwüstet. Seit 1945 wird die ehemalige Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Rauental als Betsaal genutzt.

Anlagen

Tagungsprogramm

Preußen und Landschaft

Ideen – Symbole – Veränderungen

9:00 Uhr	Eintreffen und Begrüßungskaffee	12:05 Uhr	Der „Preußenbaum“ im Rheinland – Fluch und Segen Dr. Bernward Selter, Münster
9:30 Uhr	Begrüßung Dr. Nobert Kühn, Landschaftsverband Rheinland (LVR), Leiter des LVR-Fachbereichs Kultur		anschließend Diskussion
9:50 Uhr	Besitzergreifung und räumliche Durchdringung – Preußen und die Rheinlande nach 1815 Georg Mölich, LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte	12:45 Uhr	Mittagspause
		14:00 Uhr	Der Drachenfels als Symbollandschaft Elmar Scheuren, Siebengebirgsmuseum Königswinter
10:15 Uhr	Notstandsmaßnahmen in der Eifel – Preußisch Sibirien Peter Burggraaff, Geographisches Institut der Universität Koblenz-Landau	14:25 Uhr	Preußische Verkehrswege im Rheinland Dr. Claus Weber, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
	anschließend Diskussion	14:50 Uhr	Die Stadtstruktur von Koblenz in preußischer Zeit und deren Überlieferung im heutigen Stadtbild Dr. Klaus-Dieter Kleefeld, Landschaftsverband Rheinland (LVR)
10:50 Uhr	Kaffeepause		
11:15 Uhr	Preußische innere Kolonisation als landschaftswirksame Innovation Dr. Markus Zbroschzyk, St. Augustin	15:15 Uhr	Kaffeepause
11:40 Uhr	„Für das Leben lernen wir“ – Obst- und Gartenbau im preußischen Elementarschulwesen Michael Kamp, LVR-Freilichtmuseum Lindlar	15:45 Uhr	Podiumsdiskussion zum Thema: Umgang mit dem landschaftlichen kulturellen Erbe der Preußenzeit Moderation: Dr. Klaus-Dieter Kleefeld, Landschaftsverband Rheinland (LVR)
		17:00 Uhr	Ende der Veranstaltung

**Anschriften der Autorinnen und Autoren
dieser Tagungsdokumentation**

Drs. Peter Burggraaff
Universität Koblenz-Landau
Institut für Integrierte Naturwissenschaften,
Abteilung Geographie
Universitätsstr. 1, 56070 Koblenz
burggra@uni-koblenz.de

Michael Kamp
Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Freilichtmuseum Lindlar
Schloss Heiligenhoven, 51789 Lindlar
michael.kamp@lvr.de

Dr. Klaus Dieter Kleefeld
Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche
Kulturpflege, Abt. Digitales Kulturerbe LVR
Ottoplatz 2, 50679 Köln
klaus-dieter.kleefeld@lvr.de

Dr. Norbert Kühn
c/o
Landschaftsverband Rheinland (LVR)
Fachbereich Regionale Kulturarbeit
Ottoplatz 2, 50679 Köln

Georg Mölich
Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte
Endenicher Str. 133, 53115 Bonn
georg.moelich@lvr.de

Elmar Scheuren
Siebengebirgsmuseum Königswinter
Kellerstr. 16, 53639 Königswinter
elmar.scheuren@koenigswinter.de

Dr. Bernward Selter
Franz-Beiske-Weg 5, 48167 Münster
selter@muenster.de

Dr. Markus Zbroschzyk
In der Aue 2 b, 53757 Sankt Augustin
markzyk@googlemail.com

**Teilnahmeliste Fachtagung
„Preussen und Landschaft“**

Name	Vorname	Öffentl. Institution	PLZ/Ort
Alt	Carolin	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Aufsfeld	Norbert		50259 Pulheim
Barth-Propach	Ilona	Landesbetrieb Straßenbau NRW	51643 Gummersbach
Bedorf	Ulrike		51688 Wipperfürth
Bedorf	Wolfgang		51688 Wipperfürth
Beil	Oskar		50259 Pulheim
Berger	Dr. Herbert		51647 Gummersbach
Berger	Frau		51647 Gummersbach
Besuch	Heinz Joachim		47839 Krefeld
Beyerle	Andreas	Stadt Bergheim	50126 Bergheim
Boddenberg	Christoph	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Bölts-Thunecke	Arno		53113 Bonn
Bouillon	Barbara	Biologische Station im Rhein-Sieg-Kreis	53783 Eitorf
Bremer	Ute		50996 Köln
Bremer	(2. Person)		50996 Köln
Burggraaff	Drs. Peter	Universität Koblenz-Landau	56070 Koblenz
Claren	Helmut Arnold		50259 Pulheim
Delvos	Manfred		50259 Pulheim
Dietze	Henner		41540 Dormagen
Doering	Siegfried		51145 Köln
Fetten	Dr. Frank G.		54550 Daun
Francke	Dr. Ursula	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	53115 Bonn

Freiburg	Josef	Gemeinde Much	53804 Much
Geisler	Dr. Eberhard	Regionalverband Ruhr- gebiet	45128 Essen
Gelhar	Dr. Martina	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Geyer	Michael		53179 Bonn
Gotzmann	Dr. Inge	Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU)	53113 Bonn
Grodde	Dr. Barbara		41334 Nettetal
Grote	Helmut		
Hagemann	Friedrich		57587 Birken
Hahlweg	Ingwalt		53332 Bornheim
Harzheim	Gabriele	Akademie Vogelsang IP	53937 Schleiden
Herzog	Dr. Monika	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50259 Pulheim
Heusch-Altenstein	Annette		50933 Köln
Hölzer	Ute		54558 Gillenfeld
Janßen-Schnabel	Dr. Elke	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50259 Pulheim
Jung	Ernst G.		50259 Pulheim
Kallmann	Jürgen		41564 Kaarst
Kamp	Michael	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	51789 Lindlar
Kandels	Albert	Heimatmuseum Stommeln	50259 Pulheim
Kleefeld	Dr. Klaus Dieter	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Klinkhammer	Ulrich	Naturpark Nordeifel	54595 Prüm
Knopp	Hermann Josef		53547 Dattenberg
Knopp	Anneliese		53547 Dattenberg
Koch-Winter	Gisela		45133 Essen
König	Julia	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Krämer	Thomas	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50259 Pulheim

Krause	Armin		41470 Neuss
Krause	Elisabeth		41470 Neuss
Kremer	Dr. Bruno P.		53343 Wachtberg
Kühn	Dr. Norbert	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Kunze	Gisela		51103 Köln
Lache	Ursula		56729 Langscheid
Lamberty	Dr. Christiane		53604 Bad Honnef
Luimes	Julia		50933 Köln
Maas	Hans		50226 Frechen
Markert	Ulrich		50667 Köln
Mölich	Georg	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	53115 Bonn
Müller-Schwanneke	Heiko		50259 Pulheim
Nicklaus	Dr. Eberhard		50129 Bergheim
Noga	Peter	Stadt Krefeld	47792 Krefeld
Nunez	Hildegard		56073 Koblenz
Otto	Hermann		50259 Pulheim
Perse	Marcell	Museum Zitadelle Jülich	52428 Jülich
Pflaum	Martin	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Philipps	Margit	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)	48133 Münster
Preuß	Friedrich Wilhelm		50226 Frechen
Pütz	Hannelore		50259 Pulheim
Pütz	Nadine		52249 Eschweiler
Rau	Ulrike		35578 Wetzlar
Reiß	Florian		27793 Wildeshausen
Rommel	Frank		53127 Bonn

Roggendorf-Otto	Roswitha		50259 Pulheim
Ruge	Irmgard		50226 Frechen
Sarling	Friedhelm		51399 Burscheid
Scheuren	Elmar	Siebengebirgsmuseum	53639 Königswinter
Schmitz	Hermann Josef		50259 Pulheim
Schmitz	Gertrud		50259 Pulheim
Schmitz	Nicole	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Schneiders	Wolfgang	Museum Zitadelle Jülich	52428 Jülich
Schnug-Bögerding	Carola		57610 Altenkirchen
Schwabe	Annette	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Schwarz	Ulrike	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50259 Pulheim
Schwarz	Nadine	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Schweikert	Ansgar		47447 Moers
Schweikert	Waltraud		47447 Moers
Selter	Dr. Bernward		48167 Münster
Seydel	Hans-Martin	Stadt Voerde	46562 Voerde
Steffen-Aufsfeld	Carola		50259 Pulheim
Steinwarz	Dr. Dieter	Biologische Station im Rhein-Sieg-Kreis	53783 Eitorf
Stollenwerk	Anne	Naturpark Nordeifel	54595 Prüm
Thiele	Fritz		50259 Pulheim
Thoer	Heinz-Josef	Stadt Krefeld	47792 Krefeld
Trienekens	Lisa	Stadt Eschweiler	52249 Eschweiler
Vollmer-König	Martin	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	53115 Bonn
Weber	Dr. Claus	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	53115 Bonn
Wegener	Wolfgang	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	53115 Bonn
Weinand	Manfred		50259 Pulheim

Weiß	Marcus	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)	48133 Münster
Weyhe	Mechtild		41751 Viersen
Wiemer	Dr. Karl-Peter	Rhein. Verein für Denkmalpflege u. Landschaftsschutz	50679 Köln
Winter	Thomas		45133 Essen
Winter	Pia	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	50679 Köln
Zbrochzyk	Dr. Markus		57234 Wilnsdorf
Ziemes	Ulrich	Stadt Krefeld	47792 Krefeld

**Übersicht über frühere Fachtagungen der
LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege und deren
Vorgänger**

1. Fachtagung

30.–31.10.1991 | Bonn
Naturnahe Anlage und Pflege von
Grünflächen der öffentlichen Hand*

2. Fachtagung

01.–02.10.1992 | Bonn
Umweltverträgliche Beschaffung und
Abfallentsorgung der öffentlichen Hand*

3. Fachtagung

07.–08.10.1993 | Bonn
Naturschutz und Landschaftspflege bei
historischen Objekten*

4. Fachtagung

27.–28.09.1994 | Bonn
Ausführung und Entwicklung landschafts-
pflegerischer Maßnahmen an Verkehrswegen*

5. Fachtagung

25.–26.10.1995 | Bonn
Naturnahe Grünflächengestaltung –
eine Chance bei knappen Kassen?*

6. Fachtagung

11.–12.03.1996 | Kevelaer
Kulturgüterschutz in der Umwelt-
verträglichkeitsprüfung*

7. Fachtagung

25.–26.11.1997 | Bonn
Gartendenkmalpflege und Naturschutz**

8. Fachtagung

24.–25.09.1998 | Jülich
Fließgewässer in der Kulturlandschaft*

9. Fachtagung

21.–22.10.1999 | Bonn
Eingriff und Ausgleich - Standortbestimmung
zum Landschaftspflegerischen Begleitplan*

10. Fachtagung

19.–20.10.2000 | Bonn
Obstwiesen in Kultur und Landschaft*

11. Fachtagung

25.–26.10.2001 | Heinsberg
Rheinisches Kulturlandschaftskataster*

12. Fachtagung

18.–19.04.2002 | Köln
Kulturelles Erbe – Umweltvorsorge und Planung*

13. Fachtagung

04.–05.12.2003 | Bensberg
Pilgern (ausgefallen)

14. Fachtagung

01.–02.04.2004 | Bensberg
Wie viel Sport verträgt die Landschaft? –
Wie viel Landschaft braucht der Sport?***

15. Fachtagung

02.–05.03.2005 | Aachen
Kulturlandschaft digital –
Forschung und Anwendung*

16. Fachtagung

21.–22.04.2005 | Bad Honnef
Barrierefreies Natur- und Kulturerlebnis*

17. Fachtagung

02.–03.05.2006 | Altenberg
Europäische Landschaftskonvention*

18. Fachtagung

18.–19.10.2007 | Geldern
Demographie und Kulturlandschaft*

19. Fachtagung

13.–14.11.2008 | Bensberg
Landschaft und Gesundheit*

20. Fachtagung

26.–27.05.2010 | Knechtsteden
Naturschutz und Kulturlandschaftspflege**

21. Fachtagung

22.09.2011 | Bensberg
Kulturlandschaft und regionale Identität***

22. Fachtagung

04.–05.10.2012 | Bad Honnef
50 Jahre Kulturlandschaftspflege beim LVR**

23. Fachtagung

11.–12.07.2013 | Kevelaer
Typisch Niederrhein?!**

24. Fachtagung

22.10.2015 | Brauweiler
Preußen und Landschaft*

* zu dieser Fachtagung ist eine Tagungsdokumentation erschienen und noch lieferbar. Nähere Informationen dazu beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege, Ottoplatz 2, 50679 Köln, e-mail: kulturlandschaft@lvr.de

** die Mehrzahl der Beiträge dieser Tagung sind veröffentlicht in den „Mitteilungen aus dem Rheinischen Amt für Denkmalpflege“, Heft 14. Nähere Informationen dazu beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland, Ehrenfriedstr. 19, 50259 Pulheim, e-mail: info.denkmalpflege@lvr.de

*** diese Tagung erfolgte im Rahmen des Deutschen Landschaftspflegekongresses 2011 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL). Die Tagungsdokumentation wurde als Nr. 40 im Rahmen der LVR-Schriftenreihe „Arbeitsstudien“ publiziert. Nähere Informationen dazu bei der LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege, Ottoplatz 2, 50679 Köln, e-mail: umwelt@lvr.de

+ vergriffen. Belegexemplare zur Einsichtnahme bei Bedarf vorhanden beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege, Ottoplatz 2, 50679 Köln, e-mail: kulturlandschaft@lvr.de

++ spätere Veröffentlichung evtl. noch vorgesehen.

+++ keine Dokumentation erschienen.

